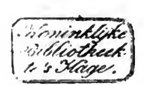




Deutsche

Parlaments-Bücher.

Zweiter Band.





Stuttgart, 1848.
Verlag von Franz Heinrich Köhler.

I.

Erste Berathung über den Waffenstillstand von Malmö. Sistirung.

Enthaltend die Reden von:

Heckscher (3).
Dahlmann (2).
Rappard.
Waitz.
Reh.
Lichnowsky (2).
Schmerling (3).
Francke.
Engel.
Beseler.
Wigard.
Biedermann.
Schoder.
Bassermann (2).
Venedey.
Tompes.
Vogt.
Schubert.
Peucker.
Simon von Breslau.
Zimmermann v. Stuttg.
Weesendonk.
Wichmann.
v. Radowitz.
Blum.
v. Beckerath.
Simon von Trier.
M. v. Gagern.
Wurm.

Verhandlungen über den Waffenstillstand mit Dänemark.

Ein und siebenzigste Sitzung in der Paulskirche.

Montag den 4. September 1848. (Vormittags 9 Uhr.)

Präsident: **Heinrich v. Gagern.**

Präsident: Es ist mir von dem Reichsminister des Auswärtigen mitgetheilt worden, daß er in der heutigen Sitzung über den Abschluß des Waffenstillstands mit Dänemark der Nationalversammlung Eröffnungen zu machen wünscht. Ich ersuche denselben, das Wort zu nehmen.

Reichsminister **Heckscher**: Meine Herren! Sie haben eben gehört, daß mir von dem Herrn Minister Camphausen die Abschrift des Waffenstillstandes, der am 26. August zu Malmö abgeschlossen wurde, zugestellt worden ist. Es hat seitdem wiederholte Berathung im Ministerrathe stattgefunden. Es ist nicht zu leugnen, daß sich nicht unwesentliche Abweichungen von dem Inhalte derjenigen Bedingungen in diesem Waffenstillstande finden, welche die Centralgewalt bei der Ertheilung ihrer Autorisation zum Abschlusse desselben aufgestellt hat. Es folgt daraus, meine Herren, zunächst die Berechtigung der Centralgewalt, die definitive Genehmigung dieses Waffenstillstandes zu ertheilen, oder vorzuenthalten. Aus demselben Grunde, und weil dieser Waffenstillstand kein rein militärischer ist, und weil er auf so lange Zeit abgeschlossen ist, wie Sie hören werden, folgt gleichfalls das Stattfinden der analogischen Anwendung derjenigen Vorschrift in dem Gesetze über die Herstellung der Centralgewalt, welches die Centralgewalt nur im Einverständnisse mit der Nationalversammlung ermächtigt, Krieg und Frieden zu schließen. Meine Herren! Zu gleicher Zeit mit dem Waffenstillstande ist dem Reichsministerium des Auswärtigen eine Erläuterungsschrift des Herrn Ministers Camphausen zugestellt worden; der Inhalt derselben wird bei Erörterung der wichtigen Sache mit zur Berathung kommen, dagegen ist mir heute Morgen, und zwar so eben eine neue Zuschrift von dem Herrn Camphausen zugestellt worden, welche ich mich gleichfalls beehren werde, Ihnen sofort vorzulesen. Der Waffenstillstandsvertrag selbst, und alles Wesentliche zur Bildung eines reifen Urtheils über denselben, und das von der preußischen Regierung während der Verhandlungen eingehaltene Verfahren ist zum Druck befördert, und hoffentlich — wenigstens habe ich die nöthigen Verfügungen getroffen — in diesem Augenblick schon in der Druckerei. Diese sämmtlichen Documente sollen ohne Zeitverlust an die Nationalversammlung vertheilt werden. Es scheint mir — denn ich maße mir kein Urtheil darüber an — im allseitigen Interesse sehr wünschenswerth und angemessen, daß nach Vertheilung dieser Aktenstücke sofort ein besonderer Tag zur Discussion des Waffenstillstandes und des Verfahrens der preußischen Regierung in dieser Sache, sowie zur Beschlußnahme darüber, angesetzt werde, wobei Ihnen dann auch die Anträge des Ministeriums in Beziehung darauf werden vorgelegt werden. Ich bitte Sie nun, meine Herren, mir die Verlesung des Waffenstillstandes und des Schreibens des Ministers Camphausen zu gestatten. Zugleich richte ich aber die Bitte an Sie, kein vorschnelles Urtheil über das Verfahren des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten zu fällen; denn er ist sich bewußt, auch bei dieser Gelegenheit seine Pflicht vollständig erfüllt zu haben. Zum vorläufigen Verständniß erlaube ich mir nun noch Folgendes vorauszuschicken. Anfangs Juli ist zu Malmö ein Waffenstillstandsentwurf berathen, aber nicht definitiv angenommen worden. Später entstand aus den Berathungen in Bellevue ein weiterer Waffenstillstandsentwurf, der aber die Genehmigung von Dänemark nicht erhielt, wohl aber der Centralgewalt von der preußischen Regierung mitgetheilt wurde. Auf die Grundlage der Stipulationen von Bellevue, und ferner auf die Grundlage mehrerer, diesen Stipulationen von der Centralgewalt beigefügter Modificationen und Zusätze ist von Letzterer die nachgesuchte Autorisation an Preußen zum Abschluß eines Waffenstillstandes ertheilt worden, den ich jetzt selbst verlese:

„Seine Majestät der König von Preußen in Seinem Namen, wie im Namen des deutschen Bundes, einerseits, und Seine Majestät der König von Dänemark, Herzog von Schleswig und Holstein andererseits, von dem Wunsche beseelt, so schleunig als möglich die Feindseligkeiten zwischen Ihren beiderseitigen Kriegsheeren zu beenden, haben zum Zwecke des Abschlusses eines Waffenstillstandes unter der Vermittelung Seiner Majestät des Königs von Schweden und Norwegen zu Ihren Bevollmächtigten ernannt, nämlich: Seine Majestät der König von Preußen: den Herrn Gustav v. Below, Ihren General-Major à la suite rc. — und Seine Majestät der König von Dänemark: den Herrn Christian Hoyer v. Bille, Ihren Kammerherrn, außerordentlichen Gesandten rc. und den Herrn Holger Christian v. Reedtz, Ihren Kammerherrn rc., welche sich in der Stadt Malmö vereinigt haben, und nach Auswechselung ihrer in guter und gehörig beglaubigter Form befundenen Vollmachten, über folgende Artikel übereingekommen sind:

Art. I. Vom Tage der Unterzeichnung der gegenwärtigen Convention an gerechnet, sollen die Feindseligkeiten zu Lande und zur See während sieben Monaten vollständig eingestellt werden, mit einer Aufkündigung von einem Monate für jeden der beiden contrahirenden Theile. Wenn von der einen oder der anderen Seite eine Aufkündigung nicht stattfindet, so wird angenommen,

daß in die Verlängerung des Waffenstillstandes von beiden Theilen gewilligt ist.

Art. II. Würde der Waffenstillstand durch einen der beiden Theile aufgekündigt, so sollen die beiderseitigen Kriegsheere diejenigen Stellungen wieder einnehmen können, welche sie im Augenblicke des Abschlusses der gegenwärtigen Convention inne haben, und welche von zweien durch die commandirenden Generale ad hoc delegirten Offizieren auf einer Karte verzeichnet werden sollen.

Art. III. Die durch die Seemacht Seiner Majestät des Königs von Dänemark bewerkstelligten Blokaden sollen unverzüglich nach Auswechselung der Ratifications-Urkunden aufgehoben, und die hierzu erforderlichen Befehle, wenn irgend möglich, an demselben Tage den Befehlshabern der königlich dänischen Kriegsschiffe zugefertigt werden.

Art. IV. Alle Kriegs- und politische Gefangene sollen von beiden Theilen ohne Verzug und Vorbehalt in Freiheit gesetzt werden.

Art. V. Alle Schiffe, welche seit dem Beginne des Krieges aufgebracht oder mit Beschlag belegt sind, sollen binnen 12 Tagen nach der Unterzeichnung dieser Convention, oder früher, wenn dieß möglich ist, mit ihren Ladungen freigelassen werden: Preußen, sowohl in seinem eigenen Namen, als im Namen des deutschen Bundes, willigt darein, daß Dänemark für die Requisitionen in natura, die in Jütland für Rechnung der preußischen und Bundes-Truppen erhoben sind, entschädigt werde, und Dänemark verpflichtet sich seinerseits, den Werth der Schiffe oder Ladungen zu ersetzen, welche etwa verkauft sind, und nicht in natura zurückgegeben werden können.

Art. VI. Die beiden Herzogthümer, sowie die dazu gehörigen Inseln sollen sowohl von den dänischen Truppen, wie von denen des deutschen Bundes in dem Zeitraume von 12 Tagen, nachdem die betreffende Ordre den Oberbefehlshabern zugekommen seyn wird, geräumt werden. Jedoch soll es dem deutschen Bunde, wie Seiner Majestät dem Könige von Dänemark gestattet sein, die für den deutschen Bund in der Stadt Altona, sowie auf anderen Punkten der beiden Herzogthümer, und für Seine Majestät den König von Dänemark auf der Insel Alsen sich befindenden Hospitäler und Militär-Depots von Abtheilungen, resp. deutscher Bundes- und dänischer Truppen bewachen zu lassen, welche sowohl für den einen, wie für den andern der beiden Theile die Anzahl von 2000 (zweitausend) Mann nicht überschreiten sollen.

Die aus dem Herzogthume Schleswig gebürtigen Soldaten, welche sich gegenwärtig im Militärdienste in den Herzogthümern befinden, sollen, in besondere Abtheilungen formirt, im Herzogthume Schleswig stationirt werden. Diese Abtheilungen sollen, zum Zwecke der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, unter die Befehle der in Gemäßheit des folgenden Artikels einzusetzenden Regierungsbehörde gestellt werden, welcher Letzteren es zustehen soll, zur Erleichterung des Landes, diejenigen Offiziere und Soldaten in ihre Heimath zu entlassen, welche als für den Dienst nicht nöthig erachtet werden. Die im Herzogthume Holstein zu stationirende Militärmacht soll aus der gegenwärtigen Kopfzahl der regulären Truppen dieses Herzogthumes bestehen, welche einen Theil der deutschen Bundesarmee ausmachen. Diese holsteinischen Truppen werden zur Verfügung der Regierung der beiden Herzogthümer gestellt, dürfen aber nur in Folge einer Verständigung zwischen der Regierung der Herzogthümer und dem Oberbefehlshaber der deutschen Bundesarmee vermindert werden.

Art. VII. Die beiden contrahirenden Theile sind übereingekommen, für die Dauer des Waffenstillstandes eine gemeinsame Regierung für die beiden Herzogthümer einzusetzen, welche ihre Amtshandlungen im Namen Seiner Majestät des Königs von Dänemark in ihrer Eigenschaft als Herzog von Schleswig und Holstein und mit Dero Machtvollkommenheit ausüben wird, mit Ausnahme der gesetzgebenden Gewalt, die während der Dauer des Waffenstillstandes ruht. Diese Regierung wird aus fünf aus den Notabeln der beiden Herzogthümer zu wählenden Mitgliedern zusammengesetzt werden, welche allgemeine Achtung und Ansehen genießen. Zwei von diesen Mitgliedern werden von Seiner Majestät dem Könige von Preußen, Seitens des deutschen Bundes, für das Herzogthum Holstein, und zwei von Seiner Majestät dem Könige von Dänemark, Herzoge von Schleswig und Holstein, für das Herzogthum Schleswig ernannt werden. Das fünfte dieser Mitglieder, welches die Functionen des Präsidenten der gemeinsamen Regierung der beiden Herzogthümer zu übernehmen hat, wird in Folge gemeinschaftlicher Einigung von Ihren erwähnten Majestäten ernannt werden. Man ist dahin übereingekommen, daß weder die vor dem 17. März c. angestellt gewesenen Regierungsmitglieder (schleswig-holsteinische Regierung), noch Diejenigen, welche die Regierung seit dieser Epoche gebildet haben, in diese neue Verwaltungsbehörde eintreten können, welche letztere sobald als möglich und spätestens 14 (vierzehn) Tage nach Unterzeichnung der gegenwärtigen Convention in Function treten soll.

„Man hat sich ferner darüber verständigt, daß alle und jede, seit dem 17. März c. für die Herzogthümer erlassenen Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsmaßregeln im Augenblick des Amtsantritts der neuen Regierung aufgehoben werden sollen; jedoch soll der Letzteren das Recht zustehen, solche, nach dem 17. März c. erlassenen Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsmaßregeln wieder in Kraft treten zu lassen, deren Aufrechterhaltung ihr unerläßlich oder für den regelmäßigen Geschäftsgang ersprießlich erscheint, welche indessen keinenfalls etwas den Bestimmungen des Art. XI. (eilf) Widersprechendes enthalten dürfen.

Art. VIII. Seine Majestät der König von Preußen, im Namen des deutschen Bundes, und Seine Majestät der König von Dänemark, sollen das Recht haben, Jeder Seinerseits einen Commissär zu ernennen, um in den Herzogthümern während der Dauer des Waffenstillstandes zu residiren, und vermittelnd über die Ausführung vorstehender Stipulationen zu wachen, sowie über die un-

parteiische Anwendung zu Gunsten der dänischen wie der deutschen Bevölkerung.

Art. IX. Das Herzogthum Lauenburg soll während der Dauer des Waffenstillstandes von einer Commission verwaltet werden, zu welcher Seine Majestät der König von Preußen, im Namen des deutschen Bundes, ein Mitglied, Seine Majestät der König von Dänemark in Seiner Eigenschaft als Herzog von Lauenburg, das zweite Mitglied ernennen, und beide Souveräne Sich über die Wahl des dritten Mitgliedes, des Vorsitzenden der Regierung des Herzogthums, vereinigen werden. Diese Behörde wird das Herzogthum Lauenburg im Namen Seiner Majestät des Königs von Dänemark, Herzogs von Lauenburg, in der Weise verwalten, wie solches im Art. VII (sieben), in Betreff der Herzogthümer Schleswig und Holstein, festgesetzt worden ist. Es wird von einer Verständigung zwischen dieser Verwaltungsbehörde und dem Oberbefehlshaber der deutschen Bundestruppen abhängen, ob es zweckdienlich ist, eine Abtheilung der deutschen Bundestruppen in das Herzogthum Lauenburg zur Verfügung der gedachten Behörde einrücken zu lassen.

Art. X. Die beiden contrahirenden Theile werden Großbritannien um die Garantie für die genaue Ausführung der Artikel der gegenwärtigen Waffenstillstands-Convention ersuchen.

Art. XI. Es ist ausdrücklich verstanden, daß die Bestimmungen dieser Convention in keiner Weise den Bedingungen des definitiven Friedens präjudiziren, über welchen die Verhandlungen unmittelbar eröffnet werden sollen, und daß weder der deutsche Bund noch Dänemark die Ansprüche und Rechte aufgeben, welche Sie Jederseits geltend gemacht haben.

Art. XII. Die gegenwärtige Convention soll ratificirt, und die Ratificationsurkunde innerhalb eines Zeitraums von 8 (acht) Tagen, vom Tage der Unterzeichnung an gerechnet, in Lübeck ausgewechselt werden. Die gegenwärtige Convention ist in doppelten Exemplaren, in französischer, dänischer und deutscher Sprache ausgefertigt worden. Man ist übereingekommen, daß die über die Auslegung derselben etwa entstehenden Zweifel nach der Fassung des französischen Textes entschieden werden sollen. Zu Urkund dessen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten die gegenwärtige Convention vollzogen und ihre Siegel beidrücken lassen. So geschehen zu Malmö den 26. August 1848. Gez. Gustav v. Below. (L. S.) Bille. (L. S.) Reedtz."

Es finden sich zu diesem Vertrage folgende Separatartikel.

„Behufs Vervollständigung und Erläuterung der Artikel des unter dem heutigen Tage abgeschlossenen Vertrages, sind die unterzeichneten Bevollmächtigten über folgende Punkte übereingekommen:

1) Mit Bezug auf Art. II.

Die Fortifications-Arbeiten, welche während der Feindseligkeiten auf beiden Seiten ausgeführt sind, sollen während der Dauer des Waffenstillstandes in dem Zustande verbleiben, in welchem sie sich heute befinden.

2) Mit Bezug auf Art. III.

Sofort nach dem Austausche der Ratificationsurkunde sollen Dampfschiffe mit königlich-dänischen Offizieren abgesandt werden, um den Befehlshabern der königlich-dänischen Kriegsflotte die Aufhebung der Blokaden zu überbringen. Diese Sendungen werden bezüglich der Nordseehäfen von Preußen, und hinsichtlich der Ostseehäfen von Dänemark bewirkt werden.

3) Mit Bezug auf Art. IV.

Alle Kriegs- und politischen Gefangenen sollen sofort nach Auswechselung der Ratificationsurkunden nach Eckenförde gebracht und in die Hände derjenigen Offiziere überantwortet werden, die zu ihrem Empfange gehörig ermächtigt sein werden.

4) Mit Bezug auf Art. VI.

Die militärischen Streitkräfte in dem Herzogthum Holstein sollen, in Betreff der militärischen Disciplin, unter die Befehle desjenigen Generals der deutschen Bundesarmee gestellt werden, den Seine Majestät der König von Preußen zu diesem Zwecke ernennen wird.

5) Mit Bezug auf Art. VII.

Indem festgesetzt worden ist, daß alle Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsmaßregeln jeder Art, die seit dem 17. März c. in Bezug auf die Herzogthümer erlassen sind, aufgehoben werden sollen, so begreift gegenwärtige Convention sowohl die in Kopenhagen, als die in demselben Zeitraume in den Herzogthümern erlassenen. Die gemeinsame Regierung der Herzogthümer wird so bald als möglich eine Specification derjenigen Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsmaßregeln bekannt machen, die wieder in Kraft treten sollen.

6) Zu den Befugnissen der gemeinschaftlichen Regierung soll auch diejenige gehören, die Prozesse wegen politischer Vergehen niederzuschlagen.

7) Mit Bezug auf denselben Artikel.

Die Posten und sonstigen inneren Communicationen sollen wieder ihren regelmäßigen Lauf nehmen, und das Postamt zu Hamburg soll wiederhergestellt werden.

Die vorstehenden Bestimmungen sollen dieselbe Kraft und Giltigkeit haben, als wenn sie in der heute abgeschlossenen Uebereinkunft aufgeführt ständen, und werden gleichzeitig ratificirt werden. Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten den gegenwärtigen Separatartikel unterzeichnet und demselben ihre Siegel beigedruckt. — So geschehen zu Malmö, den sechs und zwanzigsten August ein tausend achthundert und acht und vierzig (1848). Gez. Gustav v. Below. (L. S.) (L. S.) Bille. (L. S.) Reedtz."

Es finden sich nun endlich zwei Zusatzartikel, welche sich beziehen auf die Bezeichnung derjenigen Personen, welche theils in den Herzogthümern Schleswig und Holstein, theils in Lauenburg die interimistische Regierung bilden sollen:

„Zusatz-Artikel I. Zur Ausführung des Art. VII des unter dem heutigen Tage abgeschlossenen Vertrages und in Uebereinstimmung mit der Art und Weise, welche dieser Artikel festsetzt, haben die unterzeichneten Bevollmächtigten Seitens ihrer resp. Souveräne, Seiner

Majestät des Königs von Preußen, und Seiner Majestät des Königs von Dänemark, folgende Personen für die gemeinschaftliche Regierung der beiden Herzogthümer Schleswig und Holstein bezeichnet, nämlich: für die Präsidentenstelle: Seine Excellenz den Grafen Carl Moltke-Nütschau; als Stellvertreter: den Baron Adolf Blome zu Falkenberg; als Regierungsmitglieder: den Kammerherrn Baron Josias Friederich Ernst v. Heintze zu Bordersholm, den Etatsrath Thomas Prehn zu Ploen, den Landvogt Johann Friedrich Boysen zu Heyde, den Ober-Apellations-Gerichtsrath Alexander Friedrich Wilhelm Preußer zu Kiel; als Stellvertreter: den Kammerjunker Adolf v. Warnstedt, den Grafen Theodor Reventlov-Gersbeck, den Kammerherrn Adolf Bernhard Wilhelm Erdmann v. Moltke, den Justizrath und Bürgermeister Christian Friedrich Callisen in Flensburg. — Diese Wahlen sollen der Ratification der resp. Souveräne unterbreitet werden, und die bezeichneten Personen so bald als irgend möglich nach der Auswechslung der Ratificationsurkunden in Function treten. — Zu Urkund Dessen haben die Unterzeichneten diesen Zusatz-Artikel vollzogen und demselben ihre Siegel beidrucken lassen. — So geschehen zu Malmö den sechs und zwanzigsten August des Jahres ein tausend achthundert und acht und vierzig (1848). — (Gez.) Gustav v. Below. (L. S.) (L. S.) Bille. (L. S.) Reedtz.

Zusatz-Artikel II. Zur Ausführung des Art. IX der unter dem heutigen Tage abgeschlossenen Uebereinkunft und in Gemäßheit der Art und Weise, welche dieser Artikel festsetzt, haben die unterzeichneten Bevollmächtigten, Seitens ihrer resp. Souveräne, Seiner Majestät des Königs von Preußen, und Seiner Majestät des Königs von Dänemark, folgende Personen für die Verwaltung (Regierung) des Herzogthums Lauenburg bezeichnet, nämlich: für die Präsidentenstelle: Seine Excellenz den Grafen Christian Andreas Friedrich v. Rantzau-Ratzdorff; als Regierungsmitglieder: den Kammerherrn Grafen Gottfried v. Reventlov, den Etatsrath Gustav Susemihl; als Stellvertreter: den Vice-Landmarschall Bülow zu Mussen, den Assessor Hartwig v. Linstow. — Diese Wahlen sollen der Ratification der resp. Souveräne unterbreitet werden, und die bezeichneten Personen so bald als möglich, nach dem Austausche der Ratificationsurkunden in Function treten. — Zu Urkund Dessen haben die Unterzeichneten diesen Zusatz-Artikel vollzogen und demselben ihre Siegel beigedruckt. — So geschehen zu Malmö, den sechs und zwanzigsten August ein tausend acht hundert und acht und vierzig (1848). (Gez.) Gustav v. Below. (L. S.) (L. S.) Bille. (L. S.) Reedtz."

Das letzte Actenstück, meine Herren, das ich zu verlesen habe, ist die bereits erwähnte Zuschrift des Ministers Camphausen, welche mir unmittelbar vor der heutigen Sitzung zugestellt worden ist, und welche folgendermaßen lautet:

„In der Unterredung, welche ich gestern mit Eurer Excellenz hatte, machten Sie auf den wiederholt in dem Waffenstillstands-Vertrage mit Dänemark vorkommenden Ausdruck „deutscher Bund" aufmerksam, und ich nehme daraus Veranlassung, zu wiederholen, daß ich jenen Ausdruck nach Lage der Verhältnisse als den einzig richtigen ansehen muß. Er war in den früheren Projecten gebraucht, auch in demjenigen, welches von dem Reichsministerium als Grundlage der weiteren Verhandlung angenommen wurde, ohne daß mir hinsichtlich jenes Ausdrucks eine Bemerkung gemacht worden wäre. Ihn durch die Worte „provisorische Centralgewalt" oder „Erzherzog-Reichsverweser" zu ersetzen, würde unzulässig gewesen seyn, weil die Notification der hinsichtlich der Centralgewalt für Deutschland eingetretenen Aenderung und des Antrittes Seiner kaiserlich königlichen Hoheit an Dänemark noch nicht ergangen, und Preußen weder beauftragt noch berechtigt war, seinerseits die Notification zu bewirken. Lag hierin ein formelles Bedenken, so wurde es in völlig genügender Weise dadurch beseitigt, daß Preußen im Namen Deutschlands handelte, also selbstredend auch im Namen der provisorischen Centralgewalt Deutschlands. Sobald aber das Land nicht die Regierung des Landes, der Bundesstaat nicht die Regierung des Bundesstaates zu nennen war, konnte keine andere Bezeichnung, als geschehen, gewählt werden. Abgesehen davon, daß in Folge des Beschlusses der Nationalversammlung vom 28. Juni zwar der Bundestag, keineswegs aber der Bund der deutschen Staaten selbst aufgehoben worden ist, kennt das Ausland nur den Namen „deutscher Bund", und wenn auch die Wahrscheinlichkeit vorliegt, daß künftig ein anderer Name angenommen werden wird; so ist es doch bis heute nicht geschehen, und die königliche Regierung würde nicht befugt gewesen seyn, hierin vorzugreifen. — Daß Seine Majestät der König nicht nur im Namen des deutschen Bundes, sondern auch im eigenen Namen handelte, wird schon deßhalb einer besonderen Erläuterung nicht bedürfen, weil die Vollmacht für die königliche Regierung von Seiner kaiserlich königlichen Hoheit dem Erzherzog-Reichsverweser vorzüglich zu dem Zwecke erbeten und bewilligt worden war, um das Hemmniß zu beseitigen, welches bei den Verhandlungen zu Bellevue der Vorbehalt der Ratification erzeugt hatte. Indem die königliche Regierung sich auf Grund jener Vollmacht zum Abschlusse ohne Vorbehalt ermächtigt erklärte, mußte sie selbstredend auch im eigenen Namen die Ausführung verbürgen, und Dänemark gegenüber die Verantwortlichkeit für ihre Handlungen übernehmen, die sie als Bundesglied bei der Centralgewalt allein zu vertreten hatte. — Je lebendiger aber die königliche Regierung das Vertrauen würdigt, welches Seine kaiserlich königliche Hoheit der Erzherzog-Reichsverweser in ihre Hand gelegt, die Verantwortlichkeit, welche das Reichsministerium der Nationalversammlung gegenüber übernommen hat, um so schmerzlicher würde sie es empfinden, wenn die Ansicht Raum gewänne, daß sie es an Bemühungen habe fehlen lassen, um jenem Vertrauen zu entsprechen, daß sie, ihr Mandat überschreitend, nicht zu Gunsten Deutschlands das Erreichbare erreicht habe. — Die Darstellung,

welche ich gestern Euer Excellenz einzureichen die Ehre hatte, war meines Erachtens geeignet, das Streben der königlichen Regierung, das ihr gewordene Mandat treu zu erfüllen, ausreichend zu bekunden. Wenn dennoch, wie ich aus einigen Aeußerungen schließen mußte, die Waffenstillstands-Bedingungen auf das Reichsministerium den Eindruck nicht genügender Uebereinstimmung mit dem Inhalte der Vollmacht gemacht haben, so darf ich mich der Hoffnung überlassen, daß bei einer lediglich sachlichen Prüfung und Vergleichung dieser Eindruck sich verwischen werde. Allerdings wird an eine solche Prüfung mit der Unterstellung gegangen werden müssen, daß der Auftrag der königlichen Regierung nicht darauf beschränkt war, einen in wörtlicher Fassung feststehenden Vertragsentwurf zur Annahme oder Verwerfung vorzulegen, daß sie vielmehr den Auftrag hatte, auf Grundlage eines bestimmten Entwurfs eine Negociation zu eröffnen, und bei den verschiedenen Wendungen dieser Negociation dahin zu streben, mit dem Geiste der Vollmacht, mit den Intentionen des hohen Machtgebers im Einklange zu bleiben. Der königlichen Regierung war es unbenommen, günstigere Bedingungen zu erwirken, wie in einigen Punkten wirklich geschehen; sie mußte sich ebenfalls befugt halten, bei der Nothwendigkeit der Abänderung einer einzelnen Bestimmung das Aequivalent derselben in einer anderen Form anzunehmen. Eine in diesem Geiste angestellte prüfende Vergleichung der Vollmacht mit dem Waffenstillstands-Vertrage in seinem ganzen Umfange wird, davon bin ich überzeugt, zu einem befriedigenden Resultate führen. Ich werde sie, nach dem, was ich Euer Excellenz bereits schriftlich und mündlich vorgetragen habe, hier nicht nochmals im Einzelnen versuchen. Doch will ich mir gestatten, auf zwei Punkte kurz zurückzukommen. — Zu der im Artikel VII. des Entwurfs von Bellevue enthaltenen Bestimmung, daß die Herzogthümer nach den bestehenden Gesetzen und Verordnungen verwaltet werden sollen, mußte von dem diesseitigen Bevollmächtigten ein durch die Vollmacht Seiner kaiserlich königlichen Hoheit des Erzherzogs-Reichsverwesers bedingter Zusatz beantragt werden, bei dessen Erörterung sich ergab, daß die dänische Regierung jener früheren Fassung einen ganz anderen Sinn unterlege, als wir ihr unterlegt hatten, indem sie nämlich zu den bestehenden Gesetzen und Verordnungen die in Kopenhagen erlassenen gerechnet wissen sollte. Ohne Zurücknahme dieser Interpretation war der Artikel VII. auch mit wörtlicher Hinzufügung des fraglichen Zusatzes nicht nur unannehmbar, sondern geradezu unmöglich." . . .

Um Ihnen das Verständniß hierüber zu erleichtern, meine Herren, muß ich Ihnen Folgendes sagen: Es stand in der Stipulation von Malmö, daß die interimistische Regierung zu regieren habe nach den bestehenden Gesetzen und Verordnungen, und es wurde als eine nothwendige Erläuterung von der Centralgewalt verlangt, daß ausdrücklich gesagt werde, es seien unter diesen bestehenden Gesetzen und Verordnungen zu verstehen alle bis dahin erlassenen Gesetze und Verordnungen. Weiter heißt es in diesem Schreiben:

„Würde die königliche Regierung richtig gehandelt haben, wenn sie in der Unmöglichkeit, die Vollmacht wörtlich auszuführen, die Verhandlungen abgebrochen hätte? Sie glaubte vielmehr, dem Sinne der Vollmacht gemäß zu verfahren, indem sie die Intention der provisorischen Centralgewalt, welche den anerkannten Bestand der nothwendigen, von der provisorischen Regierung erlassenen Gesetze und Verordnungen sichern wollte, zur Verwirklichung zu bringen strebte. — Der zweite Punkt betrifft die Dauer des Waffenstillstandes, in welcher ich eine erhebliche, oder nachtheilige Aenderung nicht zu entdecken vermag. Folgt, wie begründete Aussicht vorhanden ist, dem Waffenstillstand ein baldiger Frieden, so ist die für ersteren festgesetzte Dauer völlig gleichgiltig. Wäre hingegen Deutschland das Loos beschieden, nach Ablauf des Waffenstillstandes den Krieg erneuern zu müssen, so würde derselbe nach der dermaligen Weltlage eine Natur annehmen, zu welcher, um den Kampf erfolgreich zu bestehen, Deutschland einer mehr als dreimonatlichen Vorbereitung bedarf. Zudem würde die längere Frist zum Vortheil der beabsichtigten Bildung einer deutschen, in den abgelaufenen Monaten so schmerzlich entbehrten Marine nützlich verwendet werden können. — Wenn aber die von mir aufgestellte Ansicht nicht überall getheilt, wenn behauptet werden sollte, daß der von der königlichen Regierung vermittelte und in Vollziehung begriffene Waffenstillstand über die Vollmacht Sr. kaiserlich königlichen Hoheit des Erzherzogs-Reichsverwesers hinausgehe; so hege ich die innige Ueberzeugung, daß selbst in diesem Falle die Intention der königlichen Regierung die gerechte Würdigung finde, auf welche ich den Anspruch erhebe. Vor dem Vorwurfe würde ich die Regierung vollkommen gesichert erachten, daß in ihrem Verfahren die schuldige Rücksicht für die Centralgewalt entbehrt werde. Ich darf daran erinnern, daß schon einmal die Waffenstillstands-Verhandlungen ihrem Abschlusse nahe waren, und hauptsächlich deßhalb abgebrochen wurden, weil die Regierung wegen des inzwischen erfolgten Amtsantrittes die Ratification Sr. kaiserlich königlichen Hoheit des Erzherzogs-Reichsverwesers nachträglich vorbehalten wollte, obwohl eine staatsrechtlich noch giltige Vollmacht des ehemaligen Bundestages in ihren Händen ruhte. Damals hat die königliche Regierung keinen Anstand genommen, der Rücksicht für die Centralgewalt in einem Umfange nachzugeben, der in anderen Richtungen erhebliche Inconvenienzen für sie zur Folge haben mußte, über welche die Erwartung der Anerkennung ihrer Gesinnung sie hinausschob. Noch weniger darf die Regierung besorgen, daß sie, im Besitze einer Vollmacht für die Gesammtheit, zu particularem Vortheile gehandelt zu haben, verdächtigt werde. Preußen hat in der schleswig'schen Angelegenheit niemals ein Sonderinteresse als Particularstaat vor Augen gehabt, noch haben können; es hat vom Anfange bis zum Ende als deutscher Staat für die deutsche Sache gehandelt, und welche Wendung das

öffentliche Urtheil auch nehme, so ist Preußen unter allen Umständen davor gesichert, Das, was es für Deutschland hingegeben, als Gaben im Particular-Interesse schildern zu hören. Daß hingegen die Regierung den schwer verletzten Interessen des Volkes in ihren ernsten Erwägungen ein hohes Gewicht beilegte, Dessen will sie sich vor Deutschland nicht anklagen, sondern rühmen. — Die Regierung würde um so mehr auf die Annahme rechnen dürfen, daß sie bei Ausführung ihrer Vollmacht im deutschen Interesse zu handeln sich bewußt war, als seit dem Tage, wo Seine kaiserlich königliche Hoheit, der Erzherzog-Reichsverweser, Preußen zu bevollmächtigen sich entschloß, die Stellung der europäischen Mächte zu der dänischen Angelegenheit und die politische Lage überhaupt eine erhebliche Aenderung erlitten hat. — Euer Excellenz ist diese Wahrnehmung, wenn auch nicht in dem Maaße, wie bei vollständig geregeltem diplomatischen Verkehr der königlichen Regierung sie sich aufdringen mußte, ebenfalls nahe getreten, und ich darf mich daher des Eingehens auf Einzelnes enthalten. Im Allgemeinen mag die Aufmerksamkeit, welche das Ausland in verschiedenartiger Form der Centralgewalt und der Nationalversammlung widmet, als das Zeichen willkommen seyn, daß in der Fremde der Glaube wächst, es werde dieses Mal dem deutschen Volke der Versuch der Einigung gelingen. Um so mehr werden wir dahin streben müssen, keine Spalte offen zu lassen, in welche bei Gelegenheit ein trennender Keil eingezwängt werden könnte. Und sowie auch diese Rücksicht die königliche Regierung bestimmte einen Waffenstillstand anzunehmen, der, ohne dem der Centralgewalt und der Nationalversammlung vorbehaltenen Friedensschlusse vorzugreifen, diesen Friedensschluß vorbereitet und erleichtert, so darf ich hoffen, daß dieselbe Rücksicht bei Vergleichung der Bedingungen des Vertrages mit der Vollmacht zu seinem Abschlusse leitend sein werde. — Ich erneuere Ew. Excellenz die Versicherung meiner vollkommensten Hochachtung. — Frankfurt a. M., den 3. September 1848. — Camphausen."

Nach Verlesung dieser verschiedenen Actenstücke erlaube ich mir den unmaßgeblichen Antrag: „daß die hohe Versammlung beschließen wolle, nach Vertheilung der zum Drucke verordneten Acten einen Tag zur Erörterung dieser Angelegenheit zu bestimmen." (Stimmen von der Linken: Die Vollmacht!) Meine Herren! Die Vollmacht ist in die Druckerei geschickt worden. (Einige Stimmen von der Linken: Die Vollmacht ist die Hauptsache.) Sie können mir ebenso gut sagen, meine Herren, die Stipulation von Malmö, die Stipulation von Bellevue seien wesentliche Actenstücke zur Beurtheilung der Bedingung des Waffenstillstandes, und ich muß Ihnen das zugeben. Allein die Vollmacht, meine Herren, ist ohne die anderen Actenstücke gar nicht zu verstehen, und sie müssen daher gleichzeitig vorgelegt werden, und das soll, meine Herren, in kürzester Frist geschehen.

Präsident: Meine Herren! In Bezug auf diese Angelegenheit ist mir gestern Abend von Herrn Dahlmann eine Interpellation eingehändigt worden, die ich heute früh dem Ministerium mitgetheilt habe. Herr Dahlmann verlangt die Interpellation zu verlesen, obwohl sie großentheils erledigt, wenigstens vorläufig durch die Mittheilung des Herrn Reichsministers erledigt zu seyn scheint.

Dahlmann von Bonn: Meine Herren! Am gestrigen Tage, mithin bevor ich auf officiellem Wege die Bedingungen des Waffenstillstandes kennen konnte, habe ich eine Interpellation in der schleswig-holstein'schen Sache an unsern Herrn Präsidenten schriftlich eingereicht. Ich bitte um die Erlaubniß, diese Interpellation vorlesen zu dürfen:

„Da der erfolgte Abschluß eines Waffenstillstands mit Dänemark gegenwärtig außer Zweifel steht, die Bedingungen desselben aber sehr verschiedenartig angegeben werden, so stellt der Unterzeichnete an den Herrn Reichsminister des Auswärtigen folgende Fragen:

1) Ist es gegründet, daß vermöge dieser Bedingungen die provisorische Regierung von Schleswig-Holstein nicht allein aufgelöst wird, sondern auch die von derselben erlassenen Gesetze und Verfügungen sämmtlich aufgehoben sein sollen? wodurch jener von der deutschen Bundesversammlung, von der Krone Preußens, und endlich von der deutschen Centralgewalt förmlich anerkannten provisorischen Regierung, deren Bevollmächtigter in Frankfurt residirt, kraft deren Anordnung die Abgeordneten von Schleswig-Holstein in der deutschen Nationalversammlung sitzen, plötzlich der Charakter einer ungesetzlichen Gewalt beigelegt wäre.

2) Ist es gegründet, daß eben diese Stillstandsbedingungen den Grafen Karl v. Moltke, also den Mann, auf dem ganz hauptsächlich die Anklage der Schleswig-Holsteiner lastet, daß er die Beschwerden der Herzogthümer gegen Dänemark auf die äußerste Spitze getrieben habe, an die Spitze der neuen interimistischen Regierung über die Herzogthümer stellen? was nichts Anderes hieße, als die innere Ruhe und Ordnung dort der höchsten Gefahr aussetzen.

3) Ist es gegründet, daß bei der Ausführung des Waffenstillstands die schleswig'schen Truppen von den holsteinischen getrennt werden sollen? wodurch außer der Störung der militärischen Organisation eine Trennung beider Herzogthümer angebahnt würde.

4) Ist es endlich gegründet, daß dieser Waffenstillstand auf volle sieben Monate geschlossen ist? wodurch den deutschen Waffen gerade die gelegenste Jahreszeit, um von der dänischen Regierung einen vortheilhaften Frieden zu erzwingen, entzogen wäre.

Würden diese vier Fragen bejaht, so würde sich

5) die Frage daran knüpfen: Sind jene vier Zugeständnisse unter Genehmigung des Reichsministeriums des Auswärtigen erfolgt, oder beabsichtigt das Ministerium, seine Genehmigung zu versagen?

Meine Herren! Sie haben inzwischen die Bedingungen des Waffenstillstands auf officiellem Wege vernommen. Ich darf Sie nur an Eins erinnern: Am 9. Junius, vor noch nicht drei Monaten wurde hier in der Paulskirche beschlossen, daß in der schleswig-holstein'schen

Sache die Ehre Deutschland's gewahrt werden solle, die Ehre Deutschland's! (Stürmischer Beifall.)

v. Rappard von Glambek: Meine Herren! Ich habe Ihnen in meinem Namen und im Namen der Deputirten Heinrich Simon, Reh, Schoder, Mar Simon, Golz, Vischer, Vogel von Guben, Eckart, Murschel, Freudentheil, Wagner, Falk, Haggenmüller, Rühl, v. Reden, Melly, Schulz, Hehner, Federer, Müller, Venedey, Wiethaus, Andersen, Engel, Sonnenkalb, in Bezug auf diese Angelegenheit folgenden Antrag zu stellen:

„Daß dem gedachten Waffenstillstand Seitens der Nationalversammlung die Zustimmung zu versagen, und die Centralgewalt zur ungesäumten Vollziehung des Beschlusses vom 9. Juni d. J., nach welchem der Krieg mit Dänemark energisch zu führen, und das Recht der Herzogthümer Schleswig und Holstein, sowie die Ehre Deutschland's zu wahren, aufzufordern sei. —

Meine Herren! Wir fühlen Alle, daß die Stunde der Entscheidung da ist. (Viele Stimmen: Ja!) Niemals ist Besonnenheit und Ruhe so noth gewesen, als jetzt, wo alle unsere Leidenschaften entflammt sind. Ich fühle wohl die Wahrheit des Wortes, daß die vollste Kraft sich in der Mäßigung zeige. Aber wenn der Löwe sich niemals zum Sprunge streckt, sondern immer ruhigen Trabes dahintrollt, wird man endlich glauben, er habe sein Fell nur geborgt, und die höhnende Menge wird sich um ihn drängen und ihn erdrücken, bevor er seine Stimme erhebt und sich kund thut. Und dieß darf nicht unser Fall sein, hier thut ein rascher Entschluß noth. Der Waffenstillstand wird schon in Ausführung gebracht, die Truppen ziehen sich zurück, und ganz Europa sendet aus allen Fenstern seine höhnenden Blicke auf unsern Rückzug. Fassen Sie sofort Ihre Entscheidung, und nach unserm Antrage. (Stürmisches Bravo.)

Präsident: Herr Waitz hat das Wort. — Meine Herren! Ich bitte um Ruhe!

Waitz von Göttingen: Meine Herren! Ich erscheine nicht in diesem Augenblick, um meinen Gefühlen hier an diesem Platze Luft zu machen; — es entgeht Keinem in dieser Versammlung, daß wir uns in einer Krisis befinden, bedeutend nicht allein für Schleswig-Holstein, nein, für Deutschland. — Meine Herren! Sie haben die Verlesung des Waffenstillstands-Vertrags gehört, Sie haben Dahlmann's Worte, Sie haben den Antrag verehrter Mitglieder gehört; wir werden darüber berathen, und es wird auch mir dann vergönnt seyn, meine schwache Stimme darüber laut werden zu lassen. Heute, meine Herren, will ich Sie auffordern, die Sache in ruhigem, aber raschem Gange der Verhandlung zu übergeben. Wir müssen die Papiere prüfen, um ein entscheidendes, ein über Deutschland entscheidendes Urtheil auszusprechen. Wir dürfen nicht dazu gehen, ohne daß unser Ausschuß die Sache in die Hand genommen. Ich bitte Sie, verweisen Sie die Mittheilung, die Sie empfangen, an einen Ausschuß zur schleunigen, unversäumten Berichterstattung. Meine Herren! Beauftragen Sie diesen Ausschuß, namentlich in kürzester Frist, spätestens innerhalb 24 Stunden uns darüber Bericht zu erstatten, ob nicht wenigstens Anlaß sei, die Ausführung der getroffenen militärischen und sonstigen Maßregeln, die Ausführung dieser Maßregeln, welche den Waffenstillstand in Vollziehung setzen sollen, zu sistiren, bis die Nationalversammlung ihre Entscheidung in dieser hochwichtigen Sache getroffen hat (Beifall); denn, meine Herren, die Vollziehung hat begonnen, und eilen wir, daß sie nicht zu Ende komme, bis wir hier zu Ende kommen, und unsere Entscheidung über die Elbe bringt. Darauf richte ich meinen Antrag. (Beifall.)

Reh von Darmstadt: Meine Herren! Es kann zunächst nur die Frage hier zur Erörterung und Beschlußnahme kommen, ob sofort über Herrn Rappard's Antrag debattirt und beschlossen werden soll, und ich habe nur in dieser Beziehung das Wort erbeten. Der verehrte Redner vor mir, Herr Waitz, glaubt, daß wir einen Bericht in dieser Sache anhören müßten. Ich würde Dem ganz beistimmen, wenn wir uns nicht über das Materielle vollständig im Klaren befänden. Ich bin aber vollkommen überzeugt und nicht im geringsten Zweifel, daß wir Alles wissen, was wir brauchen, und da wir Das wissen, so sind wir verpflichtet, keine Stunde zu verzögern, und ich bitte daher, daß Sie dem Waitz'schen Antrage keine Folge geben. Es liegt eine Frage zur Erörterung, die die Ehre Deutschland's betrifft, und Deutschland dürfen wir keinen Augenblick darüber in Zweifel lassen, was die Nationalversammlung, was wir wollen. Unser Weg ist angebahnt, und ihn zu gehen, ist unsere Pflicht. (Großer Beifall auf der Linken und im Centrum.)

Fürst **Lichnowsky** von Ratibor: Meine Herren! Wenn die Vertreter einer Nation, die sonst für so ruhig, für so besonnen, und gestatten Sie mir den so oft gebrauchten Ausdruck, für so langsam gilt, plötzlich, wie von einem elektrischen Funken durchzuckt erscheinen, so kann Jeder von uns dieses Gefühl nur theilen. Jeder von uns wird in einer die Ehre Deutschland's betreffenden Frage jede andere Rücksicht gewiß hintansetzen. Aber die Begeisterung allein genügt nicht, um über politische Fragen der höchsten Wichtigkeit ein vollgiltiges Urtheil zu fällen. Hüten Sie sich deßhalb, meine Herren, vor Ihrer eigenen ersten Bewegung, wenn sie auch noch so edlem Gefühle entspringt. Seien Sie ebenso besonnen, als kräftig, und unterstützen Sie den Antrag des Herrn Waitz. Ich fordere Sie auf und beschwöre Sie, nicht ab irato, nicht in dem Augenblicke des ersten Unwillens über eine so hochwichtige Frage, diese Cardinalfrage, an der die Zukunft und die Einheit Deutschland's hängt, Beschluß zu fassen. Bedenken Sie, meine Herren, unsere Stellung Europa gegenüber, und wie man über uns urtheilen wird, wenn wir mit stürmischer Hast beschließen, ohne die Vollmacht zu kennen, die von der Centralgewalt Preußen gegeben wurde; ohne die Instructionen zu kennen, die damit verknüpft waren; ohne die verschiedenen Actenstücke, die rasch von dem Herrn Minister des Auswärtigen vorgelesen wurden,

gehörig vernommen und geprüft zu haben. (Viele Stimmen auf der Linken: Sehr richtig! Bravo!) Dictiren Sie, wenn Sie es für unvermeidlich halten, die Fortsetzung des Krieges; verwerfen Sie die Sanction des Waffenstillstandes, wenn Ihre Ueberzeugung es von Ihnen begehrt; thun Sie Alles, was Sie für Deutschland's Ehre und Einheit nothwendig halten, — thun Sie es aber nicht in diesem Augenblicke, nicht heute, sondern thun Sie es in Ruhe und nach reiflicher Ueberlegung. Vier und zwanzig Stunden besonnener Forschung und Prüfung werden Deutschland keinen Nachtheil bringen, und uns vor Europa gewiß nicht der Schwäche zeihen. (Großer Beifall von allen Seiten.)

Präsident: Es liegen drei besondere Anträge vor: Der des Herrn Ministers der auswärtigen Angelegenheiten: Einen Tag zu bestimmen, an welchem die Verhandlungen fortgesetzt werden sollen, nachdem die Papiere, die er in Druck gegeben hat, in Ihren Händen seyn werden. — Der zweite Antrag ist der des Herrn v. Rappard und Genossen; er geht dahin:

„Die Nationalversammlung wolle beschließen, daß dem gedachten Waffenstillstande Seitens derselben die Zustimmung zu versagen, und die Centralgewalt zur ungesäumten Vollziehung des Beschlusses vom 9. Juni dieses Jahres, nach welchem der Krieg mit Dänemark energisch zu Ende zu führen, und das Recht der Herzogthümer Schleswig und Holstein, sowie die Ehre Deutschland's zu wahren aufzufordern sei."

Herr Waitz stellt den Antrag:

„Die von dem Herrn Minister gemachten Mittheilungen und vorgelegten Papiere zur schleunigen Begutachtung der Sache an einen Ausschuß zu verweisen, und diesem den Auftrag zu ertheilen, auf das Schnellste, und wo möglich innerhalb vier und zwanzig Stunden zu berichten, ob nicht Anlaß sei, die zur Ausführung des Waffenstillstandes ergriffenen militärischen und sonstigen Maßregeln bis zur Entscheidung der Nationalversammlung vorläufig zu sistiren."

Der Antrag des Herrn Reh, der mir soeben übergeben wird, geht dahin:

„Daß der Antrag Rappard's und Genossen sofort den vereinigten Ausschüssen für internationale Angelegenheiten und für Bildung der Centralgewalt zur unverzüglichen Berathung und Berichterstattung überwiesen und daß

2) in einer heutigen Nachmittagssitzung über diesen Bericht berathen und beschlossen werde."

(Beifall auf der Linken und im Centrum. Stimmen von der Rechten: Nein, morgen!) Meine Herren! Es handelt sich wohl zunächst um die Vorfrage der Dringlichkeit, in Bezug auf welche jetzt vorerst eine weitere Verhandlung stattfinden kann, wenn von der Nationalversammlung sie noch für nöthig erachtet werden sollte. Im Wesentlichen scheint mir Herr Reh und Waitz gleicher Ansicht zu sein, und nur über den Termin, bis zu welchem rasch berichtet werden soll, scheint ein Unterschied der Ansichten zu bestehen. Ob es möglich ist, bis heute Nachmittag zu berichten, gebe ich Ihnen anheim, besonders da es höchst wünschenswerth ist, daß die Actenstücke, die doch Jeder bei der Prüfung gern bei der Hand zu haben wünscht, vorliegen.

Reichsminister **v. Schmerling**: Ich finde zwischen den Anträgen der Herren Reh und Waitz einen bedeutenden Unterschied. Wenn ich recht verstanden habe, so geht der Waitz'sche Antrag zunächst nur dahin, daß mindestens die Frage als höchst dringlich erörtert werde, ob nicht bezüglich der militärischen Räumung der Herzogthümer eine sofortige Sistirung verfügt werde, während der Antrag des Herrn Reh dahin geht, daß die ganze Frage bezüglich der Ratification des Waffenstillstandes, als äußerst dringlich, in einer demnächst anzuberaumenden Sitzung zur Berathung komme. Ich finde daher zwischen beiden einen sehr wesentlichen Unterschied; der eine kann meiner Meinung nach allerdings in kürzester Zeit zur Berathung kommen; die Berathung des zweiten aber scheint mir durchaus nicht möglich, so lange nicht jene Papiere, welche das Ministerium in der ausgedehntesten Weise zur Kenntniß der Versammlung gebracht wissen will, sich in Ihren Händen befinden.

Präsident: Der Waitz'sche und der Antrag des Herrn Reh sind, was die Prüfung der ganzen Sache betrifft, übereinstimmend; der erstere hat aber einen zweiten, eventuellen Theil, daß der Ausschuß wenigstens die Frage schnell begutachten soll, ob nicht die militärischen Verfügungen des Waffenstillstandes zu sistiren seien. Im ersten Theile, welcher die Verweisung an den Ausschuß betrifft, sind sie übereinstimmend.

Reh von Darmstadt: Meine Herren! Sie werden entschuldigen, daß ich eine Erläuterung meines Antrages anfüge. Es ist Voraussetzung meines Antrags, daß, wenn er angenommen wird, die jetzige Sitzung sich schließe, und die Herren, welche dem Ausschusse angehören, sofort zur Berathung zusammentreten. Denn wenn auch noch Papiere gelesen werden müssen, so bedarf es doch einiger Zeit, denn die Sache selbst ist schon im Allgemeinen bekannt genug, und soviel gewiß: Ein solcher Waffenstillstand wird wohl niemals gutgeheißen werden können. (Von vielen Seiten: Niemals!)

Präsident: Ich frage, ob noch Jemand über die Dringlichkeit der Sache sprechen will?

Francke von Schleswig: In bewegter Stimmung beginne ich mit der Bitte, daß, obgleich Schleswiger, der nach dem eben verlesenen Vertrage aus Ihrer Mitte auszuscheiden haben würde, Sie mir in dieser allgemeinen deutschen Angelegenheit einiges Wenige zu sagen gestatten. Meine Herren! Sie haben gehört von dem Herrn Reichsminister, daß der preußische Commissar die von der Centralgewalt ertheilte Instruction überschritten hat; Sie haben ferner gehört, wie der Herr Reichsminister erklärte, die Centralgewalt sei befugt, den Waffenstillstand entweder zu ratificiren, oder die Ratification zu versagen; Sie haben endlich gehört, daß der preußische Minister schriftlich angezeigt hat, der

Waffenstillstand, über welchen die Centralgewalt noch gar keine Ansicht geäußert, sei schon in der Vollziehung begriffen. Das sind ja die grellsten Widersprüche, die wohl ein sofortiges Einschreiten begründen möchten. — Ich will Ihnen nur mittheilen, wie es in diesem Augenblicke in Schleswig-Holstein aussieht. Die Landesversammlung, welche, wie wir jetzt hören, als gar nicht vorhanden betrachtet werden soll, ist versammelt (Bravo!), sie wird sich, wie ich aus einem Briefe ersehen, welcher mir von dem Präsidenten derselben heute zugekommen ist, für permanent erklären. (Lebhafter Beifall auf der Linken.) Sie wird sich keinen Waffenstillstand aufdringen lassen (stürmisches Bravo), welcher die Verfügungen, Gesetze und Anordnungen der provisorischen Regierung, die jetzt noch besteht, vernichtet, und welcher die Landesversammlung in ihrem Rechte, die Verfassung des Landes aufzubauen, nicht schützt. Ich habe Zeitungen in meinen Händen, aus welchen hervorgeht, daß sich das Land in der größten Aufregung befindet, von allen Seiten laufen Petitionen ein; es werden die Steuern verweigert werden, es wird, wenn die Nationalversammlung nicht hilft, die Anarchie im Lande entstehen. (Bewegung.) Dessenungeachtet, trotz dieser schreienden Umstände, unterstütze ich den Antrag meines Landsmannes Waitz, und fordere Sie auf, demselben beizupflichten, mit Ruhe und Mäßigung zu beschließen, daß die wichtige Angelegenheit zunächst dem Ausschusse überwiesen werde. Denn wahrlich nicht geringe, sondern centnerschwere Interessen, nicht bloß schleswig-holstein'sche, sondern allgemein deutsche, europäische, stehen auf dem Spiele. — Ich weiß es, während über die Ratification noch nichts entschieden ist, ziehen schon die deutschen Truppen in Eilmärschen zum Lande hinaus, und wer bürgt dafür, daß nicht in demselben Augenblicke der Däne von der andern Seite hereinzieht? Dessenungeachtet aber bitte ich Sie, lassen Sie dem Ausschusse eine Frist von 24 Stunden, damit er die Frage prüfen, begutachten, und Ihnen ein Urtheil darüber vorlegen könne. Ich unterstütze den Antrag von Waitz. (Mehrere Stimmen: Gleich berathen! — Andere: Nein! nicht gleich! Morgen!)

Präsident: Ich habe einen Antrag von Eisenmann zu verlesen; derselbe lautet:

„Erstens: daß sofort beschlossen werde, die Centralgewalt zu beauftragen, daß sie die königl. preußische Regierung in Kenntniß setze, die Nationalversammlung habe sich die Entscheidung über den Waffenstillstand vorbehalten, und sei sohin die Ausführung des Waffenstillstandes zu verschieben.

Zweitens: der Waffenstillstandsvertrag mit den andern Papieren sei dem internationalen Ausschuß zur schleunigsten Berichterstattung zu übergeben."

Sodann ist von Herrn Biedermann beantragt:

„Die Nationalversammlung, in Erwägung, daß ein Waffenstillstand mit Dänemark nicht ohne Genehmigung der Nationalversammlung definitiv abgeschlossen werden kann, beschließt sofort: — es sei durch die Centralgewalt sofort Veranstaltung zu treffen, daß dem am 26. August abgeschlossenen Waffenstillstand nicht eher Vollzug gegeben werde, bis die Nationalversammlung darüber beschlossen haben werde."

Herr Engel hat das Wort.

Engel aus Holstein: Unter dem Eindrucke der erschütternden Nachricht, die wir soeben vernommen haben, und durch welche die Ehre des deutschen Volks geschändet wird (auf der Rechten: Oh!): unter diesem erschütternden Eindrucke rede ich zu Ihnen. Meine Herren! Ich rede zu Ihnen nicht bloß im Gefühle eines Holsteiners, sondern in dem warmen Gefühle eines Deutschen. (Bravo!) Ich trenne die Rechte Schleswig-Holstein's nicht von der Ehre Deutschland's, denn sie sind ein und dasselbe. Deutschland hat die Sache Schleswig-Holstein's zu der seinigen gemacht. Wir erfahren, daß ein Waffenstillstand unter Bedingungen geschlossen worden ist, durch welche alles Dasjenige vernichtet wird, was der regenerirte Bundestag, was diese hohe Versammlung selbst beschlossen, und was auch die Centralgewalt bereits genehmigt hat. Es kann keine Frage sein, daß Bedingungen der Art, wie sie jetzt hinzugekommen sind, noch einen viel schlimmeren und nachtheiligeren Eindruck machen müssen, als diejenigen, die bei den früheren Verhandlungen in Malmö im Juli d. J. zur Sprache kamen. Ich erinnere Sie an den Eindruck, den die damaligen Mittheilungen in öffentlichen Blättern auf diese hohe Versammlung machten. Jetzt aber sind viel nachtheiligere Bedingungen aufgestellt, und ich glaube, daß diese hohe Versammlung nicht dulden kann, daß auf ihr der Verdacht ruhe, sie könne auch nur den Gedanken fassen, solche Waffenstillstands-Bedingungen, welche die Ehre Deutschland's verletzen, zu genehmigen. Es wird gegenwärtig schon mit Vollziehung der Waffenstillstands-Bedingungen begonnen; es wird damit begonnen gleich in demselben Augenblick, wo in Lübeck die Ratificationen ausgewechselt werden. Es ist in öffentlichen Blättern nicht bloß gemeldet worden, daß Wrangel den hannöver'schen Truppen den Befehl gegeben, sich zurückzuziehen — und die Truppen ziehen sich wahrscheinlich jetzt schon zurück in Folge dieses Befehls, denn es sind seitdem schon Tage verflossen, — sondern nach Mittheilungen der gestrigen Börsenhalle sind auch die in Stade gefangenen dänischen Officiere am 2ten dieses Monats schon nach Kiel gebracht worden, um von dort nach Kopenhagen geführt und ausgewechselt zu werden. Ich erinnere Sie daran, daß die Zahl der dänischen Gefangenen etwa 80 beträgt, daß wir durch Auslieferung der Officiere den Dänen eine Macht in die Hände liefern, und daß, wenn die Truppen das Land verlassen haben werden, wir wehrlos dastehen. Das größte Elend ist im Verzuge ....

Präsident: Ich ersuche Sie dringend, nicht in's Materielle der Sache einzugehen.

Engel: Ich wollte nur nach dem Sachverhältniß die Dringlichkeit des Antrags begründen, daß Sie sofort

auf Discussion der Frage eingehen möchten, ob nicht der Waffenstillstand zu sistiren sei?

Beseler von Greifswald: Auch ich kann von mir sagen (viele Stimmen: Schluß! Schluß!), daß ich in dieser Sache mitzusprechen habe, nicht bloß als Deutscher, sondern auch als Schleswig-Holsteiner, denn wenn ich auch schon lange das Land verlassen habe, mein Herz ist doch dort geblieben. Nichts destoweniger muß ich auch für den Antrag des Abgeordneten Waitz sprechen, ich muß dafür sprechen aus allgemeinen Gründen, und aus der Natur der uns vorliegenden Sache; aus allgemeinen Gründen wegen unserer Stellung gegenüber dem Auslande, überhaupt wegen unserer Stellung bei Behandlung internationaler Fragen. Eine solche Frage von so unberechenbarer Wichtigkeit dürfen wir nicht behandeln und beschließen, wie sie eben ins Haus gebracht ist, wir müssen uns hier als Männer, als besonnene Männer zeigen, wir müssen nicht in übereilter Weise vorgehen. Aber, meine Herren, es sind auch besondere Verhältnisse, die zu berücksichtigen sind. Es kommt nicht bloß darauf an, ob die Vollziehung des Waffenstillstandes in den Herzogthümern möglichst bald sistirt werde, um die Herzogthümer zu schützen gegen Uebelstände; es kommt hier überhaupt nicht auf die Verhältnisse der Herzogthümer allein an, sondern wir haben noch andere Fragen von unberechenbarer Wichtigkeit ins Auge zu fassen, welches Verhältniß wir, die Nationalversammlung, einnehmen zum Ministerium der Centralgewalt, wer die Regierung in Händen haben soll, ob wir hier solche Beschlüsse zu fassen haben, oder ob sie vorbereitet von dem Ministerium uns vorzulegen sind. (Ruf nach Schluß von der Linken.)

Präsident: Meine Herren! Der Redner hat das Wort, ich werde ihn dabei erhalten.

Beseler: Wir haben ferner zu erwägen das Verhältniß, in welchem wir zu einer deutschen Macht, zu Preußen, stehen. Es fragt sich, wie hier die Sache liegt, ob und inwiefern eine Uebertretung der gegebenen Vollmacht von Seiten Preußens geschehen, es fragt sich, wie die Vollmacht ausgestellt gewesen ist, wie die Instructionen gemacht sind, in welchem Verhältniß Vollmacht und Instruction zu einander stehen; man kann die Sache nicht erledigen, ohne genau informirt zu sein über die Actenstücke, ja es kann nicht bloß über das Materielle nicht sofort von uns entschieden werden, sondern auch nicht über die Sistirung der Vollziehung des Waffenstillstandes, denn, meine Herren, das wäre schon eine Anticipation unseres Urtheils; denn wenn über die Ausführung des Waffenstillstandes bestimmte Vorschriften gegeben sind, und es werden diese Vorschriften nicht eingehalten, so folgt daraus schon, daß wir einen wesentlichen Theil des Waffenstillstandes selbst verwerfen. Meine Herren! Alle diese Umstände sind von der größten Bedeutung, und ich beschwöre Sie, zeigen Sie sich in diesem Augenblick auch fest in Dem, was Sie nicht wollen, zeigen Sie, daß wir hier die Frage nach allen Seiten zu erwägen wissen, und daß, wenn wir einen entschiedenen Beschluß fassen, wir sagen können, daß wir ihn erst nach reiflicher Ueberlegung gefaßt haben. (Ruf nach Schluß.)

Präsident: Ich bitte um Ruhe! —

Beseler: Meine Herren! Wir müssen durchaus erst Dasjenige kennen, wonach wir urtheilen sollen. (Eine Stimme auf der Linken: Sehr langweilig!)

Präsident: Wer das gesagt hat, den rufe ich zur Ordnung. Sie haben nicht das Recht, und es ist eine Unschicklichkeit, einem Redner zu sagen, er spreche langweilig.

Beseler: Meine Herren! Ich nehme den Vorwurf der Langweiligkeit gern auf mich, wenn ich im Bewußtsein stehe, nach besten Kräften für mein Vaterland zu sprechen und zu wirken. Ich werde in diesem Streben nicht irre gemacht werden durch solche Vorwürfe. (Beifall auf der Rechten.) Meine Herren! Worauf es ankommt, ist Das, daß wir unsere Person, und Alles, was an der Person hängt, dem Vaterlande nachsetzen und ihm es opfern. Ich beschwöre Sie, beschließen Sie nach dem Waitz'schen Antrag. (Vielstimmiges Bravo.)

Präsident: Es sind mir noch zwei weitere Anträge übergeben worden, und zwar von Herrn Zimmermann:

„Der Unterzeichnete stellt den Antrag: Die Nationalversammlung wolle noch in dieser Stunde beschließen, daß der Krieg gegen Dänemark fortzusetzen sei, und die deutschen Kriegsvölker schleunigst alle ihre Stellungen wieder einzunehmen haben."

Die Abgeordneten Wigard, Blum, Fetzer und Tafel übergeben folgenden Antrag:

„Die Zurückziehung der Truppen möge sofort sistirt, und darüber sogleich, über die Hauptfrage selbst aber morgen Beschluß gefaßt werden."

(Viele Stimmen: Sehr gut! Sehr gut!) Meine Herren! Ich glaube, über die Frage, welcher Beschluß sogleich gefaßt werden soll, über die vorläufige Frage könnten wir ohne weitere Discussion zur Abstimmung schreiten, und in dieser Beziehung geht der Antrag des Abgeordneten Zimmermann am weitesten.

Zimmermann von Stuttgart: Herr Präsident, ich schließe mich dem Wigard'schen Antrag an.

Präsident: Also ist der Antrag zurückgenommen. Der Antrag des Abgeordneten Wigard und Genossen geht dahin:

„Die Zurückziehung der Truppen möge sogleich sistirt, und morgen über die Hauptfrage Beschluß gefaßt werden."

Eisenmann von Nürnberg: Ich ziehe meinen Antrag zurück, da er im Wesentlichen gleichlautend ist mit diesem Antrage.

v. Rappard von Glambek: Ich nehme meinen Antrag auf sofortige Verhandlung ebenfalls zurück, und schließe mich dem Wigard'schen an.

Präsident: Alle Antragsteller, meine Herren, sind darüber einig, daß in der Hauptsache ein Bericht des Ausschusses erstattet werden muß, und zwar ein schleuniger. Die meisten Herren scheinen auch darin

einig zu sein, — es sind mir wenigstens verschiedene Erklärungen darüber geworden, — daß man wünscht, es möge zu dieser Berichterstattung der Ausschuß für internationale Angelegenheiten und der für die Centralgewalt zusammentreten und gemeinschaftlich diese Berichterstattung übernehmen. Darin aber sind die Meinungen auseinandergehend, daß der Antrag von Wigard die Zurückziehung der Truppen in Folge eines sofort zu fassenden Beschlusses sistirt haben will, während Herr Waitz über diese Frage auch eine Berichterstattung wünscht, die aber, wenn sie in der Hauptsache nicht sofort erfolgen könnte, beschleunigt werden möge. Das sind die Anträge, die vorliegen. Ueber die Frage, ob über die Sistirung der Zurückziehung der Truppen sogleich beschlossen werden soll, ist noch nicht discutirt worden. Wenn daher dieser Antrag Unterstützung findet, so müßte ich darüber die Discussion zulassen. Im Uebrigen, was die Hauptfrage betrifft, ist keine Verschiedenheit der Ansichten.

Wigard von Dresden: In meinem Antrage sind zwei Punkte unterschieden: einmal, was die Sistirung der Zurückziehung der Truppen betrifft, — darüber, glaube ich, brauche ich kein Wort zu verlieren, ich glaube, wir sind darüber Alle einig — (Zuruf von der Rechten: Nein! Nein!) — was den zweiten Punkt betrifft, so verlangt mein Antrag, daß morgen definitiv ein Beschluß in dieser Angelegenheit gefaßt werden soll, vorausgesetzt, daß heute die Sitzung sehr bald beendigt wird, und der Ausschuß sogleich zusammentritt und die Angelegenheit berathet, damit uns dieser Bericht morgen vor der Sitzung vorgelegt werden kann, und wir dann in die Berathung eintreten können. Ich glaube, daß dieser Antrag Alles berücksichtigt.

Biedermann von Leipzig: Auch ich verwende mich für sofortige Sistirung der Zurückziehung der Truppen; denn hier liegt uns Alles klar vor. Der Minister des Auswärtigen hat gesagt, daß die Bedingungen, auf welche der Waffenstillstand geschlossen wurde, nicht die von der Centralgewalt vorgeschlagenen seien. Der Herr Minister hat gesagt, daß er nach seiner und des Ministeriums Ansicht glaube, daß der Vertrag unserer Genehmigung unterliege. Der Vertrag ist abgeschlossen ohne Vorbehalt unserer Genehmigung, auf andere Bedingungen, als die Centralgewalt vorgezeichnet hat; wir müssen daher sofort aussprechen: „Dieses gilt nicht, der Vertrag kann nicht vollzogen werden, bis nicht die Bedingungen erfüllt sind."

Reichminister **Heckscher**: Meine Herren! Bei aller gerechten Aufregung, die in der hohen Versammlung herrscht, lassen Sie mich noch einmal Sie ersuchen, die Ruhe und Besonnenheit zu bewahren, die in so wichtigen Dingen nothwendig ist. Es handelt sich um die Frage eines europäischen Krieges, es handelt sich um die Frage der deutschen Einheit und des hochwichtigen Verhältnisses zu Preußen, und endlich, meine Herren, bedenken Sie doch, würden Sie nicht durch die Annahme des Antrags, der dahin geht, zu beschließen, daß die Truppen nicht zurückzuziehen seien, gegen Ihr eigenes Gesetz handeln; denn das Zurückziehen der Truppen ist eine Maßregel der Executivbehörde, und nicht der constituirenden Versammlung. Die Gründe, welche Herr Biedermann Ihnen für das Gegentheil eben auseinandergesetzt hat, treffen nicht zu. Sie haben sich das Recht vorbehalten, und wir haben es eingeräumt, daß Krieg und Frieden .... (Unruhe auf der Linken.)

Präsident: Ich bitte um Ruhe!

Reichsminister **Heckscher**: Das Gesetz sagt: „Krieg und Frieden soll nur geschlossen werden im Einverständniß mit der Nationalversammlung." Wir haben nun geglaubt, der Waffenstillstand assimilire einen Frieden, und darum haben wir gesagt: Allerdings muß darüber ein Einverständniß mit der Nationalversammlung hergestellt werden. Das Zurückziehen der Truppen aber hat einen vielleicht und wahrscheinlich wesentlichen Zusammenhang mit dem Waffenstillstand, aber es ist keine Stipulation des Waffenstillstands selbst, es ist eine reine executive Maßregel, und Sie würden übergreifen in die Befugnisse der Administration der Centralgewalt. Also bitte ich, im Interesse Deutschland's und des Vaterlandes, um Mäßigung und Besonnenheit. (Bravo! Unruhe.)

Schoder von Stuttgart: Ich muß dem Herrn Reichsminister des Aeußeren entschieden widersprechen. Die Nationalversammlung hat längst den Beschluß gefaßt, daß der Krieg zwischen Deutschland und Dänemark fortgeführt werden soll, bis die Rechte Schleswig-Holstein's und die Ehre Deutschland's gewahrt sein würden. Diesen Beschluß hat die Centralgewalt zu vollziehen. Es ist nunmehr zwar ein Waffenstillstand zu Stande gekommen, aber einer, welcher anstatt die Ehre Deutschland's zu wahren, Deutschland in's Angesicht schlägt. Eine Folge dieses Waffenstillstands ist die Zurückziehung des Heeres. Sofern aber dieser Waffenstillstand nicht zu Recht bestehen kann, kraft unseres Beschlusses, sofern können auch die Folgen, welche daraus gezogen wurden, jetzt noch nicht eintreten. Deutschland hat nicht überflüssig Geld, um seine Truppen ohne Zweck hin- und hermarschiren zu lassen, wie dieses geschehen zu sollen scheint. Vor einem Monat hat der Kriegsminister erklärt, daß er zur kräftigen Fortführung des Krieges Truppen aus ganz Deutschland zusammenziehen werde. Kaum sind diese Truppen am Kriegsschauplatze angekommen, so müssen sie zurückspazieren, um in wenigen Tagen, wenn wir den Waffenstillstand verworfen haben werden, wieder zurückgeführt zu werden. Wenn wir auch nicht zweifeln wollten über die Befugniß der Centralgewalt, die Truppen für sich zurückzuziehen, weil dieses eine Executiv-Maßregel sei, so glaube ich doch, die Nationalversammlung solle als ihren bestimmten Willen aussprechen, daß das Ministerium gegen die Ansicht der Nationalversammlung handeln würde, wenn es die Zurückziehung der Truppen nicht sogleich sistirt. Was es heißen würde, wenn die Centralgewalt trotz dem hier ausgesprochenen Willen der Nationalversammlung denselben nicht befolgen würde, das liegt klar vor Augen. Es müßte dann die Nationalversammlung ein

Mißtrauens-Votum gegen das Ministerium aussprechen, und jedenfalls von diesem Standpunkt aus, glaube ich, wird die Centralgewalt, wenn sie auch diese Maßregel als eine reine executive, als in ihren Ressort allein gehörig, vindicirt, dem Willen der Nationalversammlung ohne Weiteres entsprechen.

Bassermann von Mannheim: Meine Herren! Es ist Ihnen schon gesagt worden, um Sie zu einem raschen Beschlusse zu vermögen, daß vielleicht, indem die deutschen Truppen im Süden herausziehen, die Dänen über die nordische Grenze hineinziehen. Meine Herren! Diese Unterstellung ist eine rein unmögliche. Es bleiben nach dem Waffenstillstand Tausende deutscher Truppen dort, es bleibt die holstein'sche Armee vollständig stehen, und ich kann Ihnen sagen, daß der Ministerrath nicht den Beschluß gefaßt hat, die auf dem Wege nach Schleswig befindlichen Truppen einzuhalten. Allein bedenken Sie, meine Herren, daß eine Sistirung, ein Beschluß von hier aus einem jetzt schon geschehenen Verwerfen des Waffenstillstandes gleichkommt. (Stimmen von der Rechten: Sehr richtig!) Ich weiß es, daß diese Verwerfung, diese sofortige Verwerfung gewünscht wird von einem Theil dieser Versammlung. Das Ministerium hat aber noch keinen Beschluß über Annahme oder Verwerfung des Waffenstillstandes gefaßt. Noch nie hatten wir so schwere Stunden für unser Inneres, für die ungeheure Verantwortlichkeit, die auf uns lastet, als die Stunde, da wir über diese Frage in Berathung treten. Meine Herren! Von der Verwerfung des Waffenstillstandes hängen große Folgen ab. Ich will nicht sagen, daß wir sie scheuen sollen; ich will aber nur die Gründe andeuten, um Sie, Deutsche, aufzufordern, die Entscheidung, welche Folgen Sie auch auf sich nehmen mögen auf der einen oder andern Seite, wenigstens bis dahin zu verschieben, wo Sie eine Entscheidung fassen können auf Grund von Thatsachen, die Sie jetzt noch nicht kennen. Sie haben bloß eine einzige Vorlesung gehört, bei welcher eine Prüfung unmöglich ist; Sie kennen nicht den Gang der Verhandlungen; Sie kennen eine Reihe von Actenstücken nicht, die Ihnen — und das können Sie jetzt nicht ermessen, von welchem Gewicht sie sind — die Ihnen zeigen werden, worauf es ankommt; nur darauf will ich Sie flüchtig aufmerksam machen, daß der Waffenstillstand geschlossen ist, auch im Namen Preußens, daß Preußen die Ausführung gewissermaßen verbürgt. Ich brauche nicht auszuführen, was auf dem Spiele steht, wenn wir sagen, der Waffenstillstand soll nicht ausgeführt werden, vielleicht, — ich sage v i e l l e i c h t, daß wir es dennoch sagen; allein dann sagen wir es mit dem Bewußtsein alles Dessen, was wir d a n n wissen, und was wir j e t z t noch nicht wissen. Seit dem März, wo die große Erhebung stattfand, ist jetzt der gefährlichste Augenblick eingetreten; die Einheit Deutschland's steht auf dem Spiele; es ist die Frage, ob wir die Spalte, die sich zu öffnen beginnt, weiter reißen; ob wir in Trümmer gehen wollen, oder nicht. Möglich, daß wir uns dazu entschließen; aber, meine Herren, wer uns auffordern kann, jetzt, im Moment dazu uns zu entschließen! — erlauben Sie mir, zu sagen, meine Herren, daß ich wenigstens diese Kühnheit, diese Ueberkühnheit nicht begreife. Ich bin überzeugt, Sie werden keinen Beschluß fassen, der der Ehre Deutschland's und der Zukunft Deutschland's schädlich wäre; aber ich bin ebenso überzeugt, Sie werden keinen übereilten Beschluß fassen, und ich fordere Sie auf, da eine materielle Gefahr für Schleswig-Holstein nicht vorliegt, den Druck der Actenstücke, der schleunigst begonnen wurde, und ich weiß nicht gewiß, vielleicht morgen schon beendigt sein wird (Mehrere Stimmen: Oh!), ich sage, ich weiß nicht gewiß, ob er beendigt sein wird, — abzuwarten, und die Entscheidung der ganzen Frage an den Ausschuß zu verweisen. Sie haben von dem Minister des Auswärtigen gehört, daß auch wir einen Antrag an die Nationalversammlung bringen werden: wir werden mit dem Ausschuß ins Benehmen treten, und wenn Sie volle Kenntniß der Thatsachen und alles Vorliegenden haben, dann entscheiden Sie, nicht über das Schicksal Schleswig-Holstein's, sondern über das Schicksal Deutschland's und unserer Zukunft, d a n n — aber e r s t d a n n! (Bravo von der Rechten und vom Centrum.)

Venedey von Köln: Meine Herren! Ich bedaure jedes Wort, das auf dieser Tribüne in dieser Sache fällt, denn es scheint, sie sollte längst entschieden sein. Mir scheint, als ob wir viel zu lange über diesen Gegenstand verhandelt haben. Hier ist Kühnheit nothwendig; erinnern Sie sich an das Wort, das ein anderer Mann gesagt hat: Osez! osez toujours! Wir wollen kühn sein, im Sinne der guten Sache. Der Herr Minister hat gesagt: „Es sind zwei Fragen, welche sich an die Sache knüpfen; die eine ist die Frage des Kriegs, die andere die der Einheit Deutschland's;" man hat aber eine dritte Frage vergessen das ist die Frage der Ehre des Parlaments. (Bravo!) Das Vertrauen des deutschen Volkes zu uns wird wankend, und wenn wir in einer Sache, die so eilig ist, zaudern, dann wird es uns nicht die nöthige Kühnheit zugestehen, die wir im Augenblick haben müssen, um das große Werk, das uns so furchtbar gegenübertritt, zu vollenden. Man hat Ihnen gesagt, — Herr Bassermann ist mit diesen Worten von der Tribüne getreten: — „Wir sollten nicht vergessen, daß auch im Namen von Preußen der Waffenstillstand abgeschlossen wurde." Meine Herren! Ich bin auch ein Preuße, und ich habe Manches gethan, daß das Preußenthum in Deutschland anerkannt werde; ich bin aber überzeugt, daß die Preußen im Wesentlichen ebenso fühlen, wie wir, und wenn man sagt, es ist auch im Namen des Königs von Preußen verhandelt worden, so ist das die alte Sache; denn wenn ein König, und sei es auch der König von Preußen, in seinem Namen die Sache Deutschland's verhandelt, so sind wir es nicht, die es thun. Beschließen wir in diesem Augenblick, daß der Waffenstillstands-Vertrag nicht ausgeführt werde! das ist unumgänglich nöthig, denn wir haben gehört, daß der Beschluß sofort in Vollzug gesetzt, sofort die Blokade aufgehoben, Moltke als Prä-

sident eingesetzt, und die Truppen sofort zurückgezogen werden sollen. Meine Herren! Ein Tag mehr oder weniger, darauf kommt oft nichts an; aber in dem gegenwärtigen Augenblicke nur ein Wenig zu warten, darauf kommt sehr Viel an. Seien Sie hier kühn, und das Volk wird es anerkennen! (Bravo von der Linken und der Gallerie.)

Präsident: Ich schlage Ihnen vor, um Zeit zu ersparen, die Abstimmung in folgender Weise vorzunehmen, nämlich zuerst über die Frage abzustimmen, über welche Alle einig sind, und dann über den Antrag des Herrn Wigard und Genossen: „Die Zurückziehung der Truppen zu sistiren," als Zusatz-Antrag abzustimmen, und dieses bei der ersten Abstimmung vorzubehalten. Ich würde dann die erste Frage so stellen: „Beschließt die Nationalversammlung, daß nach Vorlage der Actenstücke und schleunigster Berichterstattung durch die vereinten Ausschüsse für internationale Verhältnisse, und für die Centralgewalt, sofort ein Tag bestimmt werde, wo dieser Gegenstand weiter verhandelt werden soll?" Ich habe dieses ausdrücklich unbestimmt gelassen. Sowie der Bericht erstattet ist, werden wir das Weitere anordnen können. Findet dagegen kein Widerspruch statt, so würde ich die zweite Frage stellen: „Beschließt die Nationalversammlung, daß bei der Centralgewalt die Zurückziehung der Truppen sofort beantragt werde?"

Eine Stimme: Statt beantragt werde, muß es heißen: „Beauftragt werde."

Wigard von Dresden: In meinem Antrag steht auch noch, daß die Berathung morgen stattfinden solle.

Präsident: Daß die Zurückziehung der Truppen sofort sistirt werde, das muß durch die Centralgewalt veranlaßt werden, folglich haben wir den Beschluß zu fassen, daß die Centralgewalt damit beauftragt werde. Herr Siemens hat folgenden Antrag gestellt:

„Die Nationalversammlung beantragt bei der Centralregierung die Sistirung des Rückzuges der Truppen."

Bassermann von Mannheim: Nur über die Fragestellung erlaube ich mir einige Worte: Der Antrag des Ministers des Auswärtigen muß vorangehen. Der Antrag hat den Sinn: die ganze Sache an den Ausschuß zu verweisen, und von ihm einen Bericht über das Ganze abzuwarten; würde dieser Antrag angenommen, dann brauchten die übrigen Anträge nicht mehr zur Abstimmung zu kommen, folglich, glaube ich, muß er vorangehen.

Präsident: Ich habe ganz dieselbe Ansicht ausgesprochen; ich habe gesagt, die erste Frage wird die sein: „Will die Nationalversammlung, daß nach Vorlage der Actenstücke und schleunigster Berichterstattung durch die vereinten Ausschüsse für internationale Verhältnisse und für die Centralgewalt sofort ein Tag festgestellt werden soll?" Zu diesem Antrag ist ein Zusatz-Antrag von Herrn Wigard gestellt, und diesen muß ich nachträglich zur Abstimmung bringen. Ob der angenommen oder verworfen wird, das ist Sache der Nationalversammlung.

Wigard von Dresden: Mein Antrag enthält noch einen zweiten, nämlich den, daß morgen darüber definitiv Beschluß gefaßt werde; ich habe schon angedeutet, aus welchen Gründen. Ich glaube daher, daß die erste Frage darauf zu stellen wäre, ob die Entscheidung über die Hauptfrage in der morgenden Sitzung zu fassen sei. Wird diese abgeworfen, so wird der ganz unbestimmte Antrag des Reichsministers kommen, welcher gar keinen Termin enthält, und die Sache ad calendas graecas hinausschiebt. Dann würde aber jedenfalls als dritter Antrag offen stehen, ob die Zurückziehung der Truppen sistirt, und darüber heute noch Beschluß gefaßt werden soll.

Präsident: Es ist das ganz unrichtig, wenn Herr Wigard sagt, die Sache sei durch den Antrag des Reichsministers auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben; er hat ausdrücklich beantragt, daß, sowie die Actenstücke gedruckt sind, sogleich Bericht erstattet werden solle. Ich weiß auch nicht, wann wir früher darüber berathen sollten; es ist ein Bericht verlangt, und den müssen wir abwarten, wir haben ja jedenfalls morgen Sitzung, wo über die Sache berathen werden kann.

Vogt von Gießen (vom Platz): Wir müssen aber doch warten, bis die Actenstücke gedruckt sind. Bis wann kann der Druck erfolgen?

Präsident: Das können wir nicht wissen, und ich bin mit den Verhältnissen der Druckerei nicht so genau bekannt.

Moriz Mohl von Stuttgart: Meine Herren! Ich trage darauf an, zuerst die Frage zur Abstimmung zu bringen, ob der Rückmarsch der Truppen sistirt werden soll; wenn diese Frage verneint würde, so würde die außerordentliche Dringlichkeit der Berathung in der Hauptsache sich herausstellen, weil wir sonst bei der Berathung in der Hauptsache beschließen könnten, daß die Truppen dort bleiben sollen, nachdem sie schon längst wieder in ganz Deutschland zerstreut sind.

Präsident: Findet der Antrag des Herrn Mohl Unterstützung? (Mehrere Mitglieder erheben sich.) Ich werde nun zur Abstimmung bringen, ob ich zuerst über den Zusatz-Antrag, oder über die Hauptsache abstimmen lassen soll. Will die Nationalversammlung, daß zuerst über den Antrag abgestimmt werden soll, daß in der Hauptsache die Documente an einen Ausschuß zur Berichterstattung verwiesen werden mögen: Wenn die Nationalversammlung beschließt, daß diese Frage nicht zuerst zur Abstimmung kommen soll, so würde ich die Frage so, wie Herr Mohl verlangt hat, stellen. Will die Nationalversammlung, daß zuerst über die Frage abgestimmt werden soll, ob über die von dem Reichsminister vorgelegten Documente nach erfolgtem Drucke vom Ausschuß ein Bericht erstattet, und dann ein Tag zur Verhandlung anberaumt werden soll? Diejenigen, welche wollen, daß diese Frage zuerst zur Abstimmung kommen soll, bitte ich, aufzustehen. (Die Mehrzahl erhebt sich.) Die Frage ist bejaht. — Ich werde nun die Frage so stellen: Beschließt die Nationalversammlung, daß

nach der Veröffentlichung durch den Druck der Actenstücke über den Waffenstillstand zwischen Deutschland und Dänemark, und schleunigster Berichterstattung darüber durch die vereinigten Ausschüsse für die internationalen Verhältnisse und die Centralgewalt, sofort ein Tag zur Verhandlung anberaumt werden solle? Diejenigen, die dieß wollen, bitte ich, aufzustehen. (Die Mehrheit erhebt sich.) Der Antrag ist angenommen. Was die weitere Frage betrifft, so handelt es sich nur davon, ob nach dem Antrag des Abgeordneten Siemens gesagt werden solle: „Die Nationalversammlung beantragt bei der Centralgewalt," oder ob gesagt werden solle: „Beauftragt die Centralgewalt." Ist der Antrag des Abgeordneten Siemens unterstützt? (Die hinreichende Anzahl von Mitgliedern erhebt sich.) Er ist unterstützt, und ich werde ihn also, wenn der erste Antrag abgelehnt wird, zur Abstimmung bringen. — Zwischen dem Antrag der Abgeordneten Waitz und Wigard ist nur der Unterschied, daß Herr Wigard sogleich und Herr Waitz nach 24 Stunden berathen haben will. Die Frage ist jetzt noch die, ob ferner darüber berathen werden solle, ob jene Sistirung stattzufinden habe. Verlangt darüber noch Jemand das Wort? (Niemand erhebt sich.) Ich stelle also nunmehr die Frage: „Beschließt die Nationalversammlung, daß nach dem Antrag der Abgeordneten Wigard und Genossen die Centralregierung zu beauftragen sei, die Zurückziehung der Truppen sofort zu sistiren?" Diejenigen, die dieß wollen, bitte ich, aufzustehen. (Ein Theil der Versammlung erhebt sich.) Ich bitte um die Gegenprobe. Diejenigen, die den Wigard'schen Antrag ablehnen wollen, ersuche ich, aufzustehen. (Die Mehrheit erhebt sich.) Der Antrag des Abgeordneten Wigard ist abgelehnt, und nun habe ich diesen Antrag noch mit der Modification des Abgeordneten Siemens zur Abstimmung zu bringen. (Widerspruch.) Ich kann es nicht anders machen; das verlangt die Ordnung. Ich fasse den Antrag des Herrn Siemens in folgender Art: „Beschließt die Nationalversammlung, daß nach dem Antrage des Abgeordneten Siemens bei der Centralregierung die Sistirung des Rückmarsches der Truppen aus Schleswig-Holstein beantragt werde?" Diejenigen, welche diesen Antrag bejahen wollen, bitte ich, aufzustehen. (Die Minderheit erhebt sich.) Der Antrag ist abgelehnt. Ich bringe jetzt den Antrag des Herrn Waitz zur Abstimmung: „Beschließt die Nationalversammlung, daß über die zur Ausführung des Waffenstillstandes ergriffenen militärischen und strategischen Maßregeln binnen 24 Stunden der Bericht des Ausschusses zu erstatten sei, und dann die Berathung darüber stattzufinden habe?" Diejenigen, welche Dieses wollen, bitte ich, aufzustehen. (Die Mehrheit erhebt sich.) Der Antrag ist angenommen. — Meine Herren! Es ist vielfach verlangt worden, daß die beiden Ausschüsse für internationale Angelegenheiten und für die Centralgewalt, welche dieser Berichtserstattung sich zu unterziehen haben, sofort ihr Werk beginnen möchten. Es ist dieses in zweifacher Art ausführbar, entweder so, daß sich die Mitglieder des Ausschusses entfernen, und die Nationalversammlung ihre Sitzung fortsetzt, oder aber, daß die Sitzung aufgehoben werde. Diejenigen, welche wünschen, daß zur Förderung der Berichterstattung die heutige Sitzung der Nationalversammlung, Verkündigungen vorbehalten, geschlossen werden möge, bitte ich, aufzustehen. (Die Mehrheit erhebt sich.) Die Sitzung ist also aufzuheben, und ich beschränke mich darauf, Ihnen noch einige Verkündigungen zu machen. Ich bitte Sie, Ihre Plätze einzunehmen. Herr Compes hat das Wort, um einen Antrag wegen des Zusammentritts der Ausschüsse zu begründen.

Compes von Köln: Meine Herren! In dem Ausschuß für völkerrechtliche und internationale Fragen befindet sich auch der Reichsminister des Auswärtigen, Herr Heckscher. — Die Frage, ob die Minister, oder auch die Unterstaatssecretäre in Zukunft an den Ausschüssen Theil nehmen können, wird von Vielen in der Versammlung für schwebend gehalten, und ich glaube, daß die Verhandlung darüber auch wohl seiner Zeit stattfinden dürfte. In der jetzt vorliegenden Sache könnte vielleicht die Frage zur Sprache kommen, ob der Reichsminister der auswärtigen Angelegenheiten auf die Weise gehandelt hat, welche sich überall verantworten läßt. Es ist mindestens durch die Presse schon darauf aufmerksam gemacht worden. Es scheint daher mir und mehreren Freunden, daß der Reichsminister der auswärtigen Angelegenheiten sich der Berathung und Beschlußfassung im völkerrechtlichen Ausschusse für die in Rede stehende Angelegenheit zu enthalten habe. (Eine Stimme: Auch die Unterstaatssecretäre?) Es ist der Antrag, den ich mit meinen Freunden gestellt habe, bloß dahin gerichtet, daß sich nur der Reichsminister der auswärtigen Angelegenheiten der Theilnahme an der Ausschußverhandlung zu enthalten habe.

Reichsminister **Heckscher**: Meine Herren! Ich bin im Allgemeinen der Ansicht, daß die Mitglieder des Reichsministeriums in allen Ausschüssen bleiben können, mit Ausnahme des Ausschusses für die Errichtung einer Verfassung, da der Centralgewalt hierauf keine Einwirkung zusteht. Im Uebrigen glaube ich aber vollkommen berechtigt zu sein, ebenso wie die andern Mitglieder des Ministeriums in den resp. Ausschüssen zu bleiben. Was insbesondere diesen speciellen Fall betrifft, ob ich, der ich allerdings Mitglied des Ausschusses für internationale Fragen und des Centralausschusses für die Legitimationen bin, bei der Verhandlung vorliegender Frage in diesen Ausschüssen gegenwärtig bleiben darf, so will ich darüber Folgendes sagen. Meine Herren! In dieser ganzen Sache vertrete ich nicht mein Interesse, nicht das Interesse des Ministeriums; — ich vertrete mit Entschlossenheit und gutem Bewußtsein die Sache

Deutschland's. Insofern bin ich nicht Partei in diesem Ausschuß. Aber wenn Herr Compes, wie ich glaube, voreilig (Unruhe auf der Linken. Einige Stimmen von der Linken: Zur Ordnung!) — ich sage nochmals, ich glaube, etwas voreilig, denn es liegen die Papiere nicht vor, — jetzt schon sagen will, daß es ungewiß sei, ob ich auch diese Acte verantworten könne, so werde ich darauf antworten, daß ich bei der Berathung und Entscheidung der Frage, ob ich meine Verantwortlichkeit zu tragen wisse, oder nicht, mit anderen Worten: ob ich unverantwortliche Acte begangen habe, dabei natürlich mich nicht zurückziehen werde; aber ich wiederhole es, meine Herren, ich werde bei der Besprechung dieser hochwichtigen Angelegenheit nie, weder hier noch jemals ein anderes Interesse zu vertreten suchen, und wissen, als das allgemeine, — Deutschland's, und hierbei gebührt mir so gut eine Stimme, wie jedem Andern von Ihnen. (Bravo!)

Compes: Auf die Gefahr hin, vom Reichsminister der auswärtigen Angelegenheiten nochmals Tadel zu erfahren, muß ich bemerken, daß ich an seiner Stelle es für angemessen halten würde, aus diesen Ausschüssen entfernt zu bleiben. Die Wirksamkeit eines Ministers der auswärtigen Angelegenheiten ist im Cabinet, und wenn Herr Heckscher davon spricht, daß er Deutschland's Vertreter sei — nun, meine Herren, so muß ich Ihnen sagen, der Minister steht vor Deutschland, er soll dort Rechenschaft geben. Es ist — erlauben Sie mir diesen Ausdruck — eine Phrase, wenn man sagt: „Meine Handlungen sind Handlungen für Deutschland," denn die Handlungen, die der Herr Minister des Auswärtigen begeht, könnten sehr leicht Handlungen von Heckscher sein. (Bravo auf der Linken.)

Präsident: Ich weiß nicht, ob Herr Compes seinen Antrag dahin gestellt hat, den Herrn Reichsminister Heckscher ausdrücklich von dieser Berathung auszuschließen. Wäre dieses der Fall, so müßte ich diesen Antrag zur Berathung aussetzen, und es müßte der ganze Gegenstand zur Sprache kommen; aber erlauben Sie mir, daß ich dem Herrn Compes hier entgegne, daß ich nach allen parlamentarischen Gebräuchen viel eher die Aufforderung erwartet hätte, der Minister des Auswärtigen solle der Berathung beiwohnen, als entfernt davon bleiben. (Beifall.)

Compes: Meine Herren! Der Antrag, den ich gestellt habe, ist, wie sich von selbst versteht, dringlich. Die Ausschüsse sollen eben heute noch zusammentreten, und in Bezug auf die Dringlichkeit brauche ich daher nichts weiter zu begründen. Im Uebrigen, meine Herren, handelt es sich nicht von der Zuziehung des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, um Aufschlüsse von ihm zu verlangen, sondern davon, ob Herr Heckscher als Mitglied des völkerrechtlichen Ausschusses und zu gleicher Zeit als Minister dort erscheinen könne.

Präsident: Meine Herren! Es scheint sich also bloß um die Frage des Stimmrechts des Reichsministers Heckscher zu handeln?

Vogt von Gießen: Meine Herren! In anderen Versammlungen, — und ich hoffe, wir vindiciren uns dasselbe Recht, — fordern die Ausschüsse denjenigen Minister, in dessen Bereich ihre Berathung schlägt, vor ihre Schranken, verlangen von ihm Erläuterungen, und wenn diese gegeben sind, tritt der Minister ab, und es wird darüber dann berathen. So wird die Sache gehalten in allen Comités des englischen Parlaments, so verhält sich die Sache bei den Ausschüssen der französischen Nationalversammlung: der Minister erscheint in dem Ausschuß, wenn der Ausschuß ihn verlangt; wenn der Ausschuß Erläuterungen von ihm haben will, gibt er diese, und hernach berathet der Ausschuß darüber. Freilich, meine Herren, wenn man am Ende von Seiten des Ministeriums sich, ich will nicht geradezu sagen, anmaßt, unsere Beschlüsse voreilig zu finden, so könnten wir weit kommen mit unserer Stellung dem Ministerium gegenüber! (Einige Stimmen: Sehr gut!)

Präsident: Ich muß bemerken, daß der Minister noch keinen Beschluß der Nationalversammlung voreilig genannt hat. (Zustimmung. Einige Stimmen: Bloß Anträge Einzelner!)

Siemens von Hannover: Wenn der Antrag gestellt ist, daß sich der Reichsminister der Abstimmung enthalten soll, so haben wir gehört, daß er sich derselben enthalten will, sofern es sich um seine Verantwortlichkeit handelt; in anderer Beziehung aber ihn ausschließen, hieße nichts Anderes, als über ein Recht disponiren, worüber nur seine Wähler zu disponiren haben. Herr Heckscher ist schuldig, als Abgeordneter zu stimmen, so lange er dieß Amt hat! (Unruhe auf der Linken, Beifall auf der Rechten.)

Präsident: Der Antrag des Herrn Compes lautet, wie folgt:

> „Die hohe Versammlung wolle beschließen, daß der Minister der auswärtigen Angelegenheiten und Abgeordnete Heckscher der Theilnahme an der Berathung und an den Beschlüssen des eben bestimmten Ausschusses sich enthalten müsse."

Schwarzenberg der Aeltere von Kassel (vom Platze aus): Ich wollte bitten, die Frage zu theilen.

Präsident: Herr Schwarzenberg trägt darauf an, die Frage zu theilen; das verstehe ich dahin, daß er zwar an den Berathungen, aber nicht an den Beschüssen Theil nehmen soll. Ich werde also zuerst die Frage auf die Berathungen, und dann auf die Beschlüsse stellen. Ist der Antrag unterstützt? (Die hinreichende Anzahl erhebt sich.) Der Antrag ist unterstützt. Ich werde also die Frage jetzt so stellen: Beschließt die Nationalversammlung, daß der Minister der auswärtigen Angelegenheiten und Abgeordnete Heckscher der Theilnahme an den Berathungen des eben bestimmten Ausschusses zur Begutachtung des Waffenstillstandes sich zu enthalten habe? Diejenigen, die wollen, daß Herr Heckscher an den Berathungen nicht Theil nehmen soll, bitte ich, aufzustehen. (Die Minderzahl erhebt sich.) Die Nationalversammlung hat beschlossen, daß der Herr Minister Heck-

scher von den Berathungen nicht ausgeschlossen ist.

Reichsminister **Heckscher** (vom Platze aus): Der Abstimmung werde ich mich freiwillig enthalten.

Präsident: Der Herr Reichsminister Heckscher erklärt, daß er der Abstimmung sich freiwillig enthalte; ich glaube daher, daß diese Frage nicht weiter zu stellen sein wird. — Meine Herren! Die Ausschüsse werden sich sogleich nach der Sitzung im Sarasin'schen Hause versammeln.

Zwei und siebenzigste Sitzung.

Dienstag den 5. September.

Dahlmann von Bonn: Meine Herren! Ich trete heute vor Ihnen als Berichterstatter der beiden Ausschüsse auf, des internationalen und des Ausschusses für die Centralgewalt, welche Sie in der gestrigen Sitzung vereinigten, um Ihnen binnen 24 Stunden über die Frage Auskunft zu geben, ob eine Sistirung des dänischen Waffenstillstandes der hohen Versammlung zu empfehlen sei. Als Ihre Ausschüsse gleich nach der Sitzung zusammentraten, lag diesen nichts Anderes vor, als was der Reichsminister des Auswärtigen bereits in der gestrigen Sitzung der hohen Versammlung mitgetheilt hat. Uns ward jedoch zugesagt, daß um 5 Uhr Nachmittags alles Nothwendige beschafft sein sollte. Jedoch als wir in benannter Stunde abermals zusammentraten, war noch nichts aus der Druckerei vorhanden, und erst später kamen einige Aktenstücke und in einer ungenügenden Anzahl, theils Abdrücke, theils Abschriften an. Anderes ward schmerzlich von uns vermißt; namentlich ein erstes Schreiben des Herrn Staatsministers von Camphausen, welches der Reichsminister als später zurückgenommen und durch ein anderes ersetzt erklärte. Als Entschädigung für die Unzulänglichkeit der urkundlichen Mittheilungen trat inzwischen ein mündlicher Bericht des als Ausschuß-Mitglied anwesenden Reichsministers Heckscher ein, welcher uns zunächst in das Gedächtniß zurückrief, daß zuerst Anfangs Juli zu Malmö von der Krone Preußen ein Waffenstillstand, doch nicht definitiv, geschlossen sei; Preußen sei zu diesem Abschlusse von der Bundesversammlung beauftragt gewesen; doch sei das ein beschränkter Auftrag gewesen, indem die Genehmigung der Bundesversammlung vorbehalten worden. Nachgehends habe eine zweite Verhandlung zu der Bellevuer Stipulation vom 19. Julius geführt. Auch in dieser sei die Ratification, dießmal die des Erzherzogs-Reichsverwesers, ausdrücklich vorbehalten gewesen. Diese Stipulation habe einen Stillstand von drei Monaten festgestellt, Aufhören der dänischen Blokade, Freigebung der Kriegs- und politischen Gefangenen, Herausgebung der genommenen Schiffe und Entschädigung von Seiten Preußens für das in Jütland Erhobene. Was aber die Herzogthümer angeht, so sei zwar eine gemeinsame Regierung für die Dauer des Waffenstillstands dadurch eingesetzt worden, aber eine solche gemeinsame Regierung, die die Herzogthümer nach den bestehenden Gesetzen und Verordnungen verwalten solle. Diese Stipulation brachte der preußische Generalmajor von Below nach Wien zum Reichsverweser, der sich zu dieser Zeit dort, begleitet vom Reichs-Justizminister Heckscher, befand, und begehrte volle Autorisation zum Abschlusse. Bekannt genug ist es, daß von Deutschland damals bittere Klagen geführt wurden über jene Stipulationen, als ganz unwürdig der Stellung Deutschlands dem Feinde, einem Feinde wie Dänemark gegenüber. Wie dagegen unsere Feinde, die Dänen, damals jubelten, das ist leicht ersichtlich aus den damals erscheinenden öffentlichen Blättern Dänemarks, namentlich dem Fädrelande. Der Justiz-Minister Heckscher verweigerte jene Autorisation auch aus dem Grunde, weil zu der Zeit das Auswärtige nicht in seinen Händen lag, sondern in denen des Herrn v. Schmerling. Die hohe Versammlung erinnert sich auch, mit welchem Beifall die edle Zusicherung aufgenommen wurde, welche Herr v. Schmerling mit so menschlich ansprechender Beredsamkeit von dieser Tribüne verkündigte: „das Ministerium werde Sorge tragen, daß ein allen Anforderungen entsprechender Waffenstillstand abgeschlossen werde, und die zur kräftigeren Fortführung des Krieges erforderlichen Truppen dem General Wrangel so schnell wie möglich zugeführt werden sollten." Dem entsprechend lautete die zugleich öffentlich mitgetheilte Zusicherung des preußischen Generals Wrangel: „es hätten allerdings vorläufig Mittheilungen stattgefunden; allein er werde keinen Waffenstillstand abschließen, welcher der Ehre Deutschlands nicht entspreche, und von dem er nicht mit Sicherheit annehmen könne, daß er die Genehmigung des Erzherzogs Reichsverwesers erhalten würde. — „Wir kommen nun zu den neuesten Vorgängen, wie sie der Herr Reichsminister dem vereinigten Ausschuß darlegte. Am 5. August verlangte der preußische Minister Camphausen unbeschränkte Vollmacht für Preußen, den Waffenstillstand abzuschließen. Auf dieses Begehren ward von Seiten des Reichsministeriums nicht eingegangen, vielmehr ward unterm 7. August das preußische Cabinet zum Abschluß zwar ermächtigt, aber mit dem Vorbehalt, daß er geschehe im Namen der provisorischen Centralgewalt und auf der Grundlage der Bellevuer Stipulation, jedoch mit folgenden Modificationen, wie sie aus dem Erlasse des Erzherzogs Reichsverwesers vom 7. August erhellen:

„1) Daß die zur Bildung einer neuen gemeinsamen Regierung für die Herzogthümer Holstein und Schleswig zu wählenden Personen noch vor dem Abschlusse des Waffenstillstandes ausdrücklich und namentlich unter den contrahirenden Theilen in solcher Art vereinbart werden, daß hierdurch der Bestand und die gedeihliche Wirksamkeit der neuen Regierung verbürgt erscheinen.

2) Daß unter den in Artikel VII. erwähnten, in

den Herzogthümern „bestehenden Gesetzen und Verordnungen" ausdrücklich alle bis zum Anschlusse des Waffenstillstandes daselbst erlassenen mit einbegriffen seien.

3) Daß die nach Artikel VIII. in den Herzogthümern Holstein und Schleswig zurückbleibenden Truppen sämmtlich unter den Befehlen des deutschen Oberbefehlshabers bleiben.

Unter vorstehenden Bedingungen habe ich gegenwärtige Vollmacht für die königlich preußische Regierung ausstellen und urkundlich dessen mit meinem Insiegel bestätigen lassen. — Frankfurt den 7. August 1848. — Johann."

wobei ich freilich die reichsministerielle Gegenzeichnung, welche das Gesetz für die provisorische Centralgewalt ausdrücklich fordert, vermisse *). Von dieser Vollmacht, versicherte uns der Herr Reichsminister des Auswärtigen, ist niemals etwas zurückgenommen, wobei derselbe aber beklagte, daß Preußen sehr wesentlich davon abgewichen sei. Der Herr Unterstaatssekretär v. Würth, ebenfalls Mitglied des vereinigten Ausschusses, setzte hinzu: „Die Centralgewalt hat immer vorausgesetzt, daß es einer Ratification von Seiten der Nationalversammlung bedürfe." Als ich, Ihr Berichterstatter, hierauf zu bedenken gab, ob nur auch das preußische Cabinet dieselbe Voraussetzung möge aufgefaßt haben? ward dieses Bedenken von dem Ausschußmitgliede Herrn Wurm unterstützt, ohngefähr mit den Worten: „Nöthig sei ein solcher Vorbehalt allerdings gewesen, der freilich aber schon in dem Gesetze über die Centralgewalt liege. Außerdem aber habe freilich, was die Hauptsache, das preußische Cabinet die Bedingungen nicht eingehalten." Worauf der Herr Reichsminister des Auswärtigen erwiederte: „Das ist der Fall, daher die andere Frage gar nichts wiegt." (Zischen auf der Rechten) Derselbe theilte hierauf ein Schreiben des Herrn Kriegsministers v. Peucker, abgefaßt als Antwort auf ein Schreiben des Generals Wrangel vom 26. August, mit, aus welchem Schreiben des Reichskriegsministers klar hervorzugehen schien, daß das Reichsministerium noch in den allerletzten Tagen des August geglaubt hat, es sei durchaus nur von einem dreimonatlichen Waffenstillstand die Rede. (Allgemeine Bewegung.) Nun lag aber Ihrem vereinigten Ausschusse klar vor, daß gerade das Gegentheil eingetreten sei durch den Abschluß des 26. August. Keine einzige der Befürchtungen, welche Ihr Berichterstatter am gestrigen Tage in seiner Interpellation gegen Sie aussprach, ist unbestätigt geblieben. (Auf der Linken: Sehr gut!) Ein siebenmonatlicher Waffenstillstand! welcher also Deutschland die Möglichkeit entreißt, sich der Vortheile der winterlichen Jahreszeit im Kriege gegen Dänemark zu bedienen, welcher recht gerade zu unser armes Deutschland in den 1. April hineinschickt! (Auf der Linken und in den Centren lebhaftes Bravo und Händeklatschen.) Nicht bloß Auflösung der provisorischen Regierung, der von der Bundesversammlung, von der Krone Preußen, von der deutschen Centralgewalt anerkannten, wiederholt anerkannten provisorischen Regierung! kraft welcher Anerkennung auch die schleswig-holstein'schen Abgeordneten in der Nationalversammlung sitzen — ungesetzlich! wie ich glaube, wenn der Stillstandsvertrag Genehmigung findet, und ungesetzlich stehe ich auch hier, als Ihr Berichterstatter hier, wenn der Vertrag zu seiner Ratification gelangt. (Stimmen auf der Linken: Sehr gut!) Ferner die Stellung des Grafen Carl von Moltke an der Spitze der neuen interimistischen Regierung! Also die Berufung zur Herrschaft desjenigen Mannes, der vielleicht von Allen in dem Bereiche jener Lande, der in Schleswig-Holstein gehaßteste ist, die Aufstellung eines Mannes, der nicht einmal ohne persönliche Lebensgefahr sich in Schleswig-Holstein hineinwagen darf — außerdem die Trennung der Schleswig'schen Truppen von den Holstein'schen, wodurch offenbar, außer der gänzlichen Verwirrung der Kriegs-Organisation, auch schon praktisch angebahnt wird eine Trennung der beiden Herzogthümer Schleswig und Holstein! — Als nun alle diese Erwägungen in dem weiteren Fortgange der sehr lebhaften Discussion unseres Ausschusses zur Sprache kamen, erklärte der Herr Reichsminister des Auswärtigen: „jene Ueberschreitung von Seite Preußens sei zwar eingetreten, vieles Traurige sei zwar in den eigenmächtig hinzugefügten Bedingungen enthalten, doch wohl, wie ihm scheine, nichts eigentlich Entehrendes." (Auf der Linken: Oh! Oh!) Er rieth auch dringend ab, sich nicht durch Verwerfung in die unabsehbare Gefahr eines von allen Seiten drohenden europäischen Krieges zu stürzen. (Bewegung.) Zunächst aber rieth derselbe, an diese hohe Versammlung zu berichten: „Man könne die Frage wegen der Sistirung, diese durch die Annahme des Waitz'schen Antrages isolirte Frage, keineswegs trennen von der Hauptfrage, der Waffenstillstand bilde eine Einheit, durch die Aufhebung einer einzigen Bedingung desselben stoße man den ganzen Waffenstillstand um, überdem sei die Sache nicht so eilig." Zischen auf der Linken und in den Centren.) Nichtsdestoweniger, meine Herren, ist der Ausschuß in seiner Majorität schließlich eines anderen Weges gegangen. Bravo auf der Linken und in den Centrum — Zischen auf der Rechten.) Er beantragt:

„Die hohe Versammlung möge die Sistirung der zur Ausführung des Waffenstillstandes ergriffenen militärischen und sonstigen Maßregeln beschließen."

Zugleich erwählte er für die Hauptfrage, die noch zurücksteht, einen Vorausschuß, bestehend aus den Abgeordneten Wurm, Cucumus und Ihrem Berichterstatter. Warum nun Ihr Ausschuß jene erste folgenschwere Entscheidung getroffen?! Gewiß nicht, weil er jene großen Folgen übersah oder gering anschlug. Aber er ward, wenn ich nicht irre, denn die Discussion durchkreuzte sich mannichfach in ihrer Lebhaftigkeit, er ward durch folgende Erwägungen gelenkt. Zunächst das Schicksal der Lande Schleswig-Holstein, welche die Ausführung eines

*) Wie sich später ergab, hatte diese nur auf der Copie, nicht im Original gefehlt. D. H.

Waffenstillstandes, wie dieser, der die heiligsten Zusicherungen verletzt, nicht allein in die gefürchtete Knechtschaft der Dänen, sondern, was noch mehr ist, in eine sichere Anarchie stürzt. (Bewegung.) Eben deßhalb nun die unerläßliche Wichtigkeit, die provisorische Regierung zu stützen und beizubehalten, die provisorische Regierung, an deren Spitze zwei Männer stehen, die, wenn man die besten Männer in ganz Deutschland zusammennimmt, keinen von diesen an Willfährigkeit patriotischer Aufopferung hinter sich lassen, (mehrere Stimmen: Bravo!) die aber jetzt — ich kann es nicht anders ausdrücken — als Missethäter behandelt werden. (Bewegung.) Es liegt hier ein Brief, geschrieben von einem Mitgliede der provisorischen Regierung, vor mir, datirt aus Rendsburg vom 1. September, und dieses Mitglied fängt gleich mit der Klage an: noch in diesem Augenblicke, wo dem Vernehmen nach in Lübeck die Ratificationen ausgewechselt werden sollen, noch an diesem Tage sei ihnen keine offizielle Benachrichtigung über den Inhalt des Waffenstillstandes irgend von Berlin zugekommen. (Große Bewegung.) Wenn aber die Anarchie in Schleswig-Holstein droht, wenn sie, trügen die Zeitungsnachrichten nicht, schon begonnen hat, wird diese Anarchie nicht für ganz Deutschland folgenreich sein? Wenn Schleswig-Holstein den heldenmüthigen Entschluß faßt, den ich ihm zutraue, zu widerstehen, (von vielen Seiten: Bravo!) werden dann nicht die Freischaaren herbeiströmen aus allen Theilen Deutschlands, um diesen Helden des Vaterlandes Beistand zu leisten? (Viele Stimmen: Gewiß! Jawohl!) Ist nicht die schleswig-holsteinische Sache eine deutsche? Und so lassen Sie mich denn sagen, was noch ungleich mehr, noch ungleich schwerer in dem versammelten Ausschusse gewogen hat, als Schleswig-Holstein: Es war der Hinblick auf unser gesammtes deutsches Vaterland! Dürfen wir unsere neue Laufbahn mit dem Bruche der heiligsten Zusagen beginnen? (Auf der Linken: Nein! Nein! Nie!) Dürfen wir unsere Landsleute, unser eigenes deutsches Fleisch und Blut dem sicheren Verderben überliefern, der Rachsucht ihrer haß-erfüllten dänischen Feinde, vor welcher nicht einmal die Personen der provisorischen Regierung durch irgend eine Anordnung sicher gestellt worden sind?! Unsere eigenen Landsleute dem Untergange zu überliefern, das ist es, wozu ich den Muth nicht besitze, und darum eben bin ich so muthig! (Anhaltender Beifall.) Meine Herren! Was ist es, das den Engländer so groß gemacht hat? Wahrlich nicht seine weltbeherrschende Flotte, wahrlich nicht seine glänzenden und reichen Eroberungen in allen Welttheilen; Eins, ein ganz Einfaches hat ihn groß gemacht: Jeder einzelne Engländer wiegt England so schwer, wie das ganze England. (Bravo.) Jeder einzelne Engländer wiegt für England das ganze Vaterland — und hier gilt es viele Hunderttausende! Meine Herren! Vorahnend habe ich schon am 9. Juni zu Ihnen gesprochen: Es sei das keineswegs diese isolirte schleswig'sche Frage, welche so viele Strebungen, so vieles Ankämpfen gegen uns veranlaßt, sondern es sei die Einheit Deutschlands. (Von allen Seiten lebhaftes Bravo.) Diese neue deutsche Macht, welche, so lange Deutschland besteht, noch nie erblickt ward, die ihren Mittelpunkt hier in der Paulskirche hat und über welche das Vertrauen des gesammten deutschen Volkes wacht, sie soll von Anfang her in ihrem Aufkeimen beschnitten, sie soll, wenn es möglich wäre, nach allen Seiten hin zerfetzt und endlich zerbrochen werden! (Vielseitiges Bravo.) Unterwerfen wir uns bei der ersten Prüfung, welche uns naht, den Mächten des Auslands gegenüber, kleinmüthig bei dem Anfange, dem ersten Anblick der Gefahr, dann, meine Herren, werden Sie Ihr ehemals stolzes Haupt nie wieder erheben! (Auf der Linken lebhaftes Bravo.) Denken Sie an diese meine Worte: Nie! (Wiederholter Beifall.) Zwar gewiß nicht die Despotie, davor bin ich sicher, aber die Anarchie wird in diesen Räumen herschen und darüber hinaus, und Die werden fallen, welche jetzt in ihrem Wahne glauben, sie triumphirten über uns. (Lebhaftes Bravo auf der Linken. Bewegung.) Ich habe gesprochen. Möge die Hand dessen walten, der die Beschlüsse der Menschen zu gerechten Entscheidungen zu leiten weiß! (Von den Centren der Linken und den Gallerien lebhafter anhaltender Beifall.)

Schubert von Königsberg: Die beiden vereinigten Ausschüsse, die Sie gestern für diesen Zweck zusammengesetzt haben, bestanden aus 20 Mitgliedern. Eines von diesen Mitgliedern, der Reichsminister Heckscher, enthielt sich der Abstimmung, wie Sie nach dem gestrigen Vortrage wissen, es blieben also 19 übrig. Von diesen haben eilf den Majoritäts-Antrag gestellt, der Ihnen so eben von dem verehrten Dahlmann vorgetragen ist; acht Mitglieder des Ausschusses haben den Minoritäts-Antrag gestellt, welcher folgendermaßen lautet. (Mehrere Stimmen: Die Namen!) Ich werde sogleich, nachdem sie den Antrag gehört haben, Ihnen auch die Namen verkünden. Der Minoritäts-Antrag geht dahin:

„daß über eine Sistirung des Waffenstillstandes erst dann abgestimmt werden möge, wenn über den Waffenstillstand selbst Beschluß gefaßt werden wird."

Es ist mithin nichts weiter verlangt worden durch diesen Minoritäts-Antrag, als eine ruhige Prüfung sämmtlicher vorgelegten Papiere, die uns gestern, wie Sie schon aus dem Vortrage gehört haben, weder vollständig, noch in der nöthigen Zahl vorgelegt worden sind. Wollen Sie noch jetzt die Namen der acht Mitglieder erfahren, so glaube ich, werde ich sie Ihnen sogleich aus meinem Gedächtnisse mittheilen können. (Viele Stimmen: Ja, ja!) Die acht Mitglieder sind: die Herren von Würth, Max von Gagern, von Lindenau, von Flottwell, von Zenetti, Gombart, Dunker und Schubert. Sie sehen also, meine Herren, daß Ihre Minorität in dem Ausschusse keineswegs heute über die Verwerfung oder Annahme des Waffenstillstandes in das Detail eingehen will; es verlangt die Minorität nichts weiter, als eine genaue sorgfältige Prüfung des Sachverhältnisses, bevor Sie über den wichtigen Gegenstand

Beschluß fassen, über die Sistirung des Hinausrückens der Truppen aus Schleswig und Holstein. Denn, meine Herren, wir konnten uns nicht verhehlen, daß die Sistirung dieses Ausrückens zugleich als ein Bruch des Waffenstillstandes angesehen werden müsse, und, meine Herren, es ist dieser Waffenstillstand nicht bloß eine Vorlage, über welche wir noch weiter verhandeln können, ehe wir sie zu ratificiren haben, sondern es ist dieser Waffenstillstand bereits ein ratificirter. (Bewegung.) Meine Herren, Sie wollen die Wahrheit, also müssen Sie natürlich auch den ganzen Umfang der Thatsachen hören. Der Waffenstillstand ist ratificirt am 2. September zu Lübeck. Es kommt also zur Beurtheilung des Waffenstillstandes die Thatsache, ob die preußische Regierung, welche den Waffenstillstand zu Lübeck am 2. September ratificirt hat, nach der ihr überwiesenen Vollmacht vollkommen dazu ermächtigt gewesen ist, und, meine Herren, dazu bedarf es der sorgfältigen Vergleichung der uns gestern vorgelegten Papiere. Wenn wir die Vollmacht, die der preußische General von Below von dem Reichsverweser, Erzherzog Johann, Frankfurt den 7. August 1848, erhalten hat, ansehen, so heißt es darin, daß, nachdem der königlich preußische Staatsminister Camphausen den Stand der Verhandlungen über einen Waffenstillstand zwischen den deutschen und dänischen Streitkräften, besonders aber die Gründe auseinandergesetzt hat u. s. w., „so habe ich auf den Vortrag meines Reichsministeriums beschlossen, die königlich preußische Regierung andurch zur Abschließung eines Waffenstillstandes mit Dänemark im Namen der provisorischen Centralgewalt in der Weise zu ermächtigen u. s. w." Nun, meine Herren, hier steht allerdings Nichts von der Berechtigung für die preußische Regierung, auch die Ratification für den Waffenstillstand zu ertheilen. Vergleichen Sie dagegen das Schreiben des Ministers Camphausen vom 3. September, Frankfurt a. M., das Ihnen ebenfalls gestern mitgetheilt ist. Hier heißt es: „Indem die königliche Regierung sich auf Grund jener Vollmacht zum Abschlusse ohne Vorbehalt 2c. 2c." Hier, meine Herren, haben Sie also eine Stelle, aus welcher Ihnen ganz klar hervorgehen wird, daß die genaueste und sorgfältigste Prüfung des Gegenstandes vorhergegangen sein muß, ehe Sie über irgend einen Theil dieses Vertrages entscheiden können; Sie können daher auch nicht die schon angeordneten oder etwa in diesem Augenblicke anzuordnenden Märsche der Truppen sistiren. Wir sind nun zwar in der gestrigen Sitzung des Ausschusses durch die Mittheilung des Herrn Reichsministers Heckscher in Kenntniß gesetzt, daß in einem Schreiben des Herrn Reichsministers von Peucker an den commandirenden General von Wrangel wenigstens der Zeitraum von zwölf Tagen festgesetzt ist, in welchem erst die Räumung Schleswigs und Holsteins von einem Theile der jetzt dort vorhandenen Truppen des deutschen Bundes erfolgen wird. Es liegt also, meine Herren, jetzt nicht der Verzug von 24 oder 48 Stunden als eine Gefahr vor, die, wenn Sie nicht gleich heute den Entschluß fassen, geradezu die Angelegenheiten Deutschlands, die allgemeinen deutschen Interessen gefährden könnte. Auf der andern Seite, fassen Sie heute den Beschluß, zu sistiren den Marsch der deutschen Bundestruppen, oder was dasselbe sagen will, beschließen Sie, den Waffenstillstand zu brechen, der von Preußen im Namen der provisorischen Centralgewalt geschlossen werden — ich lasse ganz dahin gestellt sein die Untersuchung, in welcher Art dieß erfolgt ist, jetzt aber wissen wir, es ist dieser Waffenstillstand von Preußen im Namen der provisorischen Centralgewalt ratificirt, wie weit es berechtigt war, das wird die spätere Untersuchung zeigen — also, meine Herren, fassen Sie den Entschluß, nicht zu genehmigen, was folgt daraus? Nun, meine Herren, Sie werden keinen Augenblick das große Resultat verkennen, es erfolgt gleichzeitig der Bruch mit Preußen. Meine Herren, es ist der Waffenstillstand von der preußischen Regierung ratificirt, Preußen kann hier nicht zurücktreten, und es bleibt für heute gleichgültig, ob Preußen dazu berechtigt gewesen ist, weil dieß, wie gesagt, der späteren Prüfung vorbehalten werden muß. Also, meine Herren, dieses Verhältniß müssen Sie sich heute lebhaft vergegenwärtigen, und ich glaube meine heutige Aufgabe vollständig erfüllt zu haben, wenn ich jetzt im Namen der acht Mitglieder des Ausschusses, die den Minoritäts-Antrag gerichtet haben, bringend auffordere, nicht über eine Vorfrage früher zu entscheiden, als bis Ihnen zu Ihrer vollständigen Legitimirung der Bericht des Ausschusses von Dahlmann, Wurm und Cucumus zur mehrseitigen Berathung vorgelegt sein wird. Meine Herren, wenn Sie heute den Entschluß der Sistirung fassen, so können Sie dadurch allerdings scheinbar Hunderttausende von Deutschen in dem großen allgemeinen Bund der deutschen Einheit erhalten haben. Aber vergessen Sie nicht, meine Herren, möglicherweise haben Sie sechzehn Millionen aus demselben Bunde gleichzeitig entfernt. (Unruhe und Zischen.) Möglicherweise, sage ich, meine Herren, und das soll Sie zu nichts weiterem (wiederholte Unruhe) als zu einer besonneneren Prüfung einer so bedeutenden Angelegenheit auf 24 oder zweimal 24 Stunden anmahnen, um weiter handelt es sich heute noch nicht. Meine Herren, vergessen Sie nicht: als Preußen diese Vollmacht erhielt, wurde von der entgegenstehenden Seite geradezu eine jede andere und weitere Verhandlung, als mit der Macht des preußischen Staates, abgelehnt. Vergessen Sie nicht, meine Herren, daß selbst damals die provisorische Centralgewalt erst in der vollständigen Bildung begriffen war, daß ihr Ministerium eben erst vollständig organisirt war. Meine Herren, wenn Ihnen gesagt worden ist: „wollen Sie Hunderttausende etwa dem Unglücke preisgeben, von den Dänen gepeinigt zu werden?" meine Herren, auch mein Herz fühlt vollständig deutsch und blutet dabei — ich fürchte aber nicht, daß die Dänen jemals wieder Schleswig werden peinigen können. Tadeln Sie manche Bedingungen des Waffenstillstandes, und ich will sie wahrhaft nicht alle rechtfertigen, und namentlich nicht den 7. Artikel, aber vergessen Sie nicht, daß es auch durch diesen Waffenstillstand gesichert ist,

daß in Zukunft kein Schleswiger von den Dänen wird gepeinigt werden können. Meine Herren, lesen Sie die Bedingungen, vergleichen Sie dieselben mit den frühern Verhältnissen, und ich glaube, Sie werden sich davon vollständig überzeugen. Doch, meine Herren, dieses werden die späteren Redner Ihnen noch vollständiger ausführen können, ich selbst will nicht näher in's Materielle eingehen, und will nichts weiter empfehlen, als den Minoritäts-Antrag heute bei Ihrer Entscheidung über den Majoritäts-Antrag zur näheren Erwägung zu bringen, da es sich hier nur um 24 oder zweimal 24 Stunden Zeit handelt. Endlich vergessen Sie nicht, daß die preußische Regierung sich in der dringendsten Verlegenheit seit 3 Monaten befunden hat, wenigstens von 4 Millionen Deutschen täglich bestürmt zu werden, sich endlich der dringenden, kräftigen Unterhandlungen eines Waffenstillstandes oder baldigen Friedens anzunehmen. Ob überdies von den Deutschen es 4 Millionen Preußen sind, oder ob Sie nicht auch noch eine Million Hannoveraner und eine halbe Million Mecklenburger, vielleicht noch die Bewohner der Hansestädte hinzurechnen müssen, stelle ich Ihrer näheren Erwägung anheim. Es ist nicht hier allein von Stettin, Danzig, Königsberg, Memel die Rede, die ganze Gegend, die hinter diesen Städten liegt, ist im wahrsten Sinne von diesem Kriege hart gedrückt worden, und dieß zu einer Zeit, da der Zufall die Geißel der Drangsal noch höher schwingen ließ, nachdem drei Jahre hindurch Elementarereignisse die Provinz Preußen auf eine Weise erschöpft hatten, von der Sie im südlichen und westlichen Deutschland sich keinen Begriff machen können, wo Tausende von Bewohnern nicht mehr einmal seit Jahren des Brodes sich erfreuten, wo die Kartoffel fast als alleinige Nahrung dient. Wenn dieses fortdauernd auf die preußische Regierung einwirkte, und Alles zur Abschließung eines Waffenstillstandes gedrängt hat, nun, meine Herren, da will ich nicht entscheiden, ob die Regierung eigenmächtig in vollem Vergessen der deutschen Interessen gehandelt haben sollte: aber es muß Sie bestimmen, die Sache in wahrhaft besonnene Erwägung zu nehmen, denn es handelt sich hier um Millionen von Deutschen, die Sie im preußischen Staate von sich stoßen können. Ich empfehle Ihnen noch einmal den Minoritäts-Antrag zur weiteren Erwägung. (Beifall auf der Rechten. Zischen und Unruhe auf der Linken und in den Centren.)

Reichsminister v. **Peucker**: Meine Herren! **Aus einer heute morgen von dem commandirenden General der Operationsarmee, General v. Wrangel, hier eingegangenen Meldung geht hervor, daß am 1. September, nach wie vor, das Hauptquartier der Operationsarmee in Apenrade 6—7 Meilen von der jütischen Grenze etablirt war. Der commandirende General zeigt an, daß er auf Grund einer vertraulichen Mittheilung, es sei ein Waffenstillstand dem Abschluß nahe, sich veranlaßt gesehen habe, um unnützes Blutvergießen zu vermeiden, mit dem dänischen Generale eine Waffenruhe mit 48stündiger Kündigungszeit zu verabreden, daß aber** die Gefechtsbereitschaft der Operationsarmee fortdauernd erhalten werde. Aus einer andern Mittheilung, die einige Tage zuvor eingegangen ist, geht hervor, daß zwischen Apenrade und der jütischen Grenze fast die gesammte preußische Streitmacht und der größte Theil der Truppen des 10. Bundescorps vorgeschoben sind, und hiernach der Hauptheil der Operationsarmee auch noch am 1. September zwischen Apenrade und der jütischen Grenze gestanden haben muß. Von der jütischen Grenze bis zur Elbe ist ein Raum von ungefähr 30 Meilen zu durchschreiten, wozu Truppen in Etappenmärschen 10 bis 12 Tage nöthig haben. Zur Einleitung der Räumung der Provinz werden ebenfalls mehrere Tage nothwendig sein. Gesetzt, der General Wrangel sähe sich veranlaßt, ohne den Befehl der Centralgewalt abzuwarten, mit der Räumung der Provinz zu beginnen, so würde jeder Tag, der zwischen der intendirten Sistirung und der Beschlußnahme über die Annahme oder Verwerfung des Waffenstillstandes liegt, nur eine Differenz von 3 Meilen in der staffelförmigen Aufstellung der zurückziehenden Truppen begründen. Dieß ist aber ein Gegenstand von ganz untergeordneter militärischer Bedeutung; die Truppen würden einen solchen Verlust durch Rückmärsche sofort wiedergewinnen können; diesem Rückmarsch stände aber kein Hinderniß im Wege. Sogar der Traktat des Waffenstillstands stellt selbst fest, daß die Truppen von beiden Seiten bei einem Aufhören desselben ihre früheren Stellungen wieder einnehmen können. Jede einseitige amtliche Sistirung Eines Punktes des Waffenstillstandes würde nothwendig als ein Bruch des Ganzen angesehen werden müssen, und dieser der Entscheidung der Hauptfrage über die Annahme oder Verwerfung präjudiziren. Die Frage, meine Herren, welche Sie heute zu entscheiden haben, stellt sich ganz einfach dahin fest: ob eine militärische Maßregel, welche unter den obwaltenden Umständen von untergeordneter Bedeutung und ohne praktischen Werth ist, in einem angemessenen Verhältnisse stehe, um einer Frage zu präjudiziren, durch welche die Einheit Deutschlands und der Friede Europa's gefährdet werden kann. (Bravo auf der Rechten.)

Reichsminister v. **Schmerling**: Meine Herren! Der Berichterstatter für das Minoritätsgutachten hat Ihnen bereits jene Gründe entwickelt, welche auch das Ministerium theilt und dahin gehen, daß in einer einseitigen Zurücknahme des Waffenstillstandes in einem Punkte, daß in einer Anordnung der Sistirung seiner **Ausführung in irgend einer Beziehung eine Aufhebung des Waffenstillstandes erkannt werden müsse. Das Ministerium ist von dieser Ansicht durchdrungen, es hat einstimmig gefunden, daß die Frage, die vorliegt, nur in diesem Sinne entschieden werden kann. Sie haben zugleich, meine Herren, aus der Mittheilung des Herrn Kriegsministers vernommen, daß eine Einstellung des Rückzugs von keinem entscheidenden militärischen Werth sei. Sie haben erfahren, daß der Rückmarsch etappenmäßig, höchstens auf drei Meilen des Tags geschehen kann, daß ein Rückmarsch in Schleunigkeit nicht auszu-**

führen sei, weil ein Heer von 50,000 Mann unmöglich in wenig Tagen auf einigen Marschlinien sich zurückführen läßt. Sie dürfen daraus die Ueberzeugung gewonnen haben, daß wenn Sie nach zwei oder drei Tagen zum Beschluß kommen, den Waffenstillstand nicht zu genehmigen, General Wrangel das Heer unvermindert zur Disposition hat und in wenig Tagen jenes Terrain durch Märsche wiedergewinnen kann, welches durch den Rückzug aufgegeben ist. Jene Besorgnisse, die gestern von einigen Stimmen ausgesprochen wurden, als würde das Heer theilweise schon entlassen, als trete es den Rückmarsch in die Friedensstationen an, jene Befürchtungen sind durchaus unbegründet. Vor acht Tagen wäre nicht möglich, daß ein Mann über die Elbe zurück und in die Lage käme, in seine Heimath instradirt zu werden. Allein, meine Herren, indem das Ministerium zu der einstimmig gefaßten Ansicht gekommen ist, daß eine Sistirung der militärischen Maßregel, als eine theilweise Sistirung des Waffenstillstandes, nothwendig einer Verwerfung des Waffenstillstandes gleichzukommen hat, in diesem Moment mußte das Ministerium in die Lage kommen, in der Sache selbst einen Beschluß zu fassen und Ihnen denselben auszusprechen. Wenn auch das Ministerium erkennt, und wenn es im Interesse der Sache Deutschlands Sie dringend beschwören muß, die Verhandlung über die Hauptfrage erst dann vorzunehmen, wenn, wie Sie gestern beschlossen, alle einschlägigen Urkunden in Ihren Händen sich befinden und wenn Sie den Antrag Ihres Ausschusses vernommen haben, so glaubte es doch unter den vorliegenden Verhältnissen Ihnen heute schon dasjenige kund zu geben, was das Ergebniß aller Berathungen geworden ist. In einer so hochwichtigen Frage, wo das Ministerium findet, daß jedes Wort seines Beschlusses von Gewicht ist, und indem es die volle Verantwortlichkeit für die Beschlüsse übernimmt, möge es mir erlaubt sein, Ihnen wörtlich das vorzutragen, was das Ministerium in dieser Angelegenheit auszusprechen sich veranlaßt findet.

(Der Redner verliest folgenden Beschluß des Ministeriums:)

„Das Ministerium ist nach sorgfältiger und gewissenhafter Prüfung der Verhältnisse, nach langer und umfassender Berathung zu dem einstimmigen Beschlusse gekommen aus unabweislichen Gründen der Nothwendigkeit nicht auf die Verwerfung des Waffenstillstands anzutragen. — Dabei hat aber das Ministerium eben so einstimmig den Beschluß gefaßt, daß bei Entscheidung dieser hochwichtigen Frage die Stellung der Centralgewalt, nicht nur den ausländischen Regierungen gegenüber, sondern in ihren Verhältnissen zu den einzelnen deutschen Staaten, genau erwogen und klar gestellt werden müsse. — Nun läßt eine Prüfung des Inhalts des Waffenstillstands, der Form seines Abschlusses und der Art, wie die dahin führenden Verhandlungen von Seite der preußischen Regierung gepflogen wurden, deutlich erkennen, daß diese Regierung ihre Beziehung zu der provisorischen Centralgewalt nicht in der Weise auffaßt, wie es den Bestimmungen des Gesetzes vom 28. Juni 1848 entsprechen würde und wie es zur Herstellung der Einheit Deutschlands unerläßlich ist. Die provisorische Centralgewalt sieht in der Sicherung ihrer Stellung gegen die Einzelstaaten eine Lebensfrage, und sie findet sich daher aufgefordert, von der preußischen Regierung sowohl, als gleichzeitig auch von allen Regierungen des deutschen Bundesstaates die bestimmte und ausdrückliche Anerkennung des Gesetzes vom 28. Juni 1848 nach seinem ganzen Umfange anzusprechen, und sie wird das zur Ausführung dieses Beschlusses Geeignete sofort verfügen."

Meine Herren, damit haben wir Ihnen bereits vorgelegt, wie das Ministerium in der Hauptfrage selbst seine Meinung der hohen Versammlung aussprechen wird. Das Ministerium verkennt nicht, daß, da das Gefühl so tief ergriffen ist, eine sorgfältige gründliche Erwägung der Verhältnisse vor Allem noth thut, es ist, wie ich schon ausgesprochen habe, nach langer umfassender Berathung zu seinem Beschlusse gekommen, und es ist dieß nicht ein Entschluß, der in irgend einer ersten Aufwallung gefaßt wurde. Gerade deßhalb erlauben Sie, daß ich Sie wiederholt beschwöre, das Minoritäts-Gutachten anzunehmen, da Sie mit Annahme des Majoritäts-Gutachtens nach Ueberzeugung des Ministeriums die Hauptfrage unwiederbringlich entscheiden.

Präsident: Es sind mir zwei Anträge übergeben worden, die ich verlesen werde. Der eine von Trützschler, Simon u. A. lautet:

„Die Nationalversammlung beauftragt die Centralgewalt, schleunigst zu veranlassen, daß die von den deutschen Truppen vor dem 26. August innegehabten Stellungen sofort wieder eingenommen werden."

Der zweite Antrag lautet:

„Die Nationalversammlung geht über die getrennt zur Debatte gestellte Frage in Betreff der Sistirung der militärischen Maßregeln zur Tagesordnung über." Lichnowsky, Deetz, Schultze, von Potsdam, Drinkwelder, Presting, Gysä, Schlenssing, Kosmann, Earl, Fritsch, Remitz, Sänger, Schmerling, Heckscher, Beckerath, Thinnes, Brons, Siemens, Künßberg.

Heinrich **Simon** von Breslau: Meine Herren! Der Waffenstillstand zwischen Deutschland und der Krone Dänemark, mit dessen Abschluß Preußen beauftragt worden, wird ein gültiger Vertrag erst durch seine Genehmigung Seitens dieser hohen Versammlung und durch die demnächst erfolgende Ratification Seitens der deutschen Centralgewalt. So schreibt es in zweifelloser Weise der Art. 4. des Gesetzes, betreffend die Begründung einer Centralgewalt in Deutschland, vor; so hat es zum Ueberflusse von dieser Tribüne herab am gestrigen Tage der Reichsminister des Auswärtigen, am heutigen Tage der Reichsminister des Innern ausdrücklich anerkannt; und ich glaube, daß es unter den gegenwärtigen Umständen auffallend und überflüssig erscheinen muß, wenn so eben der letztgedachte Herr Reichsminister uns in Aussicht stellt, daß dieses Gesetz, betreffend die

provisorische Centralgewalt, welches längst in zweifelloser Gültigkeit durch Deutschland gilt, noch einer besondern Anerkennung unterworfen werden soll Seitens der einzelnen Regierungen. Wir haben also, meine Herren, auf Grund des Art. 4. dieses Gesetzes vollkommen freie Hand, den Waffenstillstand zu ratifiziren oder nicht zu ratifiziren, und ich nehme an, meine Herren, daß wir es nicht so machen werden, wie es bisher die Diplomatie gemacht hat, daß wir nicht *uns* und daß wir nicht die *Geschicke Deutschlands* von sogenannten faits accomplis abhängig machen wollen. — Meine Herren, ich trage darauf an, sofortige Maßregeln zu ergreifen, damit die Ausführung des Waffenstillstandes sistirt werde. Ich trage deßhalb darauf an, weil ich annehme, daß die Ehre Deutschlands unwiederbringbar dabei leiden würde, wenn diese Sistirung nicht einträte. Ich halte dafür, daß die Ehre Deutschlands bei diesem Waffenstillstande aus vielen Gründen und auf vielfache Weise verletzt worden ist. Ich erinnere daran, daß die Krone Dänemark es wagt, die deutsche Centralgewalt, die von uns geschaffen worden ist, zu ignoriren; man spricht heute noch vom „deutschen Bunde.“ Meine Herren, ich gehe nicht auf die Einzelnheiten ein, die mich zu dem Ausspruche bewegen, daß die Ehre Deutschlands verletzt worden sei: der Herr Berichterstatter Ihres Ausschusses hat Ihnen diese Einzelnheiten in einer Weise auseinandergesetzt, die *mich* dessen überhebt. Nur das Eine will ich hervorheben: nach diesem Waffenstillstande würde aus jenem Kampfe der *Sieger* als *Besiegter* herausgehen, und dieser Sieger ist *Deutschland* und dieser besiegte Sieger ist *Dänemark*. — Meine Herren, ich wünsche es nicht bloß, sondern ich setze es als zweifellos voraus, daß in einem Fall, wie der vorliegende, wo von dem Heiligsten die Rede ist, was eine Nation hat, wo die deutsche Nationalehre der Gegenstand, es hier in dieser Versammlung keine Parteien und keine Schattirungen mehr gibt, sondern daß wir Alle nur von Einem Gefühle, dem der Hingebung für die Gesammtehre des Vaterlandes, beseelt sind. — Wenn man fragt, meine Herren, wie es kommt, daß in dieser Angelegenheit ..... (Fürst Lichnowsky vom Platz: sehr schwach!) Herr Fürst Lichnowsky! Behalten Sie Ihre Aeußerungen für sich! ob meine Rede schwach oder nicht schwach, ist nicht Ihre Sache in dieser Weise zu beurtheilen! Schweigen Sie! (Bravo auf der Linken.) — Meine Herren, wenn man nun fragt: warum wird in dieser Angelegenheit nicht energisch gehandelt? eine Frage, die wahrlich auch bei vielen andern Gelegenheiten schon hätte aufgeworfen werden können, so hört man in demselben Athem zwei Antworten: „Wir haben Rücksicht zu nehmen auf die auswärtigen Mächte und wir haben Rücksicht zu nehmen auf Oesterreich und auf Preußen!“ Ich aber antworte, meine Herren, wir haben keine Rücksicht zu nehmen, als auf die Ehre Deutschlands! (Bravo von der Linken.) Möge es Rußland, möge es Frankreich, möge es England wagen, uns hineinzureden in unsere gerechte Sache! wir wollen ihnen antworten mit anderthalb Millionen bewaffneter Männer. Ich sage Ihnen, nicht Rußland, nicht Frankreich und nicht England werden es wagen, und ich will Ihnen sagen, warum, ohne mich auf Erörterung auswärtiger Verhältnisse einzulassen; *deßhalb*, weil sie *klug* sind; weil sie wissen, daß, wenn sie einen ungerechten Angriff auf Deutschland unternehmen, dieß eine deutsche nationale Erhebung herbeiführen würde, wie sie vielleicht die Weltgeschichte noch nicht gesehen hat, (Bravo auf der Linken) eine Erhebung, meine Herren, die freilich lawinenartig nebenbei auch sehr leicht die 34 deutschen Throne und manches Andere vor sich aufrollen könnte. Also, meine Herren, *sie wagen es nicht!* — „Aber *Oesterreich*,“ höre ich einwenden, „*Oesterreich* und *Preußen* sind zu berücksichtigen.“ — Meine Herren, was Oesterreich anbelangt, so wollen wir es offen gestehen, daß in dessen Verhältnisse zu Deutschland noch Manches dunkel ist, und es wird unsere Pflicht sein, dieses Dunkel so rasch als möglich aufzuhellen, und die Gelegenheit dazu ist uns geboten durch den in diesen Tagen gestellten Antrag von Eisenmann. Ich fürchte aber, die Verhältnisse werden die Gelegenheit noch früher herbeiführen, wenn es wahr ist, was heute mitgetheilt wurde, daß die Franzosen in Venedig eingerückt seien, und *das* geschieht in einer Zeit, in der noch nicht festgestellt ist, ob, wenn wir von dem Verhältnisse Deutschlands zu Oesterreich reden, wir von 8 Millionen Deutschen sprechen, oder auch von der doppelt so großen Zahl nichtdeutscher Angehörigen des österreichischen Kaiserstaates. So viel aber steht fest, meine Herren, daß Oesterreich uns in Beziehung auf unsere auswärtigen Angelegenheiten nicht hinderlich in den Weg treten wird, und wäre es aus keinem andern Grunde, schon aus dem, weil es *mit sich* vollauf beschäftigt ist. — „Aber Preußen,“ wird mir eingewendet! Nun, meine Herren, in dieser Beziehung wird es nothwendig sein, von vornherein *jedes* Mißverständniß abzuschneiden. Meine Herren, das Volk in Preußen ist durch und durch deutsch, (Bravo) es ist so deutsch, wie irgend *ein* Stamm in Deutschland. Glauben Sie es mir, daß die hie und da auftauchenden reactionären Bestrebungen der Aristokratie in Preußen nicht durchdringen werden gegen jene allgemeine deutsche Gesinnung! Sollte es daher das preußische Gouvernement wagen, verblendet durch jene frevelhaften Bestrebungen Einzelner, sollte es wagen, was ich nimmermehr glauben werde, bis ich es sehe, sollte es in wahnsinniger Weise seine Hand muttermörderisch aufzuheben wagen gegen Deutschland, — meine Herren, so würde dieses Gouvernement mit schleunigen Schritten seinem Verhängnisse entgegengehen, das Volk in Preußen würde es, vielleicht nach blutigen Zuckungen, beseitigen. (Bravo!) Meine Herren, man hat vorhin von der Ehre Preußens von dieser Tribüne gesprochen, und diese Ehre steht *sehr* hoch, — aber lassen Sie uns dieses Mißverständniß auch nicht einen Augenblick aufkommen. Es handelt sich bei der Ratification dieses Tractates in keiner Weise um die preußische Ehre, es handelt sich nur um die Ehre eines preußischen Ministeriums (Bravo!) und, meine Herren,

wenn von der Ehre Deutschlands die Rede ist, dann kommt weder die Ehre eines preußischen Ministeriums, noch die Ehre des hiesigen deutschen Ministeriums und am wenigsten, ich wiederhole es, irgend eine auswärtige Macht irgendwie in Betracht. (Bravo!) Meine Herren, wir haben unendlich viel bereits versäumt in dieser Angelegenheit und in vielen anderen; wir haben gezaudert in einer Zeit, wo die Verhältnisse noch flüssiger waren und die Geister feurig; aber noch ist es nicht zu spät; soll es aber noch Zeit sein, dann, meine Herren, ist es nothwendig, daß wir durchdrungen sind von der Heiligkeit des Bodens, auf dem wir stehen, heilig, weil die Geschicke Deutschlands in ihm wurzeln; dann ist vor Allem nöthig, daß wir an uns selbst glauben, damit das Volk im Stande ist, an uns zu glauben, und dann ist nothwendig, daß wir in diesem Glauben als tapfere Männer der Geschichte eine neue Bahn brechen und uns nicht hinschleppen lassen in den alten und schmutzigen Bahnen der Geschichte. Meine Herren, die Stunde ist da, mögen die Männer nicht fehlen! Der Waffenstillstand verletzt die Ehre Deutschlands und darum kann und wird er nicht ratificirt werden, — das weiß ich, weil die Ehre Deutschlands dieß fordert, und aus diesem Grunde lassen Sie uns die schleunigsten Schritte thun, um seinen Vollzug sofort zu sistiren, und geben Sie dabei keiner Rücksicht Raum, als der einen: der Ehre Deutschlands! (Anhaltendes Bravo.)

Zimmermann von Stuttgart: Ich beschränke mich, meine Herren, für heute ganz allein auf den Antrag des Ausschusses, natürlich der Majorität, ich sehe ganz ab von dem Materiellen, und halte mich ganz allein an das Formelle, um aber schon aus diesem einzigen Punkte Ihnen die Annahme des Antrags der Mehrheit des Ausschusses zu empfehlen. Sie haben gehört, und haben selbst mit Augen wohl lesend gesehen, daß nicht sowohl die Vollmacht überschritten worden ist, wie man gesagt hat, sondern daß geradezu gegen die Vollmacht, die ausgestellt worden, gehandelt wurde; dieser Waffenstillstand ist gerade gegen die ausgestellte Vollmacht in den erheblichsten Punkten geschlossen worden. Meine Herren, da die Centralgewalt, so wie sie da ist, einmal von uns geschaffen worden, so ist es unser Aller Pflicht, ihre Würde aufrecht zu erhalten und ihrem Willen nach allen Seiten hin Nachdruck zu geben, zumal da ihr Wille kein anderer sein kann und darf, als der Wille der Mehrheit dieser hohen Versammlung selbst. Herr Dahlmann hat es Ihnen recht im Einzelnen, soweit es ihm bei den lückenhaften Aktenstücken möglich war, vor Augen geführt, wie der abgeschlossene Waffenstillstand ebensowohl gegen die Vollmacht, welche die Centralgewalt ausgestellt hat, als gegen den ausdrücklichen Beschluß dieser hohen Versammlung lautet. Die von uns eingesetzte Centralgewalt bedarf es, meine Herren, in der öffentlichen Meinung Europa's den Beweis der Kraft von sich zu geben; Nachgiebigkeit, Nachsicht bei einem Punkte dieses auf eine solche Weise zu Stande gekommenen Waffenstillstandes wäre Schwäche in den Augen Europa's, und **wenn die Centralgewalt, wenn wir, diese hohe Versammlung, in der öffentlichen Meinung unsern natürlichen Halt verloren hätten, was wären wir dann noch,** was wäre dann noch die Centralgewalt? — Nullen wären wir. Meine Herren, ein großer Staatsmann hat gesagt, die Geistessuperiorität eines Ministeriums bestehe darin, daß es im Stande ist, die von ihm abhängenden Wirkungspunkte mit der Centralkraft zu vereinigen. Wenn darin die Geistessuperiorität eines Ministeriums in Wahrheit besteht, nun dann, meine Herren, dächte ich wohl, wäre dieser Satz des großen Staatsmannes nicht eben ein günstiger Beleg, um an diesem die Geistessuperiorität des Ministeriums des Auswärtigen unserer Reichsgewalt zu prüfen. Herr Heckscher, der Minister des Auswärtigen, hat gestern freilich hier auf dieser Tribüne gesagt, die Kritik sei leicht und die Kunst sei schwer, aber heute in dieser vorliegenden Frage, meine Herren, bin nicht ich der Kritiker, die Thaten sind die Kritik, und die Beredtsamkeit der Thatsachen kritisirt hier schwerer und lastender, als alle Worte aller Kritiker es vermöchten. Staatsmänner, die sich auf einem hohen Standpunkte zu stehen dünken, die möchten freilich vielleicht sagen: „wie kann man im Angesichte einer großen Weltstellung, im Angesichte der europäischen großen Staatenverhältnisse noch in Betracht ziehen einen so kleinen Punkt, wie Schleswig-Holstein — vor den Rücksichten, die man den großen Verhältnissen bringen muß, vor diesen Rücksichten müssen so kleine Verhältnisse sich zurückstellen. — Meine Herren! Wir haben für diesen kleinen Punkt — Schleswig-Holstein — heilige Zusagen, Beschlüsse dieser hohen Versammlung und Kriegsvölker in Bewegung gesetzt, haben sie in Bewegung gesetzt vor den Augen Europa's, der ganzen gesitteten Welt, auf diesem kleinen Punkte haftet, wie sehr richtig Herr Simon von Breslau sich ausgedrückt hat, es haftet darauf die Ehre der deutschen Nation. — Klein oder groß, der Punkt mag sein, wie er will, wo die Ehre darauf eingesetzt ist, da darf man kein Opfer scheuen, um sie zu wahren. Uebrigens kann ich Ihnen sagen, meine Herren, daß ich keinen solchen Bruch fürchte, wie die Herren Bassermann und Schubert ihn angedeutet haben. Vielmehr stimme ich vollkommen mit Herrn Simon überein und bin überzeugt, daß die Nachricht von dem geschlossenen Waffenstillstande, in der Art, wie sie uns bekannt geworden ist, eben so sehr die Nationalversammlung zu Berlin schmerzlich durchzucken wird, wie sie die Herzen der Meisten unter uns durchzuckt hat. (Bravo.) Ich habe vorerst nur einen Grund, warum ich glaube, daß Deutschland mit Preußen wegen dieser Frage nicht brechen wird, und das ist eben der Grund, den Herr Simon angeführt hat: daß die Ehre der Preußen höchstes Gut, wie sie auch das unsrige ist. Die deutsche Nation, ja nicht bloß die deutsche Nation als Preußen, sondern als Oesterreicher, als süddeutsche Völker im Allgemeinen, wird es gewiß nicht über sich bringen, um den Preis der Ehre die gehoffte und erstrebte Einheit auch wirklich zu erringen. Wenn es nun gewiß ist, woran ich nicht zweifle, daß von der Natio-

nalversammlung in Berlin dem Ministerium zu Berlin derartige Kundgebungen werden zu Ohren kommen, woraus es schließen kann, daß der Vollzug des Waffenstillstandes nicht preußische Ehren- und Nationalsache ist, so wird das Ministerium entweder nicht auf den Vollzug bestehen, oder es wird, wenn es noch Ehre im Leibe hat, abgehen. Meine Herren, das Traurigste wäre freilich, wenn Deutschland zum zweiten Male das Beispiel eines Baseler Friedens erleben müßte. Die Uneinigkeit Deutschlands war stets unser größtes Unglück, aber ich denke, so weit vergessen werden gewisse Leute nicht haben, daß sie einen zweiten Baseler Frieden schließen. Ich bin von Haus aus nicht so kriegerisch gesinnt, und weiß auch, wie sehr ein Volk unter einem Krieg blutet. Wenn aber eine Staatsgewalt noch in ihrer frischen Kraft ohne eine Niederlage erlitten zu haben, einen nicht ehrenvollen, ja nicht einmal einen vortheilhaften Waffenstillstand oder Frieden schlösse, was würden Sie zu dieser sagen? Nur eine durch Niederlagen ohnmächtig gewordene, nur eine zertretene Staatsgewalt darf sich bei Seite werfen lassen, nicht aber wir, die wir in der frischesten Kraft uns fühlen. Ich habe es als ein Glück gepriesen, meine Herren, als wir den Beschluß gefaßt hatten in dieser hohen Versammlung, daß künftig hier das Wohl und Wehe von Millionen, das Geschick und die Ehre Deutschlands nicht mehr bloß in die Hände einzelner Diplomaten und Höflinge gelegt sein solle. Nun will ich sehen, ob ich diesen Beschluß noch glücklich preisen kann, an der Abstimmung. Aber ich bitte Sie, haben Sie vor Augen das, was die deutsche Nation, was Europa's Völker, deren Größe Sie nacheifern wollen, was die Nachwelt sagen wird! Stimmen Sie, ich beschwöre Sie, als deutsche Männer, und nicht als Hinterdreingehende hinter einer besondern Politik! Stimmen Sie für den Antrag der Mehrheit des Ausschusses. Sollten Sie aber nicht in der Mehrheit dazu bewegt werden können, und sollte die deutsche Nation in der Mehrheit Ihre Ansichten theilen, nun, meine Herren, dann lassen Sie wieder die Glocken läuten von der Paulskirche und allen Thürmen, wie in der Stunde, da der Herr Präsident die Schöpfung der Reichsgewalt verkündigte! Lassen Sie sie läuten, rheinabwärts und rheinaufwärts, aber nicht als zu einem Gruße der festlichen Weihe; lassen Sie sie läuten zu einem großen Grabgeläute; denn, wenn die Ehre deutscher Nation auf diese Art hingegeben würde, dann wäre das kaum aus einem todtähnlichen Schlafe auferstandene Deutschland gestorben, todt vor den Augen Europa's, weil es der Ehre abgestorben wäre. Aber ich weiß es, ich weiß es so gewiß, als ich hier stehe, die deutsche Nation in der Mehrheit wird nicht dafür sein, daß Schleswig-Holstein preisgegeben, daß die Ehre Deutschlands hingegeben werde. (Stürmisches Bravo.)

Bassermann von Mannheim: Meine Herren, es muß Ihnen auffallen, daß keiner der begeisterten Redner, die vor mir auf dieser Stelle gestanden, auf die Frage, auf die es heute allein ankommt, eingegangen ist, ob vor Prüfung der ganzen Hauptsache heute schon in diesem Incidentpunkte entschieden werden könne, und welchen unwiederbringlichen Nachtheil es denn habe, wenn die Entscheidung über die heutige Frage bis zu dem Zeitpunkte vertagt werde, wo man über die Hauptfrage entscheiden kann. Der Berichterstatter hat selbst hingewiesen auf die Unzulänglichkeit seines Berichtes. Er hat Ihnen selbst gesagt, daß ihm nur eine flüchtige Skizzirung der Thatsachen möglich sei. Wenn dem so ist, so glaube ich, meine Herren, den dringenden Wunsch, ja, die ernste Aufforderung darin zu finden, nicht zu rasch zu urtheilen in einer Sache, deren Folgen keiner von uns übersehen kann. Aber das, meine Herren, können wir übersehen, daß, während in diesem Augenblicke die Gefangenen bereits ausgewechselt sind, während der Waffenstillstand schon durch Aufhebung der Blokade vollzogen wird, während das deutsche Eigenthum, hinweggenommene Schiffe wahrscheinlich jetzt schon wieder heimkehren, während die Nordseestaaten sich, wie alle Nachrichten sagen, freuen über diesen Waffenstillstand, daß, sage ich, in diesem Augenblicke ein Befehl zur Sistirung der weiteren Ausführung des Waffenstillstandes gegenüber Dänemark, gegenüber den durch die Vermittelung betheiligten Mächten, wie ein Treubruch aussehen müßte. Diese Mächte haben es nur mit Preußen zu thun, welche im Namen der Centralgewalt abgeschlossen. Das Verhältniß zwischen Preußen und uns berührt jene Mächte nicht. Wir haben es mit Preußen zu thun, und wir werden mit Preußen abrechnen. (Unruhe, Zischen auf der Linken.) Meine Herren es wird mich nicht berühren, Zeichen des Mißfallens in dieser Sache zu vernehmen, denn hier gilt es nicht, Beifall zu wecken, hier gilt es nicht, an Leidenschaften zu appeliren, und wären es auch die edelsten Leidenschaften. Hier gilt es, kalt und besonnen die Folgen abzuwägen, in die Zukunft zu schauen, und das künftige Geschick des Vaterlandes im Auge zu behalten, (einige Stimmen auf der Linken: Und die Ehre!) und die Ehre, meine Herren, und ich weiß nicht, ob diese Stunde die rechte ist, darüber abzuurtheilen, wo, auf welcher Seite die Ehre liegt, und ob nicht vielleicht ein Erfolg eintritt, meine Herren, der uns sagt: die Ehre Deutschlands wäre besser gewahrt gewesen, hätten wir jenem Antrage gefolgt. (Zischen auf der Linken, Bravo auf der Rechten.) Meine Herren, vielleicht, daß in demselben Augenblicke, indem sich hier dieses Schauspiel vor unsern Blicken entfaltet, ein gleiches in Kopenhagen stattfindet, ja, wir wissen es aus Nachrichten, daß dort — und das mag Ihnen vielleicht sehr unerwartet klingen — derselbe Sturm auf die dänische Regierung losgebrochen ist, weil der Waffenstillstand den Ultradänischen nicht dänisch genug ist, wie hier eine Opposition gegen uns steht, weil wir Sie ersuchen, Ihren Hauptbeschluß um 2 Tage zu verschieben. Es braucht von mir nicht versichert zu werden, wie schmerzlich uns die Nichteinhaltung unsrer Vollmacht berührt hat. Wer wurde denn am meisten dadurch verletzt? Wer mußte sich dadurch am meisten gekränkt fühlen, als gerade das Ministerium? Wer denn hat also am wenigsten die Aufgabe, die Licht-

seite eines solchen Vertrages hervorzuheben? Allein, in einer solchen Sache, meine Herren, lassen Sie uns einen Augenblick in die Seele Jener blicken, die dort die dänische Regierung bestürmen, und gegen sie ankämpfen, um von beiden Seiten die Sache zu sehen, denn nur dann werden wir ein richtiges Urtheil fällen. Die Dänen sagen zu ihrer Regierung: Wie könnt Ihr in die Aufhebung der bestehenden Gesetze willigen, da darunter ausdrücklich inbegriffen ist die Acte, durch welche die Einverleibung Schleswigs in Dänemark vom Dänenkönig ausgesprochen worden, die Einverleibung Schleswigs, um die allein Krieg geführt worden ist! Die einzige Frucht, die der Krieg den Dänen bringen konnte, wird schon durch diese Bestimmung des Waffenstillstands vernichtet. Wie könnt Ihr in den Herzogthümern eine Regierung einsetzen lassen, welche der großen Mehrheit nach aus Namen gebildet ist, die in diesen Herzogthümern guten Klang haben, und wie könnt Ihr glauben, uns durch einen Namen zu befriedigen, der unter seinen vier Collegen in der Minorität ist? Schon jetzt weiß man übrigens, wie in der Ausführung sich Vieles anders gestalten kann, und schon jetzt ist die Wahrscheinlichkeit vorhanden, daß dieser Präsident Moltke beseitigt werden wird. Ich frage daher nun: woher das unberechenbare Unglück, welches durch den Waffenstillstand über Schleswig kommen soll? wie kann der Berichterstatter davon sprechen, daß die Herzogthümer in die „gefürchtete Knechtschaft" der Dänen kommen würden? Nie hätte ich geglaubt, daß von ihm auf diese Weise die Leidenschaften würden aufgeregt werden. (Bravo auf der Rechten, Zischen auf der Linken.) Er sprach von „sicherem Verderben", er sprach vom „Untergang der Herzogthümer". Nein, meine Herren, Untergang? Unter wem, was setzt das voraus? Wer soll untergehen, gegenüber dem Vertrage, daß kein dänischer Soldat die Grenzen überschreiten darf? Die Mitglieder der provisorischen Regierung würden „wie Missethäter behandelt", das ist sein Ausdruck, und was gab er als Beleg? daß sie wenige Tage nach dem Waffenstillstande noch keine Kunde davon gehabt haben! Sind gleiche Ausdrücke mit gleichen Belegen gerechtfertigt? Ich glaube nicht. Meine Herren, ich glaube gerade die Stimmen aus Schleswig sollten am wenigsten urgiren irgend einen Bruch des Waffenstillstands, ich glaube, dieß im Interesse Deutschlands, also auch im Interesse deutscher Ehre. Denn man weiß es, daß die vermittelnden Mächte sehr gerne ihre Betheiligung los wären in dieser Angelegenheit, die auch für sie eine verwickelte werden kann. Sie sind einmal durch die Waffenstillstandsverhandlungen darin verwickelt und müssen dabei bleiben. Sind sie aber einmal davon losgebunden, haben sie in dieser Beziehung ihr Wort gelöst, so werden sie in Zukunft Dänemark verlassen und die Friedensunterhandlungen — und auf den Frieden kann es nur ankommen, weil er das Dauernde bietet, nicht den Waffenstillstand — wird die Centralgewalt mit Dänemark allein führen. Und Dänemark wird in den Friedensunterhandlungen nicht eine so günstige Stellung einnehmen, wie jetzt, und darum glaube ich, daß das Ende dieser Sache weit mehr der Ehre Deutschlands entsprechen wird, als wenn Sie so beschließen, wie die Majorität des Ausschusses anträgt. Die Ehre Deutschlands ist zu verfechten nach verschiedenen Seiten. Haben wir im Norden Ruhe auf Monate, wenigstens auf mehrere Monate, — und ich glaube, daß die Ruhe im Norden bald durch einen Frieden ganz hergestellt ist, — haben wir dort Ruhe, sage ich, so können wir auf anderer Seite die Ehre Deutschlands besser wahren, als wenn wir dort verwickelt wären, in eine Sache, deren Folge Niemand voraussehen kann. Das schlimmste an der ganzen Sache ist, meine Herren, wir verhehlen es uns nicht, aber nicht blos das Schlimmste, auch das Schmerzlichste ist die Wahrnehmung, daß die Einigkeit in Deutschland noch nicht zu demjenigen Punkte gediehen ist, auf welchem jene englische Stärke beruht. Dahin, glaube ich, werden wir, wir müssen offen sein, meine Herren, werden wir nie mit der Sicherheit kommen, so lange das Provisorium dauert. (Bewegung.) Wir werden müssen das Definitivum, die deutsche Verfassung schneller beendigen, als wir bisher geglaubt. (Bravo auf allen Seiten.) Sie wird uns dann, die Einheit wahrhaft sichern, die das Provisorium eben nicht vollständig sichert. (Bewegung.) Ist diese Verfassung zu Stande gekommen und hat sie Geltung für Deutschland, dann, meine Herren, können solche Fragen nicht mehr vorkommen, und noch ehe diese Krisis auftauchte, war es mein Entschluß, mir das Wort an einem der nächsten Tage zu erbitten, um einen deßfallsigen Antrag an die hohe Versammlung zu bringen. Hier liegt das Grundübel, und auch noch da, daß in den 30 Jahren tiefen Friedens das alte deutsche Regiment ebensowenig an Errichtung einer Flotte gedacht hat, als an Verbesserung der deutschen Verfassung. Dieß allein macht es möglich, daß jetzt ein kleines Ländchen für 6 Millionen Thaler deutsches Eigenthum in Händen hat, und wir jetzt diesen Kampf bestanden, wie ein Hund gegen einen Fisch. (Stimmen auf der Rechten: Sehr gut! und Gelächter daselbst — Heftiges Zischen auf der Linken.) Dieß allein macht es möglich, daß wir in wenigen Monaten ungleich stärker sein können, als in diesem Augenblicke. Ich möchte aber doch diejenigen, welche da verlangen, es solle ohne Weiteres der Waffenstillstand durch Sistirung seiner Ausführung gebrochen werden, ich möchte diese bitten, die Folgen sich zu vergegenwärtigen, ich möchte sie bitten, dieß mit aller Offenheit zu thun und sich selbst in die Lage zu setzen, dann diese Folgen persönlich auszuführen, und dann den Beschluß zu vollziehen, den sie jetzt provociren. Denn wenn Sie gehört haben, daß Preußen für sich den Vollzug des Waffenstillstandes unterzeichnet hat, so frage ich Sie, wen Sie aufrufen wollen bei der Weiterführung des Krieges, und welche Stellung Sie gegenüber Preußen haben? Ich frage Sie, welche Folge dieß für unsere Berathungen und für unser Verfassungswerk haben kann, und ich glaube deßhalb ganz mit dem Abgeordneten Zimmermann: fassen Sie den Beschluß der Majorität, dann wird das Grabgeläute läuten können auf dem

Thurme der Paulskirche. (Beifall auf der Rechten.) Aber ich höre schon: die Einheit sei ja doch verloren, man sehe schon, die Einheit komme nicht zu Stande. Im gerechten Zorne glaubt man der Verzweiflung Raum geben und sagen zu müssen: „Alles oder nichts!" Meine Herren, ich schätze den Werth der deutschen Verfassung, ich achte die Zukunft unseres Vaterlandes zu hoch, als daß ich nicht, um sie zu erreichen, bis an die letzte Grenze gehen sollte. Als die Nordamerikaner ihre Verfassung beriethen, welche auch dort den Staatenbund in einen Bundesstaat verwandelte, da wurde diese Verfassung von zwei Staaten sogar förmlich verworfen; aber anstatt nun an der Einheit zu verzweifeln, die dadurch verhindert würde, wurden die Anstrengungen der nordamerikanischen Patrioten nur um so größer und sie haben die Einheit doch erlangt. (Bravo auf der Rechten.) Und so glaube ich, meine Herren, werden wir diese Einheit doch erlangen, und vielleicht gerade, weil diese Krisis eingetreten ist, werden wir sie um so eher erlangen. (Bravo auf der Rechten.) Es mag Preußen, wo es so sehr vor aller Welt im Unrechte ist daraus eine Lehre nehmen, nachgiebig zu sein für die Fragen, die noch bevorstehen, und wenn uns die gegenwärtige Krisis zu der Ueberzeugung führt, daß wir mit kühnem Entschlusse um jeden Preis, noch ehe die sieben Monate ablaufen, die Verfassung zu Stande bringen müssen, und wenn diese Krisis dieß zur Folge hätte, so würde es mich freuen, daß eine solche Aufregung dazu beigetragen. (Bravo auf der Rechten.) Meine Herren! Wenn ich die Folgen überschaue, die möglichen, die ungeheuren Folgen, welche ein Beschluß, wie der beantragte, haben könnte, nicht gegenüber dem Auslande, sondern gegenüber dem Inlande, unserer ganzen Zukunft gegenüber, so kommt das mir vor, als stünden wir vor einem tiefen Abgrunde. Es gibt Menschen, welche nicht in einen Abgrund zu schauen vermögen, ohne in denselben hinabzustürzen, seien wir nicht solche, sondern zeigen wir, daß unsere Natur stärker ist, daß wir zum Wohle des Vaterlandes vor dem Abgrunde stehen bleiben! (Auf der Rechten großer Beifall.)

Wesendonck von Düsseldorf: Wenn Sie dem Vorredner aufmerksam gefolgt sind, wie nicht zu bezweifeln, so wird Ihnen nicht entgangen sein, daß er es nicht gewagt hat, den Inhalt dieses Waffenstillstandes zu vertheidigen. Er selbst scheint es deutlich gefühlt zu haben, daß mehr denn Tollkühnheit dazu gehört, die Bestimmungen dieses Vertrages vor den Vertretern von ganz Deutschland rechtfertigen zu wollen, und weil er dieß nicht konnte, so hat er das Princip beobachtet, welchem man immer folgte, wenn man von einer großen und kühnen That zurückzuschrecken sucht: Er hat versucht, Sie einzuschüchtern. (Bravo auf der Linken.) Es dürfte aber in diesem Augenblicke bei Ihnen nichts weniger Eindruck erregen, als das Prinzip der Einschüchterung. Hier, wo es wiederholt gesagt worden ist, es handle sich um die Ehre Deutschlands, um die Ehre dieser Nationalversammlung, um die Ehre eines jeden Einzelnen in dieser Versammlung, da glaube ich, werden solche Einschüchterungsversuche fruchtlos sein. Meine Herren, ich weiß sehr wohl, daß wir in dieser überaus wichtigen Frage nur mit Besonnenheit und nur mit Mäßigung verfahren dürfen; ich weiß das wohl. Ich weiß aber auch ebensowohl, daß wir hier nur mit Energie handeln dürfen, und daß das wenige Vertrauen, welches in Deutschland zu dieser Versammlung noch herscht, ganz und gar zu Grabe getragen wird, wenn wir uns nicht einmal zu einer großen und kühnen That erheben können. (Vielfaches Bravo.) Meine Herren! Es ist in dieser Versammlung oftmals gemeint, oftmals Einzelnen zur Last gelegt worden, als hätten sie einen besondern Haß, als trügen sie eine besondere Feindschaft im Herzen gegen einen einzelnen deutschen Volksstamm. Ich will in dieser ernsten Stunde nicht leugnen, daß zuweilen durch übereilte Worte dazu Veranlassung gegeben worden sein kann, allein wenn Sie die Hand auf's Herz legen, so werden Sie Niemand unter uns zutrauen, daß er wirklich mit Absicht einen deutschen Bruderstamm habe kränken wollen. (Beifall.) Aber einen Unterschied pflegen wir zu machen zwischen den Stämmen unserer deutschen Brüder und den Cabinetten, welche an der Spitze der einzelnen deutschen Staaten stehen, und wenn es auch in dieser Frage nothwendig sein sollte, die Politik eines derjenigen Cabinette, welches als das mächtigste denen der übrigen Staaten voransteht, zu bekämpfen, so mögen Sie ja nicht glauben, daß damit auch wiederum beabsichtigt werde, gegen ein deutsches Brudervolk irgend einen Angriff zu richten. Meine Herren! Fragen wir indessen nach dem ersten Ursprunge dieses unseligen Waffenstillstandsvertrages, so muß ich es offen aussprechen: die erste Schuld liegt nicht in der preußischen Politik, sondern in dem Ministerium, welches hier vor Ihnen sitzt. (Beifall auf der Linken.) Der Art. 4 des Gesetzes vom 28. Juni d. J. schreibt ausdrücklich vor, daß über Krieg und Frieden und über Verträge mit auswärtigen Mächten nur im Einverständnisse mit dieser Versammlung von der Centralgewalt beschlossen werden könne, und selbst die Vertreter unsers Ministerii haben es an dieser Stelle nicht eingeräumt, aber zugestanden, daß auch der vorliegende Waffenstillstandsvertrag ein politischer Vertrag sei, daß er daher nur im Einvernehmen mit dieser Versammlung geschlossen werden könne. Was war nun Angesichts dieses Artikels die Pflicht unseres Ministerii? War es von dem Reichsministerium recht gehandelt, an die preußische Regierung eine Vollmacht zu ertheilen, ohne nicht nur sich allein, sondern auch der Nationalversammlung die Ratification vorzubehalten? (Auf der Linken Bravo.) Das war der einzige richtige Weg, den das Ministerium wandeln mußte. Und nun lesen Sie die Erklärung des vormaligen Ministerpräsidenten Camphausen, welche dieser unserem Ministerium zugestellt hat, und Sie finden darin die Bemerkung, wonach das Ministerium auf diesen Punkt noch besonders aufmerksam gemacht worden ist. „Daß Seine Majestät der König" — heißt es darin — „nicht nur im Namen des deutschen Bundes, sondern auch im eignen Namen handelte, wird schon deßhalb

einer besonderen Erläuterung nicht bedürfen, weil die Vollmacht für die königliche Regierung von Seiner kaiserl. königl. Hoheit dem Erzherzog Reichsverweser vorzüglich zu dem Zwecke erbeten und bewilligt worden war, um das Hemmniß zu beseitigen, welches bei den Verhandlungen zu Bellevue der Vorbehalt der Ratification erzeugt hatte. Indem die königl. Regierung sich auf Grund jener Vollmacht zum Abschlusse ohne Vorbehalt ermächtigt erklärte, mußte sie selbstredend auch im eigenen Namen die Ausführung verbürgen." Es ist also als Hauptmotiv für diesen Fall namentlich geltend gemacht worden vom preußischen Cabinette, daß man eine spätere Ratification nur als Hinderniß zu einem wirklichen Waffenstillstands-Abschlusse betrachte. Es liegt, meine ich, hier offenbar der Fall vor, daß, wenn das Ihnen vorgelegte Gesetz über die Verantwortlichkeit der Minister schon jetzt proclamirt wäre, die Nummer 7 des § 5, worin es heißt: „Die Anklage kann erhoben werden wegen jedes auf Aufhebung oder Beschränkung der Rechte der Nationalversammlung gerichteten Unternehmens", hier Anwendung finden würde und man das Ministerium in Anklagestand versetzen könnte. Wenn jener Passus schon genehmigt wäre, so könnten wir ihn hier anwenden. Ja, verhehlen wir es uns nicht, werfen wir nicht allein einen Stein auf die preußische Regierung, sondern suchen wir nach dem Ursprunge, nach der Quelle, und dann kann ein Zweifel nicht mehr übrig bleiben. Allein auch das preußische Cabinet, auch der Bevollmächtigte desselben hat leider in vielen Punkten die Vollmacht, die ihm ertheilt war, überschritten. Ich will nicht alle Punkte hervorheben, in welchen eine Ueberschreitung dieser Vollmacht liegt, aber Eines, was mir das Wichtigste scheint, kann ich nicht verschweigen. Ich will nicht erwähnen die Trennung der beiden Herzogthümer, die jetzt beliebt worden ist, ich will mich nicht auslassen darüber, daß die Armeen, die in Schleswig und Holstein zurückgeblieben sind, nicht mehr unter dem Oberbefehl des Befehlshabers der deutschen Armee stehen sollen, nein, nur einen Punkt will ich anführen, den Punkt nämlich, worin gesagt wird, daß sämmtliche von der provisorischen Regierung erlassenen Gesetze und Verordnungen für ungültig erklärt werden sollen. Dieser Paragraph, meine Herren, bringt Sie völlig in die Lage, wie wenn dereinst Einer auftreten und erklären wollte: alle Maßregeln, die von dieser Nationalversammlung geschehen sind, sind null und nichtig, denn sie sind von einer revolutionären Behörde ausgegangen. Diese Bestimmung leugnet das Recht der Revolution, sie will den früheren Zustand, wie er war vor der großartigen Erhebung im März d. J., die, wie überall in Deutschland, so auch in Schleswig-Holstein eingetreten war, sie will ihn wieder zurückführen in die trübe Vergangenheit, und das, meine Herren, ist eben so sehr ein Unrecht von der preußischen Regierung, als es ein schmachvolles Unrecht von uns sein würde, wenn wir einem unter solchen Umständen abgeschlossenen Waffenstillstande unsere Zustimmung ertheilen wollten. Man hat, und besonders der Vorredner hat gesagt, man wolle ja nur Zeit gewinnen für einen ehrenvollen Frieden, der Waffenstillstand, der geschlossen ist, sei unpräjudicirlich für den dereinst zu schließenden Frieden. Ich behaupte das Gegentheil, ich behaupte, wer einem solch schmachvollen Waffenstillstande seine Zustimmung ertheilen kann, wird auch nicht anstehen, später einen schmachvollen Frieden zu schließen (Zustimmung auf der Linken), man wird sich auch dann auf das fait accompli stützen, und wenn dann wieder eine Regierung eigenmächtig genug sein sollte, nur in dem Sinne in Deutschland aufgehen zu wollen, daß sie den Willen der provisorischen Centralgewalt nicht befolgt, dann wird man eben so schwach sich zeigen, als man sich heute zeigen würde, wenn man einen solchen Waffenstillstand genehmigt. Meine Herren! Es ist bemerkt worden von verschiedenen der Herrn Reichsminister und auch von dem Vorredner, daß man, wenn man diesem Waffenstillstande seine Genehmigung versage, auf der einen Seite einigen Hunderttausend Menschen eine Wohlthat erzeige, während man vielleicht 16 Millionen Preußen, vielleicht noch eine Million Hannoveraner und eine halbe Million Mecklenburger von sich zurückstoßen würde. Ich protestire, Namens dieser 16 Millionen nicht, aber Namens derjenigen, die mich hierher gesandt haben, gegen eine solche Zumuthung. Lesen Sie die Nachrichten, die über die Stimmung in Preußen ein richtiges Licht verbreiten, sehen Sie heute von denjenigen Kreisen ab, in denen sich die Stimmung meiner Partei besonders ausspricht, gehen Sie in die Kreise, wo Sie besonders Ihre Vertreter gefunden haben, (sich zur Rechten wendend) sehen Sie nach Königsberg, wo 17 constitutionelle Vereine unbedingt erklärten, daß sie sich der Centralgewalt unterwerfen werden, sehen Sie nach Berlin, wo von den constitutionellen Vereinen ganz Preußens dasselbe erklärt wurde, und Sie werden nicht anstehen, eine solche Behauptung Lügen zu strafen. Nein, das preußische Volk darf nicht identificirt werden mit einem Cabinet, das allerdings eine außerdeutsche, eine preußische Politik befolgt, und Sie dürfen ihm den Vorwurf nicht machen, daß seine 16 Millionen anstehen werden, wenn hier dieser Waffenstillstand nicht genehmigt wird, sich diesem Beschluß zu unterwerfen. (Beifall.) Ich lasse dabei ganz außer Betracht, was der Handelsverein von Flensburg uns geschrieben hat, ob einige Ostseehäfen durch den Waffenstillstand, durch Aufhebung der Blocade, momentan gewinnen werden; ich behaupte aber, man darf bei so großen und wichtigen Fragen nicht nach dem Geldsäckel messen, sondern nach der Ehre Deutschlands, und wir wollen uns durch solche Klagen, die uns von Einigen hingeworfen werden, nicht bestimmen lassen, unsere Ehre zu verleugnen. (Bravo.) Das Ministerium hat uns eben die beruhigende Zusicherung gemacht, daß es von allen einzelnen deutschen Staaten nunmehr die unumwundene Anerkennung der Centralgewalt und des darüber erlassenen Gesetzes verlangen wolle. (Gelächter auf der Linken.) In diesem Augenblicke, wo es sich von Thaten handelt, will man uns mit einem Stück Papier antworten. Hier zeigt es sich, hier muß es

sich zeigen, ob das preußische Cabinet, ob die preußische Regierungsgewalt die Centralgewalt und die darüber erlassenen Gesetze unumwunden anzuerkennen bereit ist. Es muß, wenn wir diesen Waffenstillstandsvertrag sistiren, sich von demselben zurückziehen, und ich glaube, es wird geschehen. Ich lasse mich nicht einschüchtern durch die Drohung, daß es zu einem Bruch zwischen Deutschland und Preußen führen würde, ich glaube an diesen Bruch nicht. Ich glaube zwar, daß dieser Bruch im Sinne manches Cabinets liegen mag, aber er liegt nicht im Sinne des preußischen Volkes, und das preußische Volk wird sich wie ein Mann erheben gegen sein Cabinet, wenn es in dieser Frage nicht im Einvernehmen mit Deutschland handeln wollte. (Vielstimmiges Bravo.) Also, meine Herren zwischen uns und zwischen die Einheit Deutschlands lassen Sie dieses Mal kein Stück Papier treten, lassen Sie uns dieses Mal, ehe es zu spät wird, handeln, lassen Sie uns hüten, daß nicht auch dieser Nationalversammlung zugerufen werde: „Zu spät, zu spät! (Lebhafter Beifall.)

Wichmann von Stendal: Meine Herren! Indem ich in einer Frage das Wort nehme, welche, wie es nicht zu leugnen ist, die Feuerprobe der hiesigen Versammlung ist, mit deren Entscheidung unser ganzes bisheriges Wirken steht und fällt, kann ich die Entrüstung nicht verhehlen, daß man bei der Schleswig-Holstein'schen Angelegenheit eine Politik befolgt hat, welche, obwohl häufig mit Erfolg sehr selten mit Ehre verknüpft war, die Politik der faits accomplis. Nach den glänzenden Erfolgen, die unsere Waffen in Schleswig-Holstein davon getragen hatten, nach der Begeisterung zu urtheilen, mit welcher der Krieg begonnen wurde, konnten wir mit Recht erwarten, daß man uns einen Waffenstillstand vorlege, der auf ganz andere Bedingungen hin geschlossen wäre, als diejenigen, welche vorliegen und für deren Rechtfertigung man keinen andern Grund hat, als die hohle Phrase: Genehmigt sie, denn sie sind vollzogen. (Bravo.) Mit Recht, meine Herren, suchen wir nach allen Seiten nach Mitteln, um die bedauernswerthen Resultate, die in Folge dieses Vertrages bereits eingetreten sind und unvermeidlich noch eintreten werden, zu verhindern und dasjenige, was geschehen ist, rückgängig zu machen, sowie ferneren unsere Ehre und Würde verletzenden Maßregeln zu begegnen. Aus diesem Beweggrunde ist der Antrag der Herren v. Rappard und Genossen, der des Ausschusses, den er in seiner Majorität an die Versammlung gebracht hat, hervorgegangen; aber wir müssen uns fragen, meine Herrn, ob das vorgeschlagene Mittel das richtigste ist, und ich befinde mich leider in der Lage, daß ich es bestreiten muß. Ich halte das Mittel nicht für gerecht, nicht für heilbringend. Ich sage, ich halte dieses Mittel, nämlich die Sistirung der Zurückziehung der Truppen jetzt zu bewirken, nicht für klug. Die Zurückziehung der Truppen von beiden Seiten ist eine der wesentlichsten Bedingungen des Waffenstillstandes und zugleich eine der billigsten und heilsamsten. Durch Zurückziehung der Truppen will man den Ländern, die den Krieg führten, beiderseits die Kosten des Krieges erleichtern, man will dem Lande, in dessen Herzen der Krieg spielt, die Lasten desselben abnehmen. Das Zurückziehen der Truppen, Sie haben es selbst gelesen, war vom Anfange an eine der Bedingungen, auf welchen alle Verhandlungen über einen Waffenstillstand fußten. Nun frage ich Sie, meine Herren, ist es politisch, daß man, anstatt mit der am meisten verletzenden, gerade mit der billigsten und wohlthätigsten Bedingung anfängt zu brechen? Wir können uns nicht verhehlen, daß, wenn wir dieses thun, der ganze Waffenstillstand in Frage gestellt und gebrochen ist. Meines Erachtens ist das nicht zu bestreiten; es ist nicht bloß eine Suspension des Vertrages, sondern ein Bruch des ganzen bereits ratificirten Vertrages von Anfang bis zu Ende. Ich habe gesagt, dieses Mittel sei nicht klug. Denn es ist nicht rathsam, auf diese Weise das herbeizuführen, was wir mit einem bei weitem größeren Effecte thun können, wenn wir den Vertrag in allen seinen Theilen, und zwar nicht nach und nach, sondern auf einmal durch die Beweisführung zurückweisen, daß er mit dem Wohle der Freiheit und des Landes unverträglich ist. Statt dessen sagt man, mit einem Theile solle man anfangen und die Entscheidung über die andern hinausschieben; ich sage, wir müssen die Ratification ein für allemal in allen Punkten verweigern, wenn eine solche Entscheidung unvermeidlich ist. Und das kann nur dann geschehen, wenn uns die ganzen, auf diesen Waffenstillstand Bezug habenden Actenstücke vorgelegt sein werden. Ich behaupte zweitens, die Genehmigung derjenigen Maßregeln, welche die Majorität des Ausschusses Ihnen vorgeschlagen hat, ist nicht gerecht. Die Krone Preußen hat schon von dem deutschen Bunde die Vollmacht erhalten, in ausgedehnter Weise mit der Krone Dänemark Unterhandlungen zu führen über einen später abzuschließenden Frieden. Preußen hat die Unterhandlungen auf Grund dieser Vollmacht angefangen und fortgeführt, bis zu dem Punkte, wo die provisorische Centralgewalt in's Leben trat. Dadurch wurde die Vollmacht Preußens wesentlich beschränkt; die provisorische Centralgewalt konnte die Vollmacht in keiner andern Weise erneuern, als daß sie die Bestimmung beifügte, daß alle Schritte Preußens der Ratification dieser Versammlung unterliegen müssen. Ja! es brauchte diese Bedingung eigentlich nicht hinzugefügt zu werden, sondern sie verstand sich nach dem Gesetze über die provisorische Centralgewalt, nach unserm Beschlusse vom 9. Juli von selbst. Durch das Erlöschen des deutschen Bundes erlosch auch die von ihm ausgestellte Vollmacht, und Preußen hatte auf keinen andern Grund hin zu verhandeln, als auf Grund der ihm von der Centralgewalt ausgestellten Vollmacht; es mußte die Unterhandlungen vollständig abbrechen, es mußte die Centralgewalt von denjenigen Mächten, welche im Krieg begriffen waren, erst anerkennen lassen, um dann die Unterhandlungen von Neuem anfangen zu können. Das ist nicht geschehen. Wenn Sie sich jetzt auf den Standpunkt der uns feindlichen Mächte stellen, können Sie nicht behaupten, daß wir im Rechte sind, wenn wir

verlangen, daß sie unbedingt sich unsre Ratificationen gefallen lassen müssen; Dänemark erkannte die Centralgewalt nicht an, Dänemark sowohl, wie England, unter dessen Garantie die Verhandlungen geführt wurden, waren noch gar nicht einmal auf dem völkerrechtlichen Wege von ihrer Constituirung in Kenntniß gesetzt. Für andere fremde Mächte war also die Verpflichtung, die Vollmacht anzunehmen, welche Preußen von der Centralgewalt erhalten hatte, nicht vorhanden. Für sie existirte nur die Vollmacht, welche Preußen vom deutschen Bunde erhalten hatte, und kraft deren es im Namen des deutschen Bundes und zugleich in seinem eigenen Namen handelte. Können wir von den fremden Mächten nun verlangen, daß sie eine solche nachträgliche Bedingung, welche in unserm Beschlusse vom 9. Juli und dem Gesetze über die Centralgewalt liegt, anerkennen müssen? Mir leuchtet die Gerechtigkeit dieser Forderung nicht ein. Ich behaupte drittens, daß der Bruch des Waffenstillstandes wenigstens in der Weise, wie Sie ihn vorgeschlagen haben, nicht heilbringend ist. Der Waffenstillstand ist am 2. September geschlossen und ratificirt worden, mit dem 2. September beginnt die Ausführung desselben, mit dem 2. September wird die dortige provisorische Regierung in Wirksamkeit treten, werden die Schiffe freigegeben, die Blokaden gelöst, werden die Truppen sich zurückziehen. Wir zählen heute den 5. September, wir verhandeln vielleicht noch 3 bis 4 Tage, (Unruhe) — ich hoffe es nicht, weiß aber nicht, in welche Länge sich die Sache ziehen wird, wenigstens wird der Zeitpunkt, bis wohin die preußischen Befehlshaber von unserem Beschlusse in Kenntniß gesetzt werden können, so lange währen, und dann werden die Truppen größtentheils ihre jetzige Stellung schon verlassen haben, aus Schleswig-Holstein heraus sein, und das Land ist bloß auf seine eigenen Bewohner, seine eigenen Vertheidigungsmittel beschränkt, allen Schlägen des Angriffskrieges preisgegeben, die es schon einmal so bitter erfahren hat. Dänemark kann, wenn wir durch den Bruch des Waffenstillstandes das Signal zum Kriege geben, seine Truppen durch seine Schiffe nach allen Punkten der Schleswig-Holsteinischen Küste hinschleudern, die Flüsse wieder blokiren, die Häfen sperren, die Handelsschiffe in Beschlag nehmen, wir können es nicht verhindern. Dänemark kann schneller handeln, als wir, und deßhalb bedarf der voreilige Schritt, den wir nach dem Antrage der Majorität des Ausschusses thun sollen, einer ernstlichen Erwägung. Vergegenwärtigen wir uns die Folgen, welche ein solcher Schritt haben könnte! Offenbar den Bruch des Waffenstillstandes und mit ihm den sofortigen Wiederausbruch des Krieges, und, meine Herren, fragen Sie sich, ob dieser Krieg mit denselben Augen von Deutschland jetzt angesehen wird, wie vorher. Sie haben es heute von dieser Tribüne gehört, wie sehr sich die Sympathien in Schleswig-Holstein verändert haben. (Zuruf: Das sind nur Kaufleute!) Meine Herren, die Sprache, welche der dortige Handelsverein geführt hat, ist die wichtigste Sprache, die nur geführt werden kann, es ist die Sprache der materiellen Interessen, und wenn wir auch mit noch so viel Feuer, noch so viel Patriotismus den Kampf anfangen, auf die Dauer können wir, wenn wir die materiellen Interessen gegen uns haben, wenn uns die Sympathien im Lande selbst fehlen, des Sieges nicht gewiß sein. Ich weiß wohl, daß vom Rhein bis zur Oder, von den Alpen bis zu den Belten es ertönte: „Schleswig-Holstein, meerumschlungen", aber mit Liedern ist die Macht der Feinde noch nicht niedergesungen. (Heiterkeit.) Ich liebe es einmal nicht, mit den wohlfeilen Gefühlsgründen von der Ehre, Unabhängigkeit, Freiheit und Einheit Deutschlands zu streiten; ich liebe es einmal nicht, die Dinge im rosenfarbigen Lichte durch eine grüne Brille zu betrachten (große Heiterkeit); ich nehme sie so, wie sie leider in der bitteren Wirklichkeit sind. Man hat uns vor sechs Monaten als Befreier in Schleswig-Holstein begrüßt, aber jetzt wollen die Schleswiger von uns befreit sein. (Oh! oh!) Die Nachrichten, die wir haben, lauten jetzt ganz anders, als vor sechs Monaten. General Wrangel beklagt sich selbst darüber. Alle seine Operationen wurden verrathen, er konnte nie die geringste Unterstützung, keine Kriegsfuhren von den Schleswigern erlangen. Wo er zwölf Kürassiere einquartirte, mußte er zwei Mann hinstellen, damit sie nicht verrathen werden konnten. Sie haben gehört, daß unsere Vorposten oft auf eine räthselhafte Weise gefangen wurden, und wie läßt sich dieses verstehen, wenn nicht die Schleswiger mit den Dänen in einem innigen Einverständniß gewesen wären? Und wie hat diese Stimmung auf Deutschland zurückgewirkt? Wie werden sie jetzt die Ostseeküste überreden können, einen Krieg fortzuführen, der schon mehrere Millionen gekostet hat, wenn Sie nicht beweisen können, daß ganz Schleswig deutsch sein will. Damals haben uns schleswig'sche Deputirte gesagt, es existirten nicht drei Mann, die dänisch sein wollen, und heute erfahren wir gerade das Gegentheil aus den Zeitungen und dem Hauptquartier. (Mehrere Stimmen: Sehr wahr.) Fassen Sie den Zeitpunkt näher ins Auge, welchen wir jetzt vor uns haben, jetzt, wo wir den Waffenstillstand ratificiren oder nicht ratificiren wollen. Es sind nicht allein die Ostseeküsten, welche bitter unter diesem Druck des Krieges lasten, es sind nicht nur die 18 blühenden Ostseehäfen, in welchen so gut, wie gar keine Gewerbethätigkeit herscht; der Verlust hat sich weiter ausgedehnt. Was man an der Mündung der Elbe spürt, hat man auch weiter hinauf gespürt, das können Sie durch das ganze Land verfolgen, und mit Recht frägt das Land, warum es noch mehr Opfer bringen soll für die Wiedereroberung einer Provinz, die nicht so viel werth ist, als der Krieg schon gekostet hat? (Unruhe.) Es sind dieß kalte Worte des Verstandes, mein Gefühl ist ein ganz anderes, aber sie sind wahr! Gerade jetzt, wo auch die Noth im Lande selbst schon groß ist, wo sich auch das Ministerium in Berlin selbst zu dem traurigen Schritte gezwungen sieht, einem Zwangsanlehen mit allem möglichen Nachdrucke Folge zu geben, gerade, wo der Zeitpunkt gekommen ist, wo die schwer darniederliegenden Ostsee-

provinzen sich erholen sollen; gerade jetzt verlangt man neue und große Opfer von ihnen; gerade jetzt, meine Herren, beginnt die Getreideausfuhr nach England, einer der wichtigsten Erwerbszweige jener Länder, und Sie wollen, daß der Krieg wieder beginnen, daß diese Erwerbsquelle wieder geschlossen werden soll! Schon an und für sich sind die Maßregeln, die in diesem Hause in Bezug auf die Kriegsfrage getroffen worden sind, nicht der Art, daß wir auf einen weiteren Erfolg hoffen können, daß wir hoffen können, die verlorenen Sympathieen wieder zu erlangen. Durch den Beschluß, den Sie über den Erfolg der Kriegsschäden gefaßt haben, haben Sie den Ostseeprovinzen das einzige genommen, was ihnen übrig blieb, worauf sie so sicher rechneten und was eine gerechte Forderung war; Sie haben ihnen die Hoffnung genommen, daß sie für die vielen Verluste von ganz Deutschland Ersatz bekommen würden. (Bravo.) Meine Herren, berücksichtigen Sie diese Maßregel und lesen Sie die Blätter aus jenen Gegenden, und verhehlen Sie sich nicht, welchen Einfluß dieser Beschluß dort noch bis auf die heutige Stunde übt! (Mehrere Stimmen: Sehr wahr.) Ich komme zum Schluß. Meine Herren, es ist, ich will es nicht verhehlen, es ist von beiden Seiten schwer gesündigt worden, ich meine von denjenigen, die hier unsere Beschlüsse zu vollziehen haben, und vom preußischen Ministerium. Aber fragen Sie sich, welches von beiden Ministerien am meisten gedeckt ist, und Sie werden sich leicht antworten können: es ist das preußische. Ich bin überzeugt, daß, wenn Preußen einen Widerspruch einlegt gegen den Beschluß, den Sie heute fassen werden, es die Nationalversammlung in Preußen und das ganze preußische Land für sich hat. (Mehrere Stimmen: Nein! andere: Ja!). Wird bei der Stimmung, die in den Ostseeprovinzen ist, die in ganz Sachsen, ja schon in einem Theile derjenigen Provinz herscht, welche mit Preußen noch am wenigsten verknüpft ist, in Westphalen, wird, frage ich, das Ministerium gegen die Gesinnungen und gegen die Interessen dieser Provinzen handeln, wenn es eine Maßregel aufrecht erhält, die es formell gültig gefaßt hat? Gewiß nicht! Sie haben dem preußischen Ministerium Vollmacht gegeben, in seinem eignen Namen zu handeln, wird es, nachdem es den Interessen seines eigenen Landes gemäß gehandelt hat, nun sich von Ihnen bestimmen lassen, das Gegentheil zu thun? — Ich sage nochmals: nein! — Weisen Sie dem deutschen Volke und den Ostseeprovinzen nicht auf das Bündigste nach, daß dieser Waffenstillstand sowohl für die Ehre und die materiellen Interessen des Landes Punkt für Punkt verletzend, daß er gravirend und seinem Heile widerstrebend ist, dann werden Sie auf die Sympathieen des preußischen Volkes nicht rechnen können, Sie werden nicht darauf rechnen können, daß das dortige Ministerium Ihrem Beschluß Folge leistet. Sie werden das Ministerium in die Lage, in die harte Nothwendigkeit versetzen, daß es einen Separatfrieden eingeht, und was wird die Folge davon sein, wenn Sie das Ministerium in Berlin zwingen, diesen entscheidenden Schritt zu thun? Sie werden, meine Herren, die Fackel des Bürgerkriegs in das Land werfen, und davor möge uns Gott behüten und die Weisheit dieser Versammlung! (Bravo von der Rechten und den Centren; Zischen von der Linken.)

v. Radowitz von Rüthen: Meine Herren! Wer der Begeisterung gegenüber zu nüchterner Prüfung auffordert, befindet sich jedesmal in einer ungünstigen Lage; ich habe deßhalb Ihre Nachsicht doppelt in Anspruch zu nehmen. — Erlauben Sie mir, daß ich zuvörderst einige Begriffe herzustellen suche, die im Laufe dieser lebhaften Discussion einigermaßen verdunkelt worden sind. Ein Waffenstillstand ist kein Friede, und der Waffenstillstand, der vor uns liegt, greift auch dem späteren Frieden nicht vor. Um das Letztere deutlicher zu übersehen, meine Herren, bitte ich Sie, den Blick auf die Bedingungen zu richten, die der einstige Friede, wie wir ihn wünschen, zu erfüllen haben würde. Holstein hat ein unzweifelhaftes Recht darauf, in seiner steten Verbindung mit Schleswig geschützt zu werden. Als die übelberathene dänische Regierung diese Verbindung durch einseitige Gewaltschritte zu zerreißen drohte, mußte Deutschland das ihm angehörige Bundesglied Holstein selbst mit Waffengewalt schützen. Ein hiervon ganz verschiedener Art war die Einverleibung Schleswig's in den deutschen Bund; hierbei stand uns nicht das positive Recht zur Seite. Ich weiß vollkommen, daß es politische Nothwendigkeiten gibt, die einen solchen Schritt gebieten; aber wir dürfen nicht erwarten, daß andere unabhängige Regierungen denselben mit gleichem Auge ansehen. Dort geht man davon aus, daß Deutschland die Gelegenheit ergriffen habe, Eroberungen zu machen, und nicht bloß die fremden Cabinette, sondern auch die fremden Völker betrachten dieses Verfahren mit Abneigung und Mißtrauen. Da der jetzige dänische Krieg beide Veranlassungen in sich schließt, so ist die Stellung der europäischen Mächte zu diesem Kriege eine bedenkliche, ja eine gefahrdrohende geworden. Soll dieser Streit durch einen für die Interessen der Herzogthümer, und also auch für die unsrigen, für die deutschen, gedeihlichen Frieden geschlichtet werden, so wird derselbe folgende Punkte sicher stellen müssen: Daß Holstein in seiner untrennbaren Realverbindung mit Schleswig gesichert werde, und in Folge Dessen eine in allen Theilen getrennte Verwaltung von Dänemark erhalte; daß die Personal-Union beider Herzogthümer mit der dänischen Krone klargestellt werde, damit es bei der einstigen Anwendung der verschiedenen Erbfolggesetze keinem Zweifel unterliege, daß Schleswig bei Holstein verbleibe, und daß endlich Dänemark die Einverleibung Schleswig's in den deutschen Bundesstaat anerkenne. Dieses sind die höchsten Ziele, die einem solchen Frieden unsererseits gesteckt werden können; wir wollen von ganzem Herzen wünschen, daß es gelinge, sie zu erreichen. Vergleiche ich nun diese Grundlagen eines günstigsten Friedens mit den Bedingungen des vorliegenden Waffenstillstandes, so bin ich nicht im Stande, mich zu überzeugen, daß jenen irgendwie wesentlich vorgegriffen werde. Auch ich, meine Herren, bin mit mehreren Bedingungen

dieses Waffenstillstandes keineswegs einverstanden; ich finde sie ungünstig; aber ich werde deßhalb nie zugeben, daß sie die zukünftigen Geschicke der Herzogthümer reell gefährden. Daß Dänemark jetzt dazu habe genöthigt werden können, vortheilhaftere Bedingungen einzuräumen, dafür möchte der Beweis sehr schwer werden. Diejenigen daher, welche uns rathen, dem geschlossenen Waffenstillstand die Genehmigung vorzuenthalten, fordern die Fortsetzung des Kriegs. — Meine Herren! In dem bisherigen halben Zustande konnte und kann der schleswig'sche Kampf nicht verbleiben; er würde den Herzogthümern ganz ebenso unerträglich fallen, wie den deutschen Ostseeländern. Aber auch das gesammte Deutschland würde dereinst bei der Abrechnung mit Schmerz bemerkt haben, welche Lasten ein lang dauernder bewaffneter Waffenstillstand mit sich führt. Man müßte dann jedenfalls die dänische Grenze überschreiten, die ganze Halbinsel erobern, und bis zum Frieden festhalten. Die kleine dänische Macht würde dieß allerdings nicht zu hindern vermögen. Sind wir aber im Stande, hier die weiteren Folgen zu übersehen, die aus einem Angriffs-Kriege erwachsen würden? Der europäische Krieg, der uns seit drei und dreißig Jahren fast ganz aus dem Gedächtniß geschwunden scheint, stände dann wieder vor der Thür. Unter welcher Gestalt nun ein solcher Krieg dann auftreten würde, dieses zu beurtheilen, setzte allerdings eine Kenntniß der Verhältnisse zu den auswärtigen Mächten voraus, die wir hier nicht besitzen. Gesetzt aber, Rußland und Schweden hätten bestimmt erklärt, daß jede Ueberschreitung der dänischen Grenze eine Kriegserklärung sei, und daß sie sodann an dem Kriege activen Theil nehmen würden! Gesetzt ferner, die englische Regierung wolle in diesem Falle augenblicklich ihre vermittelnde Thätigkeit einstellen, und sich die Schritte vorbehalten, zu denen sie sich durch die offenkundige Stimmung ihres Volkes gedrängt fühlte! Gesetzt endlich, Frankreich habe sich in gleicher bedrohlicher Weise über unser Verhalten gegen Dänemark ausgesprochen! Meine Herren! Hat sich wirklich Jeder unter uns die Folgen ganz veranschaulicht, die aus einem allgemeinen Bruche unter solchen Umständen erwachsen müssen? Ich kann und darf hier nicht die Kräfte und die Mittel abwägen, die bei einem europäischen Kriege unter solchen Umständen einander gegenübertreten würden, und ich will nicht das Bild der Ereignisse ausmalen, deren Schauplatz dann Deutschland sein würde. Nur für einen einzigen Zweig derselben, für den Kampf auf der Halbinsel selbst, erbitte ich mir noch Ihre Aufmerksamkeit. Die Eroberung Jütland's würde unsere Heere bis in dessen Nordspitze führen, und welche Sorge auch durch echelonnirte Abtheilungen für die Sicherung des Rückens getroffen werden möchte, so wird dieser doch allen Unternehmungen von der See her bloß liegen. Rußland hat acht und zwanzig Linienschiffe in Kronstadt, und eine Armee von 80,000 Mann in seinen Ostsee-Provinzen bereit. Wenn ein Heer von genügender Stärke in dem fast unbeschützten Busen von Kiel landete, so würde das Schicksal unserer bis Aalborg und Frederikshafen vorgeschobenen Armee ein solches sein, von dem ich besser thue, die Augen abzuwenden.

Eine Stimme von der Linken: Diese Behauptung ist falsch.

Präsident: Ich muß bitten, daß Sie den Redner nicht unterbrechen, es mag falsch oder wahr sein.

v. Radowitz: Die Gestalt des Kriegsschauplatzes und die gänzliche Seebeherrschung durch den Feind sind Nachtheile, die dort nicht durch Tapferkeit und Ausdauer aufgewogen werden können. Wer, meine Herren, möchte die Verantwortlichkeit auf sich nehmen, einen Entschluß zu veranlassen, der solche Folgen nach sich ziehen muß! Und doch ist dieß nur die eine Seite der Sache, auch die andere muß hier ausgesprochen werden. Preußen hat den Waffenstillstand in seinem und im Namen des deutschen Bundes abgeschlossen; er ist ratifizirt, und Dänemark erfüllt bereits die ihm auferlegten Bedingungen. Wenn die Centralgewalt ihn nicht guthieße, so würde er nichts desto weniger für Preußen fortbestehen; es muß ihn aufrecht erhalten, und würde es unter der freudigsten Zustimmung derjenigen Theile seines Landes, die unter den bisherigen Zuständen so schwer litten. Der Neubau des deutschen Reiches läge in Trümmern, nachdem er sich kaum erst aus seinem Fundamente zu erheben beginnt. Meine Herren! Jede politische Betrachtung, jedes begeisterte Wort, wie berechtigt sie auch sonst sein mögen, kann ein solches Unheil nicht aufwägen; es wäre mehr als Vermessenheit, es heraufzubeschwören. Niemand, der die Zukunft unseres Vaterlandes wahrhaft im Herzen trägt, Niemand, der sich über die Leidenschaften des Augenblickes zu erheben vermag, kann dazu seine Stimme leihen. Auf diesem Gebiete reicht die Pflicht nicht weiter, als die Möglichkeit! (Bravo rechts.) Ich spreche es aus innigster Ueberzeugung aus: wir dürfen dem geschlossenen Waffenstillstand unsere Gutheißung nicht versagen. Das schließt nicht aus, daß Preußen den Nachweis zu führen haben wird, daß die genehmigten Bedingungen durch die Umstände geboten und die vortheilhaftesten waren, die man erlangen konnte. Das Urtheil darüber hängt, wie ich schon vorher andeutete, von der genauen Kenntniß der Verhandlungen ab, die an andern Höfen, besonders in Petersburg und London schwebten. Allerdings kann eine solche Untersuchung nicht in einer zahlreichen und öffentlichen Versammlung vor sich gehen. Nichts hindert aber, daß die Nationalversammlung, wie andere große Parlamente in solchen Fällen, einen Ausschuß niedersetze, der Einsicht von Allem nehme, und dann gewissermaßen als politische Jury seinen Schluß in dieser Versammlung verkünde. Ich beantrage daher:

„Die Nationalversammlung wolle der provisorischen Centralgewalt anheimstellen, den geschlossenen Waffenstillstand gutzuheißen, zugleich aber auch die königlich preußische Regierung um Mittheilung sämmtlicher auf die Stellung der europäischen Mächte zu der schwebenden Frage bezüglichen Schriftstücke zu ersuchen. Sie wolle ferner aus ihrem Schooße einen Ausschuß von

fünf Mitgliedern ernennen, um von deren Inhalte vertrauliche Kenntniß zu nehmen und unter strenger Geheimhaltung desselben der Nationalversammlung eine bestimmte Erklärung über den geschlossenen Waffenstillstand abzugeben." (Großer Beifall von der Rechten. Zischen auf der Linken und auf der Galerie.)

Zimmermann von Stuttgart: Die Diplomaten-Galerie hat geklatscht.

Präsident: Es ist geklatscht und gezischt worden.

Blum von Leipzig: Preußen hat bei Feststellung der Punktation von Bellevue mit ganz ausdrücklichen Worten, im Namen und Auftrag der Centralgewalt gehandelt, und hat die Genehmigung des Königs von Dänemark, wie die Genehmigung des Erzherzogs-Reichsverwesers vorbehalten. In dem Abschluß, der jetzt stattfand, ist von dem Reichsverweser nicht mehr die Rede. Damals wurde allerdings die Regierung in Schleswig-Holstein ebenfalls aufgelöst, aber man schien wenigstens nach dem Wortlaute der Punktation darauf Rücksicht zu nehmen, daß die Mitglieder der neuen Regierung aus Personen beständen, die in dem Lande Vertrauen haben, und um dieses Vertrauen zu erhöhen, war den vier Mitgliedern überlassen, selbst den Vorsitzenden zu wählen. Heute in dem festen Abschluß sind allerdings auch vier Personen genannt, aber an ihrer Spitze steht, wie Ihnen dieß hier verkündigt wurde, der verhaßteste Mensch in ganz Schleswig-Holstein, der Mensch, der sich vielleicht das einzige Verdienst dadurch erworben hat, daß er es durch Unterdrückung unserer Brüderstämme dort endlich dahin brachte, daß man mit den Waffen in der Hand gegen dänische Anmaßung auftrat. Damals sollten die Herzogthümer in fast gleichem Verhältnisse, wie jetzt, von den Truppen geräumt werden; allein damals war auch ausdrücklich bestimmt, daß die dänische Besatzung, die auf der Insel Alsen stehen bleiben sollte, vorzugsweise aus denjenigen Truppen zu nehmen sei, die in Schleswig-Holstein ausgehoben waren; also von Truppen, die im Lande und mit dem Lande verwandt waren; nicht von einer fremden, nicht von einer feindlichen Besatzung sollte die Insel behalten werden. Damals war die Theilung nicht ausgesprochen, wie sie jetzt ausgesprochen worden ist. Damals war auch die Aufhebung der Gesetze nicht ausgesprochen, wie es jetzt der Fall ist, und wenn Ihnen der begeisterungslose Unterstaatssekretär Bassermann sagte, daß darunter auch jenes dänische Dekret begriffen sei, wodurch Schleswig mit Dänemark verbunden wurde, so waren darunter auch begriffen alle Gesetze und Verordnungen, wodurch die Folgen einer langjährigen dänischen Unterdrückung und Unterjochung des Landes bewerkstelligt wurden, und es möchte wahrscheinlich Dänemark sehr schwer gehalten haben, kein einzelnes Gesetz, das den Herzogthümern um Nachtheil gereichen konnte, aufrecht zu erhalten. Damals war ein Waffenstillstand auf drei Monate beabsichtigt, er hörte am 19. Oktober auf, und gab, wenn man auf keinen günstigen Frieden einzugehen Neigung hatte, Deutschland das einzig günstige Verhältniß zurück, das es in diesem Kriege haben konnte: den Winter, wo die dänische Seemacht es nicht ermöglichen kann, uns zu schaden, und wo sie es nicht verhindern kann, ganz Jütland zu besetzen; alle diese Vortheile sind verschwunden, und trotzdem, daß sie verschwunden sind, sollen wir jetzt einen Waffenstillstand genehmigen, den man uns früher unter weit milderen Bedingungen zu genehmigen nicht einmal zugemuthet hat. Allerdings ist die Kriegsfurcht jetzt gewaltig rege geworden, und während man vor wenig Wochen aus demselben Grunde hörte, daß, wenn man die Armee um 340,000 Mann vermehre, man im Stande sein werde, der ganzen Welt zu trotzen, fürchtet man sich jetzt vor Rußland, vor Schweden, vor Frankreich, und Gott weiß, vor wem noch. (Bravo!) Man hat auch darauf hingewiesen, die Stimmung in den Herzogthümern, ganz besonders in Schleswig, sei eine andere geworden. Das Dokument, das man uns dafür vorlegt, ist eine Eingabe der Kaufmannschaft zu Flensburg; ich muß es zunächst den Schleswigern überlassen, ihre Landsleute gegen die schweren Vorwürfe des Verraths, die von dieser Tribüne gegen sie ausgesprochen worden sind, selbst zu rechtfertigen; aber in Erinnerung muß ich bringen, daß an der Spitze dieser Eingabe der bekannte dänische Agent Jensen steht, und daß die Mehrzahl der Unterzeichner Dänen sind, die für die Vortheile, die die Lostrennung von Norwegen ihnen nicht mehr gewährt, von Dänemark monopolisirt sind, und dieses Monopol zu verlieren fürchten müssen, wenn Schleswig deutsch werden sollte. Ob diese Stimme gerade geeignet ist, einen Maßstab für die Stimmung des Volks abzugeben, das überlasse ich Ihnen selbst zu beurtheilen. Wenn sie aber keinen Maßstab für diese Stimmung gibt, was muß die nothwendige Folge der Anerkennung des Waffenstillstandes sein, was die Folge nur des Beginnens seiner Ausführung? Bassermann hat Ihnen ohne Begeisterung gesagt, wer es wohl wagen möchte, die zusammengetretene Versammlung aufzuheben? Nun, ich antworte, wenn die Schleswig-Holsteiner wahre Männer sind, vermag dieß Niemand, denn die erwählte Versammlung wird sich gegen den Waffenstillstand, und gegen Das, was durch denselben Gesetz werden soll, erheben, und Mittel suchen, wo sie sie finden kann. Sie wird das Land aufrufen, das Volk aufrufen, Jeden, der Waffen tragen kann, bewaffnen zur Vertheidigung des Vaterlandes; wer ein Herz hat in Deutschland, wird diesem Rufe folgen, es werden sich neue Freischaaren bilden, und nach Schleswig-Holstein ziehen; sie werden, wenn sie das Land nicht retten können, mindestens einen ehrenvollen Tod dort finden. (Bravo!) Man hat nun gesagt, ob denn der Vertrag so gefährlich, und seine Aufhebung so nothwendig sei, als man es glaube? Ein Vertrag, der geschlossen ist gegen die Vollmacht, ein Vertrag, der geschlossen ist gegen den ausdrücklichen Beschluß dieser Nationalversammlung, und ein Vertrag, der geschlossen ist gegen das Gesetz, welches Sie selbst gegeben haben für Deutschland, ob der aufzuheben ist oder nicht, darüber scheint mir kein Zweifel zu sein. Allerdings würden wir es zunächst

mit unserm Ministerium zu thun haben, und dasselbe fragen müssen, warum es der Forderung gegenüber, daß man die Anerkennung der Reichsgewalt umgehen wolle, nicht die Pflicht erfüllt habe, auf das Gesetz vom 28. Juni aufmerksam zu machen; allein diese Angelegenheit, die wir mit unserm Ministerium auszumachen haben, kann uns nicht stören in der Sache, über die wir entscheiden sollen. Der Abschluß bringt uns den Nachtheil, uns zu entwaffnen, und die Herzogthümer Dänemark, wenn wir nicht jede Friedensbedingung erfüllen, wieder in die Hände zu liefern. Er schneidet uns ab, wie ich schon erwähnt habe, was allein unser Vortheil ist: die Operationen im Winter. Er hört erst auf, wenn Dänemark wieder im Stande ist, alle Nachtheile uns zuzufügen, auf die uns ein bekannter General aufmerksam gemacht hat. Er schneidet uns ferner ab, daß, wenn auch jetzt nur ein Fingerbreit ausgeführt, oder wenn nicht augenblicklich gegen die Ausführung eingeschritten wird, bei einer möglichen Entscheidung in der Hauptsache gerade Das geschieht, was Herr Wichmann uns hier vorgestellt hat, daß die Herzogthümer entwaffnet sind im Augenblicke, wo Dänemark aufs Neue einfällt, und wir ein neues Blutbad dort sehen, welches uns ebenso wenig zur Ehre gereichen, als unsern Herzen gleichgültig sein kann. Man sagt, die Genehmigung steht nicht im Vertrage, aber sie steht im Gesetze, was auch die preußische Regierung anerkannt hat; allerdings mit dem Vorbehalt, daß es keine Consequenzen nach sich ziehen werde, was aber also demungeachtet von ihr anerkannt worden ist, welcher Thatsache gegenüber folglich die Ausrede, man habe nur im Namen des deutschen Bundes unterhandeln können, völlig unhaltbar ist. Ich vermag es nicht, kalt wie ein Fisch die deutsche Nation mit einem Hunde zu vergleichen (Bravo!); aber ich hege die Meinung, daß sie einen solchen Vergleich verdiene, wenn sie nicht im Angesicht der ersten Unwürdigkeit, die ihr geboten wird, aufstände wie ein Mann in ihrer Vertretung, und dieselbe von sich wiese. (Bravo auf der Linken, Zischen auf der Rechten.) Man sagt ferner, es könne die Suspendirung zu einem Bruche mit Preußen führen. Ich kann nur die Ansicht des Herrn Simon theilen: Zu einem Bruche mit dem preußischen Ministerium möglich, zu einem Bruche mit dem preußischen Volke und mit seiner Vertretung nimmermehr! Es muß sich bei dieser Frage entscheiden, wo denn der Mittelpunkt in Deutschland ist, ob da, wo er vermöge der Volks-Souveränität, und der von ihr gewählten Nationalversammlung geschaffen worden ist, oder da, wo man ihn sich anmaßt. Es muß sich entscheiden, ob Preußen in Deutschland aufgeht, oder ob Deutschland preußisch werde. (Bravo links und vom Centrum.) Man droht uns jetzt mit Krieg von allen Seiten, und der Reichsminister des Auswärtigen hat uns gestern Abend sogar gesagt: daß, wenn wir jetzt nicht den Waffenstillstand genehmigten und gewissermaßen die kleine Schande ertrügen, alsdann ein Ausgang zu befürchten sei, der uns mit größerer Schande, vielleicht mit Verachtung bedrohe. Nun gehöre ich nicht **zu Denen, welche glauben, daß, wenn sie nur große** Heere haben, sie im Stande sind, mit der ganzen Welt anzubinden. Ich gehöre nicht zu Denen, welche glauben, sie bedürfen eines Bündnisses freiheitsstrebender Völker nicht, um in Europa fest zu stehen; ich gehöre nicht zu Denen, die da meinen, die Zeit wäre da, wo ein Volk im europäischen Staatenverband allein stehen kann; allein ich möchte nicht so begeisterungslos sein im Anblicke der Gefahr, die möglicher Weise oder wirklich drohe, hier vorzuschlagen, die kleine Schande zu tragen, um die große zu vermeiden. Im Gegentheil, eine Nation wird nimmer mit Schande und Schmach bedeckt werden, wenn sie sich das Ziel vorsteckt, daß sie nicht damit bedeckt werden *will*; wenn sie Muth hat, den Gefahren zu trotzen, die sich ihr entgegenthürmen. (Stürmisches Bravo.) Es ist ein Erfahrungssatz, so alt wie die Welt, daß der Mensch und der Staat so viel gilt, als er Muth hat, und wäre über die deutsche Nation durch die Verhältnisse, wie sie vorliegen, in der ersten Zeit ihres Emporstrebens das Verhängniß der Vernichtung ausgesprochen — es wäre unendlich schmerzlich! — aber ertragen möchte ich es noch lieber, als mit Schmach und durch schmachvolle Nachgiebigkeit fortzuleben. Sie mag am Völkergrabe das Bewußtsein sich eintauschen, daß die Nachwelt sage: *sie sei zu Grunde gegangen, aber mit Ehre.* (Beifall auf der Linken.)

Reichsminister **v. Beckerath**: Meine Herren! Es ist die Rede davon gewesen, daß das Ministerium nicht wohl daran gethan habe, der preußischen Regierung die Vollmacht zum Abschlusse des Waffenstillstandes zu ertheilen, ohne vorher die Genehmigung der Nationalversammlung einzuholen. Meine Herren! Das Ministerium hat sich bei dieser Handlung nicht verhehlt, daß es damit der Nationalversammlung gegenüber eine bedeutende Verantwortlichkeit übernehme; aber es hat zugleich eingesehen, daß es sich in einer derjenigen Lagen befand, in welcher ein Ministerium die Verantwortlichkeit nicht scheuen darf, wenn es seine Schuldigkeit thun will. Sie haben gehört, wie damals die Verhältnisse zu Dänemark waren. Wir waren mit Dänemark im Kriege, wie wir es ja auch jetzt noch sind, wir waren also nicht im Falle, diesem Staate in hergebrachter diplomatischer Weise offizielle Kenntniß von der Errichtung der Centralgewalt zu geben, und dadurch erklärt es sich, daß die dänische Regierung, als es sich um staatsrechtliche Verträge handelte, die Verhandlung mit einer ihr offiziell gegenüberstehenden Macht führen wollte, nämlich mit Preußen. Aus dieser Ursache konnte bei Ertheilung der Vollmacht die diesseitige Ratification nicht vorbehalten werden. Auf der andern Seite werden Sie zugeben, daß man den Erfolg einer Unterhandlung von vornherein auf das Aeußerste benachtheiligt hätte, wenn die Bedingungen, welche man zum Grunde legen wollte, durch eine öffentliche Verhandlung aller Welt bekannt worden wären. Hier war also weder der eine noch der andere Weg möglich, und es stand nur der dritte offen, die Vollmacht nur unter solchen Bedingungen zu erthei-

len, daß das Ministerium es wagen konnte, mit dem abgeschlossenen Waffenstillstand vor die Versammlung hinzutreten, und nachträglich ihre Genehmigung einzuholen. Die Verantwortlichkeit für einen Abschluß nach den damals gestellten Bedingungen, die hat das Ministerium übernommen, und ist bereit, sie zu vertreten. Daß übrigens diese Vollmacht nicht mit einer ministeriellen Contrasignatur versehen ist, beruht darauf, daß der Abdruck nach dem Concept stattgefunden, auf dem die Contrasignatur fehlte, sie hat aber auf der Vollmacht selbst nicht gefehlt. Meine Herren! Es wäre zu erwarten gewesen, daß diejenigen Redner, die darauf bestanden haben, daß der Waffenstillstand nicht angenommen, oder, was damit gleichbedeutend, die Sistirung der Ausführung beschlossen werde, daß diese Redner nicht mit Vorschlägen hervorgetreten sind zu den Maßregeln, die alsdann im Interesse Deutschlands sofort zu ergreifen sind. Der Berichterstatter, Herr Dahlmann, in der engsten Uebereinstimmung mit Herrn Blum, nimmt an, daß von allen Seiten Deutschlands Freischaaren nach Schleswig ziehen würden. Ein anderer Redner, Herr Simon, setzt voraus, daß durch die sodann eintretende Bewegung, wenn auch nach blutigen Zuckungen 34 Throne in Deutschland umgeworfen, oder wie der Redner gesagt, aufgerollt werden würden. Meine Herren! Ich denke, wir haben darüber zu berathen, wie wir die Angelegenheiten Deutschlands führen, wie wir Deutschland regieren wollen. Ich frage Sie, sind das Regierungsmaßregeln? Würde das Cabinet, das nach dem unsrigen folgen würde, — denn wir würden abtreten, wenn der von der Majorität gestellte Antrag durchgeht, — würde, sage ich, das neue Cabinet von diesen Andeutungen irgend Gebrauch machen können? . . .

Heinrich **Simon** (vom Platze): Sie haben mir Worte untergelegt, die ich nicht gebraucht habe. (Unruhe.)

Graf **Schwerin** aus Pommern (vom Platze): Hier unterbricht ja Herr Simon, der sich über Unterbrechungen beschwert.

Präsident: Wenn der Redner unterbrochen wird, werde ich zur Ordnung rufen, nicht Sie, Graf Schwerin.

Reichsminister **v. Beckerath**: Meine Herren! Ich habe verstanden, daß Herr Simon sagte: es würde möglicher Weise eine Bewegung eintreten, die, wenn auch nach blutigen Zuckungen, 34 Throne aufrollen könnte. Meine Herren! Was die Freischaaren betrifft, ich bin kein Militär und habe als Finanzminister keine Veranlassung, militärische Studien zu machen; aber ich glaube, daß den kriegerischen Eventualitäten gegenüber, die alsdann eintreten würden, mit Freischaaren wenig anzufangen ist. Ich glaube, daß es anderer Mittel bedarf, und ich brauche Ihnen nicht nachzuweisen, daß diese Mittel fehlen würden. Was den Umsturz der Throne betrifft, so glaube ich, daß der Redner, der ein solches Ziel der Bewegung voraussetzt, sich über die Stimmung in Deutschland täuscht. (Bravo auf der Rechten.) Das deutsche Volk hat sich erhoben gegen die Ungebühr, die ihm zugefügt wurde, mit Nachdruck erhoben, es war in seinem Recht; es ist nun im Begriff, sich die freiesten Verfassungsformen zu geben, und keine Macht der Erde ist im Stande, es daran zu hindern; aber weiter will es nicht gehen. Das deutsche Volk will die Revolution nicht fortsetzen; wohin soll es führen, wenn überall, auch in den Staaten, wo die Regierung aus freier Volkswahl hervorgegangen, noch immer ein Zwiespalt zwischen Regierung und Volk vorausgesetzt wird? Meine Herren! Wenn Das richtig ist, so finden wir kein Ende der Bewegung, kein Ende der Revolution, dann kann nirgends regiert, dann kann eben nur revolutionirt werden. In Preußen ist die Volksvertretung aus freien Wahlen hervorgegangen, aus Wahlen ohne allen Census, ohne Ausschluß irgend eines Staatsbürgers; mit der Majorität dieser Volksvertretung regiert das preußische Cabinet, und dennoch wird ohne Weiteres angenommen, daß Dasjenige, was jene Regierung in genauer Kenntniß der öffentlichen Meinung thut, im preußischen Volke den allergrößten Widerstand finden würde. Nun, ich begreife nicht, worauf diese Voraussetzung beruht.

Zimmermann von Stuttgart (vom Platz aus mit erhobener Stimme): Auf der Ehre! (Bewegung.)

Präsident: Herr Zimmermann, ich rufe Sie hiermit zur Ordnung; Sie haben nicht das Recht zu unterbrechen . . .

Zimmermann (vom Platze): Herr Fürst Lichnowsky hat auch unterbrochen, und . .

Präsident: . . . ich habe es ihm auch verwiesen . . .

Vogt von Gießen (vom Platze): Er ist nicht zur Ordnung gerufen worden. (Bewegung. Der Präsident klingelt.)

v. Beckerath: . . . ich muß umsomehr diese Voraussetzung einer im preußischen Volke vorhandenen Mißbilligung Dessen, was das preußische Cabinet in der vorliegenden Frage gethan hat, bestreiten, weil ich die Zustände in Preußen kenne, weil ich die schweren Leiden kenne, denen ein großer Theil jenes Staates in Folge des Krieges mit Dänemark ausgesetzt war. Damit ist nicht gesagt, daß nicht auch in Preußen ein tiefes Bedauern sich über den in mancher Hinsicht wenig befriedigenden Inhalt des Waffenstillstandes kund geben wird (links: Ja! Ja!); daß nicht auch dort die lebhaftesten Sympathieen dieser Angelegenheit zugewendet sind, und daß man die Centralgewalt, wenn sie zur Aufrechthaltung ihrer Rechte thut, was ihre Aufgabe ist, nicht auch dort unterstützen werde. Aber mit der Erwägung der Leiden, die durch den Krieg mit Dänemark in Preußen herbeigeführt wurden, verbindet sich auch noch die Betrachtung, daß nicht allein dort, sondern in ganz Deutschland die Beseitigung dieser Angelegenheit in materieller Beziehung von allergrößter Wichtigkeit war. Bedenken wohl diejenigen Redner, die um jeden Preis wiederum auf's Neue die ganze Sache in Frage stellen, und den Krieg mit allem Nachdrucke fortgesetzt wissen wollen, daß große Arbeitermassen schon jetzt nur küm-

merlich beschäftigt sind, daß man in allen Fabrikgegenden mit der größten Besorgniß dem Winter entgegensieht, und gerade aus der Beendigung des Krieges mit Dänemark Hoffnung geschöpft hat, daß ein gewisses Vertrauen wiederkehren, und die Absatzmärkte sich wieder öffnen werden?! Gerade deßwegen ist in Deutschland der Waffenstillstand mit Befriedigung aufgenommen worden. Meine Herren! Wir müssen uns hier von jedem localen Standpunkte wegwenden, nur die allgemeinen deutschen Interessen im Auge haben, wenn wir den Waffenstillstand beurtheilen wollen, und es ist unverkennbar, wie nicht nur für Preußen, sondern für ganz Deutschland ein Interesse vorhanden ist, daß der Waffenstillstand abgeschlossen wurde. Ich habe bereits angedeutet, wie beklagenswerth der vorliegende Abschluß in manchen Beziehungen ist (auf der Linken: Sehr richtig!), aber verkennen wir es nicht, er hat auch in Bezug auf dasjenige Land, das er zunächst betrifft, viel Gutes. Blicken wir auf die früheren Zustände in Schleswig-Holstein. Dänisches Wesen herrschte dort in der Verwaltung vor, die Versuche, Schleswig für immer Dänemark zu incorporiren, traten immer mehr und mehr hervor, ja sogar holsteinische, deutsche Truppen standen unter dänischem Commando, und jetzt? Der König von Dänemark, der nach wie vor anerkannte Herzog von Schleswig-Holstein, willigt ein, daß eine und dieselbe, und zwar eine deutsche Regierung über beide Herzogthümer gestellt werde; kein dänischer Beamter, kein dänischer Soldat bleibt in den Herzogthümern, und ich begreife wahrlich nicht, wie gesagt werden kann, daß die Herzogthümer auf's Neue den Dänen überliefert werden. Wo sind denn die Dänen, denen sie überliefert werden sollen? Nach den Stipulationen des Waffenstillstandes darf kein dänischer Soldat die deutsche Grenze überschreiten: die Schleswig-Holsteiner haben also während des Waffenstillstandes von Seiten der Dänen nichts zu befürchten, und stehen außerdem unter dem Schutze ihrer eigenen bewaffneten Landsleute. Läuft aber der Waffenstillstand ohne Friedensschluß ab, so treten die Truppen vor dem Beginne des Krieges wieder in dieselbe Stellung ein, die sie jetzt inne hatten. Es kann also nicht gesagt werden, daß Schleswig-Holstein auf's Neue Dänemark preisgegeben wird. Meine Herren! Es wäre thöricht, wenn Deutschland es für nöthig hielte, vor Europa den Beweis zu geben, daß es sich vor den andern Großmächten nicht fürchtet. Wer sind wir denn? Sind wir denn nicht mehr die Deutschen von ehedem? (Gelächter auf der Linken.) Und hat nicht in dem vorigen Jahrhundert ein kleiner Theil Deutschland's während eines siebenjährigen Krieges fast dem ganzen Europa getrotzt? Hat nicht Oesterreich allein ein Jahrzehnt lang unüberwunden mit der colossalen französischen Macht gekämpft? Und jetzt, da wir vereinigt sind, da die Kräfte des nationalen Lebens hier in einem Mittelpunkt, gleichsam wie in einem warmen Herzen vereinigt sind, nun sollten wir schwächer sein?! Ist nicht gerade die Haltung, welche die Großmächte gegen uns zu nehmen scheinen, und über welche ich mich nicht näher verbreiten will, ist nicht gerade diese Haltung der beste Beweis, daß man auch im Auslande erkennt, welche unermeßliche Wirkung ein Aufruf an das deutsche Volk haben würde, von dieser Versammlung in einem Augenblicke erlassen, wo es sich um Sein oder Nichtsein der Nation handelt? Aber, meine Herren, ein solcher Augenblick ist nicht vorhanden, denn wie unbefriedigend auch der Waffenstillstand sein mag, wie sehr ich es beklage, daß er so abgeschlossen worden ist, so kann er doch, das behaupte ich, nicht entehrend genannt werden. Wäre das der Fall, dann würde ich wahrscheinlich nicht der Letzte sein, der dafür stimmte, Alles daran zu setzen, jede Schmach von unserer Nation fern zu halten. Meine Herren! Wenn wir die Angelegenheit von einem richtigen Standpunkte betrachten, so können wir nicht verkennen, daß uns in Deutschland noch Zustände entgegentreten, die noch nicht sind, wie wir wünschen müssen, noch nicht dahin ausgebildet sind, wohin wir sie durch unsere Wirksamkeit zu bringen hoffen. Unser Bundesstaat ist noch im Werden, — noch sind die Interessen nicht einander assimilirt, — noch bestehen Sonderungen, und gerade in dieser Frage erfordern sie die größte Schonung. Es ist bereits gesagt worden, daß Preußen, nachdem es den Waffenstillstand abgeschlossen hat, mit seiner Ehre verpflichtet ist, ihn aufrecht zu erhalten. Ich will nun die Folgen, welche aus einem Beschlusse, wie er hier beantragt wird, hervorgehen würden, nicht vor Ihren Blicken enthüllen: es haben auch andere Redner vor mir in dieser Beziehung eine Zurückhaltung beobachtet, die ich ehre. Die nächsten Wirkungen liegen klar zu Tage. Wir würden nicht allein das Werk, welches wir hier zu schaffen haben, nicht fördern, wir würden auf eine Bahn gerathen, deren Ziel nicht vorauszusehen ist. Sie muß vermieden, aber auf einem andern geordneten Wege das Recht und das Verhältniß der Centralgewalt zu allen Staaten und somit auch zu Preußen so festgestellt werden, wie es die deutsche Einheit erfordert, nach der wir streben, und so lange ich im Rathe des Reichsverwesers sitze, werde ich stets und auch in den peinlichsten Fällen dahin wirken, daß die Rechte der Centralgewalt aufrecht erhalten werden. Wenn aber so Großes auf dem Spiele steht, dann glaube ich, daß wir von unsern Collegen, den Männern aus Schleswig, die in unserer Mitte sitzen, erwarten dürfen, daß sie den Blick über die engere Heimath und die nächsten Monate hinaus auf das gesammte Interesse des Vaterlandes richten. Ihr Männer von Schleswig, Ihr gehört ja zu uns; wir haben uns ja mit Euch auf immer verbunden, und durch unser Blut den Bruderbund besiegelt; aber wir setzen auch voraus, daß Ihr, wie Ihr bisher treulich mitgearbeitet habt am Friedenswerke der Einigung, nun nicht den Feuerbrand hineinschleudern werdet in die Nation, daß Ihr Deutschland, welches Euch mit offenen Armen empfing, nun auch ein Opfer zu bringen im Stande seid. Wir würden ja, wenn Ihr wirklich bedroht wäret, Alles für Euch opfern; dem ist aber nicht so; es wird durch den Waffenstillstand Vieles für Euch errungen, und nichts verloren; Ihr könnt Euch also

mit uns vereinigen, mit uns das Opfer, welches auch uns schwer wird, bringen. — Meine Herren! Es ist viel von der Ehre Deutschland's geredet worden; wird es denn unserem Vaterlande, gegenüber dem Auslande, eine Ehre sein, wenn die Stämme sich unter einander entzweien? Ich glaube, daß darin die Ehre und die Wohlfahrt Deutschland's nimmer gesucht werden dürfen, vielmehr darin, daß die Stämme sich versöhnlich zu einander stellen. Wenn aber unser Vaterland unter den Schrecknissen des Bürgerkriegs in Trümmer und Elend versinken, wenn Alles, was edle deutsche Herzen gehofft, zu Schanden werden sollte, dann in dieser Nacht der Trübsal wird es ein Lichtstrahl für mich sein, heute Zeugniß davon gegeben zu haben, daß ich es mit der Ehre eines großen Volkes viel verträglicher halte, das Schwerdt in der Scheide zu lassen, als es zum brudermörderischen Kampf zu ziehen. (Auf der Rechten lebhafter Beifall. Auf der Linken Unruhe.)

Simon von Trier: Das Gesetz über die provisorische Centralgewalt schreibt vor, daß Krieg, Frieden und Verträge mit auswärtigen Mächten bloß im Einverständniß mit der Nationalversammlung geschlossen werden können. Niemand kann mehr Recht auf einen Anderen übertragen, als er selbst hat. Wenn also die Centralgewalt an unser Einverständniß, und zwar an unsere vorgängige Genehmigung gebunden war, so durfte auch Preußen von dieser Genehmigung nicht entbunden werden. Also juristisch steht die Sache einfach so: Der Vertrag mit Dänemark hat keine Rechtsbeständigkeit, so lange wir nicht die Genehmigung ertheilt haben, und was keine Rechtsbeständigkeit hat, darf nicht vollzogen werden; erst wenn die letzte Bedingung der Rechtsbeständigkeit erfüllt ist, tritt der Augenblick der Vollziehung ein. (Stimmen auf der Linken: Sehr wahr!) Wenn wir auch zugeben, daß unter Umständen von solchen juristischen Bedenken abgesehen werden könnte, so treten aber politische Bedenken hinzu, die uns veranlassen müssen, gerade an dem einfachen Rechtsgang vollständig festzuhalten. Wenn auch die preußische Regierung durch die Centralgewalt nicht ausdrücklich an die Genehmigung der Nationalversammlung gebunden worden ist, so hat sie doch das Gesetz über die provisorische Centralgewalt ganz genau gekannt. Der Herr Minister-Präsident v. Auerswald hat bereits am 4. Juli in der preußischen Nationalversammlung erklärt: „Die preußische Regierung setzt voraus, daß die gedachte — die Frankfurter — Versammlung, indem sie für die Beschlüsse des Reichs-Verwesers über Krieg und Frieden ihr Einverständniß verlangt, denselben nicht für alle Fälle an ihre vorgängige Genehmigung habe binden wollen, indem dadurch solche Beschlüsse auf eine Weise gehindert und erschwert werden würden, welche, u. s. w. von den verderblichsten Folgen sein könnten." Es konnte überhaupt über die Stellung der Nationalversammlung zur Centralgewalt für die preußische Regierung gar kein Zweifel obwalten. Die Frage ist bereits mehrmals vor unseren Schranken gewesen, einmal auf einen Antrag des Herrn Waitz, und damals ist beschlossen worden: „Die Nationalversammlung erklärt, daß die schleswig'sche Sache als eine Angelegenheit der deutschen Nation zu dem Bereiche ihrer Wirksamkeit gehört, und verlangt, daß energische Maßregeln getroffen werden, um den Krieg zu Ende zu führen, daß aber bei dem Abschlusse des Friedens mit der Krone Dänemark das Recht der Herzogthümer Schleswig-Holstein und die Ehre Deutschland's gewahrt werde." Meine Herren! Es handelt sich nicht zunächst um den Inhalt des Friedensvertrags, es handelt sich darum, ob dieser Waffenstillstand, ehe er zur vollständigen Rechtsgiltigkeit gekommen ist, vollzogen werden solle; aber doch wird man bei der Prüfung dieser Frage nicht umhin können, im Allgemeinen diesen Vertrag zu überblicken, und in der Beziehung ist bereits auf das Klarste dargethan worden, daß die Ehre Deutschland's damit nicht gewahrt werde. Ich erlaube mir, bloß noch auf zwei Punkte aufmerksam zu machen. Durch den Artikel, wodurch sämmtliche Verordnungen der bisherigen provisorischen Regierung in Rendsburg für nichtig erklärt worden sind, ist die Revolution Schleswig-Holsteins geleugnet. Man hat die Revolution schon einmal in Berlin geleugnet, und da ist ein Ministerium abgetreten; die Schleswig-Holsteiner werden sich nicht gefallen lassen, daß ihre Revolution ebenfalls geleugnet werde durch die Vermittelung desselben Mannes, welcher damals in Berlin abgetreten ist. Wenn der Vergleich gebraucht werden konnte, daß Deutschland als eine Dogge einen Fisch zu bekämpfen habe, dann möchte ich Sie bitten, nicht wieder das Eis schmelzen zu lassen, damit die kräftige Dogge nicht in den Wellen versinke; ich möchte Sie bitten, sich nicht in den ersten April schicken zu lassen, wovor Sie bereits der Herr Berichterstatter gewarnt hat. (Beifall.) Späterhin ist abermals ein Beschluß gefaßt worden, und zwar auf den Antrag der Herren Abgeordneten Claussen und Duncker. Damals sind wir zur motivirten Tagesordnung übergegangen, und zwar in Betracht, daß es nur dem Reichsverweser zustehe, im Einverständniß mit der Nationalversammlung über Krieg und Frieden zu entscheiden. Meine Herren! Damals hat man uns von dieser (der rechten) Seite gesagt: „Haben Sie Vertrauen auf Preußen, Preußen wird ohne Vorbehalt unserer Genehmigung keinen Waffenstillstand abschließen," und ich will Ihnen einige damals gefallene Aeußerungen mittheilen. Herr Duncker hat damals gesagt: „Wenn die Nachrichten wahr sind, dann haben wir eine andere noch dringendere Pflicht, nämlich das Gewicht dieser Versammlung in die Waagschaale zu legen, um entweder das einbrechende Unheil abzuwenden, oder das schon geschehene Unheil wieder aufzuheben." Und der Abgeordnete von Ratibor, Herr Fürst v. Lichnowsky, hat damals gesagt: „Wenn aber ein politischer Waffenstillstand geschlossen werden soll, wenn es sich nicht um strategische, sondern um politische Rücksichten handelt, so kann nach meiner Ansicht der preußischen oder sonst einer Regierung nur das Recht zustehen, vorläufig

Punctationen festzustellen, und diese zur Ratification hierher zu schicken. *Was mehr geschieht, das ist vom Uebel. Was mehr geschieht, das ist bestimmt vom Uebel.*" (Lebhafter Beifall auf der Linken.) Meine Herren! Damals hat man uns auf das Vertrauen zur preußischen Regierung verwiesen, und die Mehrheit dieser Versammlung hat das Vertrauen gehabt, sie hat damals der rechten Seite nachgegeben, und eine motivirte Tagesordnung beschlossen, und nun, meine Herren, nachdem dieses Vertrauen nicht gerechtfertigt worden ist, sollen wir nochmals zur motivirten Tagesordnung übergehen. Meine Herren! Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß Sie dafür verantwortlich sind. Also, meine Herren, juristisch und staatsmännisch ist die Sache einfach so: es kann ohne die Genehmigung der Nationalversammlung Nichts geschehen, und es wird sich bloß darum fragen, ob auswärts Gründe genug vorliegen, die uns dennoch dazu bestimmen könnten, hiervon abzusehen. Da wird nun von gewissen Seiten das System der Einschüchterung in allen Variationen versucht. (Heiterkeit.) Herr Bassermann, um auf Ihr Ordnungsgefühl zu wirken, denuncirt eine Partei, welche jetzt den Moment für angemessen erachte, *um Alles oder Nichts zu gewinnen.* Wenn es eine solche Partei gäbe, so würde ich für sie die Ehre des Muthes in Anspruch nehmen, was ich jedenfalls für erträglicher halte, als den Vorwurf der Feigheit zu verdienen. Aber diese Partei, meine Herren, ist noch nicht einmal da. Was wollen wir thun? Wir wollen unsere Centralgewalt stützen. Sie wissen, daß wir mit den Qualificationen der Centralgewalt nicht in allen Theilen einverstanden waren, aber nachdem sie geschaffen ist, war es die Linke, welche alle Anträge zu deren Stützung brachte. (Bravo!) Wir schließen uns an den bestehenden Zustand an, wir wollen nicht, entweder Alles oder Nichts gewinnen, verlangen aber, daß die Macht und Ehre der Centralgewalt und dieser Versammlung nicht verletzt werde. (Bravo!) Herr v. Radowitz hat von einer möglichen Coalition zwischen Frankreich, Rußland, Schweden und England gesprochen, und ich bedauere, daß diese Kriegsbefürchtungen damals, in der polnischen Frage, nicht in dem Maaße vorhanden waren. Damals hat man von anderer Seite auf Gefahren aufmerksam gemacht, aber damals war von auswärtigen Feinden gar nichts zu befürchten. Herr v. Radowitz droht mit fremden Kanonen und fremden Flinten. Meine Herren! Ich würde es vorziehen, für mein Vaterland die eigenen Waffen zu ergreifen, als dasselbe von der Bahn der Ehre mit feindlichen Gewehren hinwegzuschüchtern. Ich frage, was haben Sie für Gründe, solche Gefahren gerade jetzt anzunehmen. Es wäre ein beispielloser Leichtsinn gewesen, den Krieg in Dänemark überhaupt zu führen, wenn die Sache so läge, wie Herr v. Radowitz Ihnen angeführt hat. Ich frage Sie, warum hat man bei der früheren Kriegsführung nicht an diese Gefahren gedacht? Wenn dieselben damals nicht vorhanden waren, dann wird die Lage der Sache wohl auch jetzt nicht so dringend gefährlich sein. Was insbesondere Frankreich betrifft, so hat Frankreich am 24. Mai einstimmig einen brüderlichen Bund mit Deutschland beschlossen. (Unruhe und Unterbrechung auf der Rechten.) Die Verhältnisse haben sich geändert, das ist mir sehr wohl bekannt. Später hat Frankreich sich in der italienischen Frage mit Mäßigung und großem Rückhalte benommen, bis es durch die Zögerungs-Politik Deutschland's veranlaßt wurde, leise an das Schwerdt zu rühren. Ich möchte wünschen, daß wir in Italien nicht fremde Nationalitäten verschlingen möchten, und dafür auf der anderen Seite Kraft gewännen, unsere deutschen Brüder festzuhalten. (Bravo!) Wenn in Italien eine richtige Politik befolgt wird, so haben wir in der dänischen Frage von Frankreich nicht so leicht etwas zu besorgen. Was England und Rußland anbetrifft, so habe ich mir von vornherein gedacht, daß dieselben kein besonderes Vergnügen an der Stärkung unserer Einheit haben würden. Wenn wir aber Rußland und England in allen Theilen genug thun wollten, so müssen wir am Ende für Rußland sämmtliche absolute Monarchieen wieder einführen, und wegen England's nicht mehr an Flotte und Zolleinigung denken. In England spricht man allerdings nicht sehr respectirlich von uns. Herr d'Israeli hat in einer Sitzung des Unterhauses von Verkehrtheiten gesprochen, deren kein Minister fähig sei, nicht einmal ein Frankfurter. (Starkes Gelächter.) Herr d'Israeli hat gespottet über den sentimentalen Grundsatz der Nationalität, und hinzugefügt, daß, wenn dieser Grundsatz gelte, allerdings England kein Recht habe, für Dänemark gegen Deutschland in die Schranken zu treten. Ich will Herrn d'Israeli seinem Krämer-Cynismus überlassen, glaube aber, daß wir in Deutschland an den Principien der Humanität und Nationalität festhalten, daß wir dafür zu sprechen, zu handeln, und zu fechten wissen werden. (Bravo!) Der Zug der Nationalität, den ich auch für unsere schleswig'schen Brüder neubeleben möchte, ist noch nicht völlig untergegangen. Als im Monate Februar und März die Revolution mit starkem Fuße auf dem Boden der Gegenwart auftrat, da lag die Gewalt betäubt zu Boden, Niemand wußte, wo der Schwerpunkt der Welt beruhe; da traten die schönen Principien der Nationalität und Humanität hervor, da hieß es überall: „Anerkennung der Nationalitäten, Freiheit und Brüderlichkeit!" — Seitdem aber hat sich der Strom der Revolution verlaufen, manche Perle der Freiheit auf dem Sande zurückgelassen, und überall in der äußeren und inneren Politik beruht der Schwerpunkt wieder in der *bloßen* principienlosen Gewalt. Meine Herren! Die schleswig'schen Deputirten gehören, soviel mir bekannt ist, nicht der linken Seite dieses Hauses an. Sie werden daraus entnehmen, daß wir in dieser Frage von dem Parteistandpunkte ganz frei sind. „Ihr Männer von Schleswig!" Ihr gehört zwar nicht zu uns, aber wir ziehen Euch zu uns heran, nachdem Euch Diejenigen aufgegeben haben, mit welchen Ihr bisher zusammenstandet! (Bravo!) Meine Herren! Was Rußland anbetrifft, so möchte ich wünschen, daß dieß ewige Drohen mit der

Knute endlich einmal ein Ende nähme. Was die allerdings traurige Calamität des Handels der Länder betrifft, so bin ich abermals so glücklich, einige Aeußerungen von Herrn Duncker und dem Fürsten v. Lichnowsky hervorheben zu können. Herr Duncker hat damals gesagt: „Weil so große Opfer gebracht wurden, so wollen wir nicht zugeben, daß sie vergeblich gebracht sind." und Herr Fürst v. Lichnowsky: „Ich will aber hier nicht eine etwaige schmachvolle Unterhandlung durch Zweckmäßigkeitsgründe beschönigen. Fern von mir sei dieser Gedanke." Meine Herren! Wollten wir aber auch auf Zweckmäßigkeitsgründe Rücksicht nehmen, dann wäre immer noch in Erwägung zu ziehen, daß die Ruhe, die für den Handel erforderlich ist, doch nicht zurückkehren wird. Sie haben erfahren, daß die Landesversammlung in Schleswig-Holstein sich für permanent erklärt hat; Sie wissen, daß die Schleswig-Holsteiner sich nicht gefallen lassen werden, unter das alte Joch zurückzukehren. Der Handel wird also doch keinen Ruhm gewinnen. Uebrigens hätte ich gewünscht, daß bei dem Abschlusse des Waffenstillstandes auch für die Entschädigung unserer Handelsleute gesorgt worden wäre. Es ist einerseits die Rede von einer Entschädigung an Dänemark wegen der jütländischen Contribution, auf der andern Seite aber bloß von Herausgabe der Schiffe und allenfallsigem Ersatz der Ladungen, nicht aber von denjenigen Entschädigungen, welche von Gott und Rechtswegen unseren Handelsleuten überdieß zukommen. Sollte aber die Sache tiefer liegen, sollte es nicht sowohl das Interesse der Ostseehäfen sein, welches Preußen bestimmt hätte, das ihm durch einen früheren Uebergang zur motivirten Tagesordnung geschenkte Vertrauen nicht zu rechtfertigen, sollte vielmehr der erste Versuch vorliegen, um Deutschland in Preußen aufgehen zu lassen; dann haben wir die Sache etwas näher ins Auge zu fassen. Ich habe mich bemüht, das preußische Volksleben genau zu erkennen, ich habe Blicke in die Presse geworfen, ich habe auf die preußischen demokratischen, constitutionellen und specifisch preußischen Vereine aufmerksam geachtet, und aus diesen Beobachtungen die aufrichtige Ueberzeugung gewonnen, daß die Majorität des preußischen Volkes deutsch ist. Diejenige Partei, welche gegen die deutsche Einheit reagirt, reagirt auch in Berlin gegen die Freiheit. (Bravo!) Dieselbe Partei ist es, welche gegenwärtig gegen den Finanzminister, Herrn Hansemann, und dessen wohlwollende Neuerungen im Steuerwesen Opposition erhebt, und denselben destructiver Tendenzen, ja des Communismus beschuldigt. Ich hoffe, dem preußischen Volke werden die Augen aufgehen, es wird sehen, daß die Feinde der Einheit auch die Feinde der Freiheit sind! (Bravo von vielen Seiten.) Ich fordere Sie auf, unser Ansehen selbst aufrecht zu erhalten, und bemerke nur noch zum Schluß: Wenn Preußen aufhören sollte, deutsch zu sein, dann würden viele Preußen aufhören, Preußen zu sein. (Stürmischer, anhaltender Beifall auf der Linken und auf der Galerie. Mehrere Stimmen: „Schluß!" andere „reden!"

Präsident: Der Ruf nach Schluß ist nicht zahlreich ausgesprochen worden, ich brauche daher keine Frage zu stellen. Fürst Lichnowsky hat das Wort. (Mehrere Stimmen: „Schluß!")

Fürst **Lichnowsky** von Ratibor: Es ist von den Leiden großer deutscher Länder und ihrer Bewohner die Rede gewesen, und Herr Wesendonck hat diese Leiden mit dem Ausdruck „Geldsäcke" als Gegengewicht zu „Ehre" bezeichnet. Es handelt sich aber hier nicht von Geldsäcken, sondern die Herren, die von dem Proletariat, von den hungernden und darbenden Klassen der Besitzlosen alle Tage hier sprechen, als wenn wir uns gegen alles menschliche Gefühl verschlössen, sollten bedenken, daß es große Distrikte an der Ost- und Nordsee gibt, die darben und hungern, daß es die Existenz vieler deutscher Fabrikstädte gilt, die den Winter über kein Brod haben werden, ferner weite Landstriche bis an die österreichische und russische Grenze, wo die Ackerbauern keinen Kornmarkt haben, daß es also nicht von den Geldsäcken einzelner Banquiers, sondern von dem Brode von Hunderttausenden sich handelt (anhaltendes Bravo auf der rechten Seite und den Galerien), und so vindicire ich denn für dieses tägliche Brod der Hunderttausende etwas von dem Enthusiasmus, etwas von den Sympathien, die uns in Einem fort hier für die Schleswiger in einem Augenblick ins Gesicht geworfen werden, wo deren Klagen noch nicht gerechtfertigt sind . . .

Dietsch (vom Platze): Da hätten wir auch den Krieg nicht anfangen sollen.

Fürst **Lichnowsky**: Ich habe nicht diese Tribüne bestiegen, um das Reichsministerium in dieser Angelegenheit zu vertheidigen; ich habe sie auch nicht bestiegen, um alle Punkte dieses Waffenstillstandes in Schutz zu nehmen. Die Debatte über dessen einzelne Punkte bleibt uns vorbehalten, und was das Benehmen des Reichsministeriums betrifft, so will ich heute nicht noch zu allen den Angriffen gegen dasselbe neue hinzuschleudern; sonst könnte ich vielleicht die Frage stellen, was denn die Rolle unseres Agenten dort war, der von dem hiesigen Ministerium hingeschickt wurde (Bravo auf der Linken und dem Centrum), worin denn seine Instruktionen bestanden; sonst könnte ich auch fragen, was der Herr Unter-Staatssekretär v. Würth sich dabei dachte, als er, nach den Worten des Herrn Berichterstatters, mit Recht und Vorbedacht gesagt hat, das Reichsministerium habe vorausgesetzt, die Ratification würde von hier begehrt werden, nachdem doch in dem Schreiben des preußischen Bevollmächtigten, Ministers Camphausen, welches in keinem einzigen Punkte seines Inhalts von dem Ministerium desavouirt worden ist, ausdrücklich steht: „Indem die königliche Regierung sich auf Grund der ihr ertheilten Vollmacht zum Abschluß eines Waffenstillstandes ohne Vorbehalt für berechtigt erachtet," nachdem ich glaube, annehmen zu können, daß vor wenigen Wochen die preußische Regierung sich durch einen bevollmächtigten Agenten auf das Nachdrücklichste darüber erklärt hat, daß eine bedingte Negotiation über den Abschluß eines Waffenstillstandes von ihr nicht würde

übernommen werden. Doch ich gehe über diese Punkte hinweg, und komme auf den gegenwärtigen Augenblick. Ich kann nicht leugnen, daß dieses von uns so gehegte Schleswig das Vertrauen, ich sage nicht gegen das Ministerium, ich sage nicht zur preußischen Regierung, ich sage aber das Vertrauen in das deutsche Volk, hätte haben sollen, daß Schleswig-Holstein und seine Vertreter die Punktationen seines Waffenstillstandes nicht hätten für einen Frieden halten dürfen, nachdem es ausdrücklich der §. 11. dieser Convention darthut, daß dieser Waffenstillstand den zukünftigen Friedensbedingungen nicht präjudizirlich sein wird. Meine Herren! Wenn Sie alle Paragraphen für eine Lüge halten, ja dann ist es unnöthig, weiter zu debattiren; wenn Sie aber einen Punkt angreifen, so müssen Sie die andern angreifen, und den Sinn, der hineingelegt worden ist, auch darin finden. Es steht aber ausdrücklich in diesem Paragraphen, daß dieser Waffenstillstand für den künftigen Frieden durchaus nicht präjudizirlich sei, und diese Bestimmung macht alles Dasjenige unanwendbar, was in Bezug auf §. 4. des Gesetzes über die provisorische Centralgewalt gesagt worden ist. Es kann hier durchaus nicht von unserer Ratification die Rede sein, denn der Waffenstillstand ist als Waffenstillstand vom Ministerium durch Vollmacht abgeschlossen, und wenn wir damit unzufrieden sind, dann erst greifen wir das Ministerium an. Das Ministerium kann aber einen Waffenstillstand abschließen, und hätte ihn allein abschließen können. (Bravo!) Ich will hier, meine Herren, in diesen Punkt nicht weiter eingehen; ich bleibe aber bei dem Artikel VI. stehen, und will jetzt allein von diesem reden. Meine Herren! Der Art. VI. ist entweder ein einzelner Paragraph eines Waffenstillstandes, durch dessen Verwerfung Sie den ganzen Waffenstillstand verwerfen, oder wenn dieses nicht der Fall ist, eine rein militärische oder administrative Maßregel, die außer Ihrer Competenz liegt; Sie haben dann nicht das Recht, sich in denselben hineinzumischen. Meine Herren! Die einzige Gefahr für uns liegt in der Meinung unserer eigenen Omnipotenz und darin, daß uns der Schwindel derselben nicht ergreife. (Unruhe auf der Linken.) Ich schließe hier mit den Worten des Herrn Dahlmann, denn auf diesen beziehen sich meine Worte. Er sagte Ihnen heute: „Meine eigenen Landsleute dem Untergange zu weihen, dazu habe ich den Muth nicht." Diese Worte, ich vindicire sie für mich; denn ich spreche sie nicht für Schleswig, sondern für Deutschland. (Lebhaftes Bravo auf der Rechten. Zischen auf der Linken. Ruf nach Schluß.)

Präsident: Meine Herren! Ich frage die Nationalversammlung, ob sie die Berathung über den Bericht des Herrn Dahlmann für erschöpft hält? Diejenigen, welche die Berathung für erschöpft halten, vorbehältlich des Wortes für den Berichterstatter des Ausschusses ...

Reichsminister **v. Schmerling**: Meine Herren! Als ich früher am heutigen Tage mir das Wort erbeten, habe ich mir bereits erlaubt, Ihnen anzukündigen welchen Beschluß das Ministerium in der Frage wegen der Genehmigung des Waffenstillstandes mit Dänemark gefaßt hat; ich habe zugleich, meine Herren, Ihnen eröffnet, daß das Ministerium der Ansicht sei, daß die Sistirung des Waffenstillstandes mit der Frage der Verwerfung unzertrennlich verbunden sei; das Ministerium ist daher der einstimmigen Ansicht, daß diese Frage durchaus nicht getheilt behandelt werde, und daß mit einer Entscheidung, womit der Entscheidung in der Hauptsache vorgegriffen werden würde, über die Hauptsache selbst entschieden wäre, — eine solche Entscheidung würde die sein, die in der Annahme des Majoritäts-Gutachtens heute liegt, und das Ministerium muß daher wiederholt das Minoritäts-Gutachten nicht nur unterstützen, sondern es zu seiner eigenen Sache machen. Gerade des innigen Zusammenhanges wegen, in welchem dieses Minoritäts-Gutachten mit der Entscheidung in der Hauptfrage liegt, habe ich Namens des Ministeriums hiermit die Erklärung abzugeben, daß es sofort zurücktreten würde, wenn gegen das Minoritäts-Gutachten die Entscheidung ausfallen würde. Dabei, meine Herren, erlauben Sie mir, wenige Worte beizufügen. Das Ministerium hat sich erklärt, daß es mit dem bittersten Gefühle zu seinem Beschlusse gekommen ist; es würde sich glücklich gefühlt haben, einen andern Beschluß nach Lage der Dinge fassen zu können. Gelingt es daher, meine Herren, Männern aus Ihrer Mitte, nach Ihrer innigsten Ueberzeugung, nach Prüfung aller Verhältnisse, zu einem andern Beschlusse zu kommen, — dann, meine Herren, hat Deutschland das Recht, zu fordern, daß diese Männer nach uns die Leitung der Geschäfte übernehmen, und ihren Beschlüssen Geltung verschaffen. Würden Sie, meine Herren, das ist meine Ueberzeugung, diesem Rufe in kürzester Zeit nicht entsprechen, dann müßte ich bedauern zu bemerken, daß es leichter ist, eine Maßregel zu tadeln, als selbst eine entsprechendere durchzuführen. (Bravo auf der Rechten, Unruhe auf der Linken.)

Unterstaatssekretär **M. v. Gagern**: Meine Herren! Ich besteige nicht die Tribüne, um dem Herrn Abgeordneten von Ratibor heute zu antworten, weil ich dieß für eine ausführlichere Gelegenheit mir vorbehalte, nämlich wenn über den Antheil zu sprechen sein wird, den ich bei dieser, für ganz Deutschland so wichtigen Angelegenheit gehabt habe. Ich kann Ihnen für heute so viel sagen, daß mein Bestreben war, diese Angelegenheit, soweit sie mich betrifft, als res integra, als eine unverdorbene Sache hierher zurückzubringen, und sie so dem Reichsministerium und der Nationalversammlung zur Entscheidung vorzubringen. Es kann natürlich mit den einzelnen Papieren, die eine Rolle gespielt haben bei den Verhandlungen meiner Sendung, Niemand besser bekannt sein, als ich; ich habe diese Papiere noch an dem letzten Tage zu ordnen geholfen, ich habe einen großen Theil der Nacht damit zugebracht, und will hier meine Ueberzeugung nur in e i n e m Punkte aussprechen, das ist, daß man unmöglich in der Hauptsache urtheilen kann, ohne diejenigen wichtigen Aktenstücke zu kennen,

die theils im Drucke sind, theils zum Drucke vorbereitet werden. Diese Kenntniß gilt ja Allen, es ist nur eine Frage der Zeit für zwei oder drei Tage; so viel werden Sie doch Vertrauen haben auf unsere Begeisterung, daß sie noch drei Tage hält! (Bravo!) Ich beschwöre Sie also, meine Herren, vor Allem, da man von Ehre gesprochen hat, Ehre darin zu finden, worin sie vor Allem besteht, nämlich in der Gerechtigkeit gegen Alle! (Beifall auf der Rechten.)

Wurm von Hamburg: Meine Herren, es ist das Gutachten der Mehrzahl der vereinigten Ausschüsse vielfach hier angegriffen worden, und es ist nicht mehr als billig, daß darauf mit ein paar Worten erwiedert werde. Es ist noch hinzugekommen, meine Herren, daß das Ministerium für gut gefunden hat, aus der Frage eine Cabinetsfrage zu machen. Das war gestern von der Majorität der vereinigten Ausschüsse nicht vorauszusehen, das kann aber unsere Ueberzeugung nicht ändern, es kann die Lage der Sache nicht affiziren. Ich trete hier lediglich auf als Einer, der auf Angriffe zu erwidern, der abzuwehren hat, wenn von dem Gutachten der Mehrzahl der vereinigten Ausschüsse geredet worden ist, als wären wir leichtfertig dazu gekommen. Das war nicht der Fall. Meine Herren! Es hat Herrn Bassermann gefallen, hier davon zu reden, daß, wenn wir jetzt den Beschluß fassen sollten, die Maßregeln zum Vollzuge des Waffenstillstandes zu sistiren, dieß dann den Anschein eines Treubruchs haben könnte. Meine Herren! Ich hoffe, es ist nicht nöthig, Ihnen zu sagen, daß die Mehrzahl Ihrer vereinigten Ausschüsse sich wohl hüten wird, Ihnen etwas anzurathen, was den Anschein eines Treubruchs haben könnte. Die Sache ist einfach. Wahr ist, daß in der Vollmacht vom 7. August der Vorbehalt der Ratification nicht gemacht worden ist. Aber darauf ist von dem Redner von Trier mit dem größten Rechte von der Welt erwidert worden, daß Keiner mehr Rechte auf einen Andern übertragen kann, als er selbst besitzt, und damit ist die Sache erledigt. Möglich ist es und wahrscheinlich, daß Herr Minister Camphausen geglaubt hat, daß ein solcher Vorbehalt der Ratification auch in dem Gedanken des Ministeriums nicht gelegen haben könnte; aber, meine Herren, das macht keinen Unterschied in der Sache, es steht noch immer so, daß der Waffenstillstand ungültig ist ohne die Ratification der Nationalversammlung; es ist kein militärischer, es ist ein politischer Waffenstillstand. Nun, meine Herren, während es so steht, ist unser Recht der Ratification gänzlich ignorirt. Von der Krone Preußen ist das Recht der Centralgewalt in dieser Sache auf das Vollständigste ignorirt worden, während Preußen wohl wissen mußte, was verfassungsmäßig durch das Gesetz vom 28. Juni besteht. Auch Dänemark mußte das wissen. Um so weniger wird man von einem Scheine des Treubruchs sprechen dürfen; denn von Dem, der mit einem Andern contrahirt, darf mit Recht vorausgesetzt werden, daß er nicht unbewußt der Befugnisse Desjenigen sei, mit dem er contrahirt hat. Daß aber im Kriege zwischen feindlichen Mächten keine gegenseitigen Ratificationen im Wege des diplomatischen Verkehrs gewöhnlich sind, das ist bekannt genug. Nun, meine Herren, verfassungsmäßig steht es so, daß die Ratification der Versammlung nothwendig ist, wie es verfassungsmäßig in andern Staaten hergebracht ist, daß eine Versammlung noch außer der Regierung die Sanction den Staatsverträgen zu ertheilen hat. Ich habe nie gehört, daß es den Anschein eines Treubruchs hat, wenn der Präsident der Vereinigten Staaten in seinem Namen abschließen ließ, und der Senat die Ratification vorenthielt. Die Sache liegt aber so. Vor dieser Ratification, deren Recht auf das Vollständigste vor der ganzen Welt ignorirt worden ist, soll die Sache vollzogen werden, oder ist vollzogen worden. Deßhalb sage ich, lassen Sie uns nicht herabwürdigen jene Centralgewalt, die wir, umkleidet mit der Majestät der deutschen Nation, geschaffen haben, lassen Sie nicht unter die Füße getreten werden, was das Symbol der deutschen Einheit ist. Sehen Sie die heutigen französischen Zeitungen. Der National rühmt sich des Einflusses, den Frankreich auf den Waffenstillstand gehabt habe. Die deutsche Centralgewalt aber, welches Einflusses auf den Waffenstillstand kann denn diese sich rühmen? Man hat gesagt, es sei überflüssig in militärischer Hinsicht, die Sache zu sistiren. Trägt es aber etwa dazu bei, aus dem moralischen und politischen Standpunkt aufgefaßt, die Sache zu entscheiden, ob die Truppen drei oder sechs Meilen des Tages marschiren? Die Schmach bleibt, die brennende Schmach, daß die Centralgewalt und die Nationalversammlung ignorirt sind. (Bravo!) Man hat gesagt, politisch sei es überflüssig, daß wir einen solchen Beschluß fassen, denn man wolle jetzt eine unumwundene Anerkennung verlangen. Warum hat man sie nicht früher schon verlangt und erlangt? Solche Dinge würden dann nicht vorgekommen sein. Das kann uns nicht ersetzen, was versäumt ist, und dem deutschen Volk und den andern Nationen nicht zeigen, daß hier eine Einheit herscht. Es liegt in Demjenigen, was ich sagen mußte, allerdings die Behauptung, daß Preußen einen Uebergriff sich erlaubt hat, und nun gestatten Sie mir eine Bitte. Indem wir dieß sagen, wie wir es müssen, lassen Sie es uns sagen, ohne Bitterkeit gegen Preußen. Es ist nicht leicht, sich der hegemonischen Gewohnheiten so schnell zu entwöhnen und zu entschlagen. Preußen war im Zollverein und sonst gewöhnt, voranzutreten, und ich meine auch, wir Anderen haben Ursache, es anzuerkennen, und Preußen dafür zu danken. Preußen war in dieser Gewohnheit, denn es ist seinen Herschern von großen Regenten das Erbtheil, das Muster und der Spruch hinterlassen: „immer der Erste zu sein, und vorzustreben den Anderen." Verzeihlich also, und entschuldbar sein Verfahren. Aber unsere Mission ist die, die deutsche Einheit zu gründen, und dieselbe der Welt zur Anschauung zu bringen. Warum sollten wir es auch nicht? Man hat Besorgnisse aller Art vor unseren Blicken heraufbeschworen. Meine Herren! Die Furcht ist ein schlechter Rathgeber. Man hat von einem europäischen Krieg gesprochen. Ich gebe das

nicht zu (Gelächter); allein ich will annehmen, daß ein Krieg daraus entstehe. Es sind hier in der Paulskirche Solche, die die Sache ernst ansehen und meinen. Lassen Sie uns also selbst annehmen, es werde Krieg daraus. Was wollen Sie lieber, meine Herren, von fremden Völkern? Wollen Sie lieber Krieg mit dem Ausland, oder Verachtung von dem Ausland? Man hat ferner hin und wieder mit einem Bruch mit Preußen gedroht. Bei dem, was in dieser Beziehung gesagt wurde, denkt man an einen neuen Baseler Frieden, an einen Separatfrieden, den Preußen schließen werde. Kann es aber einen solchen nach der heutigen Verfassung Deutschlands, oder kann es ihn nach der alten Bundesverfassung schließen, wenn Herr Camphausen das Wort „deutscher Bund" für sich vindicirt? Nein, nach dem Art XI. der deutschen Bundesakte — damit diese noch einmal hier citirt werde — und nach dem Art. 48 der Wiener Schlußakte kann Preußen ebensowenig einen Separatfrieden schließen, als in Gemäßheit der neuen Ordnung der Dinge. Und dann hat Preußen die Früchte des Baseler Friedens durchgekostet bis zu den Hefen. Erst die unwürdige Stellung Frankreich gegenüber, und das unwürdige Schwanken zwischen Frankreich und Rußland, und dann, schlimmer als Alles, das Alpdrücken einer russischen Allianz. Das preußische Volk kann und wird nicht dulden, daß dergleichen sich erneuere. Preußens Zukunft ist eine große. Sie liegt nicht in Separatverhandlungen mit dem Auslande, nicht in einer isolirten Stellung; sie liegt in seinem Verhältniß zu Deutschland. Preußen soll stehen in und mit Deutschland, und Preußens Zukunft ist eine um so größere, wenn dieses Deutschland versteht, im rechten Augenblick und ohne Säumniß seine Ehre zu wahren, seine Einheit zu gründen. (Bravo!)

Präsident: Der Antrag der Majorität des Ausschusses geht dahin:

> „Die hohe Versammlung möge die Sistirung der zur Ausführung des Waffenstillstands ergriffenen militärischen und sonstigen Maßregeln beschließen."

Der Antrag des Herrn Schubert lautet:

> „Daß über die Sistirung des Waffenstillstandes erst dann abgestimmt werden möge, wenn über den Waffenstillstand selbst Beschluß gefaßt wird."

Da widersprochen worden ist, daß dieser Antrag ein Minoritäts-Erachten sei, obgleich ich in der Sitzung war und weiß, daß 8 Mitglieder dahin gestimmt haben, jedoch zugeben muß, daß ein Minoritäts-Erachten nicht förmlich eingegeben und verfaßt worden ist, so frage ich, ob dieser Antrag Unterstützung findet? (Es erhebt sich eine genügende Anzahl Mitglieder.) Er ist unterstützt. Ich glaube nun, meine Herren, daß der Minoritäts-Antrag in der Abstimmung den Vorzug vor dem Majoritäts-Gutachten hat. (Viele Stimmen: Nein!) Meine Herren! Ich glaube es darum, weil er ganz einfach zur Tagesordnung übergehen will, und die einfache Tagesordnung überall den Vorzug hat.

Wesendonck von Düsseldorf: Wenn der Minoritäts-Antrag ein Antrag auf Tagesordnung ist, so begreife ich nicht, warum man nicht gleich sagt, man solle zur Tagesordnung übergehen. Es ist aber kein Antrag auf Tagesordnung, sondern einer, der unsern gestrigen Beschluß wieder aufheben will, der sich von der Sache entfernt. Im Zweifel muß übrigens immer der Ausschuß-Antrag zuerst zur Abstimmung gelangen. Er ist der Antrag, der am Weitesten geht, und für den wir deßhalb die Priorität vindiciren. Zeigen Sie wenigstens den Muth, meine Herren, daß Sie darüber zuerst abstimmen.

Präsident: Es ist dafür, daß der Antrag des Herrn Schubert zuerst zur Abstimmung kommen müsse, der Grund geltend gemacht worden, daß er ein verschiebender sei: dieser Grund ist auch richtig, und ich muß ihn anerkennen. Wenn kein Widerspruch erfolgt, so werde ich daher den Schubert'schen Antrag zur Abstimmung bringen. Diejenigen, welche wollen, daß die Abstimmung zuerst über den Antrag des Herrn Schubert, Namens der Minorität des Ausschusses erfolgen soll, bitte ich, aufzustehen (Die Mehrheit erhebt sich.) Dieser Antrag ist genehmigt. — Ich muß jetzt fragen: Ob über diese Frage namentlich soll abgestimmt werden. (Mehrfacher Zuruf: Allerdings.) Ich frage: Ob diese namentliche Abstimmung unterstützt wird? (Die Unterstützung erfolgt.) Ich frage nun: Will die Nationalversammlung, daß über die Sistirung des Waffenstillstandes erst dann abgestimmt werden möge, wenn über den Waffenstillstand selbst Beschluß gefaßt wird? Diejenigen, welche wollen, daß über die Sistirung erst dann abgestimmt werde, bitte ich, mit Ja, die Uebrigen mit Nein zu antworten. Der Hr. Schriftführer wird die Namen verlesen. (Abstimmung.) Das Resultat der Abstimmung ist nach der Vergleichung der zwar etwas verschiedenen Aufzeichnungen, die aber im Resultat wenig abweichen, daß die Frage: Beschließt die Versammlung, daß über eine Sistirung des Waffenstillstandes erst dann abgestimmt werden soll, wenn über den Waffenstillstand selbst Beschluß gefaßt wird, mit 244 gegen 230, also mit einer Mehrheit von 14 Stimmen, verneint ist. (Vielfaches Bravo.) — Wir kommen jetzt zum Antrag der Majorität des Ausschusses. Der Antrag der Majorität geht dahin:

> „Die hohe Versammlung möge die Sistirung der zur Ausführung des Waffenstillstandes ergriffenen militärischen und sonstigen Maßregeln beschließen."

Ich frage also: Will die Nationalversammlung die Sistirung der zur Ausführung des Waffenstillstandes nöthigen militärischen und sonstigen Maßregeln beschließen? Diejenigen, die das beschließen wollen, werden mit Ja antworten; die Anderen mit Nein. (Abstimmung.) Die Nationalversammlung hat mit 238 gegen 221, also mit einem Mehr von 17 Stimmen, die Sistirung der zur Ausführung des Waffenstillstandes nöthigen militärischen und andern Maßregeln beschlossen. (Anhaltender Beifall auf der Linken und auf der Galerie.)

(Schluß der Sitzung um 6½ Uhr.)

II.

Zweite Berathung über den Waffenstillstand von Malmö. Nichtbeanstandung.

Enthaltend die Reden von:

v. Lindenau.
Heckscher (2).
Venedey.
Eisenmann.
Francke.
Jordan von Marburg.
Waitz.
Giskra.
Jordan von Berlin.
Vogt.
v. Vincke.
Merck.
Degenkolb.
Blum.
Lichnowsky.
Simon von Trier.
M. v. Gagern.
Wurm.
Stedtmann.

Zweite Berathung über den Waffenstillstand von Malmö.

Sieben und siebenzigste Sitzung in der Paulskirche.

Donnerstag den 14. September 1848. (Vormittags 9 Uhr.)

Präsident: **Heinrich v. Gagern.**

Präsident: Wir gehen zur Tagesordnung über, die Berichte sind in Ihren Händen. Der Antrag der Majorität der vereinigten Ausschüsse lautet wie folgt:

„Es beantragen daher die unterzeichneten Mitglieder der vereinigten Ausschüsse, wie folgt:

„In Erwägung, daß der am 26. August zu Malmö abgeschlossene Waffenstillstand, vermöge der in seinem VII. und IX. Artikel, im fünften Separat-Artikel und den beiden Zusatz-Artikeln enthaltenen Bestimmungen wesentliche Selbstständigkeitsrechte verletzt, welche durch die Beschlüsse der Nationalversammlung allen in ihr repräsentirten Stämmen gewährleistet sind;

in Erwägung, daß der von der Krone Preußen nach Malmö abgesandte Unterhändler in wesentlichen Punkten die ihm von der deutschen Centralgewalt ertheilten Vollmachten überschritten hat, namentlich in Bezug auf die Dauer des Waffenstillstandes, die Trennung der schleswigschen Truppen von den holsteinischen, die in den Herzogthümern Schleswig und Holstein bestehenden Gesetze und das Personal der für beide Herzogthümer zu bildenden provisorischen Regierung; nicht minder in Bezug auf die Lage des Herzogthums Lauenburg während des Waffenstillstandes;

in Erwägung ferner, daß die Ausführung mehrerer politischer Punkte des Malmöer Vertrages, vermöge der einstimmigen Weigerung der schleswig-holsteinischen Landesversammlung, ihnen nachzukommen, unthunlich geworden ist, während dagegen es thunlich und wünschenswerth erscheint, eine Waffenruhe zum Zweck schleuniger Friedensunterhandlungen anzubahnen;

in Erwägung alles Dessen beschließt die Nationalversammlung:

1) Der Malmöer Waffenstillstand vom 26. August wird von der deutschen Nationalversammlung nicht genehmigt;

2) das Reichsministerium wird aufgefordert, die zur Fortsetzung des Kriegs erforderlichen Maßregeln zu ergreifen, sofern die dänische Regierung sich nicht bereitwillig finden sollte, die Friedensunterhandlungen mit der Centralgewalt des deutschen Bundesstaates sogleich zu eröffnen."

Der Antrag der Minderheit des Ausschusses lautet:

I. „Die deutsche Nationalversammlung beschließt:

Im Hinblick auf eine durch die königl. preußische Regierung vermittelte Erklärung der dänischen Regierung, daß sie auf das Eintreten des Grafen Karl v. Moltke-Nütschau in die interimistische Regierung der Herzogthümer Schleswig-Holstein verzichte, und auf Modificationen und Concessionen, welche für die Ruhe der Herzogthümer wünschenswerth erscheinen, bereitwillig eingehe

in der Voraussetzung, daß die Erklärung der dänischen Regierung auch für das Herzogthum Lauenburg zu verstehen sei;

in der Voraussetzung, daß die erwähnten Zusagungen sofort durch Vermittelung der Centralgewalt in Erfüllung gehen werden;

1) daß der Waffenstillstand vom 26. August l. J. ihrerseits nicht weiter beanstandet werde;

2) daß die Friedensunterhandlungen mit Dänemark durch die provisorische Centralgewalt direct und unverzüglich zu eröffnen seien.

II. Die Nationalversammlung beschließt:

„Daß sich nach Einsicht der Verhandlungen über die Verhältnisse Deutschlands zu Schleswig, vom 2. April bis zum 26. August l. J., den Ausschuß für Centralgewalt beauftrage, über das von der preußischen Regierung der provisorischen Centralgewalt gegenüber eingehaltene Verfahren der Nationalversammlung zu berichten."

Präsident: Herr v. Lindenau hat das Wort.

v. Lindenau von Altenburg: Nur mit einer gewissen Scheu betrete ich heute die Tribüne, da die Schwäche meiner Brust es mir erschwert, der ganzen Versammlung verständlich zu werden, und es dadurch beinahe zur Unmöglichkeit wird, eine tiefer eingehende Mittheilung zu machen, während ich doch gerade heute auf das Lebhafteste wünschte, die mir inwohnende lebendige Ueberzeugung auch auf Sie, meine Herren, übertragen zu können; denn unsere heutige Berathung, unsere heutigen Beschlüsse sind für unser gesammtes Vaterland, für dessen Gegenwart und Zukunft, sowie für den Erfolg unserer Handlungen überhaupt so wichtig und folgenreich, daß gewiß Jeder, der mit der schleswig-holstein'schen Angelegenheit sich bekannt zu machen veranlaßt fand, sich verpflichtet finden muß, seine Ueberzeugung klar und bestimmt hier auszusprechen und zu begründen. Ich muß dieß um so mehr, als Mitglied der vereinigten Ausschüsse, für meine Verpflichtung halten, als ich weder mit dem Majoritäts-, noch mit dem Minoritäts-Gutachten mich einverstehen kann, da ich die extremen und entgegengesetzten Ansichten weder mit unserem Berufe, noch mit unserer Stellung für vereinbar halte. Die von der Majorität beantragte Verwerfung des Waffenstillstandes läßt einen Bruch mit Preußen, läßt einen europäischen Krieg befürchten; Preußen hat neulich officiell erklärt, daß die Fortführung dieses Krieges eine Unmöglichkeit sei, während dabei irgend ein wesentlich thätiger Beistand von Oesterreich nicht zu erwarten ist. Es fragt sich nun, was wir für Hilfsmittel besitzen, um unseren kühnen Beschlüssen Folge, und was noch nothwendiger ist, Erfolge zu sichern. Ich höre hier viel und täglich von Deutschlands Kraft und Einheit sprechen, und so gern ich mich dem wohlthuenden Glauben an die Wirklichkeit dieser Worte überlassen möchte, so muß doch eine nähere Beachtung der bestehenden Verhältnisse fürchten lassen, daß wir uns täuschen, und in mancher Beziehung nicht die Wirklichkeit, sondern nur deren Schein besitzen. Daß wir, meine Herren, nicht einig in unserer Mitte sind, das lehrt die tägliche Erfahrung; daß wir nicht mit allen deutschen Regierungen einig, und uneinig mit den europäischen Mächten sind, das verkündigt jedes Zeitungsblatt; und ob alle unsere Beschlüsse das volle Einverständniß aller deutschen Nationen finden, darüber, meine Herren, mag ich kein bestimmtes Urtheil aussprechen. Würde unser Beschluß dahin gehen, daß Dänemark durch Waffengewalt bezwungen werden soll, so würden sich wahrscheinlich Preußen und Norddeutschland von uns trennen... Während wir einen kräftigen Beistand in einem solchen Kriege von Oesterreich nicht zu erwarten haben. Es würde somit Mitteldeutschland allein den Kampf zu bestehen haben gegen die europäischen Großmächte, gegen Rußland und Schweden, England und Frankreich, und was der wahrscheinliche Ausgang eines so ungleichen Kampfes sein würde, ob dadurch Deutschlands Wohlfahrt und Ehre gewahrt werden könnte, dieß will ich Ihrer eignen Beurtheilung überlassen. — Ich liebe den Muth, aber ich scheue die Tollkühnheit, und ich heiße unbesonnene, tollkühne Beschlüsse die, welche dahin führen können, die Wohlfahrt unseres Vaterlandes zu gefährden, und über Millionen unserer Mitbürger namenloses Drangsal zu verbreiten, wie dieß durch einen europäischen Krieg nothwendig geschehen müßte. Wenn ich aber nicht wünschen kann, daß der Antrag der Majorität genehmigt wird, so kann ich auch nicht den der Minorität wollen, welcher den Waffenstillstand genehmigen will, der mir zunächst in zwei Hinsichten bedenklich und nachtheilig erscheint, einmal darum, weil wir durch einen solchen Beschluß mit dem, was wir vor wenigen Tagen beschlossen haben, in einen zu auffallenden Widerspruch kommen würden, um nicht durch einen so schnellen Wechsel unserer Beschlüsse die Grundpfeiler unserer Wirksamkeit, Vertrauen und Achtung der öffentlichen Meinung, empfindlich verletzt und untergraben zu sehen. Dann kann ich auch mit einigen Bestimmungen des Waffenstillstandes darum nicht einverstanden sein, weil dadurch die Interessen von Schleswig-Holstein empfindlich verletzt werden, und weil dadurch alle Errungenschaften, die dieses brave Volk im Laufe der letzten Monate durch schwere Opfer erkämpft hat, mehr oder minder gefährdet werden würden; weil ich glaube, daß jene Bestimmungen mit den früher von uns gegebenen Zusagen im Widerspruch stehen, und mit Recht den Vorwurf auf uns wälzen würden, gerechten Erwartungen nicht entsprochen zu haben. Darum, meine Herren, wünsche ich, daß es möglich sein möge, einen vermittelnden Ausweg zu finden, und zu diesem Behuf den Waffenstillstand vom 26. August so zu modificiren, daß er nichts enthält, was mit unserer Ehre und den Interessen Schleswig-Holstein's unvereinbar ist. Demgemäß geht mein Antrag dahin, daß dieser Waffenstillstand nur unter den Bedingungen genehmigt werden möge, welche vorhin von dem Bureau vorgelesen worden sind, und ich frage, ob es Ihnen erwünscht wäre, diese Bedingungen noch einmal vorgelesen zu haben. (Zuruf: Durch das Secretariat!)

Secretär **Biedermann:** Dieser Antrag lautet:

„Die Nationalversammlung möge die Genehmigung des Waffenstillstandes vom 26. August 1848 nur unter folgenden Bedingungen aussprechen:

1) Daß die im 3. Satz des Art. VII angeordnete Aufhebung der seit dem 17. März l. J. für das Herzogthum Schleswig-Holstein erlassenen Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsmaßregeln in Wegfall komme;

2) daß die Vorstände derjenigen Commissionen, die von den Königen von Preußen und Dänemark

zur interimistischen Verwaltung von Schleswig-Holstein und Lauenburg niederzusetzen sind, von der Nationalversammlung ernannt werden;

3) daß alle hier beschlossenen Grundrechte des deutschen Volks gleichzeitig, wie in allen deutschen Landen, auch in Schleswig-Holstein zur Anwendung kommen; und

4) daß über den künftigen Frieden zwischen Deutschland und Dänemark, nach Maßgabe der im Gesetz vom 28. Juni 1848 und in der Wiener Schlußakte Artikel 48 und 49 enthaltenen Bestimmungen, von der Centralgewalt und der Nationalversammlung verhandelt werde."

v. Lindenau: Daß durch diese Aenderung des Waffenstillstandes die Bedenken beseitigt werden, die daraus für Schleswig-Holstein befürchtet wurden, das, glaube ich, geht unmittelbar aus dem Geist und Sinne dieser Anträge selbst hervor, da sich dadurch Alles beseitigt findet, was zunächst gegen den Waffenstillstand geltend gemacht worden ist, und ich glaube, daß es deßwegen einer näheren Entwickelung dieser Ansicht nicht bedürfen werde. Dagegen halte ich mich für verpflichtet, über die völker- und staatsrechtliche Begründung meiner Anträge noch einige Worte zu sagen: Daß bei provisorischen, temporären Zuständen, wie ein Waffenstillstand allemal ist, daß während eines solchen der status quo, oder mit andern Worten die bestehenden Gesetze, Verordnungs- und Verwaltungsmaßregeln aufrecht erhalten werden; dieses ist eine seit Jahrhunderten bei allen Verhandlungen dieser Art feststehende völkerrechtliche Bestimmung, von der hier abzugehen, nicht die mindeste Ursache vorhanden ist, um so mehr, als davon der ruhige Zustand Schleswig-Holstein's während des Waffenstillstandes hauptsächlich abhängen wird. Ebenso kann es irgend einem Bedenken nicht unterliegen, daß die Gültigkeit der hier zu beschließenden Grundrechte sofort Anwendung für Schleswig-Holstein finde, da dieß nur eine nothwendige Folge unseres Beschlusses ist, den wir vor Kurzem dahin faßten, daß Schleswig-Holstein zum deutschen Bundeslande erklärt wurde. Daß aber ferner die Centralgewalt und die Nationalversammlung an allen weiteren Verhandlungen über den Waffenstillstand und den Frieden einen unmittelbaren und leitenden Antheil zu nehmen berechtigt ist; das beruht einmal auf dem Uebergang aller Befugnisse der Bundesversammlung auf diese neuen Reichsgewalten, dann auf dem Gesetze vom 28. Juni d. J. und endlich auf dem Artikel 48 und 49 der Wiener Schlußakte, wo in Bezug auf solche Verhältnisse Folgendes verordnet wurde: „Art. 48. Nach einmal erklärtem Bundeskrieg darf kein Mitglied des Bundes einseitige Unterhandlungen mit dem Feinde eingehen, noch einseitig Waffenstillstand oder Frieden schließen. Art. 49. Wenn von Seiten des Bundes Unterhandlungen über Abschluß des Friedens oder eines Waffenstillstandes stattfinden, so hat die Bundesversammlung zu specieller Leitung derselben einen Ausschuß zu bestellen, zu dem Unterhandlungsgeschäfte selbst aber eigene Bevollmächtigte zu ernennen und mit gehöriger Instruction zu versehen." Nach diesen Bestimmungen würde es zunächst Sache der Nationalversammlung und Centralgewalt sein, theils meinen Antrag zur Ausführung zu bringen, theils über den künftigen Frieden zu unterhandeln und zu beschließen. Sind aber meine Anträge staats- und völkerrechtlich begründet, so wird gewiß auch Preußen, gewiß auch das vermittelnde England und ebenso auch Dänemark zu einer weitern Verhandlung gern die Hand bieten, da ja allseitig und überall das Bedürfniß des Friedens dringend empfunden wird; denn Alles, was wir wünschen und hoffen, was wir wirken und wollen, hängt vom Frieden und dessen Erhaltung ab, da das ganze, schöne, neue Gebäude der deutschen Freiheit, Wohlfahrt und Selbstständigkeit wahrscheinlich in dem Augenblick zusammenstürzen würde, wo das abscheuliche, Napoleonische Recht der Kanonen wieder seine alte Geltung erhält. Darum, meine Herren, wirken Sie versöhnend auf die Erhaltung des Friedens, wirken Sie durch Unterhandlung dahin, daß der Zweck erreicht werde, den die Pflicht uns vorschreibt. Hüten wir uns, Beschlüsse zu fassen, die im Sinne des Parteigeistes und der Leidenschaft Zwietracht in unser Vaterland bringen, und für Millionen unserer Mitbürger Leben und Eigenthum gefährden würden. Darum wünsche ich, daß aus dem heutigen Beschlusse Frieden hervorgehen möge, daß die Entscheidung nicht auf die Spitze des Schwertes gestellt,... (Mehrere Stimmen: Schluß! und Unruhe in der Versammlung.) — Meine Herren! Ich habe in zwei Minuten geendet, — daß wir vielmehr unsere begründeten Forderungen durch Unterhandlung und Vermittelung zu erreichen suchen, da es gewiß verdienstlicher ist, den allerdings verworrenen Knäuel dieser Verhältnisse mit Geduld und Anstrengung zu entwickeln, als rasch und unbedacht der Folgen mit dem Schwert zu zerhauen. (Unruhe in der Versammlung.)

Präsident: Es sind sehr viele Redner, die nicht bis zum äußersten Ende des Saales gehört werden; ich muß dem Redner das Wort erhalten.

v. Lindenau: Ich werde sogleich geendet haben. Lassen Sie mich mit der Bemerkung schließen, daß unser theueres deutsches Vaterland Ihnen dankbar sein wird, wenn Sie seine glänzende Zukunft durch ruhige Entwickelung herbeiführen, wenn Sie zu diesem Zwecke einen gewaltsamen Bruch vermeiden; es wird Ihnen dankbar sein, wenn Sie mit dem Blut seiner Kinder sparsam sind! (Bravo auf der Rechten und dem rechten Centrum.)

Heckscher von Hamburg: Meine Herren! Mit Sehnsucht habe ich diesen Tag herbeigewünscht, mit schmerzlicher Ungeduld auf diese Stunde gewartet, diese Stunde der Entscheidung über den Bestand, das Ansehen, die völkerrechtliche Bedeutung der Centralgewalt, der Rechtfertigung Ihrer verantwortlichen Diener. Nie hat eine gewichtigere, nie eine inhaltschwerere Frage einer großen, berathenden Versammlung vorgelegen. Was hängt nicht an unserer Entscheidung? Der Friede Europa's, die Einheit Deutschlands, das Glück und die Wohlfahrt der Herzogthümer, der Geist und die Richtung des künftigen Reichsministerraths. Meine Herren!

Ich habe viel hören, ja, ich kann sagen, viel ertragen müssen; ich verlange kein anderes Aequivalent dafür, als Gehör und Gerechtigkeit. Ich bitte, vor allen Dingen Zweierlei festzuhalten bei dieser wichtigen Verhandlung: zunächst, daß es sich hier nicht um einen definitiven Frieden, sondern nur um einen zeitweiligen Waffenstillstand handelt; sodann in Beziehung auf die Stellung des Reichsministeriums, daß dieses nicht einen Waffenstillstand abgeschlossen, sondern die Krone Preußens beauftragt hat, ihn abzuschließen. Auch, meine Herren, ist festzuhalten, was das Ziel des Krieges war. Es ist zwar unterlassen worden, wie es sonst in Kriegsfällen der Brauch ist, ein Manifest zu erlassen; das ist unterblieben, weil man den Krieg als einen Executionszug betrachtete; aber der eingestandene Zweck des Krieges war nicht, Schleswig-Holstein zu erobern, es gewaltsam Deutschland einzuverleiben; das Ziel war die Wahrung der von Dänemark widerrechtlich angetasteten Rechte der Herzogthümer. Meine Herren! Ich habe früher gesagt, der vorgelegte Waffenstillstand unterliege erst noch der Genehmigung oder Nichtgenehmigung der Centralgewalt, indem er nicht unwesentliche Abweichungen von den Bedingungen der Autorisation an Preußen enthalte, und ich habe gesagt, daß aus demselben Grunde und wegen der politischen Natur und der Dauer des Waffenstillstandes auch die analogische Anwendung des Art. IV des Gesetzes über die provisorische Centralgewalt eintrete, welches Verträge über Krieg und Frieden nur im Einverständniß mit der Nationalversammlung zuläßt. Ich werde das rechtfertigen, meine Herren. — (Folgt nun eine ganz ins Einzelne gehende Ausführung und Vergleichung der einzelnen Bestimmungen, die zum Theil schon in Heckscher's Rede I. Thl. Seite 1 ff. vorkommen.)

Heckscher: Ich fordere Sie nicht auf, auf das Capitol zu gehen, und den Göttern zu danken für diesen Waffenstillstand; aber das Ministerium steht fleckenlos und rein da, und ich behaupte es im Angesichte aller Gegner, unter schweren Sorgen und unerhörten Schwierigkeiten hat das Ministerium diese wichtige Angelegenheit behandelt, es hat wenigstens den Muth gehabt, die Verantwortlichkeit zu übernehmen, es hat den Muth gehabt, zu sagen: Verwerfen Sie, oder nehmen Sie an, und es hat endlich die Kraft gehabt, sowie das erste Zeichen von Majorität gegen es war, abzutreten. Es hat also in jeder Beziehung seine Pflicht gethan. Ich wünsche, meine Herren, von Herzen, daß die Nachfolger der Minister, in gleichem Maße ihre Pflicht erfüllen (Zischen auf der Linken); ja, meine Herren, ich wünsche es. Ein Ministerium, das eintritt nach einem anderen, das abgetreten ist, weil es festhielt an der Nothwendigkeit, an der Weisheit der Nicht-Verwerfung des Waffenstillstandes, ein solches Ministerium kann nur regieren, wenn es mit Logik und Consequenz und Ehrenhaftigkeit eintritt auf Verwerfung des Waffenstillstandes und Fortsetzung des Krieges, und ich will wünschen, daß unsere Nachfolger den Muth beweisen, den wir bewiesen haben. Meine Herren! Zum Schlusse will ich sagen: Mein Votum werde ich abgeben für den Antrag der sogenannten Minorität. Dieses Votum, diesen Antrag zu formuliren, habe ich selbst wesentlich beigetragen. Diesem Antrage, oder einem ähnlichen, durch die Sachlage gerechtfertigten und modificirten werde ich meine Stimme geben. Aber da ich nun einmal auf den Beinen bin, so will ich auch Das noch hinzufügen. Man hat sehr viel von Majoritäts- und Minoritäts-Antrag gesprochen; ich sehe in beiden nur einen Minoritäts-Antrag. Meine Herren! Wir waren 24, es standen Anfangs 9 gegenüber von 9, nachher sind zu der Seite, die sich jetzt aber mit Unrecht die Majorität nennt, Zwei oder Drei hinzugetreten, von diesen Drei waren mehrere bei der Hauptverhandlung gar nicht zugegen, und das gebe ich Ihnen zu bedenken. Was aber die Hauptsache ist, 12 ist noch gar keine Majorität von 24, das ist eine relative Mehrheit; aber 13 ist die erste Ziffer der absoluten Mehrheit, und die Zahl 13 hat die sogenannte Mehrheit nicht für sich. Auf der andern Seite stehen Zehn, die unbedingt für den sogenannten Minoritäts-Antrag sind, und dabei ist zu bemerken, daß Herr v. Lindenau, dessen Antrag Sie gehört haben, sich dem Wesen der Sache nach diesem Minoritäts-Antrag eigentlich anschloß, und daß ich, der Haupturheber desselben, mich der Abstimmung enthalten habe, weil man es von mir verlangt hat. Also, meine Herren, diesem oder einem ähnlichen Antrage, der die Ehre Deutschlands wahrt, der die Centralgewalt nicht compromittirt, der nicht eines seiner mächtigsten Glieder verletzt, und allen Modificationen, welche jetzt schon in Aussicht stehen, die Thüre offen hält, einem solchen Antrage schließe ich mich an, einen solchen Antrag empfehle ich Ihrer Annahme. (Beifall auf der Rechten. Zischen auf der Linken.)

Venedey von Köln: Meine Herren! Ich weiß nicht, ob ich mir den Beifall Englands heute erringen werde; ich habe aber die innige Ueberzeugung, daß ich mir den eines guten Theils, wenn nicht der Mehrheit des deutschen Volks erringe. Es ist hier sehr viel von der Ehre Dänemark's, von der Ehre aller auswärtigen Mächte die Rede gewesen, man hat auch von der Ehre Deutschland's gesprochen; ich werde nur von der Ehre Deutschland's reden, und weniger von der Ehre des Auslandes. Man hat Ihnen die vorgelegten Actenstücke von einem gewissen Gesichtspunkte auseinandergesetzt; ich bin so frei, sie Ihnen von meinem Gesichtspunkte zu zeigen, und hoffe, daß ich dabei auch manchem tüchtigen deutschen Mann ein Ehrenzeugniß geben kann, dem Sie beipflichten werden. Vorerst, meine Herren, bin ich genöthigt, von einem Todten Gutes zu sprechen; ich thue das recht gern, obgleich der Todte der Bundestag ist. Man hat hier die Vollmacht Preußens auf die im Bundestag stattgefundenen Verhandlungen und gefaßten Beschlüsse gefußt; ich werde Ihnen nur einen Paragraphen vorlesen; auf den diese Vollmacht zurückgeführt werden muß. Der Bundesbeschluß, von dem ich rede, ist vom 6. Mai, und er heißt: „Die königlich preußische Regierung zu ersuchen, beim Fortgang der Unterhandlungen der schleswig-holsteinischen Angelegenheit die Bundesversammlung stets zeitig

von dem Stande der Verhandlungen in Kenntniß zu setzen, und definitive Verabredung ohne vorgängigen Bundes-Beschluß nicht zu treffen." Wenn die preußische Regierung auf diesen Bundesbeschluß unterhandelte, so mußte sie auch in Folge dieses Bundesbeschlusses uns oder unsere Centralregierung von Dem, was geschehen ist, in Kenntniß erhalten, und durfte nicht eher beschließen, bis wir den Vertrag genehmigt hatten; denn das neue Gesetz der Centralgewalt behält uns dieses Recht vor. Ueberhaupt, meine Herren, hat der Bundestag sich in dieser ganzen Sache viel tapferer benommen, als unsere Centralregierung. (Unruhe.) Ich bitte um Ruhe, meine Herren, die Sache ist so verwickelt, daß ich alle meine Geistesgegenwart nöthig habe, um sie gehörig zu verfolgen. Sie werden sich entsinnen, daß Rußland gegen das Verfahren des Bundes protestirt hat. Dagegen hat der Bund ganz einfach geantwortet, daß er die Anerkennung Schleswig-Holstein's als unzertrennlicher, als selbstständiger Staatskörper durchsetzen werde, daß er nur die Personalunion kenne, daß er nur den Mannesstamm im oldenburg'schen Hause als berechtigt auf die Nachfolge kenne, daß er die Aufnahme in den Bund wünsche und betreibe, und daß er im höchsten Fall den im Norden wohnenden Dänen eine Ausnahme gestatten werde. Später, meine Herren, hat Schweden gegen die Besetzung der Provinz Schleswig durch preußische Truppen protestirt, — was hat der Bundestag gethan? Er hat ganz einfach geantwortet, wie er schon vorher erklärt habe, „daß Jütland geräumt werden solle, wenn die Schiffe freigegeben seien, und nicht eher; — wenn Schweden trotz dieser Erklärung Truppen schicke, so werde Deutschland auch seine Truppen in Schleswig vermehren." Das ist die Sprache des seligen Bundestages! Vergleichen Sie damit die Sprache, welche die Centralgewalt geführt hat, so werden Sie finden, daß wir nicht viel gewonnen hätten, an der Stelle des Bundestages die Centralgewalt zu haben. Ich muß leider nur hinzufügen, daß der Bundestag nicht gerade hier ganz freiwillig gehandelt hat; denn damals bestand der Fünfziger-Ausschuß, und dort war es die Majorität, die den Muth hatte, den äußeren Mächten bei jeder Gefahr in's Auge zu sehen; sie setzte dem Bundestag die Sporen in die Rippen, und er handelte. — Meine Herren! Es freut mich, daß ich nicht bloß vom Bundestag, von Todten, Gutes zu sagen habe, sondern auch von Lebendigen, und hier komme ich an einen Mann, dem gegenüber ich oft gestanden habe, und dem ich vielleicht in Zukunft wieder gegenüber stehen werde, — es ist der ehemalige preußische Gesandte in Paris, der Herr v. Arnim. Lord Westmoreland protestirte in Berlin gegen das Einrücken von Truppen in Schleswig, und zwar auf den Vertrag vom 13. Juli 1720; darauf antwortete Herr v. Arnim, damals Minister des Aeußeren, und erinnerte an die Pflicht, die Preußen als Mitglied des „corps germanique" habe, und daß Schleswig erst von dänischen Truppen geräumt sein müsse, ehe er eine Protestation annehmen könne. — Meine Herren! Ich lege einen Werth auf dieses Wort „corps germanique;" Sie sehen, es ist nicht etwa zufällig einmal in unseren Actenstücken, sondern in der Regel, so lange Herr v. Arnim an der Spitze der Regierung stand, und ist ebenso in die Actenstücke, die von dem Gesandten v. Bunsen vorliegen, übergegangen. Es ist in diesem Wort ein Ersatz für das alte Wort confédération germanique; „confédèration germanique" ist, was man im Auslande wünschte, ein Staatenbund, und „corps germanique" ist ein Bundesstaat. Herr v. Arnim stellte sich also auf die Grundlage, die wir hier geschaffen haben, und es freut mich, noch einmal hier dieß sagen zu dürfen. Herr v. Arnim verlangt vor Allem gegenüber der englischen Regierung, daß die „réparation de tous les dommages et pertes," welche deutsches Eigenthum schon erlitten hat oder noch erleiden könne, vorerst stattfinde. Meine Herren, die zwei Worte dommages et pertes sind nicht einfach ein simpler Schadenersatz, sondern es soll der positive und relative Schaden ersetzt werden. Das war die Sprache des damaligen preußischen Ministers. Ich freue mich ebenso, meine Herren, dem tapfern General Wrangel die Anerkennung, die er verdient, zu Theil werden lassen zu können; in den Actenstücken liegt eines vor, worin der englische Gesandte Wynn, und der russische Gesandte, Baron Ungern-Sternberg in Copenhagen verlangen, daß die Truppen aus Jütland zurückgezogen, und erst darauf der Waffenstillstand geschlossen werden soll; General Wrangel antwortete, er von seinem Standpunkte aus werde nie einen Waffenstillstand schließen, wenn nicht die Räumung Alsens erfolge, und die Freigebung der Schiffe und die Befreiung des ganzen deutschen Handels vorhergegangen sei. Ich komme endlich an einen dritten Beamten der preußischen Regierung, der damaligen und auch der jetzigen Zeit, den Gesandten in London, Herrn v. Bunsen, und ich werde Ihnen zeigen, daß er vollkommen in demselben Sinne handelte. Als England dem Bunde seine bona officia angetragen hatte, erklärte Bunsen, daß er dieselbe im Namen seiner Regierung in ähnlicher Weise annehme, wie England seinen guten Rath in der Schweiz angewendet habe, und zwar unter der Voraussetzung, daß vorläufig die Bedingungen des Friedens aufgestellt würden, und daß erst nach Feststellung der Bedingungen des Friedens ein Waffenstillstands-Vertrag abgeschlossen werden könne. Meine Herren! Das ist logisch und diplomatisch zugleich! Man schließt keinen Waffenstillstand, besonders nicht auf längere Zeit, wenn man nicht vorher sicher ist, daß der Waffenstillstand den Vortheil hat, zu einem Frieden zu führen. Das war der Standpunkt, den Herr Bunsen einnahm; die dänische Regierung ihrerseits verwarf diesen Standpunkt und sagte, sie wolle nur Waffenstillstands-Bedingungen machen. Die Friedensbedingungen selbst, die Bunsen damals vorlegte, sind unter andern: §. 2. „Im Wege gütlicher Verständigung werden die Bedingungen einer völligen Trennung hinsichts der Verwaltung, der Finanzen, der Armee und der Flotte und der öffentlichen Schuld fest-

gestellt.“ Sie sehen darin, meine Herren, daß Bunsen im Namen seiner Regierung damals auch einen Theil der Flotte für Deutschland forderte. Es heißt weiter: 3) „Der König von Dänemark willigt in die Aufnahme des vereinigten Herzogthums in den deutschen Bund.“ Dagegen wird als Gegenstand rc. der Compensation zugestanden, „daß ein Theil von Nordschleswig, wenn derselbe sich frei und offen zu Gunsten einer Vereinigung mit Dänemark erklären sollte, von dem vereinten Schleswig-Holstein ausgeschlossen bleibe und mit Dänemark vereinigt werde.“ Auf diesen letzten Punkt antwortete damals Lord Palmerston und sagte, er habe eine „kleine Modification“ anzuhängen. Diese kleine Modification bestand aber einfach darin, daß er eine Art von Theilung des Herzogthums Schleswig vorschlug, indem er nicht mehr die wirkliche Nationalität, sondern ein Uebereinkommen zwischen den beiderseitigen Regierungen, und zwar nur „Mehrzahl von Mehrzahl trennen, nicht aber die gesammte deutsche Bevölkerung einerseits von der gesammten dänischen Bevölkerung andererseits abscheiden läßt,“ daß er also der Willkür und dem Zufall zu viel überläßt, und sich nicht auf den Standpunkt der Nationalität stellt. — Dagegen antwortet Herr v. Bunsen, und zeigt, wie er sich nicht damit begnügen könne; er widerlegt diese Ansicht, daß man auf gut Glück das Herzogthum theilen soll, sondern stellt sich noch einmal fest in seiner Antwort auf den Grundsatz der Nationalität. Die englische Antwortsnote auf Seite 31 des Complexes der Actenstücke lautet: „That not separation of any part of Sleswig can ever be thougt of, unless the population in the northern districts themselves declare by an open an unbiassed manifestation of their intention to that effect that they will be separated from the next of the Duchy.“ Das heißt, wenn die Population selbst vollkommen unbeengt und frei erkläre, daß sie nicht deutsch, sondern dänisch sein wolle rc. Diesen Ansichten des Herrn v. Bunsen trat der dänische Gesandte gegenüber mit andern Waffenstillstandsvorschlägen. Diese Waffenstillstands-Vorschläge, meine Herren, — Sie kennen sie gegenwärtig sämmtlich, — sind ungefähr dieselben, die durchgegangen sind, und ich werde Ihnen nun das Weitere, was der Gesandte, Herr v. Bunsen, gewiß ein sehr competenter Mann, über diese Bedingungen aussprach, hier vorlesen. Er sagt: „Die Zurückweisung der englischen Vorschläge für die Friedenspräliminarien zusammen mit dem erneuerten Vorbringen jener Artikel müssen ganz Europa überzeugen, daß die dänische Regierung, weit davon entfernt, von einem aufrichtigen Wunsche nach Frieden beseelt zu sein, auf eine neue Invasion Schleswig's sinnt, um durch eine Incorporation mit Dänemark die constitutionellen Rechte beider Herzogthümer zu vernichten. Nachdem dies ihnen das erste Mal nicht gelungen ist, hoffen sie das zweite Mal glücklicher zu sein, vielleicht mit fremder Hilfe, nachdem die deutschen Truppen einige 100 Meilen weit in ihre Heimath zurückgekehrt sind, für einen Waffenstillstand von 6 Wochen; nachdem die Herzogthümer entwaffnet worden sind, nachdem die provisorische Regierung, — die die Ordnung erhalten hat, — entsetzt ist, nachdem die Saat bürgerlicher Zwietracht gesät ist durch den Versuch, dem Lande eine andere Regierung aufzudringen, die nicht fähig wäre, sich Ansehen zu verschaffen, und nachdem alle diese verfassungsmäßigen Rechte dargestellt ohne Stütze gelassen worden sind, für deren Vertheidigung die Bevölkerung nach Jahren der empörendsten Unterdrückung sich erhoben hat, erst als die gewaltthätige Vollziehung des Incorporationsvorhabens, die Waffen in der Hand, geschehen sollte.“ Das sind vollkommen die Zustände, die jetzt eingetreten sind; das Alles prophezeite damals der Gesandte v. Bunsen mit vollkommen klarer Vorausſicht Dessen, was kommen werde, was gegenwärtig gekommen ist, und was noch kommen wird. Der preußische Gesandte spricht sich über diese Friedensbedingungen weiter aus, und sagt: „Der erste und wesentlichste Punkt ist der des vierten Artikels, der mit dem fünften Artikel zusammenhängt. Dänemark schlägt vor, der bestehenden provisorischen Regierung für die Dauer des Waffenstillstandes eine neue provisorische Regierung, eine für Holstein, vom Bundestag zu ernennen, eine für Schleswig, vom König von Dänemark zu ernennen, zu substituiren. Dieser Vorschlag enthält daher für's Erste eine Theilung in der Verwaltung der beiden Herzogthümer, die nie vorher bestanden hat.“ Ganz Aehnliches ist gegenwärtig geschehen. Herr v. Bunsen sagt ferner: „Es ist kaum nöthig hinzuzufügen, daß der Bundestag und das Parlament von Deutschland in aller Form die bestehende provisorische Regierung anerkannt haben, daß dieselbe fortfährt, ihre Autorität im Namen des Herzogs auszuüben, daß sie sich des Vertrauens der Bevölkerung erfreut, und daß ihren Befehlen in sämmtlichen Theilen Schleswig's ebensowohl wie Holstein's gehorcht wird. Es ist demnach in jeder Beziehung unmöglich, für Preußen vorzuschlagen, daß eine solche Regierung ihre Functionen beenden solle, und ersetzt werde, während des Waffenstillstandes durch eine Behörde, die der König von Dänemark ernannte.“ Es ist unmöglich! nach der Ansicht gewiß des tüchtigsten preußischen Diplomaten der Gegenwart. Er fährt fort: „Es scheint angenommen zu werden, daß die bestehende provisorische Regierung nach folgendem Plan umgeschaffen werden könnte. Der deutsche Bund sollte Zwei oder Drei aus den Staatsmännern der Herzogthümer auswählen, und der König-Herzog würde eine gleiche Anzahl von Mitgliedern ernennen, ebenfalls aus den Staatsmännern Schleswig-Holsteins. Diese vier oder sechs Mitglieder würden dann selbst unter einander über einen andern schleswig'schen oder holstein'schen Bürger oder Adligen sich zu einigen haben, den sie zu ihrem Präsidenten machen, oder auch würden die beiden Regierungen sich über eine solche Person einigen.“ Das ist's, was heute geschehen ist! — „In der gegenwärtigen Sachlage, da Dänemark es abschlägt, in den englischen Vorschlag zu Friedenspräliminarien einzugehen, kann der preußische Gesandte solchen Vorschlag nicht

auch nur einen Augenblick im Auge haben. Der Bundestag würde nicht darein willigen, und in den Herzogthümern würde es sich auch nicht in Ausführung bringen lassen." Er setzt hinzu, meine Herren: „Der preußische Minister kann daher nicht einmal jenen Vorschlag ad referendum! nehmen, ebensowenig, als wie den Artikel IV." Sehen Sie, meine Herren, das ist jetzt geschehen mit Zustimmung unserer Centralgewalt, und nachdem der selige Bundestag es nicht gewollt hat, und der Gesandte Preußens das für nicht fähig, ad referendum genommen zu werden, erklärt hat. — Ich werde später darauf zurückkommen, woher es kommt, daß nun auf einmal, nachdem wir gesehen haben, wie Deutschland sowohl durch den Bundestag, als durch die preußische Regierung tapfer und würdevoll im Auslande und den neuen deutschen Zuständen vollkommen angemessen vertreten war, dieß aufhört, und später nicht mehr stattfand. Aber daß es nicht mehr stattgefunden hat, werden Sie bald sehen, wenn wir nun auf die folgende Actenstücke übergehen. Ich sage es noch einmal, meine Herren, ich freue mich, daß ich diesen Männern, die ich genannt habe, meine vollkommene Anerkennung für Das, was sie gethan haben, zollen kann, umsomehr, weil es mir leid thut, auf der andern Seite nun auf Männer der neuern Zeit zurückzukommen, von denen ich wahrlich nicht dasselbe sagen kann, sondern vollkommen das Gegentheil. — Eine der ersten Noten, der wir weiter begegnen, ist die des Ministers Herrn v. Auerswald an seinen Gesandten General v. Below. Er spricht da in der Einleitung von den Pflichten Preußens, von den Interessen des Landes und der Nachbarn. Zu Anfang erklärt er, daß auch die preußische Regierung früher nur mit Vorbehalt der Ratification des Reichs-Verwesers und Reichs-Ministeriums den Vertrag und Waffenstillstand habe abschließen wollen, „daß aber die Dänen dieses nicht gewollt haben." Es ist wunderbarlich, zu sehen, warum der Minister Herr v. Auerswald glaubte, daß nur die Dänen das Recht haben, dieses nicht zu wollen. Sein Standpunkt ist ein ganz eigenthümlicher. Meine Herren! Wir haben hier schon einmal von einem eigenthümlichen Standpunkt gehört; aber ein deutscher Minister, der seinen Standpunkt im Auslande nimmt, ist wahrlich, meine Herren, so wunderlich, wie ein Anderer, der hier schon an der Tagesordnung gewesen ist. (Stimmen auf der Linken: Hört! Hört!) Das, meine Herren, sind die Worte des Herrn v. Auerswald selbst. Er sagt: „Die dänische Regierung habe nur bisher mit Preußen, welches den deutschen Bund ihr gegenüber vertrete, unterhandelt, und könne nun das Resultat ihrer Bemühungen zum Frieden nicht von der Einstimmung einer dritten Macht abhängig machen, welche bisher keinen Theil an den Unterhandlungen genommen habe, und ihr als eine fremde erscheinen müsse." Diese „dritte Macht," meine Herren, ist der Reichsverweser und sein Ministerium; diese dritte Macht sind wir, die Vertreter des deutschen Volks hier in der Paulskirche. Es ist nicht wahr, meine Herren, wenn man das eine neue Macht, und ebensowenig, wenn man das eine dritte Macht nennt. Die neuen Institutionen des Reichsverwesers und unserer Versammlung sind nichts, als eine Fortsetzung des Bundestags, es ist da gar nichts Neues dem Auslande gegenüber hinzugetreten; keine neue Macht entstanden. Deutschland hat eine innere Reform vorgenommen, und diese gibt keiner Regierung der Welt das Recht, zu sagen: Wir wollen mit dem reformirten Deutschland nicht mehr in Verbindung treten, nicht mehr unterhandeln. Das, meine Herren, ist der Standpunkt der Ausländer, und Herr v. Auerswald sagt das sehr klar: „Es läßt sich nicht verkennen, daß von dem Standpunkte der auswärtigen Mächte diese Betrachtung Gewicht haben müsse." Ich verkenne das auch nicht, meine Herren; wenn ich eine auswärtige Macht wäre, so möchte ich vielleicht auch Skrupel haben, daß Deutschland frei, mächtig, groß und würdig dastehe; denn dadurch wird ein Gewicht in die Wagschaale der europäischen Angelegenheiten gelegt, das bisher nicht darin lag; dadurch kommt ein neuer Haltpunkt ins Leben der Völker; nämlich ein mächtiges Deutschland an die Stelle eines geschwächten, ein Deutschland, das seine eigenen Interessen den andern Mächten gegenüber durchführen, seine Flüsse, die bisher geschlossen gewesen sind, öffnen, überall sein Wohl, welches bisher stets in der Hand Eines oder des Andern lag, selbst vertreten wird. Auf diesem Standpunkte untersucht Herr v. Auerswald denn auch gewissenhaft, was alle Welt thun werde, wenn wir nicht thun wollen, was Dänemark will, daß wir thun sollen. Von Allem ist die Rede, nur nicht von uns. Es thut mir wehe, ich muß das Wort aber wiederholen, daß ich denselben Standpunkt bei meinem Landsmanne Camphausen wiederfinde. Er geht sogar so weit, daß er Maßregeln unterstellt, die die auswärtigen Mächte hätten nehmen können, aber, Gott sei Dank, nicht genommen haben. Er sagt in seinem Briefe, den Sie Alle kennen: „Es würde nicht auffallend sein, wenn Dänemark gegen jeden Schritt der schleswig-holstein'schen constituirenden Versammlung und gegen die ganze Stellung derselben protestiren sollte." — Er setzt aber hinzu, glücklicherweise habe Dänemark dieß nicht gethan, und somit sei eine Verwickelung weniger vorhanden. Ich werde noch ein paar Stellen aus dem Schreiben Camphausens vorlesen, die Sie überzeugen werden, daß auch er auf dem Standpunkte steht, daß er an Alles denkt, nur nicht an Deutschland: „In den Unterhandlungen ist auf das Deutlichste hervorgetreten, welchen Einfluß die neuerlichst geschehene Einmischung Frankreich's und dessen für Dänemark günstige Erklärungen gehabt haben; auch wie England keineswegs mehr die frühere neutrale Stellung zu behaupten sucht, sondern sich sehr entschieden auf die Seite Dänemark's neigt. Von Seite Rußlands hatte Dänemark bei Wiederausbruch der Feindseligkeiten die bestimmte Aussicht auf active Unterstützung, und Schweden war zu einer gleichen Handlungsweise durch bestimmte, Dänemark gegenüber übernommene, Verpflichtungen genöthigt." Ich bitte nicht zu vergessen die Worte „neuerlichst geschehen." Neuerlich hat man sich viel

tapferer gegen uns gezeigt als vorher ... Der Standpunkt, den er hat als Minister der auswärtigen Mächte, wird noch klarer durch die Worte hier: „Auch sind in einigen Punkten durch Erwarten günstige Bedingungen erreicht, namentlich in der Regelung der militärischen Verhältnisse, in welchen ein durchaus angemessener Zustand festgestellt ist." (Von der Linken: Hört! Hört!) Meine Herren, „über alle Erwartungen günstige Bedingungen," das ist also ein „durchaus angemessener Zustand." Meine Herren! Das ist meiner Erwartung lange nicht „durchaus;" denn ein „angemessener Zustand" wird erst dann überall eintreten, wenn wir unsere Angelegenheiten selbst betreiben und dem Auslande gegenüber als Ganzes anerkannt worden sind, und als solches auftreten. Noch eine Stelle, denn es geht durch die ganze Auffassung hindurch: „So zeigten sich doch die fremden Mächte auch in diesem Punkte — es handelt sich hier um die Gesetze, welche die provisorische Regierung erlassen hat — der dänischen Auffassung geneigt, ausgehend von der Anerkennung des König-Herzogs als rechtmäßigen Landesherrn, und von dem Grundsatze, daß den Acten desselben auch zu der Zeit, wo er nicht im factischen Besitze des Landes war, doch die rechtliche Gültigkeit nicht abgesprochen werden könne." Sie sehen, meine Herren, der Herzog-König hat das Recht, in unserem Lande Gesetze zu machen, so viel er Lust hat. Denn es zeigten sich „die Mächte geneigt," und deßwegen, meint Camphausen, müsse auch er sich geneigt zeigen. Sie werden sich erinnern, daß in Frankreich auch einmal eine Revolution war. Sie hat eine gute Weile gedauert, und als die alten Könige zurückkamen, meinten sie, die ganze Geschichte ausstreichen zu können. Das ist im Kleinen, was hier im Großen stattfand. Meine Herren! wenn ich dann frage, was seit jener Zeit geschehen ist, daß auf einmal alle deutsche Gesandten, alle officiellen Behörden Deutschland's eine andere Sprache annahmen? so muß ich mir selbst antworten: Unterdeß ist Eins geschehen, der Fünfziger-Ausschuß ist abgetreten, die Centralgewalt ist eingesetzt, und Sie sind hier zusammenberufen worden. Machen Sie einen Schluß daraus; für mich liegt er schon ganz klar vor, und ganz Deutschland wird ihn ebenso ziehen. Man glaubt im Auslande nicht mehr an dieselbe Kraft, die wir noch vor Kurzem bekundeten, und wenn von dieser Tribüne aus einmal von „wohlfeilem Muthe" gesprochen worden ist, so hat doch nur Der wohlfeilen Muth, der Jemanden provocirt, von dem er weiß, daß er sich nicht schlagen will. Diesen wohlfeilen Muth hat das Ausland; dieß ist der Grund, warum Frankreich hinzugetreten ist, warum England anders denkt: man glaubt, mit Ihnen wohlfeiles Spiel zu haben. Meine Herren! Wer geachtet sein will, den muß man fürchten, für den Fall, daß man ihn verletzt oder beleidigt, und von dem Augenblick an, daß man glaubt, daß man ihm ungestraft auf die Füße treten dürfe, hat er die nöthige Achtung nicht, und er hat es verdient. Eben hat auf dieser Tribüne der Minister vorgelesen, daß in dem Augenblick, als Wrangel nach Rendsburg kam, das Gerücht sich verbreitete, man gehe schon nach in Dänemark. Das ist die Folge des Umstandes, daß wir vor ein paar Tagen einmal wieder mit Muth und Ernst durchgriffen. Man wird noch anders nachgeben, wenn wir in dem Beschlusse verharren, den wir vor einigen Tagen gefaßt haben. Dieser Beschluß allein ist Schuld daran, daß General Wrangel's Herz leicht sein kann, und er zurückkommend sagen kann: „Ich bringe mehr, als die Regierung euch ausgemacht hat." Das gehört uns, und wir werden noch Manches dazu erlangen! Ich bin der Ueberzeugung, daß die Versammlung den neuen Standpunkt kräftigen Selbstbewußtseins, den sie wieder eingenommen hat, nie wieder verlieren werde. — Ich möchte noch ein paar Worte über die Art sagen, wie Preußen der Centralgewalt gegenüber gehandelt hat; es ist im höchsten Grade charakteristisch. Sie wissen, wie der erste Artikel der neuen Serie über die Actenstücke der Centralgewalt darin besteht, daß Camphausen „unbedingt und ohne Vorbehalt" abzuschließen beauftragt sein will. Diese Forderung war ein gesetzliches Unrecht; denn Derjenige, welcher sie gemacht hat, und Der, welcher sie zugestanden hat, haben das erste Gesetz, das in der Paulskirche gemacht worden ist, mit Füßen getreten. (Bravo!) Diese Vollmacht aber zuzugestehen, meine Herren, ist noch viel wunderbarer, denn derselbe General Below, der beauftragt war, die Verhandlung wegen des Waffenstillstandes zu betreiben, sagt ganz unumwunden: „Handelte es sich bloß um Abschließung eines militärischen Waffenstillstandes, so wäre die Aufgabe einfach; allein in der vorliegenden Convention liegen gewissermaßen Friedens-Präliminarien." Das ist es, meine Herren, was das Charakteristische dieses Waffenstillstandes zeigt, und was ihn unserer Autorität unterwirft. Daß es sich aber wirklich um das Letztere in dem Waffenstillstandsvertrag handelte, geht aus einem weiteren Satze des Generals Below hervor, den ich nicht vorlesen will; denn er verbreitet sich sogar auf die Rockknöpfe, die eben so gut, wie alles Andere, restaurirt werden müßten. Nach der großen und langen Rede, die eben unser ehemaliger Minister gehalten hat, scheint es mir kaum nöthig, das alte Ministerium persönlich noch anzugreifen. Eine solche Vertheidigung entwaffnet auch den bittersten Gegner, und ich gehöre nicht gerade zu diesen. — Ich werde nur noch Eins aus den Actenstücken hier berühren, und das ist die Antwort, die Herr v. Below unserm Gesandten, Herrn Max v. Gagern, gegeben. Max v. Gagern klagt, daß er nichts von dem Vertrage wisse; Below antwortet: „Herr v. Gagern werde es in der Ordnung finden, wenn ihm vor der Auswechselung der Ratification ein Mehreres nicht mitgetheilt werde, — als die einfache Ankündigung, daß der Vertrag abgeschlossen sei." Und das ist unser Gesandter, der Gesandte Deutschland's, des Parlaments und der Centralgewalt! Herr v. Auerswald hat seinen Bericht nach Frankfurt drei Tage hinausgeschoben, drei Tage hatte er nöthig, den Waffenstillstandsabschluß von Berlin nach Frankfurt zu befördern, d. h., nur abgehen zu lassen. Er sagte: „Am

28. erhielt ich den Abschluß, am 29. ließ ich ihn abschreiben, und am 30. habe ich ihn abgeschickt." (Heiterkeit.) Meine Herren! Wenn Sie nun die ganze Verhandlung ansehen, so werden Sie mit mir bedauern, daß man uns nicht für eine auswärtige Macht angesehen; dann hätte man uns Gerechtigkeit widerfahren lassen. — Ich komme nun auf ein weiteres Element dieser verhängnißvoll entscheidenden Verhandlung zurück; denn ich habe die feste Ueberzeugung, entscheiden wird sie auf die eine oder andere Weise über Deutschland's Geschicke; sie wird es in eine feste Bahn hineinbringen, aber das hängt von Ihrer Entscheidung ab. Ich mache Sie darauf aufmerksam, welche Sprache und welche Stellung das Ausland diesem erneuerten Deutschland, nicht allein der Centralgewalt gegenüber geführt hat, sondern auch Preußen gegenüber; denn seien Sie überzeugt, wenn es uns nicht gelingt, uns achten zu machen, so wird auch Preußen nie mehr geachtet werden; denn Preußens Geschick hängt auf das Innigste mit dem Deutschlands zusammen. Bringt man es dahin, daß es zwischen uns und Preußen zum Kampfe kommt, — aber ich spreche nicht gern von Preußen, weil ich nur ein Deutschland kenne, — eben wenn es zwischen uns und den preußischen Stämmen zum Kampfe käme, so wäre es um Preußen geschehen. Ich habe aber die innige Ueberzeugung, daß die preußischen Völker begreifen werden, wie ihr Geschick ganz anders auf dem Spiele steht, wenn sie gegen Deutschland, als wenn sie mit Deutschland gegen Dänemark Krieg führten. (Bravo auf der Linken und der Galerie.)

Präsident: Ich muß bitten: keine Beifallsbezeugung auf der Galerie, das ist nicht erlaubt. (Eine Stimme auf der Gallerie: „das ist erlaubt!") Ich fordere den auf, welcher den Ruf hat erschallen lassen, sich sofort zu entfernen.

Venedey: Ich komme nun zu dem Benehmen, das das Ausland in dieser Angelegenheit Preußen gegenüber beobachtet hat. Sie finden in diesen Actenstücken eins, was unbedingt das allerinteressanteste ist, es ist der Brief des schwedischen Ministers des Aeußeren an den schwedischen Gesandten d'Ohsson in Berlin. Es heißt darin: — ich habe den Brief übersetzt und will ihn deutsch vortragen — „Nachdem der Waffenstillstand unterzeichnet, dann könne die preußische Regierung der Centralgewalt Aufklärungen über die Motive geben, die die Regierung veranlaßt haben, dem General Wrangel zu befehlen, den Vertrag zu schließen." Sie sehen, meine Herren, man wünscht die preußische Regierung zu veranlassen, erst abzuschließen und dann sich mit uns, mit der Reichsgewalt zu verständigen über das, was sie gethan hat. Ich lese weiter: „daß der General Wrangel nicht nur für Dänemark außerordentlich drückende Bedingungen ausgesprochen, sondern daß er sich auch geweigert hat, den Vertrag zu unterzeichnen, bevor darin eingetragen sei, daß er der Ratification des Reichsverwesers unterworfen sein müsse. Diese letzte Clausel ist Dänemark unbedingt als unzulässig erschienen, und wir können diese Ansicht nur theilen." Aber Wrangel ist eben ein tapferer Mann, ein in Ehren grau gewordener Soldat, der weiß, was seine Pflicht ist, der erkannte, herausfühlte, daß Deutschlands Einheit auf dem Spiele stand. Aber die schwedische Regierung weiß sehr gut, daß sie leichtes Spiel hat, wenn sie nur mit einem Theile Deutschlands unterhandelt. „Mit dieser Macht allein also (Preußen) unterhandelt Dänemark, und mit ihr allein muß die Convention abgeschlossen werden." — „Die Zustimmung des Reichsverwesers, wenn sie wirklich unerläßlich ist, scheint uns unzweifelhaft eine rein deutsche Angelegenheit zu sein." — Meine Herren, lesen Sie die Verträge, lesen Sie die diplomatischen Verhandlungen, die dem für Deutschland so schmachvollen und so unheilschweren westphälischen Frieden folgten; jedesmal, wenn Deutschland mit der Welt zu thun hatte, wandte man sich an Einen der deutschen Fürsten. Und wenn es sich darum handelte, den Elsaß von Deutschland abzureißen, und das Reich protestirte, dann hieß es stets: „mit dem Reich wirst du dich schon zurecht finden, wir wollen dafür sorgen helfen." Das ist es aber gerade, was wir nicht mehr wollen, und wenn Sie beschließen, daß diese Politik heute fortbestehen soll, da können Sie, was das Ausland anbetrifft, ruhig nach Hause gehen, da wäre der Bundestag besser. (Bravo!) Der schwedische Gesandte, der Stellvertreter Rußlands in dieser Sache, sagt weiter: „Wenn Preußen, trotz aller Bestrebungen und der Gewißheit, die es selbst ausgesprochen hat, die Convention nicht für die andern Mitglieder des deutschen Bundes in Vollzug setzen kann, so hoffen wir, daß es wenigstens es übernehme, sie so weit zu vollführen, als es selbst dabei betheiligt ist. In dieser Absicht beauftrage ich Sie, Preußen die folgenden Vorschläge zu machen." — „Preußen allein soll sich zurückziehen und seine bona officia verwenden, um die Annahme der Artikel des Vertrages von dem Bunde zu bewirken." Dafür sollen preußische Häfen außer Blokadestand zu setzen und die preußischen Schiffe herauszugeben sein. Ich wiederhole noch einmal: lassen Sie dieß den letzten derartigen Act sein, machen Sie einen Strich durch diese Art Depeschen; denn es sind dieselben Depeschen, durch die wir mit Hülfe einzelner Regierungen und des Auslandes dahin gekommen sind, daß wir ein neues Reich schaffen müssen, daß wir es auf die Gefahr schaffen müssen, mit der ganzen Welt in Krieg zu kommen, um ein einiges Deutschland zu werden. Diese Politik muß ein Ende haben, oder wir haben keinen Beruf, hier zu sitzen. (Bravo!) Ich habe geschlossen, ich könnte noch Manches sagen über diesen wichtigen inhaltschweren Gegenstand, aber ich will nur noch ein paar Worte an meine näheren Landsleute aus Preußen richten. In Ihrem Namen bringt man Deutschland eine Schmach auf, im Namen der Preußen, und man sagt: Preußen wird es nicht leiden, daß Deutschland hier aufrecht stehe. Ich bin überzeugt, daß die Söhne der Männer, welche bei Fehrbellin, Roßbach und der Katzbach ihr

deutsches Blut vergossen haben, auch hier für Deutschland einstehen werden, wenn wir auch einen Krieg mit Dänemark, ja mit ganz Europa führen sollten; ich bin der Ueberzeugung, wir kommen nicht zum Kriege, ja, daß man uns nur um so mehr achten wird, wenn man weiß, daß wir sagen: „wir wollen kämpfen, sobald es sich darum handelt, die Ehre Deutschlands zu retten.“ (Vielstimmiges Bravo vom Centrum und von der Linken.)

Eisenmann von Würzburg: Wir haben hier zwei Fragen: den Waffenstillstand als solchen und die Art und Weise, wie er zu Stande gekommen ist. Der Waffenstillstand als solcher führt uns vielleicht in Conflikt mit Dänemark, vielleicht auch mit anderen Staaten. Die Frage über die Art und Weise, wie er zu Stande gekommen ist, führt uns vielleicht in Conflikt mit Preußen. Man könnte fragen: warum nicht auch mit unserem Ministerium? Ich habe gegen unser Ministerium keine Anklage zu erheben. Ich bedauere nur, daß es nicht das große Opfer gebracht hat, selbst gegen seine Ueberzeugung, einen Beschluß der Nationalversammlung auszuführen. (Beifall auf der Linken.) Allein dazu war es rechtlich nicht verbunden, und darum habe ich keine Anklage gegen dasselbe zu erheben. Was den materiellen Inhalt des Waffenstillstandes selbst betrifft, so fürchten Sie nicht, daß ich in eine genaue Analysirung desselben eingehe, denn viele Redner werden nach mir darüber sprechen. Daher erlaube ich mir nur einige Streiflichter. Vor Allem frage ich: Kennen wir alle Bedingungen? Meine Herren, norddeutsche Blätter sprechen mit gewisser Zuversicht aus, daß es auch einige geheime Artikel, geheime Bedingungen gebe. (Widerspruch auf der Rechten.) Verzeihen Sie, das wird sich finden. Man spricht von einer Verbannung der Fürsten von Augustenburg und ich habe in den vorliegenden Acten eine Stelle gefunden, welche die Sache gar nicht unglaublich erscheinen läßt. Denn es heißt in einem Briefe des Ministers des Aeußern an den Unterstaatssecretär M. v. Gagern: „Die Fürsten von Augustenburg werden sich wohl leicht dazu verstehen, außer Land zu gehen, aber ihr Eigenthum werden sie nicht opfern wollen.“ Nun, meine Herren, ich weiß nicht, was man da zwischen den Zeilen zu lesen hat, ich wage nicht zu sagen: das liegt dazwischen, das liegt nicht dazwischen. Meine Herren! Wenn aber wirklich ein solcher geheimer Artikel sich unter den Bedingungen befände, dann müßte ich die schnellen Fortschritte bewundern, die unser abgetretener Minister des Aeußern in der Kunst der Diplomatie gemacht hat. Es gab eine Zeit, wo er unendlich strenge über Regiminalansichten sich ausgesprochen, und hier hätten wir nun eine prachtvolle Ausgabe einer Regiminalansicht. Die Waffenstillstandsbedingungen enthalten unter Anderem auch Andeutungen von ziemlich scharfer Art, welche auf die Trennung Schleswigs von Holstein hinzielen, es soll die Schleswig-Holstein'sche Armee getrennt werden, es soll Dänemark die Regierungsbeamten für Schleswig, Preußen für Holstein wählen. Meine Herren! Wenn solche Bestimmungen ausgeführt werden, so sind sie nicht umsonst, wenigstens hat man sie nicht umsonst gewählt, in der Diplomatie wiegt jedes Wort. Sie geben einen Anhaltspunkt bei künftigen Unterhandlungen, um dann sagen zu können: wir haben Schleswig von Holstein als factisch getrennt betrachtet. Nun kommt ein dritter Punkt, das ist die Dauer des Waffenstillstandes. Es ist merkwürdig, was unsere Gegner für eine eigene Logik einhalten: die einen sprechen in einer ziemlich harten Sprache von den deutschen Gimpeln, welche glauben, im Winter so leichten Fußes über den Belt marschiren zu können, und sie stellen die Vortheile eines Winterfeldzugs auf unserer Seite geradezu als eine Lächerlichkeit dar, in demselben Athem aber sagen sie: glaubt Ihr denn, die Dänen seien so dumm gewesen und hätten Euch diesen Vortheil eingeräumt? — Meine Herren, diese Logik begreife ich nicht. Wir kommen nun auf die Form des Abschlusses; es fragt sich hier vor Allem: dürfen wir denn einen Waffenstillstand, der so abgeschlossen worden ist, überhaupt noch in Frage ziehen, dürfen wir unsere Genehmigung oder Verwerfung vorbehalten? Unser Minister hat die Frage schon selbst beantwortet, er hat gesagt, wir haben das Recht der Verwerfung, weil die Vollmacht überschritten ist; aber, meine Herren, es ist noch ein ganz anderer Grund vorhanden: der Waffenstillstand ist ja gar nicht in unserem oder des Reichsverwesers Namen abgeschlossen worden; die Dänen, Schweden haben unter Zustimmung von Preußen die Fiction gemacht, daß eine wirklich bestehende Macht nicht bestehe, und daß eine untergegangene bestehe. Meine Herren! ich kann hier nur mit Schiller sagen: die Schuldverschreibung lautet auf die Todten. Wer mit Gespenstern pactirt, muß sich mit Mondschein bezahlen lassen. (Bravo.) Nun kommen wir aber an die schwierigste Frage, nämlich an unsere Stellung Preußen gegenüber, wenn wir den Waffenstillstand ablehnen. Meine Herren, seien Sie überzeugt, es gibt Wenige in der Versammlung, die eine Collision mit Preußen so sehnlichst vermieden wünschen, als ich; ich glaube, ich habe es bei jeder Gelegenheit, hier, wenn ich die Ehre hatte von der Tribüne zu Ihnen zu sprechen, in den Clubbs und in Privatgesprächen überall offen gesagt, ich wünsche von Herzen, daß wir Hand in Hand nicht bloß mit dem preußischen Volke, sondern auch mit dem preußischen Cabinette gehen möchten, und wenn Sie mir nachweisen, daß auf dem bisherigen Wege ein Erfolg möglich ist dann gebe ich auf der Stelle die Opposition auf. Die deutsche Einheit geht mir über Alles, ja ich gehe weiter, ich sage: lieber eine feste Einheit und etwas weniger Freiheit, als mehr Freiheit und keine Einheit. Man mag mich darüber verurtheilen, aber die Einheit geht mir über Alles. (Beifall.) Aber wir kommen auf dem bisherigen Wege nicht zum Ziel. Ich bitte, gehen Sie die Geschichte unseres kurzen Lebens, des Lebens des deutschen Reiches und unserer Versammlung mit einem flüchtigen Blicke durch. Als die Centralgewalt eingesetzt war, hat man der preußischen Regierung und dem preußischen Volke Alles geboten, was man bieten konnte,

indem man die wichtigsten Stellen des Ministeriums zu seiner Disposition stellte; aber Preußen wies unser Entgegenkommen zurück, und es war dieß um so auffallender, da Preußen wohl wissen mußte, was es der Centralgewalt verdankte. Meine Herren! Erinnern Sie sich, wie die Stimmung in ganz Deutschland im Monat Juni war, fragen Sie sich, ob damals eine Regierung in Preußen bestand, die man der That nach als solche bezeichnen konnte, erinnern Sie sich, daß, als die Centralgewalt in's Leben trat, auch die preußische Regierung wieder ihr Ansehen gewann; aber, meine Herren, wie hat man es der Centralgewalt gelohnt? Man fing damit an, daß man die Huldigung der Armee versagte, obwohl man in einem früheren Manifeste noch ganz andere Rechte für das Reichsoberhaupt gefordert hatte, man ging dazu über, daß man erklärte, man werde die Gesandten an den auswärtigen Höfen nicht zurückziehen, man erklärte im Vertrauen, daß die preußische Regierung sich auf keine Institutionen einlassen werde, bei welchen ihr Einfluß auf die Regierung von Deutschland auch nur temporär suspendirt würde; man nahm endlich die Behandlung des Waffenstillstands in die Hand, und führte ihn auf eine Art aus, die nur die größte Mißachtung gegen den Mandanten an den Tag legte: man kümmerte sich gar nicht um die Vollmacht und erklärte dann kurz: es hat nicht anders sein können. Was dabei dem Agenten unserer Centralgewalt begegnet ist, ist schon so oft besprochen worden, daß ich nicht nöthig habe, dabei zu verweilen. Man hat von einer Indemnitätsbill gesprochen, und man mochte glauben, das preußische Ministerium konnte eine der Bedingungen überschreiten und dann eine Indemnitätsbill fordern. Indemnitätsbills sind allerdings im parlamentarischen Leben gebräuchlich und so zu sagen eine Nothwendigkeit, aber wer hat das Recht, eine solche zu fordern? Nur der, der mit dem Bewußtsein vor die Volksvertreter treten und sagen kann: seht, ob nicht mein ganzes Leben der aufrichtige Ausdruck der Ergebenheit gegen die Gesetze des Landes ist. (Bravo.) Kann ein Ministerium vor uns treten und sagen: „prüfet unsere Handlungen und überzeugt Euch, daß wir es treu und redlich mit der deutschen Einheit und Freiheit gemeint haben?" Es gibt wenige Ministerien, die das sagen können, das preußische ist das letzte, welches es sagen kann. (Unterbrechung rechts.) Es werden noch andere Thatsachen kommen. (Heiterkeit rechts.) Es hat ein verehrliches Mitglied geglaubt, mich unterbrechen zu dürfen, und meine Behauptung heiter gefunden. Meine Herren! Blicken Sie nach Berlin, sehen Sie, was dort vorgeht! Hören Sie, welche Erklärung die Regierung dort der constituirenden Versammlung gibt: Wenn die constituirende Versammlung darauf besteht, von den Officieren der Armee eine constitutionelle Gesinnung und ein bürgerfreundliches Betragen zu fordern, so treiben wir die constituirende Versammlung auseinander! — (Auf der Linken: Hört! Hört! Auf der Rechten Gelächter.)

Präsident: Ich muß bitten, daß die Unterbrechungen unterbleiben.

Eisenmann: Die Thaten werden den Worten nicht nachhinken, sondern schnellen Schrittes nachfolgen. Wir stehen in einer fürchterlichen Zeit, und ich gestehe mit Bedauern, daß ich keine Hoffnung habe, daß wir auf dem bisherigen Wege der Mäßigung und des Nachgebens zum Ziele kommen. Es gibt Regierungen, die sich zum Vorsatz gemacht zu haben scheinen, den Beweis zu liefern, daß sie das Volk und seine Vertreter nur dann hören, wenn sie von Barrikaden herab mit ihnen unterhandeln. (Bravo.) Man vertröstet uns auf das Definitivum und meint, dann werde Alles gut gehen. Glauben Sie dieß nicht. Wenn das Definitivum den König von Preußen zum deutschen Kaiser macht, dann geht es in Preußen anders, aber in Süddeutschland geht es dann auch anders. (Bravo.) Der Staatsmann hat nicht bloß den Rechtspunkt zu erwägen, er muß auch die Verhältnisse berücksichtigen, prüfen, er muß seine Zeit kennen. Göthe sagt: „Wer den Augenblick ergreift, ist der rechte Mann." Der Augenblick ist seine Zeit, und die Menschen, die einmal nur so sind, wie sie sind, und nicht anders gemacht werden können. Blicken Sie um sich in Deutschland. Mit Ausnahme eines schmalen Küstenstreifens treffen Sie allenthalben in Deutschland die größte Aufregung gegen die Annahme des Waffenstillstandes. Es sind nicht allein die Demokraten oder die rothen Republikaner, die dessen Verwerfung fordern; nein, alle constitutionellen Vereine, die ich kenne, stimmen darin überein, alle Vereine, die sich das Motto wählten: Freiheit und Ordnung, von München bis an den Rhein, fordern die Verwerfung. Es sind die ruhigsten und besonnensten Männer, welche diese Stimmen theilen oder sie den Versammlungen gegenüber vertreten. Denken Sie z. B. an den ehrenwerthen Kanzler Wächter in Stuttgart. Diesen Mann wird kein Mensch der Uebereilung und Unbesonnenheit zeihen; und doch vertritt er die Stimmen, die Verwerfung des Waffenstillstandes fordern, und Sie mögen darnach beurtheilen, wie man es zu nehmen hat, wenn gewisse Partheien sagen, nur die leichtsinnige Jugend und das verbissene Alter sprechen gegen den Waffenstillstand. Der Volksvertreter muß den Muth haben, einer gemachten öffentlichen Meinung oder selbst der Meinung von sehr vielen seines Volkes zu trotzen, wenn es das Wohl seines Vaterlandes fordert. Ich habe diesen Muth gehabt. Lange habe ich der Mäßigung gehuldigt, stets bin ich den ruhigen Weg gegangen und habe nicht darauf geachtet, welcher Dank mir dafür geworden ist. Wenn man sich aber überzeugt, daß die große Mehrheit des Volks einen entschiedenen Entschluß fordert, wenn man sich überzeugt, daß man durch Nachgeben der Nationalversammlung das nothwendige Vertrauen raubt, daß man ihren moralischen Einfluß vernichtet und so die letzte Stütze ruinirt, auf der vielleicht noch die deutsche Ordnung sich halten kann, dann ist es unsere Pflicht, die öffentliche Meinung zu hören. Ich beschwöre Sie, vertagen Sie Ihr endliches Urtheil, bis Sie durch den Herrn Präsidenten oder sein Organ das Verzeichniß aller Adressen und Petitionen über diesen Gegenstand gehört

haben. Man sagt mit Recht, die Stimmen müssen nicht gezählt, sondern gewogen werden. Sie werden aber Stimmen in diesen Petitionen finden, die sehr schwer wiegen. — Nun komme ich an den schwierigsten Punkt, nämlich an den Conflict mit der preußischen Regierung. Ich frage Sie aber: was ziehen Sie vor? einen Conflict mit der preußischen Regierung, oder einen Conflict mit dem deutschen Volk? (Bravo.) Ein verehrtes Mitglied hat uns gesagt, die Krone Preußens habe ihre Ehre verpfändet, und wir müssen sie auslösen. Wir sind aber doch wahrlich nicht hier, um die Ehre irgend einer Krone auszulösen. (Bravo.) Und dann, welche Rücksicht hat denn die Krone Preußens für die deutsche Ehre gehabt? (Bravo.) Wäre denn der deutschen Nation die Schmach begegnet, daß ihre Gesandten in London und Paris, beinahe möchte ich sagen Nasenstüber erhalten haben, wenn man dem Auslande nicht gezeigt hätte, daß wir unsere Centralgewalt selbst nicht achten. Wenn preußische, österreichische und andere Gesanden in Paris und London sitzen, und die entsprechenden deutschen Regierungen so zu sagen im Lapidarstyl aussprechen: wir kümmern uns nicht um die deutsche Einheit, wir kümmern uns nicht um die Centralgewalt, dann werden natürlich die Franzosen und Engländer die deutsche Einheit auch nicht achten, und nichts von unserer Centralgewalt wissen wollen. Uebrigens will ich mich nicht an Declamationen halten, sondern untersuchen, was unsere Kräfte wiegen. Man sagt, Preußen habe uns gegenüber soviel und soviel Bajonnette, Bomben und Kanonen in die Wagschale zu legen. Glauben Sie aber, daß es seine Macht wirklich gegen uns gebrauchen wird? Ich glaube es nicht. Preußen ist stark, wenn es mit Deutschland geht, aber es ist ein Zwerg, wenn es sich gegen dasselbe wendet. Es hat mehr als eine Achillesferse; es hat auch eine Achillesschulter. Im Osten und Westen sind seine schwachen Punkte, und diese werden es hindern, nach Willkür und nach despotischer Laune zu handeln. Was haben aber wir für Kräfte? Archimedes hat gesagt: gebt mir einen festen Punkt außer der Erde, und ich will die Erde aus ihrer Bahn heben. Ich sage: geben Sie uns einen festen Punkt außerhalb des Bereichs der Despotie und der Reaction, und wir werden mit diesen Beiden fertig werden. Wir haben nun aber einen solchen festen Punkt, er ruht in dem Volke, und wir haben einen Hebel gefunden, dieser ist die bayerische Regierung. (Mehrere Stimmen: Oh! oh!) Ich will die bayerische Regierung nicht verdächtigen, ich will damit nicht andeuten, als ob sie durch die letzte Erklärung zu einem Widerstande hätte provociren wollen Ich achte die bayrischen Staatsmänner viel zu sehe, um ein solches Motiv ihnen unterlegen zu können oder zu dürfen. Aber diese letzte Erklärung von Bayern hat mich nicht überrascht, ich habe sie längst vorausgesehen; denn die Staatsmänner, welche die Geschäfte dort leuken, konnten nicht anders handeln, als sie gehandelt haben. Für uns aber ist diese Erklärung eine Thatsache, und diese müssen wir benutzen. Napoleon hat gesagt: „ich habe keinen Umstand geschaffen, sondern nur die Fähigkeit gehabt, die Umstände zu benutzen.“ Wir wollen dieß auch thun. Sie haben bereits Beweise, wohin man kommt, wenn man ein bischen Muth zeigt. Sie haben die Suspendirung des Waffenstillstandes beschlossen. Die Dänen sind inzwischen gefällige Leute geworden. Moltke muß fort und die provisorische Regierung darf bleiben. Hätten die Dänen je diese Concession gemacht, wenn die Schleswig-Holsteiner und wir so gesprochen und so gehandelt hätten, wie man hier auf der rechten Seite spricht? Sie wären um kein Jota von ihren Beschlüssen abgegangen. (Bravo.) Uebrigens bin ich weit entfernt, mit Jenen zu stimmen, die gegebene Concessionen mißbrauchen, oder glauben, daß wenn man so viel erlangt hat, man auch noch weiter gehen müsse. Ich finde die Ehre von Deutschland nicht im Unrecht, sondern im Recht, und ich war nie der Meinung, daß wir darauf ausgehen sollen, den nördlichen Theil von Schleswig uns anzueignen, auch wenn die Schleswiger nicht freiwillig zu uns kommen. Kommen sie aber freiwillig zu uns, dann weiß man, was der Mann von Ehre zu thun hat. Kommen sie nicht zu uns, dann mögen sie dänisch bleiben und wir wollen keine Ursache zu Zerwürfnissen geben. Mann könnte mir sagen, ich sei etwas leichtfertig mit Preußen fertig geworden. (Stimmen auf der Rechten: allerdings!) Dieß wird sich im zweiten Theile zeigen. Man könnte mich fragen, ob ich auch mit Rußland, Dänemark, England und Frankreich so leicht werde fertig werden. In dieser Beziehung will ich nur eine Parallele aus der Geschichte ziehen. Meine Herren, da Sie auf dem Boden der Revolution stehen, so werden Sie auch die Geschichte der ersten Revolution in Frankreich kennen, Sie wissen, damals war Frankreich zerrissen, hier das aufrührerische Lyon, dort die Vendée und ringsum Feinde zu Wasser und zu Land: „Das Vaterland ist in Gefahr!“ war der Ruf und Hunderttausende eilten zu den Waffen, und siegreich fochten sie für ihr Vaterland, für ihre Freiheit. Sind wir vielleicht schlechter, als die Franzosen, können wir nicht auch halb Europa trotzen, wenn es unserer Einheit und Freiheit gilt? Aber wir brauchen es nicht, die Franzosen sind zufrieden, wenn sie mit uns in Ruhe bleiben können, und England wird es noch mehr sein, und dann ist es eine bekannte Sache: wer sich fürchtet, der sieht Gespenster. — Endlich, meine Herren, ist noch ein sehr wichtiger Grund angeführt worden, der das In- und Ausland zugleich berührt. Ein verehrlicher Redner vor mir hat auf der Tribüne gesagt: wenn wir den Waffenstillstand verwerfen, dann ist die Stellung der preußischen Regierung dem Auslande gegenüber unhaltbar geworden. Ich wünsche von Herzen, daß dieß wahr sei (Bravo von mehreren Seiten), denn das ist ein Hauptgrund für mich, den Waffenstillstand zu verwerfen. Die Stellung Preußens, dem Ausland gegenüber, soll unhaltbar werden, es soll kein Preußen dem Ausland gegenüber, sondern nur ein Preußen in Deutschland geben. (Stür-

misches Bravo vom linken Centrum und von der Linken.) Meine Herren, alle diese Betrachtungen führen mich dazu, Ihnen folgende Anträge zu stellen:

1) „Die Nationalversammlung versagt dem abgeschlossenen Waffenstillstand vorläufig die Genehmigung, suspendirt die Ausführung, und fordert die Centralgewalt auf, den Waffenstillstand zu modificiren, so daß er annehmbar erscheint, und darüber mit der Krone Dänemark zu unterhandeln."

Ich glaube, dieß ist keine unbillige Forderung, und ich erlaube mir zu bemerken, daß ein Unterschied besteht zwischen „verwerfen" und „die Genehmigung suspendiren." Sie haben gehört, daß die Dänen bereit sind, auf jeden billigen Antrag einzugehen; nun, wenn sie dazu bereit sind, so wird mein Antrag keinen Anstand finden; denn wir müssen doch diese Concessionen oder Bedingungen, oder nenne man sie, wie man wolle, verbrieft haben. Wir können uns nicht von der Gnade der Dänen abhängig machen. Wir verlangen sohin nichts als nachträgliche Erfüllung der Bedingungen, die man uns in Aussicht gestellt hat, und ich glaube, das heißt nicht, die Sache auf die Spitze stellen. Der 2. und 3. Antrag lauten:

2) „Die Centralgewalt wolle alle jene deutschen Regierungen, welche ihre unbedingte Anerkennung der Centralgewalt noch nicht ausgesprochen haben, auffordern, solches zu thun."

3) „Die Centralgewalt wolle die deutschen Regierungen einladen, ihre Gesandten an ausländischen Höfen zurückzuziehen, jenen Regierungen aber, welche dieser Einladung nicht nachkommen, solches befehlen."

(Lebhafter Beifall auf der Linken und im linken Centrum.)

Franke aus Schleswig: Es ist in diesen Tagen vielfach ein Boden gesucht worden, und zwar für ein Ministerium. Der Boden für ein Ministerium des Reichs liegt in dem Beschlusse der hohen Versammlung in dieser Sache, und wohl erwägend die immense Schwierigkeit der Lage der Centralgewalt, habe ich weder die eine, noch die andere Partei, die uns geboten ist, ergreifen können. Ich trenne hier vor allen Dingen die Sache in zwei Haupttheile. Ich bin durchaus einig mit dem Minoritätsgutachten, oder vielmehr mit dem von Stedmann und Genossen unterschriebenen, daß das Verhältniß der Centralgewalt zum preußischen Cabinet eine ernste Untersuchung verdient, und trete diesem Vorschlage vollkommen bei; ich übergehe also in meinen jetzigen Worten ganz diese Seite der Sache, eben deßhalb, weil ich glaube, daß sie für sich vorgenommen werden muß. Ich bin nicht geneigt, einen Tadel vorzubringen, sei es gegen das Reichsministerium, sei es gegen das preußische Cabinet oder die Krone Preußen. Meine Herren, ich habe schon angedeutet, ich möchte eher den Vertrag von Malmö zu Grabe läuten, als ihn preisen und loben; aber ein Gefühl ist mir nie erloschen, es wird mir, so Gott will, nie erlöschen, es ist das Gefühl der Dankbarkeit; ich werde nie vergessen, daß Jahre lang deutsche Sympathieen die Herzogthümer in dem Kampfe getragen und gestärkt haben, ich werde nie vergessen, daß Preußen an der Spitze stand. Der edle König von Preußen, wie Ihnen Allen bekannt .... (Vielfacher Bravoruf auf der Rechten. Unruhe auf der Linken.) Ich wiederhole es noch einmal, der edle preußische Monarch hat, wie Ihnen Allen bekannt, eine Erklärung an den Herzog von Augustenburg ausgestellt: die Herzogthümer wären selbstständige Staaten! und wer damals anwesend war in Schleswig-Holstein, wird den Eindruck, den die Bestätigung der uralten, oft mißkannten Rechte hervorbrachte, in lebhafter Erinnerung haben, wird nie vergessen, daß die brave preußische Armee zuerst über die Eider gegangen, wird bedenken, in welcher Lage das preußische Cabinet in letzter Zeit war, indem die Ostseehäfen mit dem ganzen Drange mercantilischer Interessen, und die wissen sich geltend zu machen, es nöthigten, der Sache ein Ende zu machen. Aber ich wiederhole noch einmal, ich billige das Ende nicht, indeß undankbar soll mich der Schlußstein nicht machen. (Bravo.) Ich habe die Wahrnehmung gemacht, die vielleicht von Manchem in der Versammlung nicht getheilt wird, daß ein großer Theil Deutschlands und Europa's Ruhe und Frieden wünscht, und ich kann hinzufügen, daß den Herzogthümern Schleswig und Holstein Ruhe und Frieden ersehnt wäre, — freilich nicht unter jeder Bedingung! Die Frage, welche hier zu lösen, ist eben die, wie diese Sehnsucht nach Ruhe und Frieden mit der Ehre und mit der Wohlfahrt Deutschlands zu vereinen sein möchte? Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, meine Herren, es ist keine blos schleswig-holsteinische, keine ausschließlich deutsche Angelegenheit, ganz Europa hört heute unserer Berathung zu; es ist die Frage der Freiheit und der Einheit Deutschlands. Ich kann mit dem Majoritätsgutachten nicht stimmen, weil die Einheit Deutschlands nicht fertig, wie Minerva aus dem Haupte des Zeus, bereits hervorgetreten ist, weil sie leider noch als ein Wickelkind in der Wiege liegt; ich will diesem Kinde nicht die Kehle zuschnüren durch das Zerreißen deutscher Volksstämme, durch einen allgemeinen europäischen Krieg. Dennoch ist eine Uebereinstimmung zwischen beiden Gutachten vorhanden, beide wollen verhandeln. Das Gutachten der sogenannten Majorität will ebenfalls verhandeln. Es will aber, während es verhandelt, den Krieg zeigen, als dasjenige Mittel, wodurch die Verhandlung gefördert werden soll. Meine Herren, ich bin nicht gewohnt, dieses ist gegen meine Natur, Drohungen auszustoßen, die nicht verwirklicht werden können. Nun aber habe ich mir nicht klar machen können, wie eine solche Kriegsdrohung verwirklicht werden soll. Ich kenne wohl die Mittel, die man auch Ihnen später wahrscheinlich als anwendbar vorführen wird, nämlich einen Aufruf an das gesammte deutsche Volk, die verletzte Ehre Deutschlands zu retten, und ich gebe zu, dieß ist das einzige Mittel. Ich habe mich aber nicht überzeugen können, daß durch diesen Aufruf organisirte Armeen entstehen werden, die uns aus dem allgemeinen Chaos retten würden, in welches

uns ein europäischer Kampf hineinstürzen würde, mit dem nach meiner Auffassung die Einheit Deutschlands würde zu Grabe getragen werden. — Die andere Frage, welche noch zu erwägen, ist das Verhältniß Deutschlands zu dem Auslande, und das ist der Punkt, den ich mir erlaube, näher vorzulegen und zu erläutern. Es ist zu diesem Ende nöthig mit kurzen Zügen — nicht durch nochmaliges Vorlesen und Ablesen der Actenstück — Ihnen meine Ansicht über den Waffenstillstand vorzutragen. Ich finde allerdings mehrere Punkte in dem Waffenstillstande vortheilhaft und Niemand bestreitet es. Es sind dieß die beiden folgenden: 1) Auswechslung der Kriegs- und politischen Gefangenen, Letztere, die auf eine ungewohnte Weise, geradezu auf dem Wege des Menschenraubs in dänische Hände gefallen sind; 2) Aufhebung der Blokade und Auslieferung der Schiffe. Allein ich frage diejenigen Herren, welche das Majoritätsgutachten unterschrieben haben, denen ich ein ebenso feines Ehrgefühl zutraue, wie ich für mich selbst in Anspruch nehme, ob sie nicht gesonnen sind, wenn sie die Ratification verwerfen, sofort die bereits ausgelieferten Kriegs- und andern Gefangenen zurück zu geben, ob sie nicht gewilligt sind, die befreiten Schiffe, die vielleicht schon neue Fracht eingenommen haben, und mit denen ein reges Handelsleben wieder begonnen hat, sofort nach Kopenhagen zurückliefern zu lassen. (Zuruf aus dem Centrum: Hört, hört!) Das scheint mir die natürliche, nothwendige Folge, wenn wir den Vertrag vollständig verwerfen. (Bravo!)

Eine Stimme (vom Platze aus): Das fordert ja die Ehre Deutschlands!

Francke: Ja, das fordert deutsche Treue; und ich weiß es, ich sehe es, Sie sind damit Alle einverstanden!

Präsident: Meine Herren! Ich bitte Sie noch einmal, unterlassen Sie Unterbrechungen; sie führen nur zur Verlängerung der Debatte.

Francke: Meine Herren! Es ist uns von verschiedenen Seiten, schriftlich durch die Repräsentanten der preußischen Krone, mündlich auf der Tribüne vorgelegt worden, es sei als ein sehr großer Vortheil zu betrachten, daß die seit dem 17. März in Kopenhagen für die Herzogthümer erlassenen Gesetze aufgehoben worden sind. Abgesehen von der lässigen Form, in der diese wichtige Feststellung hervortritt, nämlich als beiläufige Bestimmung im Separat-Artikel, während sich die anderen entsprechenden Bedingungen in den Hauptartikeln sehr breit machen, so muß ich doch gestehen, daß ich diesen Vortheil nicht verkenne. Es rollt sich hier unwillkürlich und unabweislich der mehr als 100jährige Kampf der Herzogthümer, und jetzt kann ich sagen, Deutschlands mit Dänemark vor uns auf. Seit dem Jahre 1720 wenigstens dauert dieser Kampf an; derzeit wurde ein ohnmächtiger Versuch gemacht, die Incorporation von Schleswig auf Grund von Garantien, auf welche jetzt noch gebaut wird, zu bewerkstelligen. Diese Garantien, ich spreche es hier laut aus, sagen das nicht, was darin gefunden wird. Sie geben die Zusicherung, daß ein Theil des Herzogthumes Schleswig mit dem anderen Theile dieses Herzogthums verbunden bleiben, nicht aber, daß das Herzogthum Schleswig dem dänischen Reiche incorporirt werden soll. Nachdem ferner das schmähliche Attentat an den Tag getreten war, das in dem offenen Briefe von 1846 sich darstellt, der ganz Deutschland aufregte, so trat endlich im März d. J. mit frevelhafter Gewalt der Schritt ein, der die Rechte Schleswig-Holsteins frech verletzte. Es sind dieß die Meilenzeiger der dänischen Politik seit 150 Jahren. Zwischen ihnen liegen hoch aufgeschichtet Versuche und Bestrebungen aller Art, zu danisiren und die Incorporation dem Lande selbst annehmbar zu machen. Ich gehe nicht weiter in diese geschichtliche Uebersicht ein, sondern wiederhole: wenn diese Fackel des Kriegs, welche die Urquelle der Calamität war, die den allgemeinen Kampf entzündet hat, nämlich das Incorporationspatent vom 24. März, zurückgenommen ist, so begrüße ich das mit Freuden, und, meine Herren, ich um so mehr als irgend Einer, wenn Sie mir erlauben, ein Wort über meine Person zu sprechen; denn ich werde die verhängnißvolle Nacht nicht vergessen, in der ein einziger Deutscher seinem, nur von Dänen umgebenen, angestammten, schlechtberathenen Herrn gegenüber stand und mit allen Kräften, wie schwach sie denn auch sein mögen, auszuführen suchte, daß das Patent die Zündfackel sein werde und daß der König sich begnügen möge mit der Personalunion in den Herzogthümern. Aber verworfen wurde dieß mit Fußstampfen und mit den Worten: Das wird nie geschehen! Wer das erlebte, freut sich, daß ein solcher Schritt zurückgenommen wird; aber, meine Herren, vergessen Sie doch nicht: der Artikel XI sagt ausdrücklich, daß Alles, was in diesen Waffenstillstandsbedingungen enthalten ist, den Frieden nicht präjudiciren soll. Also das Patent wird natürlich wieder zum Vorschein kommen, wenn die Friedensunterhandlungen anfangen, und es wird dann Sache der Commissäre sein, dasselbe für immer aus dem Wege zu räumen; denn, meine Herren, nach den Verheißungen, nach dem Zurufe, nach dem Blute, was vergossen ist von Deutschen und von Bewohnern der Herzogthümer, werden sich die Herzogthümer wahrlich, glauben Sie mir das auf's Wort, den Satz nicht aus dem Gedächtniß reißen lassen, daß sie selbstständige Staaten sind! Die übrigen Punkte in dem Waffenstillstands-Vertrage, die mein Mißfallen in einem hohen Grade haben, sind die Artikel 1, 6 und 7. Sie sind schon sehr häufig besprochen; ich will nur kurz mich darüber aussprechen, um so mehr, da der Zweck meiner Worte keineswegs ist, auf völlige Versagung der Ratification zu dringen. Bei dem §. 1, der von der Dauer des Waffenstillstandes spricht, drängt sich die Bemerkung auf, daß das verhängnißvolle Jahr 1848 die merkwürdige Erscheinung bietet, daß die kleinsten Seestaaten der Welt, nämlich Dänemark und Sardinien, die größten Landmächte im Schach halten. Ich denke, daß man daraus eine große Lehre ziehen wird, begreife indessen eben deßhalb nicht, warum nicht der geschickte Unterhändler statt sieben zwölf Monate festgesetzt hat; dann hätten wir die Vortheile der

Waffenruhe von der Seeseite mit reellem Erfolge benutzen können, wiewohl ich zugebe: so leicht ist es eben nicht, über den Belt zu gelangen, besonders da er nicht immer haltbar zufriert. Im §. 6. des Vertrags ist ferner eine Trennung der Truppen ausgesprochen und zwar in der Art, daß die holsteinischen Truppen unter dem deutschen Oberbefehlshaber stehen sollen und die schleswig'schen unter die Botmäßigkeit der interimistischen Regierung gestellt werden. Meine Herren, das ist ein sehr wichtiger Punkt, es ist eine solche Neuerung, wie sie in den Herzogthümern noch nie vorgekommen ist; es hat bisher niemals eine Trennung der schleswig-holsteinischen Truppen stattgefunden. Ich weiß sehr wohl und sehr Viele dieser Versammlung werden es wissen, daß die schleswig-holsteinischen Truppen auch in dänischen Garnisonen standen, aber eine solche Scheidung ist nie eingetreten, daß in Schleswig geborne Soldaten nur in Schleswig haben garnisoniren dürfen und die Holsteiner nur in Holstein. Es zeigt dieß offenbar die Tendenz, die man bei den Friedensunterhandlungen einhalten will, und da freut es mich, daß nach einer Nachricht, die ich für vollkommen verbürgt halten darf, diese Bestimmung bereits unausführbar geworden ist. — Der preußische General Bonin nämlich, der tapfere Held, der schon so manche Lorbeeren um seine Schläfe gewunden hat, ist schon Oberbefehlshaber der vereinigten schleswig-holstein'schen Truppen. — So reiht sich eine Thatsache an die andere und baut meinen Antrag auf, den ich Ihnen am Schlusse vortragen werde. Es ist weiter zu rügen, daß nach dem Vertrage ausdrücklich die holsteinischen Truppen nicht verstärkt werden dürfen, die schleswiger aber sogar vermindert werden sollen; daß ausdrücklich gesagt ist, man wünsche Schleswig eine Erleichterung zu geben durch diese Verminderung der Truppen. Man will also von Neuem den Plan verfolgen, der seit Jahren verfolgt ist, man will Eifersucht hervorrufen zwischen den beiden engverbundenen Herzogthümern, man ruft den Schleswigern zu: seht, wir thun Alles, um eure materielle Lage zu erleichtern! Aber, meine Herren, das wird keinen Eindruck machen, seien Sie davon überzeugt. Mit großem Bedauern habe ich vernommen, daß in diese große großartige Debatte einige Bemerkungen hineingeworfen sind, welche sich auf die Stimmung in Flensburg beziehen, und andere, als wäre überhaupt in dem größeren Theile von Schleswig eine Antipathie gegen Deutschland vorhanden. Meine Herren, wenn in einer Stadt von 16,000 Einwohnern 50 Kaufleute sind, deren Wohl und Wehe von dem Handelsverhältniß zu Dänemark abhängt, welche erklären: die Verhältnisse sind in unserm eignen Lande noch nicht geordnet, wir erwarten aber jedenfalls nichts Gutes von einer Zollvereinigung mit Deutschland, so kann das keinen Maßstab der Sympathieen des Herzogthums Schleswig für Deutschland abgeben. Sie können aber daraus diesen Schluß ebensowenig ziehen, als aus der Gesinnung von Danzig, Stettin, Hamburg, Bremen, Lübeck u. s. w., wenn dort lebhaft, selbst unter den Bedingungen von Malmö, der Friede gewünscht wird; das ist keine Undeutschheit! Es ist ferner gesagt, daß im nördlichen Schleswig laute Stimmen gegen die Verbindung mit Deutschland sich erheben. Ich weiß, daß im nördlichsten Schleswig, namentlich im Westeramte Hadersleben, eine nur dänisch redende Bevölkerung sich vorfindet, und daß dort Deutschland keine Sympathieen findet; allein unmittelbar daneben aller Orten regt sich das lebendigste deutsche Leben, und wo Sie Intelligenz finden, da ist solche von rein deutscher Race! Möglicherweise begegnen diese meine Bemerkungen keinem allgemeinen Beifall; ich habe in allen Verhältnissen indessen den Muth, meine Ueberzeugung auszusprechen und auch den Schleswig-Holsteinern meine Ueberzeugung entgegen zu stellen; denn die Neuigkeit will ich Ihnen mittheilen, wenn sie Ihnen eine ist: auch in Schleswig-Holstein ist schon eine Linke in Bewegung! Meine Herren, wenn Sie erwägen, um noch einmal auf die Sympathien zurückzukommen, welche ungeheuere Geld- und andere Opfer in Schleswig-Holstein gebracht worden sind, behufs Fortsetzung des Kriegs, und wenn sie zugleich die bedeutenden freiwilligen Beiträge für Schaffung der deutschen Kriegsmarine bedenken, welche dessenungeachtet über 70,000 Thaler betragen, wozu aus der Staatskasse noch gegen 400,000 Thaler bewilligt wurden, so kann man nicht behaupten, daß man bloß in Zweckessen und Liedertafeln für Deutschland dort sich ausgesprochen habe. Aber allerdings, meine Herren, liegt das wenigst Ehrenhafte des Vertrags in dem Art. VII, den Sie Alle schon genugsam kennen. Meine Herren, wenn eine Regierung von Ländern, deren Selbstständigkeit von der Krone Preußens bestätigt ist, wenn eine Regierung, die von dem Bundestage, von Preußen und der Centralgewalt anerkannt ist, in gefahrvoller Zeit eine Gesetzgebung über das Land ergehen läßt, die ohne Ausnahme alle Errungenschaften, deren Deutschland seit der Revolution vom Jahre 1848 sich rühmt, dem Lande schenkt, wenn diese Regierung sammt dieser Gesetzgebung mit einem Schlage weggerissen werden soll; so kann ich mich nicht damit trösten, daß 5 Männer kommen und vielleicht dieselbe wieder aufnehmen, und zwar aus dem Grunde nicht, weil ich eine Komödie, ein Puppenspiel in den wichtigsten Dingen des Staatslebens verabscheue; das ist ein Puppenspiel, wenn man in einem Augenblicke die Gesetzgebung in den Winkel schmeißt und im nächsten Augenblicke sagt: das Ganze gilt wieder, — so behandelt man nicht gesetzgebende Körper. Denn es ist nicht bloß die provisorische Regierung, die Gesetze erlassen hat, sondern es sind vereinigte Landesversammlungen, die zwei Mal versammelt gewesen sind und diese Gesetze mit ihrer Zustimmung besiegelt haben. — Es läßt sich das nicht so auf einmal wegwerfen, und ich wenigstens finde diese Bestimmung nicht ehrenhaft! Ich will mir erlauben, Ihnen in einigen Worten zu sagen, was diese Gesetzgebung enthält: sie enthält zunächst sehr umfangsreiche, von Dänemark umsonst seit Jahren erflehte Steuererleichterungen, namentlich für unsere Mitbürger aus den unteren Klassen, völlige Gewährung der Preßfreiheit, völliges Associationsrecht, ein Wahlgesetz für

die schleswig-holsteinische constituirende Versammlung und für die Nationalversammlung, allgemeine Wehrpflicht, — genug, alle die Gesetze, die in der Adresse der Landesversammlung specificirt sind. Es sind die großen Pfeiler des constitutionellen Staates aufgebaut, und will man solche wegreißen, so kann man, schon während man dieses thut, einen Zustand herbeiführen, den ich nicht anders bezeichnen kann, als: „Anarchie." Zum Schutze des Vertrages ist angeführt, es dürfe kein dänischer Beamte in das Land kommen; meine Herren, dieß hängt ganz von der Ausführung des Vertrages ab, und darin finde ich das bedeutendste Motiv für meinen Antrag. Endlich ist kaum zu begreifen, wie man in der gegenwärtigen Zeit, wo die größten Gefahren von den verschiedensten Richtungen her einen Staat bedrohen können, die gesetzgebende Gewalt während 7 Monaten ruhen lassen kann. Meine Herren, das ist geradezu eine Absurdität! Es kömmt mir vor, als wenn man einen Krieg führen soll, ohne daß man eine Flinte oder Kanone abschießen darf; leider ist ein so passiver Krieg Monate lang geführt worden, und dennoch hat ein Militär diese Bestimmungen in dem Vertrage getroffen, gerade als ob es sich darum handelte, Tirailleurs auszusenden und wieder einzuziehen. (Einige Stimmen von der Linken: Schluß!). Ich bin noch lange nicht fertig! Es ist ferner nicht außer Acht zu lassen, daß die interimistische Regierung von zwei Commissarien überwacht werden soll, und endlich — es ist dieß ein Punkt, der noch nicht berührt wurde — daß die interimistische Regierung das Recht hat, politische Processe niederzuschlagen; darin liegt offenbar die Idee, daß man politische Processe anfangen will und zwar in der gegenwärtigen Zeit wohl gegen Niemand anders, als gegen die Mitglieder der provisorischen Regierung; aber um den üblen Eindruck von vornherein zu mildern, sagt man: die Regierung hat das Recht, politische Processe niederzuschlagen. Was Lauenburg betrifft, so überlasse ich Andern, die mit den dortigen Verhältnissen mehr vertraut, obgleich mir dieselben nicht ganz unbekannt sind, sich darüber zu äußern; auffallend ist, und das muß ich hinzufügen, daß gerade dieselbe Regierung in Lauenburg soll eingesetzt werden, die eben durch die Mission von dem Bundestage in Uebereinstimmung mit den Wünschen des Landes entfernt wurde. Meine Herren, über die Form und die Verbindlichkeit des Vertrages will ich mich des Breiteren nicht ergehen; ich finde allerdings Zweifel darin auch mit Bezug auf Art. 48 der Wiener Schlußacte, und obwohl von verschiedenen Seiten geäußert ist, daß nach allen völkerrechtlichen Normen dieser Vertrag Deutschland gegen das Ausland binde, so will ich doch diese Frage in ihrer rechtlichen Bedeutung auf sich beruhen lassen, kann aber nicht leugnen, daß die Ueberzeugung mich dahin gebracht hat, anzuerkennen, daß eine moralische Verpflichtung für Deutschland besteht, diesen Vertrag anzuerkennen, aber so weit er noch ausführbar ist, und das ist der Uebergang zu meinem Antrag. Meine Herren, der Vertrag ist in seinen wesentlichen Bestimmungen nicht mehr ausführbar, und zwar hat Dänemark diese Unausführbarkeit verschuldet! Es fällt mir nicht bei, dem Manne, der eben diese Unausführbarkeit hervorgebracht hat, irgend einen Hohn nachzuschicken, ihm folgt mein aufrichtiges Mitleid über die traurige Verblendung, daß er sich selbst noch für möglich gehalten hat; allein, da er es that, hat die Sache eine heilsame Wendung erhalten. Wie Sie alle wissen, hat die Landesversammlung sich für permanent erklärt, und die von der Landesversammlung beschlossene Landesverfassung ist von der provisorischen Regierung bereits genehmigt worden. Es steht in dieser Verfassung eine Bestimmung, die eben auf Dänemark einen versöhnenden Eindruck machen muß: es ist die Personalunion erhalten worden. Sie enthält ferner Festsetzungen, die zeigen, daß man den Kampf nicht vergebens geführt hat, daß das Rechtsgefühl mit erneuerter Kraft sich aller dortigen Bewohner bemächtigt hat. Eine Bestätigung der Landesrechte ist in das Grundgesetz niedergelegt. Ich bitte um die Erlaubniß, die ersten Artikel aus der jetzt genehmigten Verfassungsurkunde vorzutragen, weil sie von großer Bedeutung für die vorliegende Frage sind. Es heißt im Artikel I. von dem Staatsgebiet: „Die Herzogthümer Schleswig-Holstein sind ein einiger, untrennbarer und untheilbarer Staat. Artikel II. Jede Veränderung der Grenzen des Staatsgebiets enthält eine Aenderung der Verfassung. Artikel III. Die Herzogthümer Schleswig-Holstein sind ein Bestandtheil des deutschen Staatsverbandes. Artikel IV. Die Verfassung Deutschlands, wie sie jetzt ist oder künftig sein wird, findet auf die Herzogthümer ihre volle und unbeschränkte Anwendung. Artikel V. Die für ganz Deutschland oder die Herzogthümer insbesondere von den gegenwärtigen oder zukünftigen verfassungsmäßigen Gewalten Deutschlands erlassenen oder zu erlassenden Gesetze und Anordnungen sind für die schleswig-holsteinischen Staatsgewalten und Staatsbürger verbindlich." (Bravo von mehreren Seiten.) Kein Unbefangener mag verkennen, daß eine völlige Unterwerfung unter die Beschlüsse der Nationalversammlung hier ausgesprochen ist, wie ich denn noch einmal darauf aufmerksam mache, daß schon früher die größte Ergebung in die Beschlüsse der Centralgewalt an den Tag gelegt ist, sich ausgesprochen hat; es hat nicht allein die provisorische Regierung erklärt, sie würde sofort abtreten und Anderen Platz machen, wenn die Centralgewalt es für nothwendig hielte, sondern die Landesversammlung hatte sich bekanntlich vertagt. Daß sie aber, nachdem der Waffenstillstand bekannt geworden, die Vertagung aufhob und wieder zusammentrat, ist als eine ebenso energische als besonnene Handlung zu preisen. Es wird, selbst den Fall vorausgesetzt, daß eine Zerspaltung Deutschlands und des deutschen Theils, der zur preußischen Monarchie gehört, eintreten sollte, Preußen —, davon bin ich fest überzeugt — niemals geneigt sein, den Waffenstillstand, wie er jetzt vorliegt, mit gewaffneter Hand zur Ausführung zu bringen, die preußische Garde wird nicht den Säbel zucken gegen die provisorische Regierung und die Landesversammlung und diejenigen, die ihr gehorchen; Eng-

land oder Frankreich ebensowenig, weil sie ihren Ursprung, ihre Mutter, so zu sagen, nicht verleugnen, und eine Landesversammlung auseinander jagen können, die das Volk vertritt. An Sie, meine Herren, und an Ihr Billigkeitsgefühl brauche ich nicht zu appelliren, wenn ich Sie auffordere, den Beschluß der Landesversammlung zu respectiren, und nicht darauf zu dringen, daß ein Waffenstillstand abgeschlossen werde, der mit den Beschlüssen dieser Landesversammlung unvereinbar ist. Ich habe, meine Herren, nie begreifen können, worin die Nothwendigkeit liegt, daß während eines Waffenstillstandes die provisorische Regierung einer andern den Platz räume. Meine Herren, wenn die Männer, die in der provisorischen Regierung der Herzogthümer sitzen, die in einem so entscheidenden Momente den Muth hatten Alles aufzuopfern, die in einer sehr gefahrvollen Zeit das Land vor Unruhe und Anarchie gerettet und eine weise Gesetzgebung eingeführt haben, abtreten sollen in Folge eines bloßen Waffenstillstandes, der zwischen der Krone Dänemark und Deutschland über selbstständige Staaten, über die Herzogthümer Schleswig und Holstein geschlossen worden, so frage ich: wer wird es nicht billigen, daß das Casino-Ministerium in Kopenhagen, welches den ganzen Krieg durch seine Frevelthaten veranlaßt hat, vermöge des Vertrags gleichzeitig annulirt werde? Ich sehe keine Gleichheit der Rechte wenn man die Regierung eines selbstständigen Staates bei Seite wirft und das Casino-Ministerium ungefährdet läßt. Es ist auch, soweit meine Kunde des Landes reicht, der Wunsch des Landes, die provisorische Regierung zu behalten, und wie gesagt, da bei den eingetretenen Thatsachen die Unausführbarkeit des Waffenstillstandes vorliegt, wird es jedenfalls zunächst Pflicht der Commissarien der Centralgewalt sein, die auf eine Modification des Vertrages ihren Zweck zu richten haben, mit der Landesversammlung sich zu verständigen über eine neue interimistische Regierung. Meine Herren, jetzt steht die Sache so, daß auch die Separatartikel vollkommen unausführbar sind und zwar offenbar durch die ganze Art, wie die Sache eingeleitet und zu Ende gebracht wurde. Es ist ein miraculöses Vornehmen, daß man eine Liste macht von zehn Personen, ohne einen Einzigen, vielleicht mit Ausnahme des Grafen Moltke, zu fragen, ob er in die Regierung eintreten und auf die gestellten Bedingungen eingehen wolle. Also hat es mich auch nicht überrascht, daß selbst jetzt, nachdem der Graf Moltke entfernt ist, von den acht übrigen kein Einziger sich bestimmen läßt, einzutreten. Der General Below hat den Versuch gemacht, aber vergeblich, man wird Niemanden finden. Alle werden erklären: mit einem Waffenstillstande, der unsere frühere Gesetzgebung wegwirft und für sieben Monate keine Gesetze duldet, mit einem solchen Waffenstillstand kann man nicht regieren! Deshalb ist es durchaus nothwendig, daß die Landesversammlung ihre Mitwirkung dazu gebe, damit der Waffenstillstand ausführbar werde, und wie geneigt Dänemark dazu ist, zeigt sich aus der Note, die Herr Camphausen überreicht hat; es zeigt sich ferner aus der Zusicherung des Generals Wrangel, die heute hier verlesen worden ist und die hoffen läßt, daß die Hauptpunkte werden beseitigt werden. Mein Antrag geht daher dahin:

„daß die Nationalversammlung beschließen möge, die Vollziehung des Waffenstillstandes, soweit solche nach der gegenwärtigen Sachlage noch ausführbar ist, nicht länger zu hindern",

und — um das noch einmal zu präcisiren — ich verstehe darunter, man kann den Waffenstillstand nicht ausführen, ohne daß auf commissarischem Wege eine Mitwirkung der Landesversammlung zugelassen wird, damit diese sich ausspreche, in welcher Weise die Regentschaft zusammenzusetzen sei, und ferner, daß man die bisherige Gesetzgebung seit dem 17. März fortdauern läßt, und endlich drittens, daß über die militärischen Bestimmungen wegen der Stationirung der Truppen ein anderer Ausweg getroffen werde. Zweitens beantrage ich:

„die provisorische Centralgewalt aufzufordern, die geeigneten Schritte zu thun, damit auf den Grund der dänischer Seits amtlich erklärten Bereitwilligkeit über die nothwendigen Modificationen des Vertrags vom 26. August d. J. baldigst eine Verständigung eintrete."

Ich habe schon angedeutet, welche Modificationen ich darunter verstehe, und im Wesentlichen sind sie darin enthalten, was General Wrangel zugegeben hat. Meine Herren, diejenigen, welche den Vertrag genehmigen wollen, wie er hier ist, mögen noch einmal bedenken, in welche Lage sie die Herzogthümer versetzen. Sie geben dadurch, durch die einfache Ratification, wenn auch unter Voraussetzungen, sich ganz der dänischen Politik hin; sie überlassen die Herzogthümer ganz ihrer eignen Kraft, und ich mache kein Hehl daraus, daß diese Kräfte möglicherweise nicht stark genug sind, um ihre Selbstständigkeit auch nur während der 7 Monate zu behaupten; sie sind nicht stark genug, weil die preußischen Officiere, welche die schleswig-holsteinschen Truppen befehligt haben, zurückgezogen werden sollen und weil die deutschen Truppen jetzt schon in Eilmärschen das Land verlassen; die Herzogthümer sind also auf sich hingewiesen. Andererseits steht noch viel mehr entgegen, den Waffenstillstand nicht zu ratificiren. Die Sache hat den allgemeinsten völkerrechtlichen Charakter; auf das Dringendste muß man widerrathen, eine solche Nichtratification auszusprechen, ohne sich der Mittel nicht klar bewußt zu sein, mit welchen man eine Weigerung, auf die Verhandlungen, die mit Dänemark einzuleiten sind, einzugehen, unterstützen will. Diese Mittel sind nicht vorhanden; wenig staatsmännischer Weisheit bedarf es, um zu dieser Einsicht zu gelangen. Meine Herren, wenn man die Thatsachen und zwar wichtige Thatsachen walten läßt, die zu Gunsten der Sache gewirkt haben, nicht bloß der Herzogthümer, welche in eine Lage gebracht sind, die man vor 6 oder 8 Monaten nicht für möglich hielt, sondern nicht minder zu Gunsten der Einheit und Freiheit Deutschlands; wenn man

einen solchen Mittelweg findet, vermöge der Thatsachen, und zugleich nach meinem Vorschlage Friedensunterhandlungen anbahnt, so hat man nicht auszurufen, wie Franz I.: „Alles ist verloren, außer der Ehre", sondern man wird Ihnen nachrufen: „Alles ist gewonnen, die Ehre auch." (Vielstimmiges Bravo auf der Rechten, Zischen auf der Linken.)

Fortsetzung.

Acht und siebenzigste Sitzung in der Paulskirche.

Freitag den 15. September. (Vormittags 9 Uhr.)

Vorsitzender: Theilweise **Heinrich v. Gagern**; theilweise Vicepräsident **v. Soiron**.

Sylvester Jordan von Marburg: Meine Herren. Der Gegenstand unserer Berathung ist in jeder Beziehung ein schwieriger, der Standpunkt dessen, der für oder gegen denselben auftritt, ebenso schwierig. Die Leidenschaften sind allenthalben aufgeregt. Ruhe und Besonnenheit vermißt man nur zu häufig bei solchen Fragen, die tiefer ins Leben eingreifen. Dadurch läßt sich aber der Wohlgesinnte nicht abschrecken. Es ist ihm einerlei, ob er Beifall oder Tadel erntet, sobald er nur seiner Ueberzeugung treu sich ausgesprochen hat, und dieses will auch ich hier thun, gewohnt, stets so zu sprechen, wie ich in meinem Inneren überzeugt bin. Gleich vornherein bemerke ich, daß ich das Amendement des Herrn von Maltzahn mitunterzeichnet habe, daß ich also für Nichtbeanstandung des Waffenstillstandes bin. Man sagt zwar, die Ratification des Waffenstillstandes könnte nicht ertheilt werden, weil die Ehre Deutschlands angegriffen sei; es fragt sich aber, ob denn wirklich die Ehre Deutschlands verletzt, oder überhaupt nur in Gefahr, oder gefährdet sei? Diese Frage wird man bei näherer Prüfung verneinen müssen. Wohl ist Manches nicht erwirkt worden beim Abschlusse des Waffenstillstandes, Manches nicht erwirkt worden, was man erwartet hat. Man glaubte diejenigen Bedingungen, die früher vorgelegt worden sind, würden erzielt werden können in ihrem vollen Umfange. Allein es ist schon gestern nachgewiesen worden, namentlich von Herrn Heckscher, daß Alles geschah unter den obwaltenden Verhältnissen, was geschehen konnte, daß zwar Ueberschreitungen von Seiten Preußens vorgekommen sind; allein diese Ueberschreitungen beruhen wohl mehr auf einem Irrthum, als auf absichtlicher Verletzung, denn die Vollmacht war nicht mit der Clausel versehen, in Bezug auf die Ratification. Es konnte also leicht angenommen werden, — denn das ist nur eine Meinungsverschiedenheit, — daß das Wesentliche der Bedingungen erreicht sei, indem in den einzelnen Artikeln doch Dasjenige gewährt worden ist, weßhalb der Krieg Anfangs geführt wurde; doch ich will mich darüber nicht weiter einlassen, denn es ist gestern ausführlich dargelegt worden, wie die Bedingungen beschaffen sind, und daß gerade da, wo eine Verletzung vorlag, die Ausführung unmöglich geworden ist, und daß selbst Dänemark sich bereit erklärt hat, in solche Modificationen einzugehen, welche die Ruhe Schleswigs erfordern. Wenn von einer Ehrenverletzung die Rede sein sollte, so würde dieses voraussetzen, daß uns irgend eine schimpfliche Bedingung aufgezwungen worden sei; dieses ist aber nicht geschehen. Dänemark hat mit Preußen gehandelt, und zwar frei gehandelt, nicht mit Zwang. Es war ein freier Act; ist also ein Versehen vorgekommen, so war es auf Seiten Preußens, ohne daß die Ehre dabei ins Spiel käme, und wir stehen wegen eines solchen Versehens nur in einem Streitverhältnisse Preußen gegenüber. Nun frage ich, kann man hier annehmen, oder auch nur voraussetzen, daß Preußen hier absichtlich habe die Ehre Deutschlands verletzen wollen, oder auch nur irgend eine Bedingung in dieser Absicht eingegangen habe? Da sage ich: Nein. Einmal hat Preußen selbst sich der Sache Schleswig's mit einem Eifer angenommen, wie kein anderer Staat, Preußen hat den Krieg fast allein geführt in der ersten Zeit auf eigene Kosten, trotzdem, daß von allen Seiten gegen Preußen geschmäht worden ist, so geschmäht, daß es in der That selbst bedenklich ist, sich auch auch nur derjenigen Thaten hier dankend zu erinnern, welche Preußen in dieser Sache gethan hat. Zudem, wer hat gehandelt? Man sagt, das Ministerium, und was ist das für eines? Ist das etwa ein dynastisches, oder ist es nicht vielmehr hervorgegangen aus dem Volke? Ueberall sind in den constitutionellen Staaten die Regierungen hervorgegangen aus dem Volke. Es kann von solchen Regierungen zwar ein Versehen begangen werden, aber keine absichtliche Verletzung. Böse Absicht darf ohnehin nie vermuthet werden, und dann bedenke man, ist Preußen nicht auch ein deutsches Volk? Man hat zwar gestern gesagt, ob man lieber mit Preußen in Conflict gerathen wolle, oder mit dem deutschen Volke. Ich frage: Ist Preußen denn nicht auch deutsches Volk, kann man hier einen Gegensatz annehmen zwischen Preußen und dem deutschen Volke? Preußen hängt mit Deutschland zusammen wie jene siamesischen Zwillinge; sie können nicht zerrissen werden, das übrige Deutschland kann ohne Preußen nicht bestehen; Preußen ohne Deutschland nicht. Sie ruiniren sich gegenseitig, sobald der gegenseitige Haß aufgestachelt wird; also kann man auch nicht einen Gegensatz hier annehmen zwischen Preußen und dem deutschen Volke, wie das gestern geschehen ist. Oder versteht man etwa unter Preußen die preußische Regierung im Gegensatz zum preußischen Volke? Die Regierung ist untrennbar vom Volke, Volk und Regierung ist Eins, die Regierung ist nur die Form des Volks-

lebens. (Links Heiterkeit.) Ich weiß wohl, die dynastischen Interessen sind dem Volke entgegengesetzt, aber nicht die Regierungen als solche. Ich weiß wohl, daß man von gewissen Seiten durch und durch das Volk gegen die Regierungen aufstacheln will. (Links Unruhe.) Ich bitte um Achtung der Redefreiheit; ich weiß wohl, daß man noch nicht zufrieden ist, daß die öffentlichen Verhältnisse nicht noch weiter aus den Fugen getreten sind, als es wirklich der Fall ist; denn was heißt es, wenn man in unserer Zeit spricht: „Die deutschen Völker sind gegen den Waffenstillstand, und die öffentliche Meinung müssen wir hier hören und beachten." Fragen wir uns zuerst, wo ist denn die wahre Volksstimme, etwa in den Zeitungen, etwa in den künstlich herbeigeführten Adressen? (Oh! Oh! auf der Linken.) Die Volksstimme ist in den einzelnen Staaten in den Kammern, das ist die wahre Volksstimme. (Oh! Oh! von mehreren Stimmen.) Die Volksstimme des deutschen Volkes ist hier in der Paulskirche. (Unruhe.)

Präsident: Ich bitte, den Redner nicht zu unterbrechen.

Jordan: Hier ist die Stimme des Volkes. Will sich hier die Versammlung leiten lassen von Außen, will sie überall anfragen, was sie hier beschließen soll? Haben Sie nicht selbst Einsicht, zu handeln, dann hätten Sie gar nicht zusammentreten sollen. Hier muß die Intelligenz walten, nicht die Leidenschaft; nicht von Außen darf man bestimmt werden, denn man weiß es recht wohl, daß die Massen, die magnetisirt werden durch gewisse Stichworte, die sie wie Blitzesfunken in Extase bringen, daß die Massen leicht zu Diesem oder Jenem gebracht werden können, aber in der Staatskunst muß Klugheit, Weisheit, Ruhe, Umsicht, Besonnenheit und Kälte walten, das gehört zur Ueberlegung. Man wird mir freilich sagen, da hört man Einen von der alten Schule, der auch zu den Diplomaten gehört. Meine Herren! Wenn wir nur unter uns Deutschen handeln würden, so brauchten wir vielleicht nicht auf Klugheit zu sehen, so brauchten wir die Politik nicht mehr; aber wenn man mit äußern Mächten zu thun, wenn man Verträge mit anderen Staaten zu unterhandeln hat, da ist Klugheit und Politik nöthig, und so lange es Staaten und Völker gibt, so lange wird eine wahre weise Politik niemals vermißt werden können. Wenn berathen, Beschluß gefaßt ist, und dieser zur Ausführung kommt, dann tritt der Enthusiasmus an den rechten Platz; aber bei der Berathung muß Ruhe obwalten, und gerade hier muß man mit gutem Beispiel vorangehen für ganz Deutschland, man muß Jeden ruhig seine Meinung aussprechen lassen, und wenn er ausgesprochen hat, nicht gleich urtheilen über seine Gesinnung. Nun näher zur Sache selbst, nehmen wir einmal an, wir ratificiren den Waffenstillstand nicht, so bleibt er dessen ungeachtet ratificirt, das heißt, er ist verbindlich für Preußen, für die europäischen Mächte, auch in den Augen des Auslandes verbindlich für Deutschland, weil er im Namen Deutschlands abgeschlossen ist. Denn das Verhältniß des Vollmachtgebers zum Bevollmächtigten ist ein inneres, um das sich die Politik der Völker nicht weiter kümmert. Also so würde er doch ratificirt bleiben, wie denn auch fort und fort die Vollziehung vor sich geht. Wollen wir aber aussprechen, daß der Waffenstillstand, weil wir ihn nicht ratificiren, für Deutschland unverbindlich sei, und sollte Dänemark dieses auch annehmen; was wäre die Folge? Nach dem Abschluß des Waffenstillstandes sind viele Schiffe befrachtet worden, und in die See gegangen. Man würde also diesen Waffenstillstand gegen Deutschland nicht beachten, und die deutschen Schiffe allenthalben wegnehmen, und weil wir ihn nicht ratificiren, beginnen wir einen Krieg. Das Ausland würde frohlocken, wenn es auf diese Weise gelänge, die Fackel der Zwietracht in das Innere Deutschlands zu schleudern, wenn es ihm gelänge, die Einheit, die Befestigung desselben, die Kräftigung Deutschlands zu verhindern; denn diese Kräftigung Deutschlands ist ein Dorn im Auge des Auslandes. Diese Kräftigung, diese Einheit will weder Frankreich trotz der Brüderlichkeit, will weder England trotz der Freundlichkeit, will weder Rußland, noch irgend ein anderer Staat; denn es läßt sich viel leichter herschen, über und einwirken auf ein zerrissenes Land. Also, was ist die Aufgabe der Weisheit in diesem Augenblicke? — Daß man sich zusammenschaart in Deutschland, daß man Vergehen, die etwa hier und da begangen sein mögen, nachsieht, daß man Handel und Verkehr wieder eröffnet, und daß mit allen Kräften dahin gewirkt werde, daß der eigentliche Zweck dieser Versammlung, die Constituirung Deutschlands, sobald als möglich zu Stande komme. Das ist die Hauptaufgabe, und zu dieser Kräftigung Deutschlands gehört unter Anderm auch, daß die einzelnen Volksstämme sich kräftigen, daß überall Das, was aus den Fugen gerissen ist, wieder in die Ordnung eintrete; denn ein ganzer Körper kann nicht kräftig sein, wenn nicht die einzelnen Theile gut organisirt und kräftig sind. Nur wenn die einzelnen Theile gehörig geformt, energisch und kräftig sind, nur dann ist auch der ganze Körper kräftig, und wenn Deutschland endlich einmal, was seit Jahrhunderten nie der Fall war, eben wegen dieser Zwistigkeit — kräftig dasteht, und geeint durch eine Verfassung, ein Heer zu seinen Befehlen hat, und durch Handel und Verkehr im Wohlstande ist; dann kann Deutschland wahrhaft als ein großes Volk anderen Nationen gegenübertreten, und auftreten in der Würde, die Deutschland gebührt; so lange wir zerrissen sind, können wir nicht auftreten. Waffenruhe ist Bedürfniß; wenn noch einige Zeit gewartet wird, wird man Stimmen aus Schleswig-Holstein vernehmen, daß ihnen der Waffenstillstand, sobald die in Aussicht gestellten Modificationen eintreten, viel heilsamer sein wird, als das Nichtratificiren, wo jedenfalls ein Zustand der Verwirrung eintreten würde, weil wir einerseits den bereits in Erfüllung gegangenen Waffenstillstand, insoweit es geschehen ist, nicht rückgängig machen können; andererseits aber, wenn wir es thun wollten, wir zu barbarischen Mitteln greifen müßten, die gestern Herr Francke mit Recht berührt hat, — es müßten die Ge-

fangenen wieder zurückgegeben und die Schiffe ausgeliefert werden, das müßte Alles geschehen, das kann nicht sein, und weil es nicht sein kann, so muß man den status quo des Waffenstillstandes, wie er jetzt ist, annehmen, und muß gerade die Zeit des Friedens, der Waffenruhe benutzt werden, theils sich innerlich zu kräftigen, und die Verfassung des Reichs von ganz Deutschland zu Stande zu bringen, damit einmal Ordnung überall einkehre; — diese Zeit muß man benutzen, um die Kriegsheere zu ordnen und Schiffe zu bauen, dann wird auch die siebenmonatliche Dauer für uns keine Gefahren haben; denn so gut Dänemark sich während dieser Zeit rüsten kann, so gut kann auch Deutschland sich zum Kriege rüsten und bereit machen, wenn der Friede nicht erzielt werden sollte. Wir zeigen dadurch Mäßigung, männlichen Ernst und Einsicht in unsere Aufgabe, bei welcher wir uns dann nicht durch leidenschaftliche Aufregungen von Außen von den einzelnen Völkerklassen irreführen lassen; von den Aufregungen, die, wenn sie zum Krieg gebraucht werden wollten, wenig Hülfe gewähren würden; denn wenn auch in den Volksversammlungen mit Enthusiasmus Dieses oder Jenes ausgesprochen wird: Wir stehen wie ein Mann rc., so würde man, wenn am anderen Tage die Einzelnen das Gewehr oder den Tornister nehmen und gleich in den Krieg ziehen müßten, sehen, wie Viele noch übrig bleiben würden von der enthusiastischen Versammlung, die den Krieg in Wahrheit mitmachten. Wenn ich auch als Derjenige, der hier zum Frieden räth, der Deutschland gewiß so tief im Herzen trägt, als Einer hier, der bereit ist, Blut und Leben in jedem Momente für das Ganze hinzugeben, sobald die Einheit des Ganzen erstrebt wird, nie darauf gerechnet auf den Beifall hier; aber die Geschichte, die nachkommende, wird einst richten über Das, was hier in diesem Hause vorgeht; sie wird einst ein Urtheil fällen, und dieses Urtheil ist mir wichtiger, als das der Gegenwart.

Waitz von Göttingen: Zwei Bemerkungen muß ich voranschicken. Die eine betrifft das abgegangene Ministerium. Ich habe mir vor einiger Zeit auf dieser Tribüne die Bemerkung erlaubt, daß das damalige Ministerium keine sichere Majorität in diesem Hause habe. Diese Bemerkung hat sich früher bewahrheitet, als ich denken, als ich wünschen konnte, und am Wenigsten habe ich damals erwartet, daß ich bei dieser entscheidenden Frage gegen das Ministerium votiren müßte. Wenn mich aber die letzten Anträge des Ministeriums dazu genöthigt haben, so will ich mir heute wenigstens gleich zu Anfang die Bemerkung gestatten, daß ich auf's Bereitwilligste anerkenne, wie das Ministerium seiner Gesammtheit nach Schleswig-Holstein's Interesse zu wahren, lebhaft und entschieden gestrebt hat. Ich werde mir aber erlauben, namentlich auf das letzte Verfahren des Ministeriums, später mit einem Worte zurückzukommen. — Die zweite Bemerkung, meine Herren, betrifft Preußen. In der That, nur mit schwerem Herzen kann ich ein tadelndes Wort gegen Preußen in den Mund nehmen, nachdem dasselbe so oft in und außerhalb dieses Hauses der Gegenstand feindlicher Angriffe gewesen ist. Ich erkenne und weiß nicht bloß, was Schleswig-Holstein der raschen freiwilligen Hilfe Preußens verdankt, und stimme hierbei vollkommen überein mit dem, was mein Landsmann Francke von dieser Stelle gesprochen hat. Meine Herren! Ich gehöre auch zu Denen, welche ihre Hoffnung für Deutschland hauptsächlich mit auf Preußen gebaut haben; auch ich kannte kein Deutschland ohne Preußen; aber freilich auch kein Preußen ohne Deutschland. Aber ich bin auch nicht der Erste, welcher öffentlich ausspricht: daß Preußen in der letzten Zeit sich dieses Standpunktes nicht bewußt gewesen ist. Ich bin nicht der Erste, welcher sagt, daß Preußens Regierung der Centralgewalt, der Einheit Deutschlands gegenüber nicht die Politik befolgt hat, welche wir hätten wünschen, welche wir hätten verlangen dürfen. Meine Herren! Wenn ich Preußens Regierung nenne, so ist das keine Beschönigung; ich glaube, es ist der constitutionelle Ausdruck, den ich zu gebrauchen berechtigt bin. Ich will nichts verhüllen und verdecken, wenn ich eben das Ministerium nenne. Ich glaube, was zuletzt in Preußen geschehen, ist nur allein durch das Ministerium geschehen und nur das Ministerium, nicht die Gesammtheit des Volkes ist irgendwie verantwortlich dafür. (Bravo!) Aber eben um deßwillen darf es mir gestattet sein, einen Blick auf das Verfahren des nun ebenfalls dahingeschiedenen Ministeriums zu werfen; umsomehr, weil ich der Ansicht bin, daß dasselbe einen andern Gang auch in der schleswig-holstein'schen Sache gegangen ist, als es bei dem vorangegangenen der Fall gewesen ist. Es ist bereits gestern von dieser Stelle Manches angeführt worden, was rühmlich und ehrenvoll ein preußischer Minister, der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, in der schleswig-holstein'schen Sache gethan, und ich glaube nicht zuviel zu sagen, wenn ich ausspreche, daß der Baron v. Arnim eine entschieden deutsche Politik, wie überhaupt, so auch in dieser Frage befolgt hat. Die Antwort an England, an Schweden, als sie die Betheiligung Deutschlands in der schleswig'schen Frage nicht dulden wollten, die geben Zeugniß, wie damals das preußische Ministerium gesinnt war. Mit Kraft, mit Entschiedenheit wurde die fremde Einmischung zurückgewiesen. Meine Herren! Ich könnte Ihnen vielfache Beweise vorlegen, wie damals das preußische Ministerium in der schleswig'schen Frage gedacht hat. Gestatten Sie mir nur aus einem Schreiben an mich selbst, als den Bevollmächtigten der provisorischen Regierung, einen Passus vorzulesen: „Ich beehre ich mich, Ihnen zu erwiedern, daß die Regierung Seiner Majestät des Königs entschlossen ist, und bereits sowohl in London, als am Bunde ausgesprochen hat, auf eine Vermittelung und künftige Ausgleichung des Streites zwischen den Herzogthümern und Dänemark nur unter solchen Bedingungen eintreten zu wollen, welche die Rechte der Herzogthümer und die Interessen Deutschlands vollkommen sicher stellen. Die Punkte, welche Ew. rc. in Ihrem Schreiben ... besonders hervorgehoben haben, werden dabei volle Berücksichtigung

finden." Meine Herren! (Eine Stimme: Von welchem Datum?) Vom 3. Mai, unterzeichnet von Arnim. Einer dieser Punkte war: die Theilnahme der Regierung Schleswig-Holstein's bei den definitiven Unterhandlungen, die fortwährende Inkenntnißsetzung von allem Dem, was eben in der Verhandlung vor sich ging. Und so lange ich die Ehre gehabt habe, die provisorische Regierung in Berlin zu vertreten, hat eine solche Mittheilung vollkommen offen und befriedigend stattgefunden. Um dieselbe Zeit hat in England der preußische Gesandte Bunsen mit Entschiedenheit, Eifer und Glück die Sache Schleswig-Holstein's und Deutschlands vertreten; er hat, wie ich schon früher an dieser Stelle bemerkte, die feindliche, wenigstens abwendige Politik Englands im Laufe der Monate Mai und Juni günstiger für uns gestimmt. — Betrachte ich dem gegenüber das Verfahren des letzten preußischen Ministeriums, — meine Herren, so kann ich nicht umhin, meinen tiefen Schmerz zu äußern darüber, daß, soweit ich den Stand der Dinge beurtheilen kann, es ein ganz anderes geworden ist. Ich weiß, daß die Mittheilungen an die provisorische Regierung immer seltener, immer mangelhafter geworden sind, daß sie zuletzt so gut wie ganz aufgehört haben. Es erhellt aus den vorliegenden Actenstücken, daß von Mitte des Monats Juni bis zum August auch hier in Frankfurt so gut wie gar keine Mittheilungen von Preußen gemacht wurden, daß vielmehr Preußen den damals noch existirenden Bundestag und die neuentstandene Centralgewalt außer Kunde von den Verhandlungen gehalten hat. (Hört! Hört!) Es ist außerdem noch ein Anderes, worauf ich besonderes Gewicht lege: die Unterhandlungen wurden damals in London geführt, unter Vermittelung einer günstig gesinnten Macht; sie wurden bis Ende Juni dort fortgeführt; am 23. Juni noch hat Lord Palmerston die Vorschläge gemacht, die in den Actenstücken gedruckt sind. In derselben Zeit hat ohne ersichtlichen Grund Preußen die Unterhandlungen in Malmö begonnen, unter Vermittelung der Krone Schweden, einer Macht, welche nicht unparteiisch war, welche Truppen nach Fühnen hatte marschiren lassen, welche verpflichtet war, den Dänen Hülfe zu leisten; also unter Vermittelung einer Macht, die wir keineswegs als so günstig betrachten können, wie es der vormalige Minister des Auswärtigen hier an dieser Stelle gesagt hat. Die Einladung zur Uebernahme der Vermittelung ist von Preußen ausgegangen; es steht dieses zweimal in einer schwedischen Note gedruckt; die Unterhandlung ist fortgeführt, zu Ende geführt, ohne daß Palmerston, Bunsen auch das Mindeste davon gewußt, und weder in Frankfurt, noch in London hat man von dem Malmöer Vertrage früher gehört, als er da abgeschlossen war. Meine Herren! Ich glaube nicht, daß dieß eine Politik war, die wir loben, die wir irgendwie als gerechtfertigt betrachten können. Ich glaube, wir müssen sagen, diese erste Verhandlung, dieser erste Malmöer Vertrag ist der Keim zu allem dem Unglück, in welches wir hineingerathen, zu allen den Verwirrungen, in welchen wir uns befinden, und aus denen wir mühsam und ängstlich einen Ausweg suchen. Dieß ist geschehen, seit Baron v. Arnim seinen Platz verlassen; es war um die Mitte Juni. Der Malmöer Tractat wurde unterzeichnet am 2. Juli. — Meine Herren! Es folgt nun eine Periode, wo Preußen, — ich sage Preußen, denn ich habe mich über den Sinn dieses Wortes schon ausgesprochen, und ich brauche es, weil es das kürzeste ist, — wo Preußen sich veranlaßt, oder wie ich mich wohl ausdrücken darf, durch das kräftige, deutsche Betragen des Generals Wrangel genöthigt sah, sich wiederum nach Frankfurt an die eben damals neugebildete Centralgewalt zu wenden. Denn der deutsche General Wrangel weigerte sich, den Tractat zu vollziehen, der einseitig in Malmö geschlossen war. Es folgen nun die Verhandlungen, welche in Malmö, Berlin und Frankfurt stattfanden, auf die ich aber nicht weiter eingehen will, da sie vollständig zur allgemeinen Kenntniß gelangt sind, da sie außerdem der vormalige Reichsminister Heckscher genau und ausführlich dargelegt hat. Vor Allem aber mache ich darauf aufmerksam, daß das Ministerium unzweifelhaft der Ansicht war, daß dieser Vertrag nicht ipso jure, nicht, wie er dalag und war, rechtsgiltig und rechtsbeständig war. Denn das Ministerium sprach sich dahin aus, es könne seine Genehmigung verweigern, und es müsse die Nationalversammlung die Sache in ihre Hände nehmen. Dieselben Aeußerungen sind gestern hier auf dieser Tribüne wiederholt worden, und ich finde es für passend, davon Act zu nehmen, dieß formell und völlig zu constatiren. Denn, meine Herren, wie ich die Sache ansehe, war unser Beschluß vom 5. September hierdurch nicht bloß gerechtfertigt, sondern auch durchaus und nothwendig geboten. (Viele Stimmen: Sehr gut!) Meine Herren! Wenn eine Sache noch genehmigt werden, wenn die Nationalversammlung darüber noch entscheiden soll, dann darf sie doch wahrhaftig nicht vollzogen werden?! Und ich habe vergebens nach der Consequenz gesucht, welche das Ministerium in seinen Aeußerungen zeigt. Untersucht und genehmigt, oder wenn Ihr nicht könnt, so verwerft, — und in demselben Athem: Wenn Ihr nicht genehmigen könnt, und verwerft, so müssen wir unsere Aemter niederlegen. (Lebhaftes Bravo.) Sowie dieß der Fall war, so konnte kein Zweifel sein, daß die Nationalversammlung darüber zu entscheiden habe; sie muß auch nach der Ansicht des Ministeriums entscheiden, und sie wird über diese hochwichtige, über diese verhängnißvolle Angelegenheit heute, oder in den nächsten Tagen eine Entscheidung abzugeben haben. Eben deßhalb aber, meine Herren, weil wir entscheiden sollen, — und soviel ich weiß, bestreitet Niemand in dieser Versammlung uns das Recht dazu, — müssen wir auf die Sache eingehen, müssen uns fragen: Ist der Vertrag der Art, daß wir ihn billigen, ihn genehmigen können? Oder sind die Umstände der Art, daß wir ihn billigen, ihn genehmigen können? Oder sind die Umstände der Art, daß wir einen Vertrag, den wir nicht gutheißen, dennoch billigen müssen? — Ich habe nicht die Absicht, weitläufig noch einmal alle jene unglücklichen Bedingungen

des Vertrages zu durchlaufen, welche gestern, freilich nachträglich, von dem früheren Reichsminister gerechtfertigt worden sind, welche dann aber auch hinreichend der Gegenstand des Angriffes, der Beseitigung, möchte ich sagen, gewesen sind. Meine Herren! Ich verweise Sie, trotz der Einreden, welche dagegen erhoben sind, auf die Auseinandersetzung der schleswig-holstein'schen Landesversammlung, welche sich in Ihren Händen befindet. Es ist wahr, die Sache ist hier bis auf eine gewisse Spitze getrieben, es ist in der Consequenz der Entwickelung ein etwas kühner Gang innegehalten. Sie werden begreifen, wenn die Besorgniß meiner Landsleute die Möglichkeiten alle erwogen und bedacht, welche aus einem solchen Vertrage hervorgehen könnten; Sie werden es gerechtfertigt finden, wenn sie daran dachten, wer eben zum Ausleger dieses Vertrags bestimmt war, und das war damals der Graf Karl v. Moltke; er sollte an der Spitze der Regierung stehen, ihm war anheimgefallen, die Anwendung für das Land zu leiten. Meine Herren! Wenn die Besorgniß übertrieben scheint, so bedenken Sie, daß der Despotismus erfinderisch ist, und daß er aus Clauseln und Sätzen, die anfangs unbedenklich erschienen, leicht Das herauszuarbeiten versteht, was ihm wohlgefällig und passend ist. Und leider sind zu den an sich mangelhaften Bestimmungen des Vertrags noch so unklare gekommen, daß jede Auslegung beinahe unmöglich gewesen wäre. — Meine Herren! Ich rede davon nicht, daß Dänemark die Centralgewalt nicht anerkannte. Es mag sich dieß rechtfertigen oder entschuldigen lassen; aber der Herzog von Holstein hätte billig die Centralgewalt anerkennen sollen (Bravo!), wenigstens in dem Augenblick, wo er einen Vertrag mit dem deutschen Reiche, oder einem deutschen Staate schloß. Billig hätte in diesem Vertrag stehen sollen, daß die neue Regierung ihre Beziehungen zu der Centralgewalt habe; allein kein Wort, kein einziges Wort spricht von einem solchen Verhältniß, und es scheint in der That, als ob die neue Regierung ohne alle Verbindung mit dem Mittelpunkt des deutschen Lebens stehen solle. (Stimmen: Sehr gut!) Soviel von den Bedingungen, die Niemand in diesem Saale billigt; ich weiß es, und sage wiederholt: Niemand; denn kein Deutscher kann solche Bedingungen gut heißen. Meine Herren! Ich bin der Meinung, daß der Vertrag bereits verworfen und vernichtet ist, und daß es deßhalb auch nicht mehr unsere Aufgabe ist, ihn zu verwerfen. Es haben Andere uns die Aufgabe, die Ehre möchte ich sagen, abgenommen, ihn zu beseitigen. Meine Herren! Es handelt sich um diesen Waffenstillstand; ich erfahre, daß die Diplomaten auf's Neue zusammengetreten sind in Schleswig, und daß sie hier Berathungen halten, wie sie eben jetzt Bedingungen zu Stande bringen, welche dem Lande annehmbar wären. (Stimmen: Hört!) Ich höre, daß daran gedacht wird, die hauptsächlichsten Mitglieder der früheren Regierung in die neue Regierung zu berufen, daß man, wie gestern bereits verkündet wurde, die Gesetze und Einrichtungen bestehen lassen, und bloß einzelne beseitigen will, wogegen wahrscheinlich Niemand etwas sagen wird; daß man die Truppen vereinigt lassen will, mit einem Wort, daß alle die Bedingungen hinfällig werden, welche uns gegen den Waffenstillstand stimmen. Darum, meine Herren, glaube ich, ist es nicht an uns, jetzt die Kriegstrompete erschallen zu lassen, jetzt noch an Rüstungen, an Kampf zu denken; es ist an uns, daß wir diese Unterhandlungen benützen, um geschickt und kräftig dann Dasjenige zu erlangen, was die Interessen Schleswig-Holstein's und dann auch die Ehre Deutschlands zu fordern und zu erlangen hat. (Lebhafter Beifall auf der Linken und im Centrum.)

Vicepräsident v. Soiron: Herr Simson wird jetzt die Adressen und Petitionen mittheilen.

Secretär Simson: Meine Herren, ich habe ein Verzeichniß der 67 Adressen, beziehungsweise Petitionen vorzulegen, welche in Bezug auf den mit Dänemark abgeschlossenen Waffenstillstand eingegangen sind und von denen 66 dem Beschluß der Nationalversammlung vom 5. September adhäriren. Ich habe versucht, diese Adressen nach den Ländern zu ordnen, um Ihnen eine bessere Uebersicht derselben zu gewähren. Sollten dabei geographische Irrthümer vorgekommen sein, — hoffentlich nur bei den kleineren Orten, — so bitte ich im Voraus um Ihre Entschuldigung:

„Von Nassau sind drei Adressen eingereicht. Aus Baden sind fünf vorhanden. Aus Württemberg sind acht überreicht. Aus Bayern liegen zwölf vor. Aus dem Großherzogthum Hessen liegen elf vor. Aus Kurhessen sind fünf eingesendet. Aus der preußischen Monarchie liegen elf vor. Aus Sachsen ist eine eingereicht worden, und zwar aus Leipzig vom Ausschuß des deutschen Vereins. Aus Braunschweig liegen zwei Adressen vor. Aus Hannover sind drei Eingaben vorhanden. Aus der freien Stadt Frankfurt a. M. liegt eine Adresse vor: von dem Montagskränzchen, dem deutschen Verein, dem Arbeiterverein, dem republikanisch-demokratischen Verein, unterschrieben von den resp. Vorständen, übergeben durch den Abgeordneten Jucho. Aus Oesterreich ist eine Adresse eingereicht, aus Wien von dem Verein der Deutschen in Oesterreich d. d. 29. August 1848. Aus der freien Stadt Bremen sind zwei eingesendet. Aus Schleswig-Holstein sind elf Adressen übergeben. Aus Hessen-Homburg liegt eine Adresse vor. Aus Rhein-Bayern drei.

Giskra: Ein Hauptpunkt, meine Herren, ist die Stellung der Centralgewalt gegenüber einem oder einzelnen Staaten. Die Centralgewalt ist unsere Schöpfung, und wenn auch in diesem Hause Mancher mit der Art, wie die Central-Gewalt zu Stande gekommen ist, nicht einverstanden ist, so ist doch keiner dahier, der sie nicht mit aller Macht gegen die Reaction des Particularismus gehalten wissen wollte. (Viele Stimmen: Sehr gut!) Erinnern Sie sich an den Jubel, der Deutschlands Gauen durchzogen hat in dem Augenblicke, als unsere Schöpfung der Centralgewalt, als die Erwählung des Reichverwesers bekannt wurde, und erkennen Sie

in diesem allgemeinen Jubel, daß man fühlt, sie allein sei der Hort der Zukunft, sie allein die Stütze eines großen Deutschlands gegen das Bestreben der Sonderbündler. Ja sie ist nicht bloß das Bindungsmittel, um die Anarchie von Deutschland fern zu halten, sondern um es groß und stark zu machen! Und zweifelt Jemand im Hause, daß die Centralgewalt angegriffen, tödtlich verwundet worden ist? Ich glaube nicht, ja von allen Seiten ist es zugestanden, daß sie verhöhnt worden ist daß ihr Gesandter beschimpft worden ist durch die Stellung, in welcher Max v. Gagern gehalten wurde, während in Malmö der Waffenstillstand abgeschlossen wurde! Der Angriff liegt vor von Seite des Königs-Herzogs, von Seite Preußens. Wenn Jemand sagte, wir haben Dänemark gedemüthigt, weil der Waffenstillstand vom 18. Mai noch schlechter ist, als der gegenwärtige von Malmö, dann verstehe ich die Logik nicht; denn wenn man mir mit einem scharfen Streich gedroht hat und ich habe nur einen leichteren erhalten, so hat der leichtere doch nicht aufgehört, ein Streich zu sein. Man will entschuldigen, schützt Eile vor, und sagt, diese Waffenstillstands-Bedingungen seien die einzigen, andere seien für jetzt nicht zu ertheilen gewesen. Könnte man diese Gefahr im Verzuge nachweisen, könnte man nachweisen, daß Preußen unmöglich bei der Centralgewalt nochmals eine Vorstellung einbringen konnte, daß außer den in Malmö verabredeten Bedingungen keine andern hätten zu Stande kommen können, dann würde die Sache anders zu beurtheilen sein, allein so groß war die Eile und Gefahr nicht, daß nicht 8 Tage hätte mit dem Abschlusse gewartet werden können, und das wäre hinlänglich Zeit gewesen, um auf diplomatischem Wege zwischen Frankfurt und Berlin auch zweimal zu verkehren. (Bravo.) Aber Preußens Minister wollten eilen, wollten nicht erfüllen, was ihres Amtes gegen Frankfurt war, und schlossen ab. Ich frage nach den Ursachen, warum in so großer Eile der Waffenstillstand abgeschlossen wurde? und alles Nachforschen hat mich auf keinen andern Umstand gebracht, als auf die Thatsache, daß der Abschluß des Waffenstillstandes zwischen das erste und zweite Stadium des Stein-Schulze'schen Antrags in der Berliner Versammlung fällt. (Hört! von der Linken, Bewegung auf der Rechten.) Man will uns zur Genehmigung nöthigen durch die Behauptung, wir haben einen Bruch mit Preußen zu fürchten, wenn wir den Waffenstillstand verwerfen. Das glaube ich nicht, meine Herren! Wer soll ihn in Preußen herbeiführen? Der König? Nein, meine Herren, er hat zu oft seine Sympathien für Deutschlands Einheit bethätigt, er hat jüngst uns offen erklärt, er habe den Gedanken von Deutschlands Einheit von Kindesbeinen an bei sich getragen, und ich glaube, er ist zu hochsinnig, als daß er im Interesse eines Particularstaates diesen Gedanken zu Grabe trägt. (Bravo.) Ist es der Wille des preußischen Volkes, will dieses vielleicht mit dem andern Deutschland brechen, weil die Städte an der Ostsee Schaden leiden? Nein, meine Herren, Preußens Volk im Ganzen wägt nicht so seine Stellung zu Deutschland. Und wäre es, warum haben Sie, meine Herren, (sich zu den Preußen auf der Rechten wendend) nicht lange schon die Einstellung dieses Krieges im Namen Ihres Stammes hier verlangt? Weil Sie eben gefühlt haben, daß der Krieg geführt werden muß zur Ehre und zur Rechtsbewahrung Deutschlands! Sollten es die Minister wollen? Vielleicht; aber, welcher Minister wagt es heut zu Tage noch, sich zwischen den König und sein Volk zu stellen? sein Untergang, sein Verderben wäre augenblicklich unvermeidlich! Und wer ist außer diesen im Stande in Preußen, den Bruch mit dem andern Deutschland herbeizuführen? — Wir sind in einer chaotischen Verwirrung, sagt Herr Mühlfeld, wir müssen sie beseitigen, und müssen dazu Ruhe haben; wir müssen auch jede unfreundliche Stellung gegen Preußen meiden. Das erkenne ich an, aber in einem solchen Falle, wo mir Jemand nach meinem Werke langt, um es zu stören, schlage ich demjenigen, der mit seinem Stäbchen nach der Phiole schlägt, um den Proceß zu stören, auf die Hand. So schaffe ich mir die nöthige Ruhe, und nicht dadurch, daß ich mir gefallen lasse, was ein Anderer sagt. (Bravo.) Freilich sagt ein Anderer: Preußen und Deutschland sind nicht Eins, sondern nur im Zustande der siamesischen Zwillinge. Ich hoffe, meine Herren, diese Auffassung ist im Kopfe eines einzigen Abgeordneten geblieben, und daß es Niemand beifallen wird, Preußen und Deutschland als durch Mißgeburt zusammengewachsene Zwillinge zu betrachten. (Bravo.) Ich glaube, daß Jeder im Hause die Vorstellung habe, daß Preußen und Deutschland, keines für sich im Stande ist, ein kräftiges selbstständiges Leben zu entwickeln, sondern daß sie Eines sind und bleiben werden. Ich glaube vielmehr, um bei einem Bilde zu bleiben, Preußen ist ein Glied des deutschen Körpers, ein Arm des deutschen Körpers, und zwar ein starker Arm, (Bravo) ja, im Augenblick der stärkste Arm des deutschen Körpers. (Wiederholter Beifall.) Man sagt Ihnen: auf Oesterreich könne man nicht rechnen, dort seien keine Sympathien für Schleswig-Holstein, und man wird vielleicht hiebei die Truppensendung nach dem Norden anführen, welche von dem Reichsministerium angeordnet, aber in Oesterreich nicht vollzogen wurde. Meine Herren, ich habe früher schon darauf hingewiesen, daß in dem Augenblicke, wo das Licht der neuen Zeit noch nicht über deutsche Einheit und Freiheit als Sonnenlicht gestrahlt, Schleswig-Holstein in allen gebildeten Kreisen Oesterreichs lebhafte Sympathien hervorgerufen hat, und daß in manches Mannes Brust das Gefühl laut pochte, und den Sieg des Volkes gegen den König wünschte, daß mancher Jüngling dort, wie jetzt gern geholfen hätte den Schleswig-Holsteinern gegen ihren übermüthigen Herzog. Die Adresse aus Wien ist zwar nur von 13 Unterschriften gezeichnet, aber diese sind die Unterschriften der Leiter eines Vereins, der 50 Filialvereine in den Provinzen Oesterreichs hat, und Hunderttausende von Mitgliedern zählt, die alle unter der Leitung dieses deutschen Vereines in Wien stehen. Adressen dieser Art werden freilich von Männern

wie der Vorredner und seine Meinungsgenossen sind, nicht hierher kommen. (Bravo.) Ich wies auf die Truppen, die Oesterreich nach Schleswig absenden sollte, und nicht abgesendet hat. Ich habe deßwegen schon eine Interpellationen vorbereitet gehabt, mich aber zuvor privatim im Ministerium erkundigt, und da wurde mir die Auskunft, es sei vom Ministerium die Absendung der Truppen gar nicht verlangt worden, sondern nur die Stellung auf's Piquet, und es wurde umgehend dem Ministerium die Nachricht, den Befehlen werde nachgekommen. Es ist also die Nichtabsendung der Truppen nur die Folge eines Befehles des Reichsministeriums und nicht der Unpopularität des dänischen Krieges. Und wahrlich, wenn es gegen einen äußern Feind gilt, kann man auf Oesterreich wie immer zählen. Wenn auch in Oesterreich ein Theil der Bevölkerung die deutsche Einheit scheel ansieht, zum Theil aus irregeleitetem Nationalinteresse wie die Czechen, aus schmählichem Partikularismus, wie die Schwarzgelben in Oesterreich, seien Sie überzeugt, Oesterreichs Regierung wird seine Bundespflicht nie anders als gehörig erfüllen. Verlangen Sie von Oesterreich das Bundeskontingent und Oesterreich wird es stellen! Einer der frühern Redner hat uns zugerufen: „Wir haben die Centralgewalt zu stärken!" Ja, an uns ist es gelegen, sie zu halten, sie zu stärken; Ihr Stämme von der Weichsel und Oder, von der Weser und Elbe, steht zusammen und stellt Euch um die Centralgewalt und schützt sie, wie es den Kriegern ziemt, denen man die anvertraute Fahne nehmen und beschimpfen will. Wir sind die heilige Schaar, welche die Centralgewalt schützen muß; auf uns sieht unser Volk, wir müssen sie vertheidigen gegen alle Eingriffe und kämen sie von Außen oder von Innen her. Erinnert Euch, Ihr deutschen Männer, des Momentes nach der Wahl des Reichsverwesers, als sie verkündet wurde, wie Alle hier mit Hand und Mund gelobt für die Centralgewalt zu stehen und sie zu stützen und zu schirmen! Erinnert Euch an diesen großen Moment der deutschen Geschichte, er muß mit ehernen Lettern in Eure Brust eingeschrieben sein, ich kann nicht denken, daß das Gedächtniß so schwach ist, um das jetzt schon vergessen zu haben. (Bravo.) Wie der Reichsverweser mit uns steht, so müssen wir mit ihm stehen, nicht als Person, sondern als Centralgewalt. Ja, meine Herren, ich muß es sagen, daß er erklärt, mit der Versammlung zu stehen und zu fallen; ich muß es sagen jenen Lügnern, welche sich erfrecht haben, um Einschüchterungen auszuführen, zu verbreiten: der Reichsverweser werde abtreten, wenn der Waffenstillstand verworfen wird; ja, um die frechen Lügner zu Schanden zu machen, bemerke ich, er hat es ausgesprochen, mit uns zu siegen und zu fallen. (Stürmisches Bravo.) Wir werden siegen, wir haben die Zeit für uns und Niemand kann es wagen, mit frecher Hand in die Speichen des Rades der Zeit zu greifen, ohne sie zerquetscht zurückzuziehen und blutige Spuren zurückzulassen; wir werden siegen gegen jeden Feind, der uns in dem großen Werke der Einigung Deutschlands entgegen träte. Und würden wir nicht siegen, so würden wir fallen mit dem Bewußtsein: „Alles verloren, nur die Ehre nicht!" (Stürmisches Bravo.) Du Genius der deutschen Einheit, rufe ich in diesem Momente der That, erwärme die Brust der Männer deines Volkes, daß sie im Augenblicke der Gefahr heilige Begeisterung erfülle, daß sie mit Muth und Kraft zusammenstehen für ihr Vaterland, daß sie Alle zusammenstehen, und keiner durch Furcht und Zaghaftigkeit sich abwendig machen läßt, für die Ehre und Unabhängigkeit Deutschlands zu wachen und zu wirken, — und die Männer Deutschlands werden es thun, sie werden dem Genius der deutschen Einheit einen glanzumstrahlten Tempel der Zukunft bauen; sie werden nimmer zugeben, daß du hinsinkst in das Grab der Vergessenheit und das Urtheil der Geschichte dir auf den Grabstein schreibe: hingesunken in dem entscheidenden Augenblicke durch die Hand der Söhne deines Volkes! (Anhaltender stürmischer Beifall im Centrum und auf der Linken.)

W. Jordan von Berlin: Meine Herren! Zunächst spreche ich dem vorigen Redner meinen aufrichtigsten Dank dafür aus, daß er uns die Versicherung gegeben hat, Oesterreich werde stets seine Bundespflichten auf's getreueste erfüllen und uns mit Truppen zu Gebote stehen. Wir haben dann in Zukunft nicht zu befürchten, daß in derselben Zeit, wo Deutschland mit einer fremden Macht Krieg führt, der Gesandte von Oesterreich bei dieser Macht ruhig fortresidirt und von dieser Macht Oesterreich als eine befreundete betrachtet wird. (Beifall.) Meine Herren, der Standpunkt, von welchem aus ich den Waffenstillstand beurtheile, unterschelscheidet sich wesentlich von dem derjenigen Herren, die durch ihre begeisterte, ich kann wohl sagen, leidenschaftliche Beredtsamkeit früher das Sistirungsvotum durchgesetzt haben, und heute die Verwerfung des ganzen Waffenstillstandes durchzusetzen suchen. Dieser Unterschied besteht hauptsächlich darin, daß ich es meiner Phantasie auf das allerentschiedenste verbiete, in dieser Sache mitzureden, und mir von ihr nicht das Trugbild vorzaubern lasse, als ob alles das bereits verwirklicht wäre, was noch nirgend wirklich ist als in dem Gebiete unserer patriotischen Hoffnung und Sehnsucht. Ich erblicke die Verhältnisse nicht wie ich sie wünsche, sondern wie sie sind, ich darf hinzufügen, wie sie leider sind. Ich frage mich zunächst: was wollte Dänemark und was wollte Schleswig-Holstein bei dem Beginne des Krieges? Dänemark wollte Schleswig einverleiben, und als es dieß durch den Staatsstreich des offenen Briefes nicht durchsetzen konnte, da versuchte es, seinen Zweck mit Gewalt zu erreichen. Schleswig-Holstein hat sich nun dadurch, daß Dänemark etwas Neues zu erobern trachtete, merkwürdiger und erstaunlicher Weise nicht berechtigt geglaubt, ebenfalls etwas Neues zu wollen. Es blieb dabei, nur seine alten Zustände behalten zu wollen. Mit einer Langmuth, die für ein heißeres Herz unbegreiflich ist, hielt es fest an seiner Loyalität. Es wollte nur die Unzertrennlichkeit und Selbstständigkeit

beider Herzogthümer bewahrt wissen, aber von dem Grundübel, aus dem sein ganzes Leiden hervorging, sich zu befreien, die Personalunion selbst abzuschütteln, ist den Herzogthümern nicht eingefallen. Es beharrte in der Illusion des gesetzlichen Widerstandes und konnte von dieser Illusion auch da noch nicht ablassen, als sein Herzog eine auswärtige Macht, den König von Dänemark, der zufälliger Weise eine und dieselbe Person mit ihm war, in das Land hereinrief gegen seine eigenen Landeskinder, und dadurch zum Verräther und Rebellen wurde. Auch da blieb es noch loyal und ließ sich mit Füßen treten; es wehrte sich zwar ein klein wenig, aber selbst in dem Augenblicke, als der Herzog sein Volk niederkartätschen ließ, ließ man noch nicht ab von dem Gedanken einer, gelinde gesagt, übermenschlichen Treue gegen denselben. Es ist also ein Factum, daß Schleswig-Holstein bei dem Beginne des Krieges durchaus nicht mehr gewollt hat, als die Wiederherstellung des alten Zustandes. Deutschland konnte begreiflicher Weise auch nicht mehr wollen, obgleich wir uns allerdings darüber gewundert haben, daß Schleswig-Holstein in seinen Wünschen nicht weiter ging. Preußen hatte daher vollkommen Recht, in der so berühmt gewordenen Wyldenbruch'schen Note zu erklären, es führe keineswegs Krieg gegen den König-Herzog; es werde vielmehr gerade für die Aufrechterhaltung seiner Rechte auf das Beste zu sorgen wissen, durch Niederhaltung der in einigen Köpfen bereits auftauchenden Idee einer Nordalbingischen Republik. Dieß steht wirklich in der Note. Herr Vogt hatte vollkommen Recht, als er diese Thatsache anführte. Während des Kampfes ist allerdings ein neuer Gedanke aufgetaucht, der der Einverleibung Schleswigs in den deutschen Bund. Es ist aber klar, meine Herren, daß eine so wichtige Maßregel nicht in einem Waffenstillstand, sondern erst in einem definitiven Frieden festgestellt werden konnte. Von dem Waffenstillstande kann man dieselbe um so weniger verlangen, da die angebliche Thatsache, auf die man sich berufen hat, daß die große Majorität des schleswig'schen Volkes für Deutschland sich erklärt habe, neuerdings durch gewichtige Zeugnisse im höchsten Grade zweifelhaft geworden ist. Jenes ist wesentlich. Was man also beim Beginn des Kampfes erreichen wollte, ist durch den Waffenstillstand in der That erreicht. Die Herzogthümer bleiben geräumt von den Dänen, wie sie durch den Krieg geräumt wurden; von einer Incorporation ist weiter nicht die Rede; alle Trennungsschritte, die von Dänemark ausgegangen sind, sind vollständig zurückgenommen; die Einheit beider Herzogthümer ist sogar positiv anerkannt durch die Einsetzung einer gemeinschaftlichen Regierung. Die Wahrheit ist nun aber die, daß wir allerdings beim Beginn des Krieges mit unsern Wünschen weit hinausgegangen sind über das, was die Regierungen als Zweck desselben proclamirten. Deutschland fühlte und fühlt jetzt stärker als je, daß die Zeiten der Personalunion überhaupt für immer vorüber sind, und daß in einer Zeit, wo das Nationalgefühl in unüberwindlicher Lebendigkeit und Stärke erwacht ist, auch die dynastische Verbindung heterogener, aber auf gleicher Culturstufe stehender Völker durchaus ein Unding ist, und um so mehr ein Unding ist in diesem speciellen Falle, wo man eine große und an Bildung reiche Nation auf das Beleidigendste zu unterdrücken und zu entnationalisiren versucht hat. Man erwartete daher von dem Kriege, daß er auch dieses dynastische Band von den Herzogthümern lösen würde. Das war unser geheimer Gedanke. Dieser ist nicht erfüllt, und dieß, meine Herren, ist jetzt die Hauptquelle des gegenwärtigen Mißvergnügens mit dem Resultate des Krieges. Aber ich frage Sie, meine Herren, wer ist denn eigentlich daran schuld? — Zunächst die Herzogthümer selbst; denn sie haben vom Anbeginn an nicht mehr gewollt, und wollen wir den öffentlichen Stimmen glauben, so wollen sie sogar in diesem Augenblicke noch nicht mehr, obgleich Sie alle auf das Innigste fühlen werden, daß die Personalunion auf die Länge nicht fortbestehen kann, und wir sie unter allen Bedingungen zerreißen müssen. Zweitens ist daran schuld der Verlauf des Krieges, der nicht so ausgefallen ist, wie wir uns im ersten Augenblick gedacht haben. Wir haben erkannt, daß die Aufgabe, die wir unternahmen, in der That eine weit schwierigere ist, als wir uns anfangs vorstellten, und das, meine Herren, zu erfahren im Laufe des Kriegs, ist wahrlich keine Schande; denn sonst müßte man überhaupt keinen Krieg anfangen. Wer einen Krieg beginnt, muß sich auch den Wechselfällen desselben unterwerfen. Die Schuld, daß wir in diesem Kriege nicht weiter gekommen sind, tragen nicht wir, nicht das jetzige Deutschland, sondern es trägt sie unsere allerdings schmachvolle Vergangenheit. Deutschland hat 33 Jahre des Friedens verlebt, und in diesen 33 Jahren sind 2000 Millionen Thaler, sage 2000 Millionen Thaler ausgegeben für die stehenden Heere. Man hat nicht daran gedacht, daß man mit dem zehnten, ja mit dem zwanzigsten Theile dieser Summe eine ganz imposante Seemacht hätte herstellen können. Ich frage Sie aber, meine Herren, ist es denn ein gerechtes Criterium eines Friedensvertrages, wenn man das Maß der patriotischen Hoffnungen an denselben anlegt, die man beim Beginne des Krieges gehegt hat? Meine Herren, das muß ich durchaus bestreiten. Das einzige richtige Criterium ist folgendes: Wir haben zu vergleichen dasjenige, was durch den Krieg einerseits factisch erreicht, andererseits factisch verloren gegangen ist, mit demjenigen, was vertragsmäßig einerseits uns gesichert, andererseits dem Feinde zugestanden wird. Den will ich sehen, der mir die Richtigkeit dieses Criteriums ansicht. Hiernach beurtheilt, tritt der Waffenstillstand sogleich in ein ganz anderes Licht. Man sagt uns zwar: Wir, die Sieger, sollen aus dem Waffenstillstande als Besiegte hervorgehen? Es ist seltsam, wie gern die patriotische Phantasie sich selbst belügt. Ja, meine Herren, wir haben gesiegt; unsere Heere haben Siege erfochten, glänzende Siege; aber ich frage Sie, haben wir den nur gesiegt? Hat nicht Dänemark auch gesiegt, gesiegt ohne Kampf? Hat es uns nicht verhält-

nißmäßig weit mehr Schaden gethan, als wir ihm? Dänemark war auf seinen Inseln vor unsern Angriffen sicher und der Handelsverkehr derselben hatte seine ungestörte Fortdauer. Unterdessen hat es durch seine zwar unbedeutende, aber doch uns gegenüber mehr als hinreichende Marine unsern Handel dermaßen in Fesseln geschlagen, daß er davon beinahe erwürgt wurde, und unsere nördlichen Provinzen sich an den Rand der Verzweiflung gebracht sahen. Wir haben mit Dänemark auf keinem andern Fuße unterhandeln können, als auf dem Fuße der Parität; denn auf beiden Seiten sind Errungenschaften dagewesen, die man mit einander auszuwechseln hatte. — (Widerspruch; Zischen auf der Linken.) Ich weiß sehr gut, daß ich heute weder von dieser, noch von jener Seite auf Zustimmung des Hauses zu rechnen habe; denn obgleich ich mit Ihnen (zur Rechten gewendet) für denselben Zweck streite, so kämpfe ich doch mit den entgegengesetzten Waffen, und ich muß Ihnen sogar sagen, daß ich überzeugt bin, wir wären nicht in die traurige Lage gekommen, wenn Sie uns nicht bei der ersten Verhandlung dieser Sache dahin gebracht hätten, wo wir jetzt stehen; und weil ich in Bezug auf das zu erreichende Ziel Ihnen, meine Herren (zur Linken gewendet), gegenüber trete, so kann ich, obgleich mit Ihnen auf demselben Boden stehend, auch von Ihrer Seite auf keine Zustimmung rechnen. Auf die einzelnen Bedingungen des Waffenstillstandes, meine Herren, brauche ich wohl nicht mehr weitläufig einzugehen, weil dieß schon von so vielen Rednern gründlich geschehen ist. Nur eine derselben will ich berühren, weil darüber zwar schon Vieles gesagt worden ist, aber doch noch nicht das, was, wie mir dünkt, das einzig Treffende ist. Man klagt über die siebenmonatliche Dauer des Waffenstillstandes. Man hat unser armes Deutschland der Vortheile beraubt, die ihm die winterliche Jahreszeit bot, hat Herr Dahlmann gesagt. Meine Herren, ich erachte mich nicht für competent, den Plan des Herrn Dahlmann vom strategischen Standpunkte aus zu untersuchen, der leider etwas allzu offenbar darauf hinausgeht, die Deutschen auf's Eis zu führen, was ihm zum Theil auch schon gelungen sein mag. (Große Heiterkeit.) Jedenfalls aber glaube ich die Voraussetzung wagen zu dürfen, daß es auch den Dänen nicht ganz unbekannt sein möchte, daß zuweilen in strengen Wintern das Wasser der Belte zufriert. Deßhalb bin ich der unmaßgeblichen Meinung, die Dänen hätten sich unter den Bedingungen ganz eben so gut einfallen lassen können, dahin lautend: es solle dem General Wrangel freistehen, während des Waffenstillstandes eine Brücke über den Belt zu schlagen. Meine Herren, wollen Sie von einem Feinde verlangen, er solle die Waffen niederlegen und den Krieg so lange aussetzen, bis es Ihnen gefällig sein werde, ihn, sobald er wehrlos geworden, niederzuschlagen? Wollen Sie Dänemark zumuthen, daß es gerade dann die Feindseligkeiten wieder beginnen lasse, wo seine einzige Waffe, die es mit Erfolg gegen uns angewendet hat, seine Schiffe völlig unbrauchbar geworden sind? Das, meine Herren, heißt doch in der That dem Feinde etwas zu viel zumuthen, und ich muß gestehen, hätten die Dänen im Herbste, wo es auf den Winter zugeht, sich einen kürzern, als einen 7monatlichen Waffenstillstand gefallen lassen, ich würde sie geradezu für die größten Dummköpfe in der Welt haben halten müssen. (Heiterkeit.) Ich will nicht behaupten, meine Herren, daß der Waffenstillstand ein ganz besonders ruhmvoller sei, das fällt mir nicht ein. Allerdings ist es eben nicht ruhmvoll, daß ein so großes Volk, wie das deutsche, nicht im Stande gewesen ist, ein so kleines wie Dänemark zu besiegen. Allein es ist einmal so, und wie gesagt, die Schuld liegt nicht an dem gegenwärtigen Deutschland, denn wir konnten eine Flotte nicht über Nacht aus den Aermeln schütteln. Wenn man freilich von vornherein annimmt, daß unter den verschiedenen Wechselfällen des Krieges durchaus keine andern vorkommen können, als solche, die der eigenen Sache günstig sind; wenn man sich darauf steift, das Ziel, das man sich beim Beginn vorsteckt, vollständig und in seinem ganzen Umfange bis auf's Kleinste zu erreichen; wenn man um einen solchen Erfolg jedesmal mit der Nationalehre va banque spielen will; wenn man in diesem Sinne sagt, man habe gar keine Rücksicht, weder auf das Ausland, noch auf unsre innern Verhältnisse zu nehmen, sondern nur auf die Ehre Deutschlands, dann, meine Herren, freilich, rennt man mit dem Kopfe gegen die Wand und nach dieser Auffassung würde es in ganz Europa keine anderen Nationen mehr geben als ehrlose. (Beifall zur Rechten.) Weil nun jener Waffenstillstand einerseits durchaus nicht so unvortheilhaft für Deutschland ist, sondern sehr große und erhebliche Nachtheile aufhebt, andererseits aber das, was für Schleswig-Holstein durchaus nicht statthaft ist, an und für sich unmöglich und von selbst aufgehoben ist, deßhalb schlage ich Ihnen vor, den Waffenstillstand, nicht etwa anzunehmen — denn dahin geht mein Vorschlag nicht — wohl aber ihn nicht zu verwerfen. Das ist ein bedeutender Unterschied. Etwas annehmen, und etwas nicht verwerfen, ist zweierlei. Dadurch, daß sie ihn bloß nicht verwerfen, legen Sie sich keine Verpflichtung auf, selbst von Ihrer Seite zu sorgen für die Ausführung desselben. Ich verkenne keineswegs die Wucht der formellen Gründe, die gegen die Annahme des Waffenstillstandes sprechen, und es kommt mir nicht in den Sinn, diese Gründe durch sophistische und juristische Spitzfindigkeiten entkräften zu wollen. Nein, ich gestehe es von vorneherein zu, die preußische Regierung sowohl als unser Ministerium habe beide in nicht zu entschuldigender Weise gefehlt. Die preußische Regierung durfte nicht verlangen, daß ihr die Centralgewalt eine unbedingte Vollmacht zur Ratificirung, und sofortigen Durchführung des Waffenstillstandes ertheile, denn sie war verpflichtet, das Gesetz über die Centralgewalt zu kennen, welches dieses verbot und unmöglich machte. Die preußische Regierung hat das nicht gethan, und ich werde Ihnen deßhalb vorschlagen, eine Mißbilligung auszusprechen gegen das Ministerium Auerswald, welches allerdings jetzt in Berlin ebenfalls vom Schauplatze

getreten ist, jedoch nicht wegen dieser Sache, denn dort stehen, beiläufig bemerkt, die Dinge vollkommen anders. Ich kann Ihnen hiefür ein Factum mittheilen, was mir so eben bekannt geworden ist. (Hört! hört!) Nach einem eben angekommenen Briefe haben sich die Herren Temme und Waldeck, Mitglieder der dortigen Linken, im Auftrage ihrer Partei zum Könige begeben und erklärt, daß die Regierung in dieser Waffenstillstandsfrage auf das beistimmende Urtheil der ganzen Versammlung rechnen könne. (Sensation.) Das, meine Herren, wird wohl auch die gestern hier gethane Aeußerung widerlegen, daß es sich hier um nichts weiter handle, als um die Eitelkeit preußischer Minister. Nein, meine Herren, diese Minister haben unrecht gehabt, aber sie hatten dabei den größten Theil des Volkes hinter sich. (Einige Stimmen auf der Linken: Nicht wahr!) Es hat Niemand das Recht, zu sagen: nicht wahr!

Vicepräsident v. Soiron: Es ist allerdings außer der Ordnung. Ich bitte um Ruhe.

Jordan: Ich bitte, bedenken Sie, meine Herren, daß die Aeußerung: Nicht wahr, die Bezüchtigung einer Unwahrheit, die schwerste Beleidigung ist, die in einem Staate, wo die Uebung in der öffentlichen Debatte am ausgebildetsten ist, zugefügt werden kann. Ich wiederhole, jenes Factum ist mir wirklich mitgetheilt. Ebenso unumwunden wie das Verfahren der preußischen Regierung, finde ich auch das Verfahren des Reichsministeriums zu mißbilligen, und ich muß gestehen, daß ich durch die Rede des Herrn Heckscher nicht anderer Meinung geworden bin. Ich habe nur eins bedauert, daß sie nicht von der und für die Seite gehalten worden ist, welche den Waffenstillstand verwerfen will. Sie hat auf mich einen sehr betrübenden, ich kann wohl sagen widerstrebenden Eindruck gemacht. Ich habe dabei die Empfindung gehabt, als ob es sich in ihr weit weniger um eine Vertheidigung des Waffenstillstandes, als um die Vertheidigung des Herrn Heckscher handelte, und ich muß gestehen, daß ich mir einen Mann, der in einem Augenblicke, wo es sich darum handelt, ob der erste Anfang der deutschen Einheit wieder auseinander scheitern soll, hauptsächlich daran denkt, seine eigne Persönlichkeit in ein günstiges Licht zu stellen, mindestens nicht zum Muster nehmen kann. (Einige Stimmen: Sehr gut!) Wenn ich mich nun aber frage, ob der Umstand, daß schwer gefehlt worden ist von zwei Seiten, daß im inneren Staatsorganismus Deutschlands Ungesetzmäßigkeiten vorgekommen sind, uns berechtige, für diese Sünden, die doch mehr oder weniger unsere eignen sind, eine auswärtige Macht büßen zu lassen, so kann ich darauf nicht anders antworten, als mit einem ganz entschiedenen Nein! Obgleich ich in dem Bisherigen die Waffenstillstandsfrage von ihrer materiellen wie von ihrer formellen Seite beleuchtet habe, so habe ich doch damit noch keineswegs den innersten Nerv der Frage getroffen, um die sich diese parlamentarische Hauptschlacht, als um ihren eigentlichen Angelpunkt dreht. Der Waffenstillstand, so wichtig er an sich selber ist, ist dennoch in Wahrheit weiter nichts, als ein Anlaß, ein großer mächtiger **Anlaß, auf den eine andere noch größere Frage, die schon längst drohend heraufgezogen war, gewartet** hat, um sich an ihm entscheidend auszutoben. Es gilt hier in Wahrheit dem Particularismus, und zwar dem Particularismus par excellence, dem preußischen Particularismus. Meine Herren, ich gehöre nicht zu denen, welche mit Gewalt das Auge zuschließen, um das nicht zu sehen, was sie nicht zu sehen wünschen. Ich liebe in der Politik die Illusionen nicht, am Allerwenigsten die sogenannten schönen Illusionen, die hier nur schaden können. Ich bin nicht zufrieden damit, wenn ein Stichwort im allgemeinen Wiederhall durch das Land klingt, wie das von der deutschen Einheit, die man mit naiver Leichtfertigkeit als vorhanden voraussetzt, während noch nicht einmal ihre Mutter geboren ist, die Eintracht. Ich leugne den preußischen Particularismus durchaus nicht, denn er ist einmal da. Ich kann dem nicht beistimmen, wenn man sagt: „das preußische Volk ist durch und durch deutsch." In dem Sinne wenigstens ist es wahrlich nicht durch und durch deutsch, daß es sich in der Waffenstillstandsfrage mit der etwaigen Majorität dieses Hauses gegen die preußische Regierung verbinden würde. Meine Herren, worauf fußte jenes Sondergelüste, diese kleinliche Eitelkeit des preußischen Ministeriums, von der wir gehört haben, und die ich weder leugnen noch vertheidigen will? Auf die Stimmung des preußischen Volkes selbst. Und wodurch kam diese Stimmung zuerst zum Vorschein? Durch die vielberedete Huldigungsmaßregel. Ich bin der Meinung, daß jener Huldigungsbefehl eine der größten Taktlosigkeiten gewesen ist, deren sich das abgetretene Ministerium schuldig gemacht hat, und daß ihm hauptsächlich die schwache zweifelhafte Stellung zuzuschreiben ist, an der die Centralgewalt gegenwärtig leidet. Meine Herren, wenn eine Macht neu geboren wird und eigentlich noch keine Macht ist, sondern es erst werden soll, dann ist es eine sehr kurzsichtige Handlung, wenn diese Macht ihr Wirken statt mit einer That, mit einer Formalität beginnt und den andern schon existirenden wirklichen Mächten sagt: „Jetzt bin ich da, jetzt habt Ihr zuvörderst ein Compliment zu erweisen." Meine Herren! Erst müssen die Thaten kommen, dann wird sich der Respekt und die Achtung auch ohne formelle Huldigung von selbst finden. Dieses Gefühl hat sich Allen aufgedrängt, und darum war jene Maßregel ein schwerer Fehler. Ich bin überzeugt, wenn man Preußen gesagt hätte, es solle gleich 50,000 Mann nach Italien, oder sonst wohin schicken, sie wären, ohne sich zu besinnen, gegangen. Aber huldigen, sich einer solchen Respekts-Formalität fügen, bevor der Respect selbst da sein konnte? Das, sagten die Preußen, das thun wir nun und nie! In diesem Sinne hat sich damals das preußische Volk ausgesprochen, und wenn dabei auch viel Verblendung im Spiele war, so kann man es doch nicht so ganz und gar deßhalb verdammen. Diese Stimmung, meine Herren, hat das Ministerium in seiner Kurzsichtigkeit, weil es glaubte, sie werde immer so bleiben, wie sie eben war, benutzt und sich mit seinem

bis zur kleinen Engherzigkeit gesteigerten preußischen Particularismus, um mich eines gewöhnlichen Ausdrucks zu bedienen, auf die Hinterbeine gestellt, und geglaubt, den Waffenstillstand allein besorgen zu können, vielleicht sogar allein besorgen zu müssen. So ist es und ich leugne es nicht. Wenn Sie nun aber, meine Herren, den Waffenstillstand verwerfen, so haben Sie das ganze preußische Volk gegen sich. (Auf der Linken: Oh! Das ganze?) Mit einigen Ausnahmen wohl, das will ich zugeben, aber von den 16 Millionen sind es allermindestens 10, welche dann nicht mit der Nationalversammlung gehen werden. (Auf der Rechten: Beifall. Auf der Linken: Widerspruch.)

Vicepräsident v. Soiron: Ich bitte, nicht zu unterbrechen!

Jordan: Bedenken Sie, daß das Ministerium zu diesem Verfahren durch die Stimmung des Volks, namentlich der Bewohner der Ostseeprovinzen mit Ungestüm hingedrängt wurde. Bedenken Sie namentlich auch einen andern Punkt. Man hat gesagt: „Warum hat das preußische Ministerium nicht erst angefragt, ob es ratificiren dürfe?“ Darauf antworte ich einfach: Auf den 28. war der Verkauf sämmtlicher von Dänemark aufgebrachten Schiffe festgesetzt und am 26. erfolgte die Ratification: es war also in der That Noth zur Eile. (Rechts: Hört! Hört!) Es handelt sich hier also wirklich um etwas mehr, als, wie Herr v. Hermann gesagt hat, um die Eitelkeit des preußischen Ministeriums; es handelte sich um das hocherregte, vielleicht allzusehr erregte Selbstgefühl des preußischen Volkes. Ein solches preußisches Selbstgefühl, meine Herren, existirt und Sie werden es dem Volke nimmer aus dem Herzen reißen. Ich will es Ihnen sagen, warum es existirt. Wenn Sie Preußen in ganz gleiche Kategorie in Beziehung auf den Particularismus mit den kleineren Staaten stellen, so thun Sie ihm ein großes Unrecht. Es würde dieß an jenen armen Mann erinnern, welcher mit einem Millionär über eine Brücke ging und zu ihm sagte: Du vermagst doch nicht zu thun, was ich jetzt thun will; Du kannst nicht dein ganzes Vermögen ins Wasser werfen! und dabei zog er ein Viergroschenstück aus der Tasche und warf es in den Fluß. (Gelächter.) Das ist die Ungleichheit, meine Herren, zwischen dem preußischen und dem anderweitigen Particularismus. (Bravo auf der Rechten.) In demselben Maße schwer ist es für Preußen, denselben los zu werden. (Unruhe auf der Linken.) Ich werde meiner vorigen Behauptung jetzt widersprechen, aber nur scheinbar. Ich sage, das preußische Volk ist deutsch, aber, meine Herren, es weiß es nicht... (Große Heiterkeit auf der Linken — Auf der Rechten lauter Beifall. Stimmen: Ganz richtig! Sehr gut bemerkt!) aber es weiß es nicht, und das ist eben sein Particularismus. Das erregt Ihre (zur Linken) Heiterkeit; allein ich sagte Ihnen bereits, daß ich offen ausspreche, was ich sehe und weiß; auch sollte ich meinen, die Sache sei sehr ernst. Sie sollten sich bemühen, Preußen das Bewußtsein beizubringen, daß es als ein Glied des großen Ganzen am besten berathen ist. Ich frage, auf welche Weise das am besten geschieht? Ost- und Westpreußen sind erst seit ganz kurzer Zeit zu uns gezogen worden; es hat aber unsere Versammlung hier bis jetzt noch keinen Beschluß gefaßt, der für diese Theile wahrhaft wirksam und vortheilhaft gewesen wäre. Das z. B., was Sie hier in den Grundrechten zusammengestellt haben, ist dort schon seit 33 Jahren zu einem großen Theile verwirklicht. (Auf der Rechten: Sehr gut! Ganz vortrefflich! — Auf der Linken Heiterkeit.) Meine Herren! Diejenigen, welche etwas von den Zuständen in Preußen kennen, die selbst dort gewesen sind, die es gründlich kennen gelernt haben, werden wissen, daß allerdings durch den Polizeistaat Manches unterdrückt wurde, was gesetzlich existirte, und sie werden über die Behauptung, welche ich so eben aufstellte, ganz gewiß nicht lachen. (Auf der Rechten: Sehr richtig! Bravo! — Unruhe. — Der Präsident klingelt.) Nun, meine Herren! Wollen Sie, daß der erste wirksame Beschluß, welcher für Ost- und Westpreußen aus dieser Versammlung hervorgeht, dem Lande ein Opfer auferlegt, welches nichts anderes wäre, als der vollkommene Ruin dieser Länder? Glauben Sie dadurch auf das Volk und Land zu Gunsten der deutschen Einheit zu wirken oder zu Gunsten des Particularismus? Ich muß gestehen, ich würde dieses Recept nicht verschreiben, um die deutsche Einheit durchzusetzen. (Lebhafter Beifall auf der Rechten.) Ich sage, das preußische Volk ist deutsch und weiß es nur nicht. Es ist durch und durch in Sitte, Sprache und Gewohnheit deutsch, aber es weiß nichts mehr von der deutschen Geschichte, und die großen, erhebenden Abschnitte derselben sind aus seiner Erinnerung verschwunden. Es weiß nichts von dem in die Sage verflochtenen Kaiser Friedrich dem Rothbart und der symbolischen Bedeutung dieser Gestalt für die Aufrechthaltung des deutschen Reiches. Aber gehen Sie einmal hin an einem Winterabende in die kleinste Strohhütte, wo der Großvater beim spärlichen Lichte des Kienspanes den Seinen erzählt von der preußischen Geschichte, da werden Sie sehen, wie den Jungen das Auge leuchtet und das Herz aufgeht, wenn er von dem großen Manne erzählt, der als eine hellleuchtende Gestalt dasteht in jener Periode der tiefsten Erniedrigung und Schmach Deutschlands, von jenem großen Kurfürsten, der zum ersten Male die Augen der ganzen Welt auf Preußen lenkte; wenn er ihnen erzählt von dem alten Fritz, der die Erde erfüllte mit dem Ruhm des preußischen Volkes. Da werden Sie finden, wie innig man dort die Erinnerungen der particularen, aber ohne Gleichen großen Geschichte Preußens festhält. (Lebhafter Beifall auf der Rechten.) Und glauben Sie nicht, daß solche Erinnerungen so auf einmal vergessen werden können. Und ich gestehe es offen ein, wer diesen Particularismus ganz und gar aus seinem Herzen zu reißen vermag, von dem hege ich deßwegen wahrlich nicht eine bessere Meinung! (Im rechten Centrum: Ja, das ist wahr! Bravo! Unruhe auf der Linken und Gallerie. Der Präsident klingelt.) Ich sage, gehen Sie in das Volk und Sie werden dort

ein starkes, gewaltiges Nationalbewußtsein finden. Noch Niemand in Preußen, auch der Geringste nicht, hat es vergessen, daß Preußen, als es noch viel kleiner war, ganz allein einer ganzen Welt in Waffen siegreich gegenüber zu stehen vermochte. Und können Sie sich wundern, daß es sich eine gleiche Kraft noch heute zutraut? Wollen Sie daher dem preußischen Volke jetzt verdenken, wenn es sich noch nicht sogleich darein finden kann, einen Theil dieses Bewußtseins, dieser Selbstständigkeit aufzugeben? Glauben Sie nicht, daß ich diese Gesinnung, wo sie zur Eitelkeit, zum Eigensinn wird, vertheidigen will. Aber ich bitte Sie, haben Sie, wenn es darin zu weit geht, Nachsicht mit einem Volke, welches nicht so schnell zu dem neuen Gedanken der Nichtselbstständigkeit überzugehen vermag. Stoßen Sie nicht ein Volk zurück, welches deutsch ist und deutsch bleiben, welches aber seine Erinnerungen nun und nie aufgeben wird. Es ist aber gestern gesagt worden und ich kann daran nicht ohne innere Entrüstung denken: Preußen solle einmal versuchen, mit Deutschland einen Krieg zu beginnen. Ich weiß wahrlich nicht, was ich davon denken soll. Es war dieß denn doch eine Aeußerung, die wahrlich hier nicht hätte gehört werden sollen. (Beifall auf der Rechten.) Es gibt Keinen in ganz Preußen, der auf einen solchen verrätherischen Gedanken kommen könnte, daß jemals wieder ein Krieg zwischen Preußen und Deutschland möglich sein sollte. Glauben Sie mir, meine Herren, daß derjenige, der den Gedanken eines Krieges zwischen Preußen und Deutschland ausspräche, würde der Rache des Volkes anheim fallen und an der nächsten Laterne aufgehängt werden. (Bravo auf der rechten Seite.) Preußen wird nichts thun, wenn Sie es zurückstoßen, als mit Schmerz so lange sich zurückziehen und allein stehen, bis Sie es wieder werden haben wollen; — aber Sie können es glauben, daß, wenn irgend ein Feind von Außen es wagen sollte, Deutschland anzutasten, Preußen zuerst das Schwert aus der Scheide reißen wird. (Rauschender Beifall auf der Rechten und in den Centren. Bravo auf der Gallerie.) Das, meine Herren, können Sie (zur Linken sich wendend) durch Ihr Zischen ... (heftige Stimmen auf der Linken: Niemand zischt!) Es wird gezischt...

Vicepräsident v. Soiron: Es wird ja nicht gezischt.

Jordan: Ich sage es zu denen, die ich zischen gehört habe. Sie können durch ihr Zischen die Thatsachen doch nicht wegzischen! Ich würde weit lieber sagen: Preußen ist durch und durch deutsch, — aber ich kann es nicht, ich stehe auf objektivem Standpunkte, ich kann mir nicht helfen! Ich rede, wie ich Angesichts der Thatsachen reden muß! Sie werden diesen Particularismus nicht mit Gewalt überwinden, denn dadurch steigern Sie ihn erst recht zu seiner Höhe. Wenn Sie die Einigung Deutschlands ernstlich wollen, dann müssen Sie ihn nicht brechen wollen, Sie müssen ihn bekehren und versöhnen. Ich will nicht weitläufig an die Gefahren eines auswärtigen Krieges erinnern. Zu viel schon ist darüber gesprochen worden. Ich fürchte ihn nicht; ja, ich weiß nicht, ob nicht vielleicht gerade ein auswärtiger Krieg das beste Mittel sein würde, um uns schnell und gründlich zur Einigung zu bringen. (Mehrere Stimmen im Centrum: Ja wohl!) Das Volk der Deutschen ist von einer großen Idee jetzt erfaßt, von der Idee seiner Einigung — und ein solches, von einem erhabenen Gedanken durchflammtes Volk kann vielleicht hie und da eine Schlacht verlieren, aber es kann von Niemand in der Welt besiegt werden. Wir würden siegen, aber wie würden wir siegen? — auf Kosten der Freiheit durch den Militär-Despotismus, welchem wir dann unfehlbar verfallen. Ich habe gesprochen und von Ihrer Entscheidung hoffe ich's, es wird nicht das letzte Mal gewesen sein. (Große Bewegung; der Präsident klingelt.)

Vogt: Meine Herren! Ich will Sie zuerst auf Einiges aufmerksam machen, was in unseren Verhältnissen zu den auswärtigen Mächten liegt. Die ganzen weitläufigen Actenstücke, die wir erhalten haben, beziehen sich nämlich hauptsächlich auf zwei Punkte: einestheils auf die Verhältnisse zu den auswärtigen Mächten, diese machen den größten Theil aus; anderntheils auf unser Verhältniß zu der preußischen Regierung, welche ich niemals im Verlauf meiner Rede mit dem preußischen Volke zu verwechseln bitte; diese Beziehungen sind im Ganzen nur kurz erwähnt. Es zeigt sich, daß von Anfang an in dem Streite mit Dänemark mehre vermittelnde Mächte aufgetreten sind. Die Unterhandlungen fanden, wie sehr richtig bemerkt worden ist, einestheils zwischen England und Preußen, und zwar in London, Statt, anderntheils zwischen Preußen und Schweden — auf schwedischen Küstenpunkten; — es waren also diese beiden Mächte, England und Schweden, hauptsächlich, welche von Anfang an eine Rolle in den Unterhandlungen zwischen Preußen und Dänemark spielten. Eine weit geringere und weit spätere Rolle spielt Frankreich, und die allergeringste, dem Anscheine nach, wenn ich mich aber nicht täusche, die allergrößte in der Phantasie: Rußland. Ich muß in der That mich jetzt wundern, daß stets in den preußischen Regierungsdepeschen, in denen der Herren Auerswald und Camphausen namentlich, in erschreckender Weise von der feindseligen Stimmung Rußlands gegen uns, ja selbst von der eventuellen Theilnahme Rußlands an dem Kriege zu Gunsten Dänemarks gesprochen wird, während in den ganzen Actenstücken auch nicht ein einziger Beleg dazu vorhanden ist; denn dasjenige, meine Herren, was die Herren Auerswald und Camphausen sagen, das sind keine Belege, wie ich Ihnen nachher des Weiteren ausführen werde. Sie sehen dann auch in dieser Angelegenheit Schweden in einer höchst zweideutigen Rolle auftreten, und wahrlich, meine Herren, wenn ich die schwedischen Depeschen nachlese, so kann ich nicht umhin, meine allergrößte Verwunderung darüber auszudrücken, daß der frühere Minister des Auswärtigen hier uns sagte, man müsse Schweden als eine befreundete Macht betrachten. Wie! meine Herren, eine Macht soll man als befreundet betrachten, die ohne allen Grund und

Ursache, die ohne irgend einen Tractat oder sonst etwas, und wäre es auch ein Papier aus dem 16. oder 17. Jahrhundert, ihre Truppen nach Fünen führt, unserer Centralgewalt Grobheiten in's Gesicht wirft, und Preußen einen Separatfrieden garantiren will, eine solche Macht betrachtet Herr Heckscher als befreundet, eine Macht, die so handelt, betrachtet Herr Heckscher als eine solche, an die sich Preußen füglich hätte wenden können, um mit derselben Friedensunterhandlungen einzuleiten. Wahrhaftig, meine Herren, das übersteigt meinen Begriff von Freundschaft weit! (Große Heiterkeit und Beifall.) In dieser Stellung Schwedens werden Sie auch einen Grund finden, daß gerade Schweden auf die berüchtigten 7 Monate besteht. Es heißt ausdrücklich in einer Depesche von Herrn Camphausen vom 2. Sept., Schweden habe als conditio sine qua non die sieben Monate aufgestellt. Ich hatte bis dahin geglaubt, meine Herren, die letzten Unterhandlungen in Malmö seien bloß zwischen preußischen und dänischen Bevollmächtigten geführt worden, und nun finde ich zu meiner größten Ueberraschung in den Depeschen eine Aeußerung, es seien auch die schwedischen Unterhändler in Malmö gewesen und hätten gerade für die sieben Monate ihr Veto eingelegt; Veto, sage ich, wenn das anders ein Veto ist; aber der Reichsminister des Auswärtigen hat uns neulich eine so curiose Definition von einem constitutionellen Veto gegeben, daß ich das allenfalls auch ein Veto nennen darf. Meine Herren, es ist also dasselbe Schweden, das seine Truppen nach Fünen zur Unterstützung von Dänemark geführt hat, es ist dasselbe, das die sieben Monate gefordert hat. Herr Jordan hat Ihnen gesagt, er würde es für eine kolossale Dummheit von Dänemark gehalten haben, wenn es die sieben Monate, die ihm Vortheil bringen können — aufgegeben hätte; — allein, wenn das wahr ist, so sehe ich doch wahrlich nicht ein, warum gerade wir Deutschen das Privilegium der Dummheit haben sollen, (Bravo!) und warum wir in alle Ewigkeit der deutsche Michel sein sollen; (Bravo!) denn wahrlich, meine Herren, wenn von zwei gegenüberstehenden streitenden Parteien die eine dumm ist, weil sie etwas nicht annehmen will, so ist die andere gewiß dumm, wenn sie es annimmt. (Heiterkeit und Beifall.) Herr Francke hat uns gesagt, Preußen habe durch die That bewährt, daß ihm die schleswig-holstein'sche Angelegenheit am Herzen liege. Ich muß hier auf einen Punkt eingehen, den ich zwar nicht gerne berühre, allein ich bin dazu genöthigt, und bitte, daß man das, was ich sage, gerade von meinem Standpunkte aus beurtheilen möge. (Gelächter.) Es ist wahr, die preußischen Soldaten sind nach Schleswig-Holstein geschickt worden, und die Garde hat sich geschlagen, so brav, wie sich irgend nur Truppen schlagen können, aber es ist auch wahr, daß die Garde aus Preußen weggeschickt wurde, weil sie dem Volke damals verhaßt war. (Mehrere Stimmen: Nein!) Ich sage damals, ob es noch jetzt der Fall ist, weiß ich nicht. Damals war es übrigens so, und man war froh, einen Ausweg zu finden, um gerade die Garde dorthin zu schicken, und manchen Todten beim Dannewirke begraben zu lassen, der in den Straßenkämpfen von Berlin gefallen war. Meine Herren, das Element, welches Preußen in Schleswig-Holstein gekräftigt hat, ist eben die Leugnung der Revolution gewesen, und dieselben Männer, welche die Revolution in Berlin leugneten, leugneten sie auch in Schleswig-Holstein, und dieselben leugnen sie jetzt hier in Frankfurt in ihren Depeschen. Vergegenwärtigen wir uns die Rolle, die in der letzten Zeit die preußische Diplomatie spielte. Man hat uns gesagt, und in dem Minoritätsgutachten, sowie in manchen anderen Erläuterungen und Motiven ist es gesagt worden, der Herr v. Moltke sei zurückgetreten, und die dänische Regierung habe gewisse Waffenstillstandsbedingungen für unausführbar erklärt. Ich bitte Sie, meine Herren, wir haben 33 Jahre lang Metternich'sche Diplomatie studirt, so daß uns wahrlich fast toll und thöricht darüber geworden ist, und dennoch können wir ihre Schleichwege immer noch nicht lassen, und lassen uns von derselben Diplomatie in den Berichten des Herrn Camphausen übertölpeln. Herr Camphausen sagt: „die königliche Regierung, d. h. die königlich preußische Regierung, theilt mir mit, daß sie die Gewißheit habe, es sei Herr von Moltke von der Unmöglichkeit der Uebernahme der Präsidentur jetzt überzeugt, und es werde diese Ueberzeugung von dem dänischen Bevollmächtigten getheilt. Moltke hätte die Herzogthümer verlassen und möchte als zurückgetreten anzusehen sein." Einen solchen Satz nun, meine Herren, übersetzt Herr Stedmann in vernehmliches Deutsch, indem er im Minoritäts-Grachten sagt, Herr Moltke wäre zurückgetreten und die dänische Regierung verzichte auf seinen Hintritt. Es ist doch wahrlich ein Unterschied darunter, ob die königlich preußische Regierung sich von der Unmöglichkeit des Herrn Moltke überzeugt hat, oder ob die dänische Regierung davon überzeugt ist, und das was Camphausen als individuelle Meinung äußert, daß derselbe als zurückgetreten zu betrachten sein möchte, kann doch wahrlich nicht als eine Rücktrittserklärung von Seiten der dänischen Regierung angesehen werden. Man hat gesagt, wir seien nicht verbunden, wenn wir den Waffenstillstand genehmigen, denselben auch auszuführen. Wie? in demselben Moment, wo man uns sagt, wir müßten unser, beiläufig gesagt, von uns gar nicht gegebenes Wort dem Feinde halten, in demselben Augenblick sagt man uns, wenn wir zu der Genehmigung unser Wort gäben, brauchten wir dasselbe nicht zu halten! Wahrlich, meine Herren, wenn ich meine Stimme zur Genehmigung des Waffenstillstandes geben würde, dann würde ich mich auch verbunden halten zur Ausführung, und sollte ich die deutschen Truppen marschiren lassen, um für dänische Zwecke die Volksbewegung gegen den Waffenstillstand in Holstein zu unterdrücken. Ich würde dann consequent sein. Aber noch einmal, haben wir denn diesen Vertrag abgeschlossen? Haben wir unser Wort gegeben? nein, das haben wir nicht gethan, sondern die preußische Regierung. Diese mag zusehen, wie sie ihr Wort hält,

das Wort, das sie unserer Centralgewalt schon gebrochen hat. Man hat gesagt, die preußische Regierung werde nicht wortbrüchig werden. Ich will hoffen, daß sie die neuen Consequenzen einer gesunden Politik befolgt. Nachdem sie aber eine Vollmacht angenommen und sie überschritten hat, so möchte ich fragen, was ein solches Verfahren denn anderes ist als Wortbrüchigkeit. Meine Herren, man hat gesucht sich dadurch aus dem Dilemma herauszuziehen, daß man sagte, Preußen solle den Waffenstillstand aufrecht erhalten, während wir ihn verwerfen. Wahrlich, meine Herren, das wäre ein Zugeständniß, das sogar der alte deutsche Bund nicht gemacht haben würde, und wir unmöglich geben könnten. Preußen hat sich in dem Traum einer Großmacht während des langjährigen Friedens gewiegt; ich kann Sie versichern, seine Diplomatie hat immer nur das fünfte Rad am Wagen gespielt, und ist am Schlepptau anderer Mächte gezogen worden. Ich habe das mit meinen eigenen Augen gesehen, und es hat mich tief geschmerzt, es hat mich gegrimmt zu der Zeit, wo ich als ein zerrissener Deutscher, im fremden Lande weilend hören mußte; la Prusse et l'Allemagne wären zwei verschiedene Länder. Es hat mich gegrimmt, daß ein deutscher Staat im Schlepptau von Rußland war. Allein so war es. Preußen träumte den Traum, es sei eine Großmacht, es habe eine Stimme in europäischen Angelegenheiten. Diesen Traum will es fortträumen, allein in unserer Zeit gilt kein Traum, in unserer Zeit gilt nur die Wirklichkeit. (Stürmischer Beifall auf der Linken und auf der Gallerie.) Meine Herren, wahrlich, wenn Preußen gesagt hätte: wir geben der Centralgewalt Alles hin; wir unterwerfen ihr uns vollständig; da habt Ihr unsere Armeen, unsere Gesandten, nehmt, was Ihr wollt; — gewiß, man hätte Preußen auf dem Präsentirteller entgegengetragen, was man ihm jetzt Fuß für Fuß bestreitet, man hätte es ihm mit Freuden an den Kopf geworfen (Heiterkeit), man hätte ihm gegeben aus vollem Herzen, was man ihm jetzt nur widerstrebend und mit dem Stachel des Ingrimms gibt, wenn man überhaupt Etwas gibt. Meine Herren, das sind die Resultate dieser kleinlichen Krämerpolitik, die sich nicht zu erheben vermag auf die Würde eines einzigen großen Gedankens. Man hat uns gesagt, meine Herren: wie wollt ihr Armeen aus der Erde stampfen und Flotten hervorzaubern aus der See, wo ihr doch keine Macht habt? Meine Herren, diejenigen, die dieß sagen, übersehen die ungeheure Macht der Volkskraft, die allein das Element ist, das uns hieher berufen hat; Sie vergessen das Beispiel von Frankreich. Frankreich war damals von Innen und Außen bedrängt, es war zerspalten von Parteien, es hatte eine Vendée und einen legitimistischen Süden und einen abgefallenen Norden; die feindlichen Armeen griffen alle Grenzen zugleich an. Meine Herren, damals berief man sich auf die Volkskraft, und weil man kein Pulver hatte, so brachte die Wissenschaft das Pulver aus dem Boden hervor, man schuf Armeen und Schiffe, man schlug die Feinde; — aber, meine Herren, das war auch der Convent, der so Großes konnte, und nur ein Convent kann es. (Lebhafter Beifall.)

(Schluß der Sitzung $3^1/_2$ Uhr.)

Neun und siebenzigste Sitzung in der Paulskirche.

Sonnabend den 16. September 1848.
(Vormittags $9^1/_2$ Uhr.)

Vorsitzender: **Heinrich v. Gagern,** zum Theil Vicepräsident **v. Soiron.**

v. Vincke von Hagen: Es ist, wenn ich nicht irre, schon von einigen der vorigen Redner angedeutet worden, daß Jeder, der, wie ich, für Aufrechterhaltung des Waffenstillstandes das Wort nimmt, sich in einer entschieden ungünstigen Situation befindet gegenüber den Herren von der anderen Seite, welche für die Verwerfung des Waffenstillstandes sprechen: die Ersteren haben an eine ruhige Erwägung, an das kalte Urtheil des Verstandes zu appelliren, und das ist oft nicht bequem; die Anderen können appelliren an das Gefühl, und ich kann wohl sagen an die edelsten Gefühle; an das Gefühl der Nationalität, an die Nationalehre, an die Einheit Deutschland's, und was man weiter von Gefühlen hier vorgebracht hat; und ich könnte noch weiter sagen mit dem Redner vor mir, sie können an die Leidenschaften appelliren. Wir haben gestern gehört, daß man nur mit der Leidenschaft Großes vollbringen kann; ich hätte gedacht, daß man bei der Beurtheilung einer großen Staatsangelegenheit vor den Augen von Europa zuerst sich bemühen müsse, leidenschaftslos zu sein, und die Sache mit Ruhe und Besonnenheit zu erwägen. — Herr Vogt hat uns gestern eines andern belehrt, und in der Ueberzeugung, daß ich nicht zu so Großem berufen bin, wie dieser Minister der Zukunft, will ich mich bemühen, kalt und leidenschaftslos zu Ihnen zu reden. (Zischen auf der Gallerie.) Ich komme zur Sache. Im Allgemeinen ist darin von mehreren Rednern schon vorgearbeitet worden, so daß ich sehr kurz sein kann. — Namentlich hat das geehrte Mitglied aus Berlin, welches unter großem Beifall der Versammlung gesprochen hat, auseinandergesetzt, daß dieser Vertrag weit mehr erreicht hat, nicht bloß, als Deutschland sich vorgesetzt hatte, sondern selbst mehr, als Schleswig-Holstein beim Beginn des Krieges von Deutschland gewollt und verlangt hat. Es ist ausgeführt worden, und liegt auch klar vor, daß namentlich der wesentlichste Zweck, der eigentlich dem definitiven Frieden vorbehalten bleiben sollte, wenigstens vorläufig angebahnt worden ist, — daß nämlich der eigentliche Grund des Krieges, das dänische Patent vom 24. März, welches die Einverleibung Schleswig's in Dänemark aussprach, durch einen Artikel des vorliegenden Vertrages aufgehoben worden ist, und daß

gerade diese Incorporation Schleswig's mit Dänemark factisch dadurch beseitigt ist, daß Schleswig-Holstein seinen uralten verbrieften Landesrechten zufolge eine gemeinschaftliche Verwaltung und Regierung erhalten hat, an denen sogar Seitens Deutschland's oder der Deutschland vertretenden Regierung zwei Mitglieder ernannt worden sind, — und daß endlich den Zwecken, die man im definitiven Frieden erreichen wollte, nämlich die Feststellung der Untheilbarkeit von Schleswig und Holstein, ferner der Angehörigkeit Beider zu Deutschland, und endlich der Feststellung der agnatischen Erbfolge in keiner Weise präjudizirt worden ist. — Ich komme nun auf den Punkt der Regierung von Holstein. Es ist dabei, wie gestern bereits ausgeführt worden, zu bemerken, daß die provisorische Regierung ausdrücklich erklärt hat, daß sie nur im Namen des Herzogs und unter Vorbehalt seiner Rechte handele. Ich sehe demnach nicht ein, wenn ein friedlicher Zustand wirklich hergestellt ist, und wenn man Dänemark irgend welche Einwirkung in Schleswig-Holstein, wenn auch nur momentan, zuerkennt, wie man seitens Schleswig sich darüber beschweren kann, daß die Regierung abtritt, sobald dieser Zeitpunkt eintritt, und die Befugnisse des Herzogs wieder Platz greifen. Uebrigens habe ich auch gehört, daß die Mitglieder der provisorischen Regierung sich längst bereit erklärt haben, das patriotische Opfer zu bringen, und ihre Stellen niederzulegen, und das werden mir die Herren aus Schleswig bestätigen können. (Francke: Ja!) Auch bei diesem Punkte aber ist mehr erreicht worden, als vor dem Kriege möglich schien. — Es sind zwei Mitglieder, also die Hälfte von Deutschland ernannt worden, und sämmtliche vier Mitglieder sind Solche, gegen deren Gesinnung und Persönlichkeit in Schleswig keine Einwendung erhoben wird, das haben Herr Dahlmann und Herr Heckscher eingestanden. Daß in Bezug auf Graf Moltke ein Versehen, und zwar ein unverantwortliches Versehen begangen ist, will ich zugeben; wenn ich auch diesem Versehen nicht so viel Gewicht beilegen kann, als man in Schleswig-Holstein gethan. Graf Moltke mag eine Person sein, welche er will, so sehe ich doch nicht ein, wie er als einzelnes Mitglied eines Collegiums — denn eine andere Autorität hat er nicht — seinen vier Collegen gegenüber, die in jedem Falle die Stimmenmehrheit haben mußten, eine bedeutende Wirksamkeit in der Angelegenheit hätte üben können. Wenn aber die Gesetze der früheren provisorischen Regierung nicht zuvor formell aufgehoben würden, so würde das Dasselbe sein, als ob die Dänen ihre Ehre mit Füßen hätten treten lassen, und ich glaube nicht, nach der bisherigen Führung des Krieges, daß die Dänen so verächtlich sind, um sich Das gefallen zu lassen. Ich wiederhole es, die provisorische Regierung hat nie im eigenen, sondern nur im Namen ihres Herzogs und unter Vorbehalt seiner Rechte zu regieren erklärt, und es versteht sich daher von diesem Standpunkte wohl von selbst, daß danach dem Herzog nicht zugemuthet werden kann, auf seinen Antheil an der gesetzgebenden Gewalt zu verzichten, und Gesetze, die ohne sein Zuthun gegeben worden sind, ohne einen weiteren Act seiner Thätigkeit fortbestehen zu lassen. Es kommt noch hinzu, und ist wohl noch nicht erwähnt, daß einzelne Gesetze darunter sind, die etwas Entehrendes für die Dänen haben; so z. B. über die Abschaffung königlicher Titel und über die Uniformknöpfe. Das sind zwar große Kleinigkeiten; daß aber die dänische Ehre dadurch wesentlich afficirt wird, wird keinem vernünftigen Zweifel unterliegen. Ich komme nun an die formellen Gründe, — wenigstens kann ich sie nur für formell ansehen, — die gegen den Vertrag aufgeführt worden sind. Es ist zunächst der, daß der Abschluß des Waffenstillstandes im Namen des deutschen Bundes erfolgt sei. Man hat den deutschen Bund ein Gespenst genannt, und gemeint, das deutsche Volk werde nicht so viel Gespensterfurcht haben, um an ein solches Gespenst zu glauben. Ich glaube, das deutsche Volk ist zu vernünftig, um an alle Gespenster zu glauben, die in den Ideen mancher Leute auftauchen, und dann hier vorgebracht werden. Der deutsche Bund besteht noch, und ich bitte, mir nachzuweisen, daß der deutsche Bund aufgehört hat. (Gelächter auf der Linken.) Ich bitte Sie, nachher zu lachen, wenn ich meinen Satz vollendet habe. Nennen Sie mir eine Verfügung, nennen Sie mir einen Beschluß der Versammlung, der den deutschen Bund aufgehoben hat. Sie haben den Bundestag, das Collegium, das an der Spitze des deutschen Bundes stand, und ihn nach Außen hin vertrat, aber den Bund haben Sie nicht aufgehoben, und da sei Gott vor, denn was hätten wir dann sonst noch, was uns verbände? (Eisenmann: Das deutsche Reich verbindet uns!) Ich bitte, mich nicht zu unterbrechen, Herr Eisenmann. Ich erinnere Sie an die Worte eines Mannes, der weit gewiegter in staatsrechtlichen Dingen ist, als ich: Jordan's von Marburg, wenn er gestern sagte, daß unter dem Begriffe Bund ebensowohl der Staatenbund, als der Bundesstaat verstanden wird. Es ist bekanntlich noch sehr controvers unter den deutschen Staatsrechtslehrern, ob der deutsche Bund, ich will einmal im Sinne der Herren hier (auf die Linke deutend) sagen: „der frühere Bund" ein Bundesstaat, oder ein Staatenbund war. — Wenn nun also in dem Gesetze über die Centralgewalt implicite von einem Bundesstaat gesprochen, Deutschland ein Bundesstaat genannt wird, so wird kein Mensch sagen, daß dadurch implicite der deutsche Bund aufgehoben sei. Wie gesagt, bis jetzt hat Niemand ermitteln können, und das ist ja gerade das Tragische des deutschen Bundes, daß Niemand hat ermitteln können, ob er ein Staatenbund, oder ein Bundesstaat gewesen ist. (Heiterkeit.) Sie mögen nun aber auch annehmen, daß der Bund aufgehoben war; Sie werden mir doch jedenfalls zugeben müssen, daß dem Auslande von dieser Aufhebung nichts bekannt war, als etwa durch Zeitungen, zu der Zeit, als man den Vertrag von Malmö verhandelte. Man mag nun diesen diplomatischen Formen Werth beilegen, oder nicht, genug sie sind im Völkerrechte hergebracht, und die europäischen Staaten haben ein Recht, darauf zu beste-

hen. Denn jede Nation muß durch einen genügenden Bevollmächtigten der andern Nation erfahren, wie es mit ihr steht; Europa muß von uns annehmen, ob wir ein deutscher Bund, oder Gott weiß, was Anderes sind. So lange dem Auslande von der Aufhebung des Bundes, von der Einsetzung der Centralgewalt nichts notificirt war, kannte man Deutschland nicht anders als unter dem Namen der europäischen Verträge: als deutschen Bund. Das war die Firma, die wir nicht gewechselt hatten, und im Namen keiner andern konnten wir mit dem Auslande verhandeln. Was die siebenmonatliche Dauer des Vertrags betrifft, so hat man namentlich darin einen Grund zu Bedenklichkeiten gefunden, besonders weil man dadurch verhindert wäre, einen Winterfeldzug eröffnen zu können. Wir haben allerdings in der Geschichte einige wenige Beispiele, wo der Belt so zugefroren war, daß eine Armee hinüber konnte; die Fälle sind aber außerordentlich selten. Daß der große Belt festgefroren ist, kommt fast nie vor; und daß der kleine Belt so zufriert, daß eine Armee mit dem Train, Geschütz, Munitions- und Bagage-Wagen hinübermarschiren kann, ist äußerst selten, und wenn es ja der Fall ist, so ist es immerhin bedenklich, wenn eine Armee nicht zugleich im Besitze einer Flotte ist; denn der kleine Belt, der bisweilen zufriert, thaut auch dann und wann wieder auf. (Große Heiterkeit.) Es könnte uns da so gehen, wie einst Napoleon auf der Insel Lobau, der nicht wußte, wie er auf das feste Land wieder zurückkehren sollte. Ob Sie die Armee einer solchen Chance haben aussetzen wollen, muß ich doch bezweifeln. Die siebenmonatliche Dauer ist nach meiner innersten Ueberzeugung weit mehr vortheilhaft, als nachtheilig für Deutschland. Vortheilhaft einmal, weil wir bis dahin hoffentlich die 340,000 Mann, die wir jetzt nur auf dem Papiere haben, dann wirklich haben, und auch Gebrauch davon machen werden können, nicht bloß gegen Dänemark, sondern auch gegen jede andere Macht, welche Neigung hat, mit uns anzubinden; ferner, daß wir dann eine Flotte haben könnten, und dabei berufe ich mich auf die sachverständigen Mitglieder und besonders auf dasjenige verehrte Mitglied der österreichischen Armee, welches in Nord-Amerika die Sache praktisch kennen gelernt hat, daß wir bis dahin im Besitze von zehn Fregatten und zehn Kriegs-Dampfschiffen sein werden.

Möring (vom Platze): Allerdings!

v. Vincke: Ich verdanke diese Mittheilung einer Privat-Conversation. Wir werden mit dieser Seemacht im Stande sein, der dänischen Flotte gegenüber zu treten. Diese Schiffszahl werden wir in sieben Monaten erhalten, wenn wir nur ernstlich wollen. Ferner würden wir auch in unseren inneren Verhältnissen dann hoffentlich endlich so consolidirt sein, daß wir dem Auslande mit ganz anderer Entschiedenheit gegenübertreten können, als wir es nach unserer jetzigen Stellung, Europa gegenüber, vermögen, und dann werden uns wahrscheinlich auch die Allianceen nicht fehlen. Es sollte mich wirklich Wunder nehmen, wenn Europa uns gegenüber sieben Monate lang in derselben Ansicht und Einigkeit verharrte. Endlich wollen wir einen ganz wichtigen Umstand nicht außer Acht lassen, daß uns dann auch Oesterreich zur Seite stehen wird. Wenn namentlich die Mehrzahl der österreichischen Abgeordneten neulich für die Sistirung des Waffenstillstandes gestimmt hat, so fand ich das darin begründet, weil sie sich danach sehnten, an dem Kriege, an dem sie bisher nicht Theil genommen haben, sich zu betheiligen. — Ich glaube aber doch, daß Viele von Ihnen der Patriotismus zu weit geführt hat, wenn sie jetzt gegen den Waffenstillstand stimmen, in dem Augenblick, wo sie über ihre Armee nicht werden so verfügen können, als wie sie wohl hoffen. Aber in den sieben Monaten werden Sie nicht bloß die Armee haben, sondern noch weit mehr, auch die österreichische Flotte, und besonders deßwegen begrüßte ich es mit Freuden, daß der Waffenstillstand auf sieben Monate abgeschlossen wurde, weil wir dann den dänischen Krieg mit Oesterreich vereint fortsetzen können. — Es hat ferner ein verehrtes Mitglied, Herr Eisenmann, dem ich gern den Vorzug besonders scharfer Blicke einräume, noch geheime Artikel gefunden. Wenn auch nicht alle Behauptungen, die hier vorkommen, bewiesen werden müssen, — wir haben gestern mehrere sehr bereitwillig zurücknehmen sehen, — aber für so wichtige Fälle, wo es sich um unser Verhältniß zu Europa handelt, wäre es doch wirklich interessant, wenn das Mitglied den Beweis bei sich in der Tasche geführt hätte.

Eisenmann (vom Platze): Ich habe gefragt, ob die daraus . . . .

v. Vincke: Selbst wenn das verehrliche Mitglied nur gefragt hat, so muß ich doch bekennen, daß Europa gegenüber eine solche Frage mit etwas mehr Ueberlegung ausgesprochen zu werden verdient.

Eisenmann (vom Platze): Ich habe Gründe für meine Frage angegeben; widerlegen Sie dieselben, Herr v. Vincke, wenn Sie können.

v. Vincke: Ich kann nicht widerlegen, was ich nicht kenne; beweisen Sie, daß es so ist! Es ist in der ganzen Welt die Regel, daß man nicht beweisen kann, was nicht ist. Ich kann also bei dieser Sachlage nichts weiter sagen, als: „ich sehe keine geheimen Artikel." (Anhaltendes lebhaftes Bravo auf der Rechten, große Heiterkeit in der Versammlung.) Es ist ferner noch ein Umstand angeführt worden, den ich nur flüchtig berühren will, weil er mit den Verhandlungen über Schleswig-Holstein in naher Verbindung steht. Es hat nämlich Herr Venedey und auch Herr Waitz dem früheren Minister des Auswärtigen in Preußen, dem Herrn v. Arnim, großes Lob gesungen. Es scheint mir nun überhaupt nicht angemessen, von Abwesenden zu sprechen (auf der Linken: Oho!), sei es, sie zu loben, oder zu tadeln. (Zustimmung auf der Rechten. Widerspruch von der Linken.) Ich bitte, mich sprechen zu lassen. Wenn das Lob erlaubt ist, so muß auch das Recht zur Widerlegung, oder das des Tadels erlaubt sein; ich für meine Person würde mich aber nie entschließen können,

einen Abwesenden zu tadeln. Was nun in diesem Falle Herrn v. Arnim betrifft, so will ich nur soviel sagen, daß ich Anstand nehmen würde, das dem Herrn v. Arnim ertheilte Lob unbedingt zu unterschreiben. In Bezug auf sein Verhältniß zu der vorliegenden Frage muß ich aber doch einen kleinen Umstand erwähnen, der keinen Tadel enthalten, der aber nur beweisen soll, daß Herr v. Arnim diese Angelegenheit doch etwas zu sanguinisch angesehen hat. Auf dem zweiten vereinigten Landtage in Berlin kam unser Verhältniß zu Dänemark zur Sprache. Es wurde, mit Bezug auf Nachrichten, die an Mitglieder des Handelsstandes gelangt waren, damals die Frage an Herrn v. Arnim gestellt, welche Maßregeln getroffen worden, um der Wegnahme der Schiffe Seiten Dänemarks wirksam zu begegnen. Er antwortete, daß davon gar keine Rede sein könne, weil das dem Geiste des 19. Jahrhunderts gar nicht entspreche. (Auf der Rechten lebhaftes Bravo.) — Der frühere Herr Reichsminister Heckscher hat nun Preußen daraus einen Vorwurf machen wollen, daß es die Vollmacht begehrt und angenommen, und von derselben Gebrauch gemacht habe, ohne der Nationalversammlung die Ratification des Vertrags vorzubehalten, obwohl ihm das Gesetz über die Einsetzung der Centralgewalt bekannt war. Ich kann in diese so scharfsinnige juristische Deduction nicht speciell eingehen, ich will dem geehrten Mitgliede den Vorzug des Scharfsinns recht gern zuerkennen; ich erlaube mir nur, von meinem Standpunkt als Laie aus darauf hinzudeuten, daß, soweit ich die Verhandlung kenne, Preußen diese Vollmacht eben nur deßhalb begehrt hat, um mit Dänemark unbedingt abschließen zu können; es hat sie nicht in dem Sinne unbedingt verlangt, daß nicht die Centralgewalt denselben hätte Bedingungen hinzufügen können; aber wohl in der Weise, um mit Dänemark abschließen zu können, ohne daß es einer weitern Ratification durch die Nationalversammlung bedurfte. Mit Bezug darauf ist ja in dem bezüglichen Schreiben des Reichsministeriums gesagt worden: „Wir ertheilen die gewünschte Vollmacht, und sind uns der schweren Verantwortlichkeit bewußt, die wir dadurch übernehmen." Wenn jetzt das Ministerium der Ansicht ist, daß der Nationalversammlung die Ratification noch vorbehalten bleiben mußte, und ihr der Vertrag zu dem Ende an dem Abschlusse erst noch vorgelegt werden sollte, um Giltigkeit zu erlangen; worin bestand denn dann die große Verantwortlichkeit des Reichs-Ministeriums? Man brauchte ja dann nur den Vertrag ganz einfach abzuschließen, und dann der Versammlung vorzulegen; diese konnte ihn dann verwerfen, oder annehmen! Aber gerade darin, daß das Reichsministerium eine solche Verantwortlichkeit übernahm, liegt doch, meiner Ansicht nach, für Jeden, der lesen kann, die einfache Folgerung, daß der Vertrag von Preußen ohne Vorbehalt abgeschlossen werden konnte. Trat dieser Fall ein, so mußte das Reichsministerium dann förmlich der Versammlung gegenübertreten und eine Indemnitätsbill verlangen. Wenn es aber glaubte, die nachträgliche Gutheißung seiner Handlungen nicht verlangen zu können, so konnte es mit seiner Verantwortlichkeit nicht in Widerspruch gerathen. Eine Ratification der Versammlung bei dem Vertrage vorzubehalten, war ganz unzulässig. Ich vermag wenigstens nicht einzusehen, wie man diplomatische Verhandlungen so lange hinziehen kann, daß man erst hier über Aenderungen des Entwurfs discutirt, dann vielleicht gar, wie hierher, so auch nach Kopenhagen den Vertrag der dortigen Versammlung zuschickt, um ihn zur Verhandlung und Beschlußfassung zu bringen. Eine solche Art der Abschließung völkerrechtlicher Verträge ist unmöglich, das liegt auf der flachen Hand. Ich wüßte auch nicht, wo dieß bisher irgend der Fall gewesen wäre. In solchen Fällen muß jedes Ministerium die Verantwortlichkeit auf sich nehmen, und ich will hoffen, daß wir stets Ministerien erhalten, welche so viel Charakterstärke besitzen, und dann vor die Versammlung hintreten und es aussprechen, daß sie hoffen, eine Indemnitätsbill zu erhalten. Wende ich mich nun zu der anderen Alternative, so frage ich, was die Folgen einer Nichtgenehmigung des Vertrags sind. Als solche sind zunächst genannt ein europäischer Krieg. Herr Vogt, der sich auch zu der Theorie der Gespensterbannung bekennt, hat den Krieg ein Gespenst genannt. Ich würde uns aufrichtig Glück wünschen, wenn wir dem ewigen Frieden bereits so nahe wären, daß der Krieg nur ein Gespenst wäre. Aber Herr Vogt würde mir als Geisterbanner eines europäischen Krieges doch noch nicht genügen. Ich will auch nicht untersuchen, ob die Mächte geneigt seien, aus einem gewissen Fall einen Fall des Krieges oder Friedens zu machen. Denn soviel man auch von unserem diplomatischen Talente sagen mag, so sind wir, meine ich, doch in dieser Verhandlung nicht immer sehr diplomatisch verfahren, und haben vor Europa schon zu viel von unseren häuslichen Angelegenheiten ausgekramt. Sollten wir einen Krieg mit Europa zu führen haben, so halte ich mich auch überzeugt, daß wir ihn am Ende ruhmvoll bestehen. Indessen habe ich das Vertrauen, daß, da wir nicht bloß die Hoffnung, sondern auch die Leiden des Volkes zu vertreten haben, Sie nicht blind sein werden gegen die Folgen eines Kriegs, und nicht wegen einzelner Bedingungen, die etwas besser sein könnten, Deutschland dem Risico eines Kriegs aussetzen werden. Mag dieser Krieg im Norden oder Süden Deutschlands, oder wo er will, geführt werden, — das wird Niemand bestreiten, daß er große Opfer und Leiden für Deutschland zur Folge haben muß, daß er materielle Drangsale aller Art und großes Blutvergießen herbeiführt. Wenn wir aber doch Krieg führen, dann lassen Sie ihn uns führen zu einer Zeit, wo wir in völliger Bereitschaft sind, und mit Sicherheit dem Ausgange entgegensehen können, d. h. wenn die in der Voraussicht der Möglichkeit, daß ein solcher Krieg uns bevorstehen könnte, unter so großem Widerstreben jener Seite (auf die Linke deutend) beschlossene Vermehrung des Heeres bis auf zwei Prozent der Bevölkerung einmal ausgeführt sein wird. Es wird doch am Geeignetsten sein, den Krieg erst dann zu führen, wenn wir in der günstigsten Verfassung uns befinden, ihn anzunehmen. —

Es kommen dabei noch die Besorgnisse in Betracht, welche ein Krieg etwa unserer politischen Entwickelung bringt. Auf der einen Seite hat man gesagt, der Krieg würde zum Despotismus führen, und auf der anderen Seite, — das waren noch die Worte des Redners vor mir, — er würde uns zum Convente führen. Nun, meine Herren, das ist eine ganz seltsame Alternative; ich glaube am Ende, daß beide Parteien Recht haben. Führen wir den Krieg auf die Weise des ancien régime, dann wird er uns ganz gewiß zum Militärdespotismus führen, wie jetzt einmal unsere politische Lage ist; führen wir ihn mit dem Aufruf von Freischaaren, wie die Herren dort (auf die Linke deutend) ihn führen wollen, und ich gebe zu mit großer Consequenz der Ansichten, so führt er uns ganz entschieden zum Terrorismus und zum Convente. Ob dann die Guillotine des Despotismus angenehmer ist, oder die des Conventes, das lasse ich dahingestellt sein; ich finde die eine so wenig angenehm, wie die andere. (Heiterkeit auf der Rechten.) Ich will nun endlich zum Schlusse noch über einen sehr wichtigen Gegenstand ein paar Worte sprechen, und ich hoffe, wie bisher, ohne Leidenschaft und Aufregung, in Betreff der Stellung Preußens zu Deutschland, und was man speziell die Ehre Preußens genannt hat. Ich will vorausschicken, daß man Preußen mehrfach in diesem Hause auf eine verletzende Weise angegriffen hat. Wir haben das mit Ausnahme eines einzigen Falles, wo auch uns endlich die Geduld ausging, mit Ruhe und Geduld angehört; ja wir haben uns gestern noch das Wort gegeben, Herrn Vogt, der wieder auf dieses Thema sehr lebhaft einging, auf keine Weise zu unterbrechen. Sie werden mir aber gewiß das Zeugniß nicht versagen, daß es Keinem von uns jemals eingefallen ist, in irgend einer Weise Oesterreich, oder einen Theil der übrigen deutschen Staaten anzugreifen. Ob sich Stoff dazu gefunden hätte, will ich heute nicht weiter untersuchen; wenn Jemand daran gelegen ist, so stehe ich sehr gern zu Diensten. — Es ist hier mit Recht gesagt worden, daß die Ehre Preußens verpfändet ist bei der Ratification des Vertrags. Man hat das verstehen wollen von der Krone Preußen, oder vom preußischen Ministerium; einer solchen Auslegung muß ich aber entschieden widersprechen. — Man hat gesagt, — das war die Ansicht eines Minister-Candidaten, — der Wechsel des Ministeriums werde genügen, Das, was man nicht für möglich gehalten habe, nämlich, daß ein Staat sein Wort bricht, möglich zu machen. Ich glaube, so etwas ist doch nicht bloß in keinem monarchischen, sondern auch nicht in irgend einem republikanischen Staate Europa's bisher Rechtens gewesen. Man hat bisher angenommen, daß Jeder, der Namens eines Staats contrahirt, und die amtliche Befugniß hatte, Namens des Staats zu contrahiren, die Ehre des Staats für die Erfüllung des Vertrags verpfändet. Man kann dem Minister den Kopf vor die Füße legen, aber die Verträge, die der Minister geschlossen hat, sind rechtsverbindlich, bis man auf völkerrechtlichem Wege eine andere Rechtsverbindlichkeit eingegangen ist. Wenn das nicht mehr gelten soll in Europa, so weiß ich nicht, wie irgend Einer der Herren einen Vertrag wird schließen, wie er ein Ministerium mit Ehren wird bilden können. Einer, der das Recht hat, sich als Vertreter der Nation zu geriren, und die gehörige Vollmacht in Händen hatte, muß Treu und Glauben seines Staats dem Anderen verpfänden. — Man hat nun, um auf die Stellung zu kommen, die Preußen in Folge des Antrages zu Deutschland einnehmen wird, von der deutschen Gesinnung Preußens gesprochen; man hat die deutsche Gesinnung Preußens verdächtigen wollen. Ich glaube, daß von keiner Seite des Hauses die Designation des Erzherzogs zum Reichsverweser mehr Sympathieen, mehr freudige Zustimmung gefunden hat, als gerade von Seiten der Preußen. Ob darin eine Verleugnung der Sonderinteressen Preußens liegt, oder nicht, werden Sie sich selbst beantworten können. Man hat über die Huldigung gesprochen, ich will nicht wiederholen, was Herr Jordan von Berlin darüber bemerkte. Ich will nur fragen, was hat Preußen denn eigentlich gethan? Alle, die unzweifelhaft Bundestruppen in Preußen waren, sowohl die, welche in deutschen Bundesfestungen, als auch die, welche in Schleswig im Felde standen, haben ganz so gehuldigt, wie vorgeschrieben war. Man hat aber darum die Huldigung nicht vollständig vollziehen **können**, weil man weit mehr Truppen unter den Fahnen hatte, als das Contingent beträgt. Sie mögen den Kopf schütteln, oder nicht, das ist Thatsache, und ich bitte, mich zu widerlegen, wenn Sie anderer Ansicht sind. Und wer hat die deutschen Farben zuerst an seine Fahnen geheftet, wer anders, als Preußen? Wenn überhaupt die Huldigung hier zur Sprache gebracht wurde, namentlich von Seiten eines Mitgliedes aus Bayern, so habe ich zwar gehört, daß die Huldigung in Bayern **allgemein** stattgefunden hat, aber keineswegs in der vorgeschriebenen Weise. Man hat dem Reichsverweser von den drei instructionsmäßigen Hochs nur eines gegönnt, und die anderen auf Deutschland und den König von Bayern gerufen. (Zuruf von der Linken: Das erste Hoch galt dem König von Bayern.) So? Also das erste Hoch dem König von Bayern? Das ist ja noch schlimmer. Wollen Sie statt dieser Ceremonieen, denn nur als solche kann ich am Ende eine Huldigung betrachten, und ich glaube, die Herren auf dieser Seite (auf die Linke deutend), lieben sonst die Ceremonieen nicht; wollen Sie aber statt Dessen Handlungen und Thaten, so berufe ich mich eben auf den schleswig'schen Krieg. Welche Motive Preußen dazu gehabt hat, darüber hat Herr Vogt Ihnen einige eigenthümliche Hypothesen vorgetragen, worauf ich näher einzugehen unter meiner Würde halte. (Beifall.) Und da provocire ich auf das Urtheil aller meiner Landsleute. Aber deßhalb sollte Herr Vogt anerkennen müssen, daß es ihn geführt hat mit Entschiedenheit und Tapferkeit, wie es deutschen Männern und deutschen Truppen geziemt. Was es gelitten hat wegen dieses Krieges in den Ostseeprovinzen, das hat ihnen Herr Jordan vielleicht mit zu schwachen Farben angeführt; — und diese Leiden — sie haben sich nicht etwa blos, wie hier gesagt ist, nur auf einzelne Kaufleute, sondern auf den ganzen

Schifferstand, ja auf jeden Taglöhner, und um mich des ominösen Ausdruckes zu bedienen, selbst auf jeden Proletarier erstreckt. Herr Jordan hat uns von Preußen gesagt: „Das Volk ist deutsch, und weiß es nur nicht;" ich sage aber: „Das Volk ist deutsch, und weiß es auch." Es ist deutsch, und hat stets deutsche Gesinnungen bewiesen, nicht nur im vorigen Jahrhunderte, im Jahre 1778, als es die Herren, welche hier gegen Preußen declamirten, als es das Haus Bayern gegen die Eroberung gegen den Ländertausch mit Oesterreich bewahrte; nein, noch blutiger hat es sich bewährt im Jahre 1813. Sie werden es mir glauben, oder wenn Sie es mir nicht glauben, so sitzt hier ein Mann mit grauen Haaren, der als Schlachtensänger uns damals begeisterte; unsere Väter haben damals nicht blos für Preußen, sondern auch für die Ehre, für die Größe Deutschlands im Felde gestanden, und zwar zu einer Zeit, wo nicht ganz Deutschland für Deutschland im Felde stand. (Bravo!) — Man hat hier mit Recht gesagt, daß wir Preußen sehr Vieles, was wir für Deutschland in den Grundrechten erst erlangen wollen, bereits besitzen. Herr Vogt hat gesagt, wir hätten ja keine Preßfreiheit, kein Associationsrecht. Das gebe ich zu, daß wir nicht alle sogenannten constitutionellen Garantieen bisher besaßen. Ich will die Sache einmal scharf scheiden: Die Rechte für den denkenden und handelnden, für den gebildeten Theil des Volkes, der doch auch in den Volksversammlungen dominirt; diese Rechte haben wir bisher noch nicht gehabt, weil wir keine constitutionelle Monarchie hatten; aber die Rechte für den ärmeren, für den leidenden Theil des Volkes, die haben wir im ausgedehntesten Maaße, nicht blos seit dreißig Jahren, sondern seit 1808, in Folge der Stein'schen Gesetzgebung besessen: Die Entfesselung des Bodens, die Niederlassungs-, die Gewerbefreiheit, die freie Gemeindeverfassung der Städte. So haben wir längstens mehr besessen, als Sie uns durch Ihre Grundrechte geben wollen. (Beifall.) — Man ist dann von den inneren Zuständen Preußens auf die äußern übergegangen. Man hat von der russischen Politik Preußens gesprochen; so Herr Vogt. Es hat zwar eine Zeit gegeben, wo eine solche bestand, aber Sie werden mir zugeben, daß seit der Thronbesteigung des jetzigen Königs von keiner russischen Politik, sondern viel eher von einer Entzweiung mit Rußland die Rede sein kann. Wenn man eine Hinneigung zu einer auswärtigen Politik uns vorwerfen kann, so ist es nicht die russische, sondern die österreichische gewesen, und gerade deßwegen, weil man so deutsch sein wollte, als möglich, weil eben der König sich nicht an die Spitze Deutschlands stellen wollte, weil er glaubte, daß er dem Hause Habsburg den Vortritt gestatten müsse, gerade Dem haben wir Vieles von den Zuständen zu verdanken, die uns jetzt nicht blos beglücken, sondern in vieler Hinsicht auch drücken. Was dann die oft wiederholte Bemerkung betrifft, die auch Herr Vogt in der neulichen Debatte gegen mich vorgebracht hat, wir hätten zwar zum Provisorium für Oesterreich die Zustimmung gegeben, wir wollten aber das Definitivum für uns; nun, darauf muß ich erwiedern: Was mich betrifft, — denn ich habe von Niemand dabei einen Auftrag, — was aber meine Gesinnung betrifft, — und ich kann vielleicht für mein bescheidenes Votum einigen Antheil in der Verhandlung über das Provisorium in Anspruch nehmen, — ich werde gern das Definitivum dem Hause Oesterreich einräumen, wenn es nur erst deutsch geworden ist, wenn es seine außerdeutschen Bestandtheile, Galizien, Kroatien 2c. mit Deutschland vereinigen kann, oder sich seiner außerdeutschen Bestandtheile entäußert. (Anhaltendes Bravo.) Geben Sie uns diese Bedingung für Oesterreich, dann können wir auch stimmen für Oesterreich. So lange aber dieses nicht ist, so schaffen Sie uns ein besseres Definitivum, und unsere Stimmen werden Ihnen nicht fehlen. (Bravo!) Man hat gesagt: Was ist Preußen ohne Deutschland, was ist ein Arm ohne Körper? so hat Herr Giskra gesagt. Ich drehe die Sache um: Was ist Deutschland ohne Preußen, was ist ein Körper, wenn Sie den rechten Arm abgenommen haben? Herr Vogt hat Preußen hier Wortbrüchigkeit vorgeworfen. Es ist von vielen Seiten bemerkt worden, daß es keinen größeren Vorwurf gibt in der Welt, als wenn man einem Manne sagt, daß er nicht wahr ist, daß er sein Wort nicht hält. Daß wir der Centralgewalt gegenüber nicht wortbrüchig geworden sind, davon werden Sie sich, denke ich, nun wohl überzeugt haben; daß wir aber auch den Dänen gegenüber Wort halten werden, darauf können Sie sich verlassen. Nicht zehn Millionen, ich werde nur einen kleinen Theil im Süden ausnehmen, mindestens vierzehn Millionen Preußen werden sich dafür erheben. Wollen Sie uns die rothe Republik bringen, so kommen Sie, Herr Schober, an der Spitze Ihrer Freischaaren, ich glaube, wir werden es mit Ihnen aufnehmen. (Bravo von der Rechten.) Ich hätte geglaubt, daß es einer Versammlung, die aus besonnenen Männern besteht, und über Begründung eines rechtlichen Zustandes beräth, nicht würdig wäre, wenn uns von einer Seite gesagt wird: Wenn ihr nicht thut, was wir wollen, so bringen wir euch die Revolution. Ich glaubte, wir hätten auf dem gesetzlichen Wege zu beschließen. Wenn Sie die Gewalt an die Stelle unserer Berathung setzen, so glaube ich, wird Niemand bei uns Bedenken tragen — wir werden Ihnen den Krieg nicht bringen; wenn Sie ihn aber uns bringen, dann werden sich noch Männer finden, die Haus und Herd vertheidigen. Nun denn, so schließe ich, der Waffenstillstand, wenn er auch nicht allen Erwartungen entsprochen hat, welche wir vielleicht gehegt haben, enthält doch Alles, was wir nach der jeweiligen Lage der europäischen Verhältnisse von Dänemark haben erlangen können. Nehmen Sie ihn an: Auf der einen Seite liegt die Achtung Europa's und die Einigung Deutschland's, auf der andern Seite die Mißachtung Europa's und die Spaltung in Deutschland! Die Würfel liegen — wählen Sie! Werfen Sie! (Lebhafter Beifall von der Rechten und dem rechten Centrum.)

Merk von Hamburg: Ich halte es für meine Pflicht,

über die materiellen Interessen, welche auf eine so unermeßliche Weise durch den Krieg mit Dänemark verletzt worden sind, Ihnen Näheres auseinanderzusetzen, darüber einige factische Mittheilungen zu machen, und die Beherzigung derselben ans Herz zu legen. In Wahrheit darf ich es sagen, daß die größten Handelskrisen aller Zeiten nicht einen so nachtheiligen Einfluß auf den Handelsstand, sowie auf den Fabrik-, Industrie- und Gewerbestand Deutschlands hatten, als dieser an sich unbedeutend erscheinende, mit leichtem Sinn begonnene, in einem kleinen Winkel fortgeführte Krieg mit Dänemark. Alle unsere Häfen waren blockirt, unsere Schiffe hinweggenommen; alle Absatzmittel und Hülfsquellen erschöpft. Die von den Colonieen heimkehrenden reichen Schiffsladungen liefen in England ein, woselbst sie nach den dort bestehenden Gesetzen nicht verwerthet werden konnten, während die Kaufleute die dagegen übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen gezwungen waren, mit Schwierigkeiten aller Art für ihre Ehre, ihre Existenz zu kämpfen hatten. Blicken Sie hin nach der Ostsee, meine Herren, hören Sie den Jammerruf unserer Brüder; angewiesen auf den Export der dortigen Naturerzeugnisse; durch ihre natürliche und klimatische Lage darauf angewiesen, denselben in den wenigen Monaten der guten Jahreszeit zu beschaffen, stockt aller Verkehr, gehen alle Hülfsmittel zu Grunde; der Kaufmann verarmt schuldloser Weise; der fleißige Hafenarbeiter sinkt zum jammervollen Proletarier hinab, ganze Städte verarmen. Die sonst wohlhabende Stadt Swinemünde hat wenige tausend Thaler zur Unterstützung ihrer Armen nicht aufbringen können, und jene an die Unterstützung der Staatskasse weisen müssen. Die Nord- und Ostseestädte stehen in regem, wechselseitigem Verkehre, und wenn die Ersteren leiden, bleiben für die Letzteren die Rückschläge nicht aus. In Bremen und Hamburg liegt jeder Verkehr darnieder, und wir haben bereits ein, was wir früher nicht gekannt haben, bedauernswerthes Proletariat entstehen sehen; man hat, um die Kriegssteuern aufzutreiben, bereits zu außerordentlichen Auflagen, zu Zwangsanleihen schreiten müssen; bei den von den Dänen weggenommenen Schiffen sind namentlich Hamburg und Bremen noch mehr, als die Ostseestädte betheiligt, da viele der jenen Gegenden angehörigen Schiffe in Hamburg und Bremen versichert waren; — allerdings treffen die Verluste unmittelbar die Assecuranz-Compagnien, deren Actien jedoch in den Händen vieler Privaten, Wittwen und Waisen sich befinden, und die dadurch zu Grunde gerichtet werden. Ganze Geschäftsbranchen haben sich bereits nach England geflüchtet, und sie werden, wenn der Krieg auf's Neue aufgenommen wird, für Deutschland unwiederbringlich verloren sein. Lübeck, die hannoveranischen und mecklenburgischen Häfen finden sich ganz in derselben Lage, wie Hamburg und Bremen; auch die dortigen Schiffe haben die Dänen aufgebracht, und noch vor Kurzem wurde ein hannoveranisches Schiff, „Grönland," welches reich beladen vom Wallfischfang, in einem Werth von 30,000 Thalern heimkehrte, von den Dänen aufgebracht und nach Kopenhagen geführt. Wenn Sie jetzt, wo nach dem abgeschlossenen und bekannt gewordenen Waffenstillstand der Geschäftsverkehr sich zu regen beginnt, und der Gewerbsfleiß auf's Neue sich rührt, die Fortsetzung des Krieges beschließen, so jagen Sie alle die Unternehmungen, die in der Hoffnung auf den Frieden begonnen wurden, in den Rachen des Feindes, Sie machen ihn reich, und uns arm, Sie schaffen ihm den Nerv zur Fortsetzung des Krieges; während Sie die Küstenbewohner plündern, während Sie noch nicht einmal den Muth gehabt haben, das Princip der vollkommenen Entschädigung für die Küstenstädte, für die Schäden, die sie durch den Krieg erlitten haben, auszusprechen! So ungerecht, meine Herren, werden Sie nicht sein, Sie werden einsehen, daß wir nicht allein für die Ehre Deutschland's bluten können; die Ehre der hohen Versammlung liegt darin, daß sie alle diese Verhältnisse bei ihrem Beschlusse berücksichtigt, und bei ihrem entscheidenden Votum der ernstesten Erwägung unterzieht. Meine Herren! Wenn der Export-Handel von Bremen und Lübeck leidet, so leidet auch das Fabrikinteresse in dem Inneren von Deutschland; — ich kann Ihnen das durch Zahlen beweisen: Hamburg und Bremen haben in diesem Jahr ein Drittel des Belaufes der Manufacturwaaren ausgeführt, die sie in gewöhnlichen Jahren auszuführen pflegen; ich schätze dieß auf 10 bis 15 Millionen Thaler, wovon 5 bis 7 Millionen Thaler Arbeitslohn für die deutschen Arbeiter verdient worden wären, und, meine Herren, der Winter naht heran! Diejenigen, die in Oberschlesien wohnen, wissen, was das Wort Winter für eine Bedeutung hat, wenn Typhus und Hungersnoth die Leute zu Tausenden vernichten! Meine Herren! Wenn Sie die Fortsetzung des Kriegs in der Voraussetzung beschließen, daß Sie Ihre Heere über den Belt marschiren lassen können, so müssen Sie auch für das Waffenglück unserer Truppen einen strengen, einen russischen Winter vom Himmel erflehen, und ich bin fest überzeugt, daß in dieser hohen Versammlung kein Herz ist, das die Leiden und Drangsale eines langen und strengen Winters für unserer Arbeiterstand, für unser vom Geschick hart geprüftes Vaterland herbeiwünscht. (Beifall auf der Rechten.) Ich komme jetzt zum Schluß. Es hat ein geehrter Redner auf dieser Stelle hingewiesen, wir sollten uns zum Krieg mit Dänemark dadurch rüsten, daß wir rasch eine Flotte schaffen und Kaperbriefe ausgeben. Meine Herren! Lassen Sie den Waffenstillstand abschließen, und wir haben sieben Monate vor uns; in sieben Monaten kann die rüstige Thatkraft deutscher Männer viel schaffen, und nach sieben Monaten werden uns auch die von dieser Stelle versprochenen 500,000 österreichische Soldaten willkommen sein, um den Krieg fortzusetzen, und bis dahin wird die österreichische Regierung sich wohl noch besonnen haben, und die von hier decretirte Aufhebung des Geld- und Silber-Ausfuhrverbots endlich auszuführen. Ich muß aber mit Entrüstung die Idee der Ausgabe von Kaperbriefen abweisen. Meine Herren! Bereits im vorigen Jahrhundert haben drei europäische Staaten, Rußland,

Schweden und Preußen, letzteres glaube ich in den Jahren 1785 und 1786, Tractate abgeschlossen, in welche Artikel aufgenommen sind, nach welchen die Ausgabe von Kaperbriefen, im Fall des Ausbruchs eines Kriegs unterbleiben soll. Ich schließe mich dieser Ansicht an, ich hoffe, daß Deutschland sich niemals beflecken wird mit der Ausgabe von Kaperbriefen, denn Kaperbriefe sind nichts als privilegirte Freibeuterei (Beifall auf der Rechten); ich erkenne es an, daß Dänemark unterlassen hat, sich dieses schmählichen Mittels zu bedienen, das nur gewissenlose Regierungen zu benutzen pflegen. (Beifall auf der Rechten.) Meine Herren! Zum Schlusse fordere ich alle Diejenigen auf, welche die Ehre Deutschland's stets zu ihrer Parole, und die Furchtlosigkeit vor einem europäischen Kriege zum Feldgeschrei erhoben haben, da sie doch im Allgemeinen so großen Werth auf Zeitungsberichte und Zeitungsnachrichten legen, die englischen und französischen Blätter, die seit dem 5. September erschienen sind, durchzustudieren; ich glaube, sie werden die feste Ueberzeugung schöpfen, daß ein europäischer Krieg von dieser Stelle weder durch prunkende Gelehrsamkeit, noch durch glänzende Redensarten sich beseitigen läßt. (Anhaltender Beifall auf der Rechten und dem rechten Centrum.)

Degenkolb von Eilenburg: Ich begreife nicht, meine Herren, wie Sie zum Frieden kommen wollen, wenn Sie nicht vorher den Waffenstillstand haben. Ein geehrter Vorredner gibt sich als Freund der Gewerbe kund. Wenn er das wirklich ist, dann, meine Herren, muß er auch den Waffenstillstand dankbar hinnehmen; denn ich wiederhole, woher sonst soll uns ein Frieden kommen, wenn nicht ein Waffenstillstand vorhergeht? Er sagt Ihnen zwar: Der Waffenstillstand hilft uns nichts, denn die Bodenproducte, die wir ausführen wollen, können unter sechs Monaten nicht unter die Schiffe kommen. Ich widerspreche Dem; denn es lagern schon sehr viele Schiffe befrachtet da, die nur auf die Gewißheit warten, daß sie auslaufen können. Es gibt Bodenproducte genug, die sofort wieder andere Schiffe befrachten können, und es ist wohl noch sechs Wochen Zeit, um aus unseren Seehäfen die Producte des Bodens und der Fabrication fortzuschicken. Auch handelt es sich nicht bloß um Bodenproducte, denn wenn vorher Herr Merk gesagt hat, daß Bremen und Hamburg 16 Millionen weniger ausgeführt haben, als andere Jahre, so sind das großentheils nur Fabrikate, und dabei scheint mir Herr Merk zu wenig angenommen zu haben; es ist ein bedeutender Ausfall, denn er beträgt wohl 20 Millionen, und es kommt hiebei auch der Arbeitsverdienst, der gegen 8 bis 10 Millionen beträgt, in Betracht, welche nicht bloß Preußen, sondern ganz Deutschland fehlen. Ich bin also für diesen Waffenstillstand, oder vielmehr ich kann nicht gegen ihn sprechen. Ich kenne nur zwei Fälle, wo ich es thun würde, wo ich glaubte, es verantworten zu können: Wenn die Ehre Deutschland's wirklich verletzt worden wäre, oder Preußen aus Mißachtung der Centralgewalt so gehandelt hätte, wie es gehandelt hat. Beides muß ich verneinen; ich brauche dieß aber nicht weiter auszuführen, denn von Vorrednern scheint dieß schon bis zur Evidenz bewiesen zu sein, daß es nicht der Fall ist. Es handelt sich also nicht um die Ehre, sondern nur um ein Mehr oder Minder von Vortheilen. (Stimmen auf der Linken: Oh! oh!) Preußen hat nur der Nothwendigkeit nachgegeben, nicht nur der Interessen seiner Hafenstädte wegen, sondern auch der Interessen wegen, die tief hinein in ganzen Provinzen verletzt sind. Das scheint mir das einzige Motiv zu sein, warum Preußen einen, allerdings muß ich sagen, übereilten Waffenstillstand abgeschlossen hat. Daß es nicht die Centralgewalt hat verletzen wollen, beweist mir die Instruction vom 27. Juli. Wer diese ohne Partei-Leidenschaft liest, muß zu der Ueberzeugung kommen, daß Preußen mit aller Loyalität die Centralgewalt als die erste Macht Deutschland's anerkannt hat; es hat sich die Vollmacht von der Centralgewalt erbeten, um den Waffenstillstand abschließen zu können. Ueber die Bedingungen selbst könnte ich nur Wiederholungen vorbringen. Ich beschränke mich nur darauf hinzuweisen, daß es der Centralgewalt obliegt, einen ehrenvollen Frieden innerhalb 7 Monate zu vermitteln. Das kann geschehen. Uns aber liegt ob, diese gegebene Zeit von 7 Monaten dazu zu benutzen, die Einheit Deutschland's zu erreichen, von der wir, meiner Ansicht nach, heute weiter entfernt sind, als am 18. Mai, wo wir uns zum ersten Male versammelten. Mit Preußen können Sie abrechnen, Sie haben das Recht dazu; aber was werden Sie dabei gewinnen? Ehre nicht! Die Einheit Deutschland's aber können Sie auf lange Zeit unmöglich machen. Sie können den Waffenstillstand verwerfen, die Centralgewalt hat das Recht dazu; Preußen aber ist mit seiner Ehre darauf verpflichtet, den Waffenstillstand zur Vollziehung zu bringen; und Preußen's Ehre scheint mir doch identisch mit Deutschland's Ehre zu sein, wenn Sie überhaupt eine Einheit Deutschland's annehmen. Den Mann nenne ich ehrlos, der einen Vertrag brechen kann; für Regierungen habe ich dafür keinen milderen Ausdruck. Herr v. Herrmann hat zwar gesagt, es sei bloß eine Ministerangelegenheit. Nun, meine Herren, ich will nicht fürchten, daß jemals die Centralgewalt einen Minister hat, der jemals einen Vertrag, welcher rechtlich geschlossen ist, widerrechtlich zurückweisen könnte durch eine Ministerkrisis. (Bravo auf der Rechten.) Das Verwerfen ist nicht allein die Vernichtung der deutschen Einheit, sondern auch die Herausforderung eines europäischen Krieges. England hat im Art. X die Garantie übernommen; England ist berechtigt, auf Vollziehung zu dringen. Ich will von diesem Platze aus keine feindliche Sprache gegen England führen, aber ich begreife wenigstens, daß es England's Aufgabe nicht sein kann, unsere Handelsflotte und Einheit zu befördern, und ich kann mich ganz und gar nicht wundern, wenn England sich tröstet, wenn wir selbst die eignen zerstörenden Hände an unsere Flotte und Einheit legen. Von den materiellen Interessen will ich nicht sprechen; ich weiß es, daß diese schweigen müssen, wenn höhere Interessen auf dem Spiele stehen;

wenn aber höhere Interessen nicht dadurch verletzt werden, dann, meine Herren, stehen die materiellen Interessen in erster Linie, und eine Nation läßt ihren Wohlstand nicht ungestraft vernichten. Wird es erst soweit gekommen sein, dann ist auch die Zeit da, wo die Täuschungen verschwunden sein werden, und man wird Rechenschaft von Denjenigen fordern, die mit Leidenschaftlichkeit, statt den Frieden zu erhalten, den Wohlstand zu verbreiten, vielleicht Hunderttausende an den Bettelstab gebracht haben. Herr Vogt hat gestern mit dem Convente geschlossen; er hat Recht, sein und seiner Freunde Weg führt zum Convent, und immer, immer weiter bis zum Militärdespotismus; um diesen Preis, meine Herren, will ich keine Einheit.

Blum von Leipzig: Man hat uns im Laufe der jetzigen Verhandlungen vielfach zur Ruhe und zur Besonnenheit gemahnt, und allerdings ist dieselbe nothwendig bei einer Verhandlung dieser Art; allein ausschließen kann dieselbe doch wohl nicht jene lebendige Empfindung für Das, was wir verhandeln, und die man gestern richtig mit Leidenschaft bezeichnet hat. Denn soweit die Geschichte reicht, hat die Leidenschaft stets die Ereignisse geboren, die Ruhe und Besonnenheit hat sie erzogen; wir sind aber wirklich in dem Falle, die auf dem Papier stehende deutsche Einheit zur Wirklichkeit zu machen, sie in das Leben zu rufen; und dazu gehört Leidenschaft, dazu gehört eine lebendige Empfindung. So selten es der Fall sein mag, so vollkommen bin ich mit Herrn Jordan einverstanden, daß die Haltung unseres Reichsministeriums keinesfalls in dieser Frage von der Art gewesen ist, daß ich in die Lobsprüche einstimmen könnte, die man ihm ertheilt hat. Ich will nicht von der heitern Laune des Herrn v. Schmerling reden; sie hat mich erfreut, denn nach den Erfahrungen, die wir an einem der letzten Tage seiner Bundespräsidentschaft gemacht haben, scheint das sein Schwanengesang zu sein. Ich meine nicht den der Person als Minister, sondern den des alten Bundessystemes, welches mit ihm an der Herrschaft gewesen ist. Inwiefern des Reichsministers des Auswärtigen, Herrn Heckscher's Vertheidigung, die hier mit Anrufung aller Zeugen und aller processualischen Formen stattgefunden hat, geeignet war, der Sache, die er vertrat, Anhänger zu verschaffen, wird der Erfolg zeigen. Ich muß mit einem Redner vor mir einstimmen, daß ich lieber die Sache, als die Person des Reichsministers vertreten gesehen hätte. Es ist gestern darauf hingewiesen worden, daß diese (linke) Seite des Hauses die Centralgewalt nicht in der Weise gewollt habe, wie sie geschaffen worden ist, und das ist richtig; allein man ist auch so gerecht gewesen, zu sagen, daß man, wenn es sich darum handle, die Centralgewalt stark und zur Wirklichkeit zu machen, zu uns vertraue, wir werden die Hand dazu bieten, und ich versichere, wir werden es. (Bravo in der Versammlung.) Wir werden alle Ministerien, die halb und zweideutig und feig sind, und nicht wissen, was sie sollen und wollen, mit allen Kräften, die uns zu Gebot stehen, bekämpfen, bis zu dem Augenblick, wo wir ein starkes haben, einerlei, ob von dieser oder jener Seite (Bravo!), und deßhalb greifen wir das Ministerium an, das noch in einem halben Leben vor uns tritt. Deßhalb weisen wir für seine traurige Haltung auf die Art und Weise hin, wie die Limburger Frage verhandelt worden ist, wie man officielle Actenstücke durch halbofficielle Briefe verleugnet und zu nichte macht, wie man die Centralgewalt oder vielmehr ihren Träger bei öffentlichen Gelegenheiten auftreten läßt, und wie man in dieser Sache verfahren ist. Als das Ministerium sein Amt antrat, hatte es jenen Krieg vor sich; allein nachdem Ihnen hier im August gesagt worden ist, daß es eben noch beschäftigt sei, sich die Schreibmaterialien anzuschaffen, ist es begreiflich, daß es sich um diesen Krieg nicht bekümmern konnte. Es ist der ganze Monat Juli vergangen, und man kann nicht das Kleinste aufweisen, daß sich das Ministerium darum bekümmert hat. Am Ende Juli brachte man ihm die Kunde von den Waffenstillstands-Präliminarien zu Malmö und Bellevue, die ihm die englischen Zeitungen vier Wochen vorher gebracht hatten, und dann erst begann es — — nichts zu thun. (Gelächter.) Die preußische Regierung verlangte von ihm eine unbedingte Vollmacht zum Abschluß des Waffenstillstandes; überraschen kann es uns allerdings nicht, nachdem Heckscher bei Gelegenheit der Verhandlung des Raveaux'schen Antrags uns die Theorie entwickelt hat, daß man Das, was man besitzt, nicht auszusprechen brauche, daß das Ministerium bei dem Ansinnen, welches ihm gestellt wurde, auch nicht für nothwendig hielt, die Genehmigung vorzubehalten. Wenn der Reichsminister Heckscher in seinem Privatverkehr derartige Ansichten hat, dann ist es allerdings seine Sache, inwiefern er darnach leben will, oder nicht; wenn ihm aber von uns etwas anvertraut ist, und das war das Gesetz über die Centralgewalt, — und es zweifelt Jemand daran, daß dieses anvertraute Gut unser ist, dann verlange ich vom Reichsminister Heckscher, daß er das ihm anvertraute Pfand hüte, und das hat er nicht gethan. (Bravo!) Man hat uns gesagt, die Verhandlungen, wie sie nun einmal seien, und namentlich der zweideutige Passus, „die gewünschte Vollmacht“ habe Preußen berechtigt, zu handeln, wie es gethan hat. Das muß ich freilich bestreiten, und namentlich gegen Den bestreiten, der die Forterxistenz des deutschen Bundes mit soviel Bestimmtheit behauptet hat; denn in der deutschen Bundesacte und in der Wiener Schlußacte ist ausdrücklich festgesetzt, daß bei einem Bundeskrieg kein einzelnes Glied des Bundes im eigenen Namen verhandeln kann und darf. Auf diesen Grund hin hat auch der Bundestag den damaligen Vollmachtträger, die preußische Regierung, darauf aufmerksam gemacht, daß bei „jedem wichtigen und präjudizirlichen Abschluß, ja bei jeder Verhandlung dieser Art“ die Genehmigung des Bundestags eingeholt werden müsse. Wollen Sie demnach sich auf die Bundesacte stellen, so war Preußen zum Abschlusse in keiner Weise befugt; wollen Sie sich auf das neue Gesetz über die Centralgewalt stellen, so war es dazu ebensowenig befugt. Was aber das Reichsmi-

nisterium betrifft, mit dem wir es in dieser Frage allein zu thun haben, so glaube ich, lag ihm nicht bloß ob, die Gesetze zu bewahren und die Centralgewalt auf eine würdigere Weise, als es gethan hat, zu vertreten; sondern man sollte bei so scharfsichtigen Männern, wie die Reichsminister, glauben, sie hätten die Verhältnisse auch ins Auge gefaßt. Dann würde ihnen nicht entgangen sein, daß gerade merkwürdigerweise seit Schaffung der Centralgewalt von Seiten Preußens mit einer Hast auf diesen Waffenstillstand zugesteuert wurde, die in der That überraschen muß. Unmittelbar nach Schaffung der Centralgewalt kamen die vorläufigen Bedingungen von Malmö, wurde die Vermittlung England's bei Seite gelassen und die Schweden's angenommen, kamen die Unterhandlungen von Bellevue, und in einer ununterbrochenen Reihenfolge kam man zum Abschluß des Waffenstillstandes. Nichts ist natürlicher, als daß Dänemark, nachdem es sah, mit welcher Hast man den Abschluß des Waffenstillstandes betrieb, sich in seinen Anforderungen steigerte, daß es mehr verlangte, als anfangs. Ich will indessen nicht wiederholen, was bereits oft hier gesagt worden ist, inwiefern die letzten Bedingungen von den ersten abweichen; ich will auch nicht darauf hinweisen, daß es sehr gleichgültig ist, ob der Graf v. Moltke an der Spitze der Regierung stand, oder nicht; denn um die Person handelt es sich nicht, es handelt sich darum, daß man den Mann, in dem das dänische Princip am schärfsten ausgeprägt war, an die Spitze der Regierung stellte. Man sagt nun als eine Concession: Graf Moltke ist zurückgetreten; nein, meine Herren, er ist zurückgetreten worden, und wenn man jetzt angeblich eine gute Miene zum bösen Spiele macht, so ist Das nichts Anderes, als die Anwendung des Sprüchworts von dem Fuchs, dem die Trauben zu sauer sind. Was wird kommen? Nichts Anderes, als ein anderer Moltke, wenn er auch nicht so heißt. So hat man denn einen Waffenstillstand in dem Augenblick abgeschlossen, wo die vereinten Kräfte von Deutschland sich auf dem Schauplatze des Krieges gesammelt hatten, als die Söhne unseres Vaterlandes von allen Seiten zusammengeströmt waren, als Deutschland zum ersten Male seit dem Erwachen der neuen Zeit seine gemeinsamen Kräfte üben sollte, also die sichersten Bürgen in denselben gegeben waren, daß wir einen ehrenvollen Frieden schließen konnten. Wie der Waffenstillstand beschaffen ist, darüber lesen Sie die Blätter unserer Feinde, lesen Sie namentlich Fädrelandet, welches hier citirt wurde. Warum aber dieß Alles? Warum wurde nicht direct verhandelt, warum nicht wenigstens die Verhandlung, ich will nicht sagen, beaufsichtigt, aber von Seiten der Reichsgewalt daran Theil genommen? Ich kann mir darüber keine Rechenschaft geben, denn da, von wo uns Auskunft darüber kommen sollte: beim Ministerium, finden wir dieselbe Einheit und Einigkeit, wie wir sie in der Limburger Frage fanden, wo die Minister hier nicht wußten, was diese dort vorbrachten. Herr Heckscher hat uns etwa gesagt: „Wenn Dänemark behauptet, es könne mit der Centralgewalt nicht unterhandeln, so ist das eine Lächerlichkeit; man hat hier eine historische weltbekannte Thatsache verleugnet, und darüber braucht man gar nicht zu reden." Der diplomatischere Herr v. Schmerling sagt uns dagegen: „Gott bewahre, die Centralgewalt war für Dänemark gar nicht da, sie war ihm ja nicht angezeigt, wie konnte es also mit der Centralgewalt verhandeln?" Die Sonderbarkeit, die darin liegt, daß der Herzog von Holstein nichts davon wußte, will ich nicht wiederholen, aber auf einen andern Umstand aufmerksam machen, daß nämlich dieses Ding, welches den Dänen gar nicht bekannt, und für sie nicht in der Welt war, dessen ungeachtet einen Bevollmächtigten ernennen, demselben eine Vollmacht geben, und von ihm verlangen konnte, auf Grund dieser Vollmacht mit den Dänen einen Waffenstillstand abzuschließen. Das geht über meinen, freilich nicht diplomatischen Verstand hinaus. Etwas aber ist mir klar: entweder war die Centralgewalt wirklich nicht vorhanden, und dann handelte das Ministerium uns gegenüber pflichtwidrig, denn es mußte Preußen allein bevollmächtigen, und das Gesetz von 28. Juni umgehen; oder es war die Centralgewalt eine historische Thatsache, die man nicht leugnen konnte, und dann begreife ich nicht, wie man solche Entschuldigungen vorbringen mochte, wie wir sie vorgestern hier gehört haben. Freilich von einem Ministerium, das die neugeschaffene Centralgewalt, die so sehr der Entschiedenheit bedarf, entschieden vertrat, hätte man erwartet, daß es eine Antwort gab, wie sie Bonaparte zu Campoformio gegeben hat. „Streichen Sie," sagte er, „die Anerkennung der Republik aus; wir brauchen sie nicht, denn sie ist klar wie die Sonne am Himmel." (Bravo!) Es ist darauf aufmerksam gemacht worden, welche schwere Verluste die Küstenländer erleiden durch eine Fortsetzung des Kriegs, und gewiß ist Das mit vollem Recht geschehen. Ich brauche Ihnen nicht zu wiederholen, was in dieser Beziehung mein Vorredner gesagt hat; aber aufmerksam machen muß ich Sie darauf, daß der Ruin dieser Küstenländer nicht von dem dänischen Kriege datirt, sondern von der Liebäugelei mit Rußland; von unserer Grenzsperre, von unseren Cartelverträgen; daß er dieselbe Ursache hat, wie die Hungerpest in Schlesien. Es wird längere Zeit noch einer sehr festen Haltung bedürfen, bevor Sie diesen Provinzen den Wohlstand wieder geben können, der fast systematisch untergraben worden ist. Man ruft uns ferner zu, wir sollen ratificiren im Interesse des Handels und der Gewerbe, und wer ein Herz für's Volk hat, wahrlich der wird jedes Mittel ergreifen, das dazu führen kann; aber glauben Sie, daß Handel und Gewerbe emporblühen können, so lange anstatt der alten verwitterten Grundlage des gestürzten Staatensystems nicht eine neue und dauerhafte gefunden ist? Glauben Sie, daß dieses Schaukeln und Schwanken des Systems, das nicht hier- und nicht dorthin sich wendet, geeignet ist, das Vertrauen zurückzuführen? Glauben Sie, daß so lange man in Deutschland nicht weiß, wer nach dem vulgären Sprüchworte Koch oder Kellner ist, es möglich sei, daß

irgendwie Unternehmungen begonnen werden, die geeignet sind, dem großen Theil unserer hungernden Bevölkerung Lebensmittel zu geben? Ich glaube es nicht. Wir sollen ferner ratificiren, weil wir möglicherweise einen Bruch mit Preußen herbeiführen. Nun, in der alten Zeit, da hieß es allerdings, wenn man vom Staate sprach: Das Auge nur hinausrichten auf die äußerste Spitze, wo uns der Flammenspruch entgegenstrahlte: „L'état c'est moi." Diese Zeit ist nicht mehr vorhanden, und das preußische Volk ist wohl zu trennen von der wechselnden Neigung zur Regierung. Preußens Volk ist, und es freut mich, das von dieser Seite (rechts) gehört zu haben, ein deutsches Volk, und Preußens Volk wird mit uns fühlen, wie es in diesem Waffenstillstand der gesammten gesitteten Welt gegenüber steht. Ich will nicht davon sprechen, welche Rolle wir dem Auslande gegenüber spielen, wenn wir gegen Hannover allerdings Courage und sehr hochklingende Redensarten haben, gegen Preußen aber nichts als gehorsame Diener. (Bravo auf der Linken.) Ich will auch nicht davon reden, daß wir keine neue Bilderstürmer-Secte organisiren wollen, um die Bildnisse Friedrich's des Großen zu vernichten, oder daß wir dem Manne seinen Kienspahn nicht auslöschen wollen, der von dem großen Kurfürsten erzählt. Wir ehren die geschichtlichen Erinnerungen eines Volkes; sie sind das Heiligste, was es hat; wenn man aber eine neue Staatengestaltung nicht gründen dürfte, weil man neben diesen Erinnerungen den Gedanken einer neuen Zeit aufbringt, so müßte Deutschland noch in die 371 Territorien, die es am Anfange des vorigen Jahrhunderts hatte, getheilt sein. (Zuruf: Sehr gut!) Man hat uns, und es war ein Sprecher aus Oesterreich, vordeducirt, die Regierung sei einerlei mit dem Volke, und wenn die eine angetastet werde, würde auch das andere angetastet. Dieser Sprecher mag es bei seinen Landsleuten verantworten, wenn man consequenter Weise diesen zumuthet, sie sollten sich identisch betrachten mit dem Metternich'schen System und mit Metternich selbst, der so lange Europa geknechtet hat. (Beifall.) Allerdings hat Herr Jordan bereits prophetisch verkündet, was die preußische Nationalversammlung in dieser Angelegenheit beschließen werde. Ich habe diesen prophetischen Blick nicht, aber einige Wahrscheinlichkeit habe ich dafür, daß die linke Seite der Versammlung zu Berlin diese Angelegenheit gerade so betrachten wird, wie die linke Seite zu Frankfurt, und ich bitte, gefälligst zu bedenken, daß nach der letzten Abstimmung vom 7. September die linke Seite die Mehrheit hat. (Hört! Hört!) Auch hat Herr Jordan bereits Diejenigen gezählt, die sich für den Waffenstillstand erklären werden; es waren 10 Millionen. Wie ist es aber mit den übrigen 6 Millionen, die also wahrscheinlich dagegen sind? Wir wollen den Bruch mit Preußen vermeiden, und bringen den Bruch in Preußen zur Erscheinung. Aber nicht allein, daß wir den Bruch des Nordens mit dem Süden bringen, den Bruch Preußens, wenn denn wirklich in Preußen die Sache so sein sollte, wie Sie uns dargestellt haben, dann bringen wir auch den Bruch Preußens mit Süddeutschland zu Wege. Worauf gründen Sie die Behauptung, daß es in Preußen so sein müsse? Zeigen Sie uns die Erzeugnisse der Presse und der Versammlungen, oder was es sonst sein soll, wo man sich mit so großer Begeisterung für die Genehmigung des Waffenstillstandes aussprach. Wir haben eine Reihe von Eingaben gesehen, die sich dagegen ausgesprochen haben; wir haben mit Fleiß und Sorgsamkeit die preußischen Zeitungen gelesen, und außer der „neuen preußischen Zeitung" keine gefunden, die sich in diesem Sinne ausgesprochen hat. (Zuruf: Hört! Hört!) Man weist hin auf die öffentliche Meinung; ihr Ausspruch liegt nahe genug, wenn von 67 Eingaben 66 sich in einem und demselben Sinne aussprechen. Es ist die schönste Erscheinung, die wir in Deutschland seit den Märztagen gehabt haben, daß das Volk in dieser hohen sittlichen Kraft sich erhebt, wo es gilt, nicht nur seine Interessen, sondern seine Ehre zu vertreten; daß es nicht wägt und nicht prüft, sondern nur das eine allgemeine Gefühl ausspricht: Wir stehen ein mit Gut und Blut dafür, daß diese Ehre eingelöst werde. (Anhaltendes Bravo auf der Linken und dem linken Centrum.) Allerdings hat man gesagt, diese Tausende zählen nicht. Es ist ein sehr verbrauchter Kniff des gestürzten Regiments, welches Tausende von Unterschriften nicht achtete, wenn sie von der Seite kamen, aber zehn Unterschriften für sehr hoch hielt, wenn sie von der andern Seite kamen (Zuruf von der Linken: Sehr gut!); allein wenn diese Tausende nicht zählen, und wenn man andere Tausende nicht dagegen aufstellen kann, so sollte man seine Augen doch nicht verschließen vor der Geschichte und vor den Thatsachen; man sollte nicht vergessen, daß unter weit größeren Hindernissen diese Tausende mächtig genug waren (Unruhe auf der Rechten), Kerkermauern zu sprengen, und Diejenigen zu befreien, die dahinter schmachteten. (Stürmischer Beifall des Hauses und der Gallerie.) Man sollte nicht vergessen, daß diese Tausende gerade es waren, die uns bis zu diesem Punkte geführt haben, wo wir jetzt stehen, und die uns hoffentlich weiter führen werden. Die Kammern sollen es sein, in denen sich die Meinung des Volkes ausspricht. Nun, die Kammern haben am Schlusse des vergangenen Jahres in allen Ländern Deutschlands kein Vertrauen mehr gehabt, und sind bis diesen Augenblick, trotz der neuen Zeit, noch nicht regenerirt, noch nicht eine einzige. Man hat uns sogar damit gedroht, wir würden verhungern in der Paulskirche, man würde die Mittel nicht mehr aufbringen können, die Nationalversammlung zu unterhalten; ich antworte Ihnen darauf ebenfalls mit der Geschichte, und sage Ihnen, das deutsche Volk hat zur Zeit, wo derartige Gaben ein ganzes oder halbes Verbrechen waren, Tausende durch Kreuzer- und Groschenbeiträge zusammengebracht zu den edelsten Zwecken, die ich hier nicht nennen will (Hört! Hört! von der Linken), und dieses deutsche Volk wird, wenn es sich um sein Leben und um sein Dasein handelt, größere Aufopferungen bringen, als selbst für den edelsten Mann, den es jemals in Deutschland gegeben hat. (Bravo

und Beifall von vielen Seiten der Versammlung und der Gallerie.) Die sittliche Empörung, von der ich gesprochen habe, gründet sich darauf, daß die Errungenschaften der Neuzeit, die Beschlüsse des Vorparlaments, die Bestrebungen des Fünfziger-Ausschusses, die Beschlüsse der Versammlung, die Gesetze, die bis jetzt das Einzige sind, was für den Gesammtstaat feststeht, nicht geachtet worden sind bei diesem Waffenstillstand; sie gründet sich darauf, daß die alte Diplomatie gerade in demselben Verhältniß, als ob wir keinen Märzmonat dieses Jahres gehabt hätten, schaltet und waltet mit dem Schicksale der Völker nach ihrem Ermessen; sie gründet sich darauf, daß man den Söhnen, die sich von dem Herzen des Vaters losgerissen haben, um sich dem ungewissen Schicksale des Krieges hinzugeben, sagt: Kehrt nach Hause zurück, wir brauchen euch nicht mehr. Und diese sittliche Entrüstung lebt nicht nur im Volke, sie lebt auch, und das ist unsere Freude, im Heere. Die süddeutschen Truppen, welche den Herrn Peucker schon vor langer Zeit so bedenklich gemacht haben, hinsichtlich ihrer Stimmung, glauben Sie, daß sie besser werden in Herrn Peucker's Sinne, wenn man sie im vollen Bewußtsein ihrer Kraft und ihres Willens den Feinden entgegenführt, um sie dann zu commandiren: Kehrt um und geht nach Hause!? Glauben Sie, daß das deutsche Heer, welches man namentlich von dieser Seite (zur Rechten gewendet) uns bei verschiedenen Gelegenheiten als nicht willenlos dargestellt hat, nicht als eine Masse, die wie eine Heerde dem Befehle folgt, unempfindlich sei dafür, was in Schleswig-Holstein mit ihm geschieht und geschehen soll? Ich glaube es nicht; ich hoffe, daß der Soldat auch denkt, und wenn er denkt, dann wird er auch kennen lernen, daß die Demokratie in Deutschland es wirklich nicht schlecht mit ihm meint, daß sie im Soldaten den Bürger ehrt und anerkennt, wie in jedem Anderen, und daß sie nicht die Letzte ist, die dem Heere Beifall und Lob zujauchzt für die brave Haltung, die es in dieser ersten Angelegenheit Deutschland's eingenommen hat. (Bravo von vielen Seiten.) Die Entscheidung liegt indeß in Ihrer Hand, thun Sie, was Sie müssen; allein an Eines lassen Sie mich anschließen, was ein Redner auf dieser Seite gesagt hat, thun Sie nichts Halbes, — offen wie ein Mann für oder wider, nicht Achselzucken, nicht zweideutig, nicht zwar und aber, ich möchte gern, aber ich mag nicht, — schieben Sie nichts auf die Centralgewalt, denn das sind Sie selbst; sie ist stark oder schwach in dem Verhältnisse, wie Sie es sind, sie thut, was wir beschließen, und wenn wir Halbheiten beschließen, und wenn wir nicht den Muth haben, geradezu herauszusagen, was wir wollen, so wird die Centralgewalt in der Wirklichkeit der Central schatten bleiben, als welchen sie die englische Presse begrüßt. Die Centralgewalt kann nicht einmal ein Ministerium zusammenbringen ohne Ihren entscheidenden geraden Ausspruch, denn ich halte den Minister für sehr gewissenlos, der auf einen zweideutigen Ausspruch hin und auf einen Auftrag, die Centralgewalt möge nach ihrem Ermessen handeln, irgend etwas in dieser Angelegenheit unternimmt. Man hat von den verschiedensten Seiten von dieser Tribüne her auf die Revolution hingewiesen, und es wird gestattet sein, denselben Gegenstand in's Auge zu fassen, denn er gehört ja eben zu den möglichen, vielleicht zu den nothwendigen Folgerungen Dessen, was wir beschließen. Leugnen läßt sich nicht, und Niemand, der in Deutschland ein offenes Auge hat, wird verkennen, daß die Bewegung in den letzten Wochen und Tagen merklich gestiegen ist; die alte Diplomatie hatte etwas zu schnell das Schicksal der Völker in die Hand genommen, und bestimmen wollen; sie hatte etwas zu bald in die alten Bahnen eingelenkt, und die Reactionsversuche, die jetzt von fast Niemanden bezweifelt werden, waren zu gewaltig, als daß das noch nicht eingeschlummerte Volk nicht auf seiner Hut sein sollte. Offen und ehrlich, wie sich die äußersten Seiten des Hauses vom Anfang an gegenüber gestellt haben, denn wir haben uns ohne Hehl gesagt, was wir wollen: Man sagt, ein Theil dieses Hauses, — oder wenn nicht direct Diejenigen, die in diesem Hause sitzen, so doch indirect dieselben durch ihre politischen Freunde, die sie draußen haben, — strebe darnach, die Revolution für permanent zu erklären; er strebe darnach, die Ruhe nicht wiederkehren zu lassen; er trachte nach nichts Anderem, als die Bewegung zu erhalten, und zu steigern . . . Meine Herren! Wenn Das der Fall wäre, so würde ich Ihnen mit aller Kraft, die mir zu Gebote steht, rathen: „Ratificiren Sie den Waffenstillstand," es ist aber nicht wahr, und ich will Ihnen ehrlich sagen, weßhalb, — weil wir die ernste Besorgniß hegen, daß die Bewegung, wenn wir sie nicht behalten, in Hände übergeht, die weit von uns nach dieser oder jener Seite liegen, und die vielleicht ohne Schuld die gesammten Errungenschaften unseres geistigen Daseins bis diesen Augenblick in Frage stellen. (Bravo auf der Linken und dem linken Centrum.) Deßhalb wollen wir es nicht, und deßhalb bitten wir Sie: Wagen Sie es nicht darauf, daß es dahin komme, daß die Bewegung sich steigere! Es gibt Mitglieder in unserer Nationalversammlung, die ihre Aufgabe nicht darin sehen, das Volk zu vertreten, und bloß Verfassungen zu machen, sondern die behaupten, sie seien von ihren legitimen Regierungen hergeschickt, um gegen die Revolution zu kämpfen. (Beifall auf der Linken.) Das ist eine eigenthümliche Auffassung ihrer Aufgabe, über die ich nicht streiten will, aber meine Meinung ist die, daß auch diese ein Interesse daran hätten, auf die Zeichen der Zeit zu merken. Herr Heckscher hat uns an das Schicksal der Julidynastie erinnert, und ich nehme diese Erinnerung an, nur in einer anderen Folgerung: weil die Vertretung des Volkes schlecht war, weil sie corrumpirt war, weil sie Ja sagte zu Allem, und weil sie nicht den Muth hatte, da entschieden für das Volk aufzutreten, wo es sich darum handelte; deßhalb fiel die Julidynastie, nicht deßhalb, weil die Kammern ihr opponirten. (Lebhafter Beifall auf der Linken und dem linken Centrum.) Wir haben es oft gehört, namentlich von der rechten Seite des Hauses, daß Sie Ihre Für-

sten lieben, und ich erkenne dieses Gefühl an; denn die Liebe ist etwas Heiliges, mag sie sich wenden, wohin sie will. (Große Heiterkeit.) Aber wenn Sie Ihre Fürsten lieben, so treten Sie dem immer wuchernden Glauben entgegen, daß die Fürsten mit ihren dynastischen Interessen ein Hinderniß bieten für die Entwickelung unserer neuen Zustände, — geben Sie dem Volke das Vertrauen, daß Sie ebenso sehr die Uebergriffe von der einen, wie von der anderen Seite in die Schranken zu weisen entschlossen sind! Die Krone ist mit in diese Verhandlungen gezogen worden; das gehört sich nicht, es ist nicht die Art parlamentarischer Verhandlung; allein sie ist eben hineingezogen worden, und da darf man wohl auch daran erinnern, daß, wenn Sie uns gesagt haben: „Die Revolution ist ehrfurchtsvoll vor den Thronen stehen geblieben," es Ihre gewichtigste Sorge sein muß, daß die zweite Bewegung nicht darüber hinwegschwemmt. Erlauben Sie mir zum Schluß eine historische Thatsache: So lange Ludwig XVI. im Inneren reagirte gegen die Freiheit und das neue Leben seines Volkes, hatte er nur einen parlamentarischen Kampf, den er durch einen ehrlichen Vertrag hätte enden können; als er die Nationalität und die Ehre seines Volks auf das Spiel setzte für seine dynastischen Interessen, als er mit dem Auslande liebäugelte, und sich sogar mit ihm verschwor, da war er verloren. (Stürmischer, lang anhaltender Beifall auf der Linken und dem linken Centrum.)

Fürst **Lichnowsky** von Ratibor: Meine Herren! Der vielfache Ruf nach Schluß, der mir selbst einen billigen Zweifel gegeben hat, ob ich noch die Ehre haben darf, vor ihnen das Wort zu ergreifen, mahnt mich daran, mich sehr kurz zu fassen. Es ist allerdings der dritte Tag, daß Sie über die wichtigste Frage debattiren, die Ihnen je vorgelegt worden ist. Eine Reihe von Rednern hat hier für und gegen gesprochen, und bei einiger Aufmerksamkeit hat es Jedem von Ihnen auffallen müssen, daß sowohl in der Spaltung der Parteien, als auch in der Motivirung der Anträge ein großer Unterschied zwischen dieser letzten Debatte und allen früheren stattgefunden hat: Von den vielen Fractionen, die sich hier gebildet haben, von den verschiedenen Anträgen, die bisher gestellt wurden, ist jetzt nicht mehr die Rede, und ob auch hier Mittelanträge liegen, — die ganze Nationalversammlung spaltet sich in zwei große Theile: Annehmen oder Ablehnen. Die Debatten dieser letzten drei Tage haben mir drei Momente vor die Augen geführt, auf die ich die Ehre haben werde, zurückzukommen. Ich will mich ohne irgend eine Art von Persönlichkeit hier fassen, und bitte von vornherein, mich zu entschuldigen, wenn im Eifer der Rede dennoch etwas dieser Art mir entschlüpfen sollte; es geschieht wider Willen (Heiterkeit); ich wollte wünschen, daß Jeder, der vor mir eine Persönlichkeit angeführt hat, auch mit diesem Satze begonnen hätte. Das Erste, was ich zu bemerken habe, ist dieses beständige Arsenal von Ehre, Schmach und Schande rc., das sich, mit Ausnahme der Debatte des heutigen Tages bei Allem, was für das Ablehnen hier gesprochen wurde, wie ein rother Faden durchzog. Den Beweis für diese Schande, für diesen Mangel an Ehre hätte ich von dem heutigen Tag erwartet. Der heutige Tag hat uns aber nur Redner von dieser Seite hier vorgeführt (auf die Linke deutend), welche über diese stereotypen Redensarten hinweggegangen sind. — Es kommt ein zweiter Punkt, der mich gestern und vorgestern sehr frappirt hat, und dessen Lösung ich ebenfalls heute nicht gesehen habe: Es ist dieses beständige Drängen und Drücken an allen Paragraphen dieses Waffenstillstandes, dieses lange Drehen derselben, dieses Erheben bis auf die höchste Spitze, bis endlich irgend etwas darin gefunden wird, wo dann das Gefundene noch recht ausgebeutet wurde, ohne daß mit der Billigkeit, an die doch so oft von dieser Seite (zur Linken gewendet) appellirt wird, als Gegengewicht alles Das hingestellt worden wäre, was dieser Waffenstillstand an Vortheilen, die durch denselben erzielt worden sind, Deutschland und den Herzogthümern bringt; und endlich drittens hat von allen Rednern, die diese Tribüne bestiegen haben, von dieser Seite (auf die Linke deutend) Keiner uns gesagt, was wir denn thun sollen, wenn wir den Waffenstillstand verworfen haben. Man hat vielmehr immer aufgeworfen: Die Hypothesen von dieser Seite (nach rechts) sind falsch; aber nicht beigefügt: Wenn sie nun nicht falsch sind, wenn, um mit Galilei's Worten zu sagen: Eppur si muove! Preußen sich dennoch bewegt, sich spaltet, nicht gehorcht; — was dann? — Dieses hätte ich hier zu hören begehrt. Auch ich möchte mich gern den Worten anschließen, die, — wie von einem der ersten Redner hier bemerkt worden, — immer an die edelsten Gefühle appelliren! Glauben Sie, meine Herren, Jeder von uns betritt diese Tribüne mit der vollkommensten Ueberzeugung, daß es weit angenehmer ist, die Schwertseite vorzunehmen, und die Kunkelseite in den Hintergrund treten zu lassen. Jeder appellirt lieber kriegerische Gefühle, die allen edlen Völkern eigenthümlich sind, und wenn wir Das nicht können, so ist es, weil wir uns einer besseren und heiligeren Ueberzeugung unterwerfen; es geschieht schmerzvoll, es ist der Triumph unserer Pflicht und unseres Gewissens. (Vielstimmiges Bravo.) Ich habe alle diese Reden aufmerksam verfolgt, die wir in den letzten drei Tagen hier vernommen haben, von der pragmatisirenden Rede des Herrn Waitz, der uns den Schluß schuldig geblieben ist, bis zu den phantastischen begeisterten Worten des Herrn Giskra, auf die ich den Augenblick kommen sah, wo wir gleich nach dem Schwerdte hätten greifen und zur Paulskirche hinaus rennen sollen; auch die Rede des Herrn Vogt habe ich aufmerksam angehört; sie hätte mich mit einer Art Schaudern erfüllen können, als er von einem Appelliren an unsere Leidenschaften sprach, wenn ich nicht zufälligerweise mir dabei gedacht hätte, daß ein so gerades Appelliren an die Leidenschaften, die sich immer unbemerkt in die Herzen der Menschen schleichen, daß der Umstand, daß er nude crude mit dürren Worten sagt: Sie, die Gesetzgeber des deutschen Volkes, müssen mit Leidenschaft ein Urtheil in dieser Sache fällen, gerade den entgegengesetzten Rückschlag auf die Gemüther hervorbringt, und die in Fluß kommende Leidenschaft

herabdrückt. — Diese Reden, auch die des Herrn Vogt und, ich muß es bedauern, auch die beredte, vortreffliche Rede meines verehrten Freundes aus der Grafschaft Mark, die heute die Sitzung eröffnete, alle diese Reden haben mich Eines vermissen lassen. Dieses Eine, welches Viele von Ihnen befähigter gewesen wären, auf die Tribüne zu bringen, als ich, es war eine Anbahnung zur Versöhnung und Vermittelung. Sie sind sich darüber vollkommen klar, daß, wenn entweder der eine oder der andere von den extremen Anträgen hier von uns angenommen wird, ein Bruch daraus nothwendig entstehen muß, und dennoch sind viele im parlamentarischen Leben ergraute und geübtere Männer, als ich, hier heraufgestiegen, und haben kein Wort der Versöhnung gefunden. Anstatt die Hand zur Versöhnung zu reichen, haben sie geschmäht und geschimpft auf die mittleren Anträge; sie haben Ihnen das Einzige genommen, was Ihnen bleibt, das Höchste was geboten werden kann: die Palme des Friedens unter uns, von dem der Friede Deutschland's abhängt. (Bravo auf der Rechten.) Ich habe die Worte, die mein Freund aus der Mark gesprochen hat, mit Wehmuth von dieser Seite (zur Linken) mit lautem Beifall begrüßen hören. Es lag der klare Ausdruck in diesem Beifall: Die äußerste Rechte pacisirt nicht; wir pacisciren auch nicht.) Bravo auf der Linken.)

Wesendonck (vom Platze): Das wollen wir auch nicht!

Fürst **Lichnowsky:** Ich weiß es, Herr Wesendonck; es lag das in diesem Bravo; allerdings sind wir auch noch Männer, das Schwerdt zu ergreifen, und wenn wir hier auftreten und Friedensworte sprechen, und sagen: Gehen Sie soweit vor, als das Gewissen es Ihnen erlaubt; gehen Sie soweit, als Sie nachgeben können, glauben Sie denn, daß wir uns da nicht vollkommen klar sind, daß wir nicht die brillante und chevalereske Seite vertheidigen und hervorrufen! — Wir gehorchen aber unserer Pflicht und unserem Gewissen. Unsere Mandanten, ganz Deutschland mag über uns urtheilen, — wenn wir dieses Opfer bringen, dieses Opfer unserer besseren Ueberzeugung! (Zischen auf der Gallerie.) — Das ist noch kein Urtheil von Deutschland. (Lebhaftes Bravo.) Glauben Sie nicht, meine Herren, daß ich diese Tribüne betrete, um mich zum Vertheidiger des abgetretenen preußischen Ministeriums zu machen; es ist dieß nicht meine Aufgabe, und obwohl ich mit Bedauern gehört habe, daß der frühere Minister der auswärtigen Angelegenheiten in seinem Plaidoyer ausschließlich einen Panegyricus seines eigenen Ministeriums von dieser Tribüne aus gegeben hat (lebhaftes Bravo in dem Centrum und auf der Linken), so sehe ich es auf der anderen Seite mit Kummer, daß, wenn man das Lob eines preußischen Staatsmannes von der Tribüne gespendet hat, es gerade den einzigen Mann betraf, den wir nicht loben können. Es handelt sich um den früheren Minister des Auswärtigen, der nach dem März in das Cabinet trat, und uns mit dieser Frage beschenkt hat. Ich hätte nicht begehrt, daß er irgend **einen Beschluß in das Cabinet bringe, der mit der Ehre Deutschlands unverträglich ist; ich hätte aber von einem Staatsmanne erwartet, über Verhältnisse nachzudenken,** die auf der Hand liegen, daß wir nämlich neben der Landarmee keine Flotte besitzen. — Ich will nicht auf einen sonderbaren Vergleich, dessen ein früherer Unterstaatssecretär auf dieser Tribüne sich bedient hat, zurückkommen; wenn aber ein Vergleich mit einem edleren Thiere erlaubt wäre, so wäre es jedenfalls der Kampf des Löwen mit dem Haifische. (Große Heiterkeit.) In das bedingte Lob, das Herrn v. Arnim gespendet worden ist, kann ich aber nicht einstimmen, und das um so weniger, als er abgetreten ist, ehe diese schleswig-holstein'sche Frage gelöst und geschlichtet war. Es ist sehr leicht, wie man in Frankreich sagt, die Karten zu verwirren, leichter, als sie wieder in Ordnung zu bringen. Herr v. Arnim hat uns mit diesem unglücklichen Kriege beschenkt, aber den Frieden, das Ende dieses Krieges, die Abhülfe für unsere leidenden Klassen, die ehrenvolle Entscheidung und Lösung für Deutschland und für sein eigenes Vaterland Preußen, das Alles hat er zurückgelassen als ein schauderhaftes Geschenk für seine Nachfolger; und wenn sich seine Nachfolger aus dieser Frage nicht mit Glück herausgewunden haben, liegt dann die Schuld an Denen, die dieß traurige Geschenk überkommen, oder an Denen, die es in die Wagschaale unserer Geschicke geworfen haben? (Sensation.) Die Antwort, glaube ich, kann nicht zweifelhaft sein. Ich will das frühere Reichsministerium nicht angreifen, obwohl es meine Absicht war, als ich gestern gesehen, daß die Mitglieder desselben für Preußen kein Wort der Vertheidigung hatten; ich will es aber jetzt nicht thun, da ein Redner von dieser Seite (links), der vor mir die Tribüne bestieg, dasselbe auf eine Weise angegriffen hat, welche, mag sie auch gerecht sein, mir für die Herren, die hier sitzen, sehr leid gethan hat. (Heiterkeit.) Es sind dieselben so angegriffen worden, daß ich nur schwache Nachstreiche führen könnte, wo schon blutige vor mir geführt worden sind. Lassen wir das Cabinet ruhen. (Fortdauernde Heiterkeit.) — Ich gehe nun auf die Bedingungen des Waffenstillstandes über, und erfasse deren Kritik nach dem Majoritätsgutachten des Abgeordneten Wurm, welches, ich leugne es nicht, bei aller Geschicklichkeit, mit welcher es abgefaßt ist, doch unwillkürlich den Eindruck einer Parteischrift macht. Enthält doch dieses Majoritäts-Gutachten noch nicht ein Wort der Billigkeit, der Abwägung des pro und des contra, wie wir berechtigt waren, es zu erwarten Wenn das pro und contra in beide Wagschaalen gelegt worden wäre, und dem Ermessen dieser Herrn (zur Linken) zu Folge, das contra schwerer gewogen hätte, so konnten sie sich in der Conclusion doch dafür erklären. Aber nur die Schuld, nur die Fehler allein, Alles, was gegen den Waffenstillstand spricht, zusammenstellen, auch nicht ein Wort seiner Vortheile anführen, ich weiß nicht, wie ich das anders qualificiren soll, als mit dem Worte: „Parteischrift." Ich komme auf den ersten Punkt: er behauptet, die preußische Regierung habe im

Namen der Centralgewalt abschließen sollen. Ich begreife es vollkommen, was es für die hohe Versammlung hier Empfindliches haben muß, daß der erste Act, der seit Begründung der Centralgewalt mit fremden Mächten abgeschlossen worden ist, nicht im Namen dieser Centralgewalt zu Stande kam, und ich bitte, zu glauben, daß Keiner auf dieser Seite (nach rechts) unter uns ist, der nicht vollkommen dieses fühlt. Worin ist nun der Grund zu suchen, daß der Centralgewalt keine Erwähnung geschieht? Er liegt ausschließlich darin, daß das dänische Cabinet nicht officiell informirt worden ist. Wenn es officiell informirt worden wäre, wenn Dänemark klar mitgetheilt worden wäre, welche Stellung die Centralgewalt zu den einzelnen deutschen Regierungen einnimmt, so hätte sich Dänemark nicht mit Unkenntniß entschuldigen können. Wenn aber der frühere Minister des Innern sagte, man hätte es nicht notificiren können, da man sich im Kriege mit Dänemark befunden, so solle man es notificirt haben, 24 Stunden bevor man die Waffenstillstandsbedingungen eröffnete (Hört! Hört!); da war der Moment, zu sagen: „Die Unterhandlungen werden von hier aus eröffnet." (Bravo von der Linken.) Der Minister des Auswärtigen hat uns gesagt, der Bevollmächtigte der Centralgewalt hätte sich in der Nähe aufgehalten. Er hat sich nicht in der Nähe, sondern in der Ferne aufgehalten. (Heiterkeit, Bravo auf der Linken und dem linken Centrum.) Ich will kein Wort des Tadels auf den Bevollmächtigten der Centralgewalt, der sich dort befunden hat, werfen; wahrscheinlich hat er sich nicht in der Nähe der Verhandlungen aufgehalten, weil die Vollmacht, die er mit sich brachte, nicht der Art war, daß er auf eine der Centralgewalt und Deutschland's würdige Weise bei jenen Verhandlungen gegenwärtig sein konnte. Niemand wird sagen, daß der Bevollmächtigte, wenn er, um von seinem Aufenthaltsorte nach Malmö zu fahren, 48 Stunden bedurfte, sich in der Nähe aufgehalten habe. Was aber den Satz wegen des deutschen Bundes betrifft, so muß ich mich wundern, daß der ehrenwerthe Redner, der vor mir diese Tribüne bestiegen, nicht unserer Ansicht ist. Am 28. Juni haben Sie beschlossen, meine Herren: Mit dem Eintreten der Wirksamkeit der Centralgewalt hört der Bundestag auf; das Aufhören des Bundes haben Sie nie beschlossen; der existirt factisch und rechtlich fort. Ich will mich nicht in diese Dinge verlieren, die schon vor mir (Unruhe) — erlauben Sie mir — die schon vor mir erledigt worden sind. Es existirt in der preußischen Fassung vielleicht ein Fehler, und den gebe ich der Erste zu, daß es nämlich nicht blos heißt: „im Namen des deutschen Bundes," sondern: „im eigenen und im Namen des deutschen Bundes." Aber wegen dieses Formfehlers werden Sie den Krieg nicht fortsetzen wollen. — Ich gehe zum zweiten Angriffspunkte über; es ist über diesen Punkt sehr viel debattirt worden. Meine Herren, 1658 ist Karl Gustav von Schweden über das Eis gegangen, und seit der Zeit ist dieß eine große und einzige Merkwürdigkeit in der Geschichte geblieben. Ich glaube nicht, daß sie Lust haben werden, ein Gegenstück dieser großen Merkwürdigkeit aufzuführen, und andererseits ist es sehr klar bewiesen, daß es ganz unmöglich ist, von Dänemark zu prätendiren, daß es bis zu dem Augenblick die Waffen ruhen lasse, wo es den dänischen Schiffen nicht mehr möglich ist, die unseren aufzufangen, — nicht zu kapern, wie Herr Löw sagte; denn mit Kriegsschiffen Schiffe fangen, heißt man nicht kapern. (Heiterkeit.) Herr Wurm wirft drittens dem Waffenstillstand vor: Im Art. VI sei die Trennung der aus Schleswig gebürtigen Soldaten von den holstein'schen Truppen ausgesprochen; eine Maßregel, die in der Ausführung, wie im Princip, in hohem Grade bedenklich erscheine. Nachdem es, meine Herren, Mode geworden ist, Zeitungsartikel vorzulesen, erlaube ich mir, Ihnen aus der letzten Nummer der schleswig-holstein'schen Zeitung das Referat der Sitzung der dortigen Nationalversammlung mitzutheilen: „Kiel vom 11. September. Der Versammlung wurde eine Nachricht des Generals Wrangel mitgetheilt, wie er hoffe, daß die Trennung der schleswig'schen und holstein'schen Truppen während des Waffenstillstandes noch wegfällig werde." — Das ist keine Correspondenz, das ist ein Referat. „Und daß Art. VII noch dahin zu ändern sei, daß die Verordnungen der provisorischen Regierung bestehen bleiben, und nur einzelne von der neuen Regierung außer Kraft gesetzt werden. Das Regierungsmitglied äußerte die Hoffnung, daß alsdann dem Waffenstillstande nichts entgegenstehen werde." Dieses Regierungs-Mitglied, Herr Bremer, ist Mitglied derselben provisorischen Regierung, die jetzt abgeschafft werden soll, die also wahrscheinlich dänischer Tendenzen von Ihnen nicht bezüchtigt werden können. Das sind officielle Mittheilungen, und ich glaube somit über diesen Punkt weggehen zu können. Wir brauchen nicht schleswig'scher zu sein, als die dortige Nationalversammlung. Ich komme nun auf den Art. VII. Diesem gegenüber ist alles Denkbare angeführt worden. Ich gehe mit Willen über alle Punkte weg, die in der so langen Debatte bereits erschöpft sind. Einiger Angriffe muß aber doch erwähnt werden. So hat z. B. Herr Waitz erzählt, vierzig dänische Beamte kämen jetzt nach den Herzogthümern, um ihre alten Posten einzunehmen. Er hat von einem Briefe gesprochen; ich kenne zufällig diesen Brief; es steht in demselben: „Vierzig dänische Beamte wollten mit dem Grafen Moltke nach den Herzogthümern reisen;" das ist ein gewaltiger Unterschied; denn wenn sie eine Reise machen, wie sie der Graf Moltke jetzt unternommen hat, so werden sie der Verwaltung weiter nicht gefährlich werden. (Große Heiterkeit.) Allen diesen begründeten und unbegründeten Anschuldigungen und Beweisführungen gegenüber hat Keiner von dieser Seite die Billigkeit gehabt, auf die Tribüne zu steigen, und zu sagen, daß den Herzogthümern Das factisch und rechtlich geworden ist, warum sie Dänemark gegenüber aufgestanden, und weßhalb sie den Krieg angefangen haben. Bedenken Sie, meine Herren, das königliche Gesetz vom 24. März, das factisch die Trennung Schles-

wig's von Holstein, die Incorporation von Schleswig in Dänemark aussprach. Dieses Gesetz war es, das damals alle Schleswiger und Holsteiner zu den Waffen rief. Ich appellire an alle Schleswig-Holsteiner, die in dieser hohen Versammlung sitzen, selbst an den, der an der ziemlich leidenschaftlichen Redaction des letzten Schreibens der dortigen Landesversammlung, wenn ich richtig informirt bin, nicht ganz unbetheiligt ist. Ich appellire an sie Alle, ob sie, wenn ihnen damals Das geboten worden wäre, was ihnen der Waffenstillstand jetzt gibt, ob sie sich dann erhoben haben würden? Es wird dieß Keiner behaupten können. Es wird Keiner sagen, daß, wenn damals Dänemark zugegeben hätte, daß für Schleswig, wie für Holstein eine eigene Regierung eingesetzt würde, somit Schleswig factisch von Dänemark getrennt, und Holstein eng verbunden bliebe, daß sie damals aufgestanden wären, und alles Das hätten erreichen wollen, was mit der Zeit durch das Interesse für diese Sache, durch die Siege unserer Waffen, und durch den allgemeinen Enthusiasmus für Schleswig hereinkam, und als wünschenswerth aufgestellt wurde. (Bravo auf der Rechten.) Was nun die materiellen Folgen und Nachtheile des Waffenstillstandes betrifft, so kann ich nicht leugnen, daß alle Redner, welche sich bisher darüber haben vernehmen lassen, eine sonderbare Auffassung dieser Folgen hier zum Besten gegeben haben. Wenn man zunächst von Geldsäcken gesprochen hat, so muß ich auch jetzt wie neulich sagen, daß es sich doch nicht ausschließlich von Geldsäcken und Banquierspekulationen handelt. Es ist ferner auch hier erzählt worden, daß der Waffenstillstand nur etwa sechs Wochen freien Handel gewähren werde, weil Jedermann vermuthen würde, daß dann wieder der Krieg beginnen werde. Es ist dieß vom Abgeordneten von Calbe gesagt worden, und Das muß ich gestehen, hat mich im höchsten Grade verwundert. Ich glaube im Gegentheil, der Waffenstillstand wird den Frieden nach sich ziehen, und nicht nur während sechs Wochen, sondern während der ganzen sieben Monate für viele Hunderttausende viel Brod und viel Erwerb verschaffen. Ich gehe von der Ueberzeugung aus, daß die weiten Distrikte an der Nord- und Ostsee, die hungernden und darbenden Bewohner der Fabrik-Städte in ganz Deutschland, die armen Ackerbauern, die ohne Absatz ihrer Erndten sind, nicht auf sechs Wochen nur speculiren, Verkäufe, Bestellungen und Handelsoperationen unternehmen, sondern im sichern Hinblick auf den Frieden sich vielen Geschäften derselben mit Vertrauen hingeben werden. Ich theile nicht die Ueberzeugung, daß nach Umlauf von sieben Monaten von Neuem gekapert werden wird; vielmehr bin ich der Ansicht, daß es inzwischen gelingen wird, den so vielfach gedrückten Bewohnern der leidenden Distrikte Brod und Arbeit zu verschaffen. Ich lebe der sichern Ueberzeugung, daß es der Weisheit der Centralgewalt und dem festen Auftreten aller europäischen Mächte gelingen wird, uns nicht in einen neuen Krieg hineinzuwerfen, sondern auf der durch die neuen Zustände gegründeten Basis einen ehrlichen und guten Frieden zu machen, wie ihn Europa nach so gewaltsamen und gewaltigen Commotionen nothwendig bedarf. (Lebhafter Beifall.) Es ist hier auch viel von Adressen gesprochen worden. Meine Herren! Lassen wir doch die Adressen; Jeder von uns weiß ja recht gut, wie solche zusammengebracht werden, und wenn die Ihrigen 6000 Unterschriften zählen, so könnte ich Ihnen mehrere mit 4000 dagegen nennen, welche wir aus Schleswig und Alsen erhalten haben, und deren Unterzeichner keine Aufnahme in den deutschen Verband wollen. Sie werden wohl auch einen Unterschied gelten lassen zwischen Dem, was auf hunderte von Meilen von Frankfurt unterzeichnet wird, am Schauplatze der Begebenheiten, in den leidenden Distrikten, und Dem, was in einem Kreise von wenigen Meilen um Frankfurt zum größten Theil zusammengebracht worden ist, wo es keinerlei directe Betheiligung an diesem Kriege gibt. Wenn Ihnen übrigens mit Adressen gedient ist, so wollen wir Stöße davon hierher bringen, die Ihren tausenden von Unterschriften nichts nachgeben sollen. (Auf der Rechten: Bravo! Zischen auf der Linken.) Während ich auf der Tribüne bin, wird mir eben der Altonaer Merkur vom 13. dieses gebracht, und darin heißt es: „Die Aufhebung der Blokade zeigt schon wohlthätige Folgen. Eine bedeutende Anzahl schwedischer Holzladungen ist in den letzten Tagen angekommen. Gestern traf auch der hiesige Grönlandsfahrer „Nordstern" ein, welcher inzwischen in einem nordischen Hafen eingelaufen war. Dänische Schiffe sollen aber dem Vernehmen nach noch nicht einclarirt werden, vermuthlich, weil die provisorische Regierung den Waffenstillstand als suspendirt betrachtet." (Auf der Linken: Nun?) Nun ja, ich werde die Ehre haben, zu beweisen, warum ich Das vorgelesen habe. Wenn aber einige Herren etwa so neugierig sind, so will ich Ihnen nur gleich sagen, es geschieht deßhalb, weil ich für den Francke'schen Antrag spreche. Es ist uns endlich, und namentlich bei der Vorberathung über die Sistirung, von vielen Seiten her auf den Kopf zugeschworen worden, welches die Rolle der preußischen Nationalversammlung zu Berlin in dieser Angelegenheit sein würde; es haben namentlich drei preußische Deputirte, Herr Simon von Breslau, Herr Simon von Trier und der Deputirte von Düsseldorf, Herr Wesendonck, welchen ich eben hier unten an der Tribüne erblicke (Gelächter), uns fest versprochen, die preußische Nationalversammlung werde sich in dieser Angelegenheit gewiß gerade so benehmen, wie hier die Linke. Herr Blum hat es heute wiederholt und uns insbesondere aufgefordert, wir möchten doch durch Zeitungsartikel nachweisen, daß eine dieser Ansicht entgegengesetzte Meinung in Preußen obwalte. Es hat bei dieser Gelegenheit das ehrenwerthe Mitglied von Leipzig beziehungsweise von der Zeitung mit dem eisernen Kreuze — ich begreife diesen Witz vollkommen — (Heiterkeit auf der Linken) gesprochen. Ich bedaure oder freue mich vielmehr, mich gerade in der Lage zu befinden, Ihnen aus einem andern Blatte etwas vortragen zu können. Ich muß um Entschuldigung bitten,

daß ich es thue; aber ich bin dazu aufgefordert worden. Es steht dieses Blatt allerdings nicht auf dem Standpunkte, auf welchem sich jene Zeitung befindet; es ist sein Standpunkt auch nicht der meine, es sind die Berliner Volksblätter, ein bekanntlich ziemlich radicales Blatt. Da steht in Nr. 23: „Allerdings hat Preußen seine Vollmacht überschritten, es war aber dazu gezwungen, wollte es die Unterhandlungen nicht abbrechen; und das Frankfurter Parlament, das ihm die Vergütung eines Theils der Kriegskosten verweigert hatte, hätte billig auf die Opfer Rücksicht nehmen sollen, die Preußen in diesem Kriege der deutschen Sache ohne Aussicht auf Ersatz schon gebracht. Preußen hat den Waffenstillstand unter Schwedens Vermittelung und Englands Garantie in seinem eigenen und im Namen des deutschen Bundes abgeschlossen; die Nationalversammlung kann ihn verwerfen, Preußen aber bleibt nichtsdestoweniger für sich gebunden, es kann ohne einen offenbaren Treubruch, einen Verrath zu begehen, nicht zurücktreten." (Auf der Rechten: Hört! Hört!) Später heißt es: „Möchte die Frankfurter Versammlung dieß erwägen, und den begangenen Fehler bei der Berathung über die Bedingungen des Waffenstillstandes, durch Annahme derselben wieder gut machen." (Hört! Hört! auf der Rechten.) Das ist das Blatt, dessen Vorlesung der ehrenwerthe Deputirte von Leipzig hier provocirt hat, und ich enthalte mich aller Commentare. Meine Herren! Ich glaube von der vollkommenen Ueberzeugung ausgehen zu können, wie ich auf dieser Tribüne schon neulich auszuführen die Ehre hatte, daß, nachdem die Begriffe über Ehre und Schande das individuelle Gut eines jeden Einzelnen sind, derselbe Begriff, der uns (nach dem rechten Centrum) beseelt, auch der Majorität der Versammlung in Berlin innewohnen wird, der Begriff von der Ehre, welche in der Treue liegt. Sie wird ihre Aufgabe verstehen, und das Pfand, das ihrer Ehre anvertraut ist, zu lösen wissen; denn ich kann wahrlich nicht glauben, daß es ernst gemeint war, dieser Beschluß sei nur eine rein ministerielle Frage, wozu der zweite Herr Vicepräsident sie deprimiren wollte, welcher auch hinzufügte: „Nehmen wir den Waffenstillstand nicht an, so ist er nicht angenommen." Mit dem Austritt eines Ministeriums ist nicht geholfen und nichts gelöst. Aber, meine Herren, Preußen hat sich für Aufrechthaltung des Vertrags verpfändet, Preußen wird seine Verbindlichkeiten halten ohne Krieg aber fest. (Anhaltender lebhafter Beifall auf der Rechten. Zischen auf der Galerie.)

Simon von Trier: Meine Herren! Das arme, verleugnete Vorparlament, welcher Uebereilung und Anmaßung ist es nicht schon beschuldigt worden! (Eine Stimme aus dem rechten Centrum: Und mit Recht!) Ich aber fordere Sie auf, dasselbe mit der höchsten Achtung zu betrachten, und nicht ohne Noth an dessen Beschlüssen zu rütteln. Das Vorparlament liegt am Nächsten am Bruche der alten Zeit mit der neuen; das Vorparlament ist der wahre Ausdruck des Aufschwunges des deutschen Volkes, und wenn Sie einen Beschluß desselben nach dem anderen zurückziehen, so sollte es mich nicht wundern, wenn eines frühen Morgens Jemand hier aufträte, und sagte, es sei überhaupt eine Albernheit gewesen, die Vertreter des deutschen Volkes hier in der Paulskirche zusammen zu berufen. (Lebhafter Beifall auf der Linken und auf der Galerie.)

Ich frage, meine Herren, ob der Waffenstillstand, wie er Ihnen vorliegt, wohl zu einer natürlichen Entwickelung der schleswig'schen Verhältnisse die Einleitungen und Voraussetzungen enthält? Worauf ich mit einem entschiedenen Nein! antworten muß. Herr Heckscher und Herr Jordan von Berlin haben Ihnen gesagt: Es sei von Anfang an gar nicht für einen naturgemäßen Zustand, sondern für die unnatürliche Personal-Union mit bloßer Wahrung der Unzertrennlichkeit der beiden Herzogthümer eingeschritten worden. Meine Herren! Ich mache Sie zunächst auf einen einfachen Satz des neuern Civilrechtes aufmerksam, welcher dahin lautet: „Wenn Zwei mit einander einen Vertrag abgeschlossen haben, und der Eine dem Vertrage untreu wird, dann ist auch der Andere befugt, von dem Vertrage abzuweichen." Was im Privatleben, im Civilrechte wahr ist . . . Herr Präsident! ich bitte Sie, mich vor den Unterbrechungen des Abgeordneten Herrn Heckscher zu schützen. — Herr Heckscher! Wenn Sie, oder einer Ihrer Herren Collegen anderer Meinung sind, so mögen Sie dieß, sofern Sie das Wort noch erhalten, nach mir hier aussprechen; oder wenn Sie das Wort nicht mehr erhalten, durch den Druck oder auf irgend andere Weise kundgeben. Ich wiederhole, es ist dieß ein Grundsatz, wenn auch nicht des römischen, so doch des fortgeschrittenen, insbesondere des französischen Civilrechtes, welches freilich Herrn Heckscher nicht bekannt sein mag. (Große Heiterkeit.) Wenn Zwei miteinander einen Vertrag abgeschlossen haben, und der Eine dem Vertrage untreu wird, dann hat auch der Andere das Recht, von dem Vertrage abzuweichen, und was in den kleinen Verhältnissen des Privatlebens Rechtens ist, das wird wohl auch bei den großen Verwickelungen und gewaltigen Regungen des Völkerlebens zur Anwendung kommen können. Wie wäre es, wenn Herr Heckscher und Herr Jordan nach Paris reisten, um den Franzosen anzurathen, den König Louis Philipp doch zurückzurufen, und ihn zu bitten, nunmehr das Reform-Bankett zu gestatten, da man ja von Anfang an nichts Anderes gewollt habe! Nach Revolutionen, durch welche ganze Verhältnisse gebrochen wurden, reicht es nicht aus, auf die ersten Anlässe zurückzugehen, nach Revolutionen muß vielmehr im großen Ganzen vernünftig und naturgemäß aufgebaut werden. Was bedeutete auch sonst das weltgeschichtliche zu spät! zu spät! — Gerade weil der König von Dänemark in Anerkennung des Rechtes der Herzogthümer es hat zu spät werden lassen, gerade deßhalb ist ihm das Volk mit Gewalt entgegengetreten, und ich verlange nunmehr, daß die Verhältnisse vernünftig und naturgemäß geregelt werden, nachdem derselbe besiegt ist. (Bravo auf der Linken und in der Mitte.) Wenn nun der Waffenstillstand nicht die Voraussetzung zu einer natürlichen Lösung der Verhältnisse darbietet, wenn wir

vielmehr in Allem die Einleitung zum Gegentheil erblicken, so muß ich auch bitten, den Waffenstillstand ganz zu verwerfen, und sich auf keine Vermittlungsvorschläge einzulassen. Ein Theil dieser Vermittlungsvorschläge macht wieder „Voraussetzungen," hegt „freudige Zuversichten," und Herr Jordan sieht es als ein Symptom der sittlichen Versunkenheit an, daß wir so viel Mißtrauen haben. Ja, meine Herren, wir haben Mißtrauen. Wir kommen aus der alten Zeit der Lüge und Heuchelei, und wenn das Mißtrauen sittliche Versunkenheit bewiese, so wäre diese auf jener Seite vorhanden, gegen die wir Mißtrauen haben *müssen*, nicht auf unserer Seite, wo wir Mißtrauen haben. (Bravo.) Ich bin von meinen Wählern nicht hieher geschickt, um Vertrauen, Voraussetzungen, freudige Zuversichten und zuversichtliche Erwartungen auszusprechen, sondern um meine Augen offen zu halten, Alles zu sehen und darnach zu urtheilen. Ich frage Sie, wer es auf sich nehmen will, die Deutschen in Schleswig durch Voraussetzungen, Zuversichten und Erwartungen, durch ein vages „könnte," „möchte," „dürfte" den größten Gefahren preiszugeben. Ich halte dieß mit der moralischen Verantwortlichkeit eines Volksvertreters nicht für vereinbar. Ich möchte Sie überhaupt bitten, in dieser Sache dem deutschen Volke mit einem „*entweder, oder*" entgegen zu treten. Die Annahme jedes Vermittlungsvorschlags wird den Ausdruck nicht hervorbringen, der für die gegenwärtige Stimmung erforderlich ist. Ich wiederhole, es ist nicht nothwendig, daß sofort Blut vergossen werde; denn ich habe nachgewiesen, daß den Befehlshabern die nothwendigen Andeutungen an die Hand gegeben sind, um eine etwaige Waffenruhe eintreten zu lassen. Es wird allerdings auf die Stimmung des deutschen Volkes, insbesondere auf dessen Adressen ankommen, und wenn von der Gegenseite behauptet wird, man könne eben so viele Adressen entgegengesetzten Inhaltes aufweisen, so möge man dieß thun, und uns dabei die Adressen aus dem Kreise Ratibor gefälligst nicht vorenthalten. (Große Heiterkeit.) Man sagt, Preußen habe seine Ehre verpfändet, und mir ist an der Ehre eines jeden einzelnen Staats, der zu Deutschland gehört, auch etwas gelegen. Ich behaupte, daß durch diesen Vertrag weder Deutschland noch Preußen gebunden ist. Deutschland ist nicht gebunden, so lange die Genehmigung der Nationalversammlung nicht erfolgt ist, und weil selbst von der preußischen Regierung diejenigen Bedingungen nicht einmal eingehalten worden sind, welche die Centralgewalt ihr vorgeschrieben hatte. Aber auch Preußen ist nicht gebunden. Zwar ist, wie es heißt, der Waffenstillstand sowohl im Namen des deutschen Bundes, als im Namen Preußens abgeschlossen worden. Ich will aber nicht annehmen, daß Preußen sich anders, denn als Bürge, neben Deutschland gestellt habe. Ich will nicht annehmen, daß Preußen neben Deutschland eine Hauptpartei habe bilden wollen. Wenn aber ein bloßer Bevollmächtigter mit einem Dritten contrahirt, so hat dieser Dritte die Vollmacht zu prüfen, denn er muß wissen, daß der Vollmachtgeber nicht anders verbunden wird, als nach Maßgabe der ertheilten Vollmacht, der bloße Bevollmächtigte, welcher von seiner Vollmacht Kenntniß ertheilt hat, dagegen gar nicht. Wenn also auch Preußen in eigenem Namen contrahirt hat, so kann ich dieß bloß als ein Bürgschaftsverhältniß ansehen, und wenn der Hauptvertrag und die Hauptverpflichtung fällt, so fällt auch die Bürgschaft. Dänemark mußte wissen, daß es Deutschland war, welches den Krieg von Anfang an in die Hand genommen hatte. Dänemark wußte, daß Preußen bevollmächtigt war; Dänemark mußte sich die Vollmacht, welche Preußen von der Centralgewalt besaß, vorzeigen lassen, Dänemark mußte wissen, daß, wenn Preußen seine Vollmacht mißachtete, weder der Bevollmächtigte, noch auch der Vollmachtgeber in irgend einer Weise verpflichtet werde. Ich behaupte also, daß weder Deutschland noch Preußen gebunden ist. Aber, meine Herren, wenn wirklich die Ehre Preußens oder vielmehr die Ehre des preußischen Ministeriums gefährdet wäre, so bin ich doch nicht derjenige, welcher die Ehre des preußischen Ministeriums der Ehre Deutschlands vorgehen läßt. Das preußische Ministerium hat von Anfang an unsre Befugnisse angezweifelt, es hat *Voraussetzungen* gemacht, unter welchen dieselben bestehen dürften, es hat verlangt, daß aus unsern Beschlüssen keine Consequenzen gezogen würden, es hat sodann eine unbedingte Vollmacht verlangt, es hat sie formell unbedingt erhalten, materiell nicht, es hat die materiellen Bedingungen überschritten, und nun tritt man uns entgegen und sagt, die Ehre des preußischen Ministeriums müsse gewahrt werden! Meine Herren, wenn die Ehre des preußischen Ministeriums auf dem Spiele steht, so will ich wenigstens die Ehre Deutschlands nicht noch dazu aufs Spiel setzen! Ich glaube auch nicht an den Bruch mit Preußen. Es ist allerdings eine große Calamität, daß wir unsere Familienbeziehungen im Innern noch nicht geordnet haben zu einer Zeit, da wir schon in der auswärtigen Politik mit Kraft und Einheit auftreten sollen. Ich lehne aber jede Schuld daran von dieser Seite des Hauses ab, denn wir haben bereits vor 8 Wochen darauf angetragen, daß den Voraussetzungen und Zweifeln des preußischen Ministeriums gegenüber aufgetreten werde, wir haben aber trotz wiederholter Interpellationen es nicht dahin zu bringen vermocht, daß ein entsprechender Beschluß gefaßt werde. Nunmehr da ohne unsere Schuld die Calamität eingetreten, daß wir, noch ehe wir im Innern geordnet sind, nach Außen auftreten sollen, fragt man uns, was wir denn nun machen wollten? Das ist eine sehr delicate Frage, ich werde so delicat darauf antworten, als möglich. Meine Herren, wer hat uns geschaffen? Unter wessen Schutz hat das Vorparlament gesessen, unter wessen Schutz der Fünfziger-Ausschuß, unter wessen Schutz stehen wir? — Und wenn das Kind verfolgt wird, zu wem flüchtet es sich? zu seiner Mutter! Ich will den Gedanken nicht weiter ausführen, aber zwei, drei Decrete, und wir haben an die Mutter appellirt! (Bravo auf der Linken.) Wir werden nicht mit Preußen brechen. In dieser Hinsicht

muß ich dem Abgeordneten Jordan von Berlin bestimmt entgegentreten. In Preußen gibt es, wie überall, drei Richtungen, die demokratische, die constitutionelle und die specifisch particularistische, in Preußen, die specifisch preußische. Die demokratische Partei war zuerst nicht recht zufrieden mit der Qualification der Centralgewalt. Als dieselbe aber durch den Particularismus gefährdet wurde, hatte sie den richtigen Sinn, sofort mit der constitutionellen Partei gemeinschaftliche Sache zu machen. Erlauben Sie mir, daß ich mit Ihnen durch verschiedene Städte preußischer Provinzen wandere, um die Regungen des Volkes aufzufassen. Ich habe früher gesagt: wenn Preußen aufhört deutsch zu sein, so werden viele Preußen aufhören, preußisch zu sein. Ich bin Ihnen den Beweis davon schuldig. In der *Rheinprovinz* hat der Kölner Bürgerverein, der wahrlich keine radicalen Wühler umschließt, sich in starken Ausdrücken für die Einheit erklärt und es für einen Landesverrath angesehen, sich derselben zu widersetzen. Die Städte Trier, Coblenz, Aachen, Düsseldorf haben in Kundgebungen für die deutsche Einheit rühmlich gewetteifert. Das *katholische Westphalen* brachte der Centralgewalt seine Huldigung dar, in Münster haben am 6. August große Festlichkeiten stattgefunden, und auch aus dem übrigen Westphalen sind bei dem demokratischen Congresse in Köln vier demokratische Vereine vertreten gewesen. Den *Magdeburgern* hat Herr Ministerpräsident von Auerswald eine Adresse an den König censirt und daraus insbesondere eine Stelle herauszustreichen für nothwendig befunden, in welcher die „*innige Hingebung Preußens an Deutschland*“ verlangt wurde. Naumburg und Halle haben in gleicher Richtung lebhafte Theilnahme bewiesen. In *Berlin* haben sich 67 constitutionelle Vereine gegen 20 für die unbedingte Unterwerfung unter die Beschlüsse der Nationalversammlung ausgesprochen, und die Berliner Studentenschaft hat uns ihre lebhafte Theilnahme nicht versagt. In *Königsberg* hat sich die Mehrheit des constitutionellen Congresses ebenfalls für die deutsche Einheit erklärt und es ist daselbst überdieß die Bildung eines specifisch preußischen Vereins mißglückt. Die ehrenwerthe Stimmung *Breslaus* und der Provinz *Schlesien* kann ich als bekannt voraussetzen, und selbst in *Danzig*, in *Stettin* und *Brandenburg* hat sich, trotz aller entgegengestellten Hindernisse der Sinn für deutsche Einheit auf erfreuliche Weise offenbart. Wenn nun Herr Jordan von Berlin nicht zu denen zu gehören erklärt, „*welche ihre Augen verschließen, um etwas nicht zu sehen,*“ so möge er auch den von mir vorgetragenen Thatsachen seine Augen nicht verschließen. Meine Herren, mögen die Märker, die Pommern mit Wohlgefallen auf den Bildnissen des großen Kurfürsten und Friedrichs des Großen verweilen, das thun auch wir, die wir die Verdienste großer Männer zu achten wissen, aber, meine Herren, der große Churfürst, Friedrich der Große würden sich im Grabe herumdrehen, wenn sie es vernehmen könnten, wie ihr Andenken dazu mißbraucht wird, um Deutschland vor Dänemark in den Staub zu treten! (Stürmischer Beifall.) Meine Herren, überall, in allen acht Provinzen hat die Bürgerwehr der deutschen Einheit gehuldigt, selbst in Potsdam. Es ist eigenthümlich, daß nunmehr die Spaltung zwischen Bürgerwehr und Linienmilitär wieder vorhanden ist. Kurz nach der Revolution war in allen Städten verfügt, daß das Militär nicht ohne Mitwirkung der Bürgerwehr und ohne Einwilligung der städtischen Behörden einschreiten solle. Sehen Sie, meine Herren, so weit ist es gekommen, die Bürgerwehr huldigt, das Heer nicht. Die Spaltung, welche bereits geschwunden war, ist wieder da. Meine Herren, diese Betrachtung führt mich nunmehr auf die specifisch preußische Partei, auf die Partei, welche in Preußen gegen die Freiheit, welche in Deutschland gegen die Einheit reagirt. Ihre Organe sind die „neue preußische Zeitung,“ die „Wehrzeitung,“ die „Preußen,“ „Patrioten-“ und „Mit Gott für König und Vaterlands Vereine.“ Der Preußenverein rief vor dem sechsten August zu offenbarer Widersetzlichkeit gegen die Centralgewalt auf, eben so die Wehrzeitung, welche überhaupt jede Vereidigung des Heeres auf die Verfassung für „Comödie“ und „Spuk“ erklärte. Die neue preußische Zeitung veröffentlichte als Zeichen echter preußischer Gesinnung, daß man in der Uckermark so viele schwarz-roth-goldene Taschentücher verbrannt habe, als man nur habe finden können, und schrieb den Reichsministerialerlaß hinsichtlich des 6. August einer „sonderbar benebelnden Kraft der Frankfurter Luft“ zu. (Stimmen auf der Rechten: Schluß!) Sie sprachen, meine Herren, von dem Bruch, der zwischen Preußen und Deutschland drohe: ich habe mich redlich bemüht, zu erkennen, welche Gesinnungen in der Majorität des preußischen Volkes herrschen; ich zeige Ihnen nunmehr, welche Pläne hinter der Minorität lauern und dazu habe ich ein Recht. Dieselbe Richtung ist es auch, welche eine Adresse in Circulation setzte, durch welche verlangt wird, Friedrich Wilhelm IV. solle zu Gunsten des Prinzen von Preußen den Oberbefehl des Heeres niederlegen, zu einer Zeit, während welcher in Berlin verlautete, daß der König noch immer mit voller Hingebung an der deutschen Einheit festhalte. Meine Herren, diese specifisch preußische Partei stand leider in zu enger Verbindung mit dem preußischen Ministerium. Zunächst war es Obristlieutenant v. Griesheim, Mitarbeiter im Ministerium des Herrn v. Schreckenstein, welchem eine Broschüre beigemessen wurde, in welcher das Aufgehen Preußens in Deutschland als eine „Uebereilung“ und die Huldigung zu Gunsten des Reichsverwesers als ein „Selbstmord Preußens“ bezeichnet ist. (Unruhe.)

Präsident: Ich bitte um Ruhe. Ich kann durchaus nicht finden, daß dieses nicht zur Sache gehöre.

Simon: Herr v. *Griesheim* wurde alsbald entfernt, aber was er in seiner Broschüre gepredigt hatte, wurde durch Herrn *Roth von Schreckenstein* am 6. August redlich ausgeführt. Herr v. *Auerswald*

erkannte in der Aufforderung des Reichsministeriums zur Huldigung eine „ungewöhnliche Bezeichnung," und die Zeitung der Stadt Aachen, der Heimath des Herrn von Hansemann, erzählt: „Hier in Norddeutschland — in Aachen! — sei die Wahl des Reichsverwesers kalt aufgenommen worden." Sie sehen, meine Herren, das preußische Ministerium hat sich leider der Minorität des specifischen Preußenthums allzusehr hingegeben. Dieses Ministerium ist gestürzt, und wenn demselben nunmehr ein Ministerium im Sinne des Volkes folgt, dann können wir hier in Frankfurt freier aufathmen. Sie sehen, meine Herren, was diese verwegene Minorität im Schilde führt. Diese Minorität ist es, welche gegen die Einheit, welche gegen die Freiheit anstrebt, sie ist es, welche nicht dulden will, daß der Beschluß über den Stein'schen Antrag in Preußen vollzogen werde. Mag sie es unternehmen, die Einheit zu untergraben, die Vollziehung des Beschlusses der Berliner constituirenden Versammlung zu hintertreiben, mag sie es versuchen, gegen unsern Beschluß und unter allen Umständen den Waffenstillstand aufrecht zu erhalten, der Lohn solcher Bestrebungen wird ihr nicht ausbleiben! Ihnen aber, meine Herren, rufe ich zu: lassen Sie sich durch keinerlei Kunstgriffe der alten Schule von der richtigen Bahn ableiten! Herr Jordan aus Berlin meint zwar, das erwachte Volk dulde keine diplomatischen Kunstgriffe mehr. Nun, das Volk hat uns als Vertreter hergeschickt, darum sollen eben wir sie nicht dulden. Muth, meine Herren, rufe ich, Muth! und schließe mit den Worten des großen Dichters:

> Säume nicht, dich zu erdreisten,
> Wenn die Menge zaudernd schweift,
> Alles kann der Edle leisten,
> Der versteht und rasch ergreift!

(Stürmischer anhaltender Beifall vom linken Centrum, der linken und der Gallerie. Wiederholter Ruf nach Schluß.)

Präsident: Meine Herren! Es wird vielfältig der Schluß begehrt; ich müßte also den Schluß zur Abstimmung bringen. Zwar ist es nöthig, mit dieser Discussion zu einem Ende zu kommen, weil vor Entscheidung dieser Frage es nicht möglich ist, ein Ministerium neu zu bilden, das wir bei der nun so lange andauernden Krisis dringend bedürfen. Darüber sind Alle einig. Aber es sind einige Mitglieder da, von denen ich glaube, daß die Billigkeit es erfordert, daß sie gehört werden. Zu diesen gehört Max Gagern, zu diesen gehören die Minister, (Zuruf: Nein! nein!) zu diesen gehören, der Geschäftsordnung nach, die Berichterstatter. Ich glaube, daß Niemand das Billigkeitsgefühl verleugnen wird, den so vielfach Angegriffenen die Vertheidigung abschneiden zu wollen. (Zuruf! Max Gagern soll sprechen, die Minister haben aber schon gesprochen! Wenn noch andere Redner gehört werden wollten, so hat Matthy zuerst das Wort. (Allgemeiner Ruf: Schluß! Schluß!) Ich frage nun die Nationalversammlung, ob sie außer den bezeichneten Rednern noch andere zu hören wünscht.

Fürst Lichnowsky: Nein, so ist die Frage nicht.

Präsident: Ich habe die Frage so gestellt, weil ich geglaubt habe, daß kein Redner, der nicht angegriffen worden ist, mehr das Wort erhalten solle.

Fürst Lichnowsky: Ich habe mir über die Fragestellung das Wort erbeten, und ich glaube im Sinne der Mehrheit der Versammlung zu sprechen, wenn ich sage, daß wir den Bevollmächtigten der Nationalversammlung in Schleswig, Max von Gagern, hören wollen. Was jedoch die abgetretenen Minister betrifft, so wäre es ein höchst gefährliches Präcedens, wenn, so oft ein ehemaliger Minister angegriffen wird, ihm das Recht zustünde, beim Beginn und am Ende der Debatte das Wort zu ergreifen. (Zustimmung auf der Linken und dem linken Centrum.) Wenn der Herr Präsident sich darauf beruft, daß sie angegriffen worden sind und deßhalb das Wort haben sollen, so können wir Alle, da wir uns Alle angegriffen haben, das Wort noch einmal begehren.

Präsident: Ich glaube, daß das etwas ganz Anderes ist, wenn einzelne Redner wegen des Inhaltes ihrer Reden angegriffen worden sind. Die Minister aber sind in ihrer ganzen amtlichen Thätigkeit angegriffen und diese Anklage ist etwas ganz anderes. (Unruhe in der Versammlung.)

v. Vincke von Hagen: Ich habe mir das Wort erbeten, um mich entschieden gegen die Ansicht des verehrten Mitgliedes aus Ratibor und für die Ansicht des Herrn Präsidenten zu erklären. Ich denke, wir würden es jedem Minister, auch dem zukünftigen, unmöglich machen, ein solches Amt zu übernehmen, in dem Augenblicke, wo er von jedem Mitgliede angegriffen wird, wenn ihm nicht das Recht des gewöhnlichen Verbrechers zustehen soll, sich zu vertheidigen. (Einige Stimmen: Bravo! Unruhe in der Versammlung.) Ich glaube nicht, daß die Versammlung, die das Recht hat, die Minister in Anklagestand förmlich zu versetzen und sie moralisch darin versetzt hat, durch Alles, was in dieser Debatte gegen sie gesagt worden ist, daß sie das Recht, sich zu vertheidigen, ihnen abschneiden wird. Ich würde das nicht vereinbar halten mit der Ehre Deutschlands. (Einige Stimmen: Bravo!)

Wesendonck von Düsseldorf: Es sind außer den abgetretenen Ministern noch andere Mitglieder in der Versammlung, die angegriffen worden sind und die ebenfalls ein Interesse haben, auf dieser Tribüne hier zu erscheinen. Wenn Sie aber durchaus der Meinung sind, daß die abgetretenen Minister gehört werden müssen, so folgt daraus, daß Sie den Schluß nicht votiren können. Wenn Sie den Schluß votiren, so dürfen Sie nach der Geschäftsordnung Niemanden das Wort geben, als den Berichterstattern, sonst weichen Sie von dem Gesetze ab und ein solches Abweichen vom Gesetze will ich Ihnen nicht zumuthen.

Eisenmann von Würzburg: Meine Herren! Wie

ich gesprochen habe und wie ich stimmen werde, wissen Sie; aber ich muß der Gerechtigkeit Zeugniß geben, die Minister müssen wir hören, wenigstens einen. Gehen Sie das parlamentarische Leben in allen Ländern durch, so werden Sie finden, daß die Minister immer zuletzt das Wort haben, in allen Parlamenten haben sie das Recht, zuletzt zu sprechen.

Eine Stimme: Es gibt keine Minister mehr.

Eisenmann: Ich appellire an Ihr Gerechtigkeitsgefühl.

Präsident: Ich hätte nicht geglaubt, daß die Leidenschaft so weit ginge, daß Viele die Vertheidigung verweigern wollen. (Anhaltende große Unruhe in der Versammlung. Einige Stimmen: Bravo!)

Schaffrath aus Sachsen: Meine Herren! Ich erlaube mir daran zu erinnern, daß der Präsident nicht mit debattiren und urtheilen darf. (Mehrere Stimmen auf der Linken: Bravo! Unruhe in der Versammlung.)

Präsident: Ich lasse mir weder das Recht, zu debattiren, noch zu urtheilen, nehmen, hier oder auf der Tribüne. (Bravo von der Rechten, große Unruhe auf der Linken.) Wenn Sie mir die Geschäftsleitung unmöglich machen, so werde ich die Sitzung aufheben. Ich schlage Ihnen folgenden Weg vor und ich bitte Sie, mich anzuhören. Mehrere sagen: „die Minister sind keine Minister mehr," und ich behaupte: sie sind es noch. (Unruhe in der Versammlung.) Ich bitte um Ruhe. Ich will mir keine Entscheidung anmaßen, ich will nur über die Frage abstimmen lassen. Nach dem Gesetz über die provisorische Centralgewalt haben die Minister als solche das Recht, das Wort zu nehmen; sie haben dieses Recht, so lange sie noch Minister sind, so lange kein anderes Ministerium besteht, denn ohne Ministerium können wir nicht sein, daher müssen sie auch berechtigt sein, das Wort zu verlangen. Das ist meine Meinung. Diese Meinung erlaube ich mir, weil sie die Geschäftsleitung betrifft, hier auszusprechen, und ich halte es für meine Pflicht, sie auszusprechen. (Bravo!) Ich habe keinen Einzelnen, sondern die leidenschaftliche Stimmung in der Versammlung im Auge gehabt und diese wird Niemand leugnen, er müßte denn den Tag leugnen. — Ich werde über die Frage, ob die Minister, die abgetretenen und noch provisorisch functionirenden Minister, als solche, das Wort haben dürfen, abstimmen lassen, wenn dagegen kein Einwand erfolgt. Es scheint mir übrigens in der Natur der Sache zu liegen.

Wesendonck vom Platze aus: Ich habe darauf angetragen, die Frage auf den Schluß zu stellen, und wenn dieser genehmigt wird, haben die Minister das Wort nicht mehr.

Präsident: Herr Wesendonck hat beantragt, die Frage auf den Schluß zu stellen, indem seine Meinung ist, daß, wenn der Schluß von der Versammlung ausgesprochen ist, nur noch der Berichterstatter das Wort hat. Ich frage, ob die Nationalversammlung der Meinung ist, daß die früheren, provisorisch noch fortfunktionirenden Minister in Gemäßheit des Gesetzes über die provisorische Centralgewalt ermächtigt sind, noch das Wort zu ergreifen? Diejenigen, welche dieser Meinung sind, bitte ich aufzustehen. (Die Mehrzahl erhebt sich.) Ich werde den Ministern das Wort geben vor dem Schlusse. (Viele Stimmen: Max von Gagern!) Ich muß darüber fragen, weil ich Max von Gagern unter die Minister nicht gefaßt habe. Will die Nationalversammlung dem Max v. Gagern das Wort noch geben? (Die Mehrzahl erhebt sich.) Max Gagern hat das Wort.

Max von Gagern von Wiesbaden: Meine Herren! Ich bedauere es, zum erstenmale vor Ihnen zu reden in einer Angelegenheit, bei der ich persönlich betheiligt bin; allein ich stehe vor Ihnen als ein Angeklagter (viele Stimmen auf der Linken: Nein!), zwar auch vertheidigt, aber, wie sich ein Abgeordneter aus Oesterreich elegant ausgesprochen hat — beschimpft, und was schlimmer ist, von einem Mitglied von dieser Seite (zur Linken) öffentlich, von einem von jener Seite (zur Rechten) heimlich bemitleidet. Wenn man das Bewußtsein hat, in jedem Augenblicke nach vollkommener Ueberlegung und Selbstprüfung gehandelt zu haben, so kann man solche Bemerkungen, wie sie gefallen sind, solche Vergleichungen und Schilderungen der Stellung, in der ich mich befunden haben soll, mit vollkommener Ruhe anhören und ohne Leidenschaft beantworten. Meine Herren, in dem Rathe der Minister war meine Sendung beschlossen und aufgefaßt worden als eine Aufgabe des Friedens, wie Sie das aus der Vollmacht ersehen können, in dreifacher Beziehung als eine Aufgabe des Friedens gegenüber Dänemark; diese Aufgabe hatte noch nicht einmal ihren Anfang genommen, d. h. die Ausführung hatte noch nicht einmal, wie ich Ihnen später schildern werde, ihren Anfang genommen; dann als eine Aufgabe des Friedens gegenüber den Herzogthümern und der provisorischen Regierung von Schleswig-Holstein und drittens auch als eine Aufgabe des Friedens gegenüber Preußen. Der preußische Bevollmächtigte hat zuerst hier dasjenige Actenstück veröffentlicht, oder es ist mit seiner Zustimmung veröffentlicht worden, welches die Hauptmotive zu diesem Schritte des Friedens ausdrückt, es ist dieß die Instruktion des Ministers von Auerswald an den General von Below: darin sind die Motive, die den Ministerrath zur Ertheilung der Vollmacht an Preußen bewogen haben, hinreichend auseinandergesetzt. Ich komme nicht darauf zurück, eine Statistik der Meinungen in den verschiedenen Theilen von Preußen hier geben zu wollen. Die Presse und die öffentliche Meinung wird das später noch klarer herausstellen, inwieweit die materiellen Interessen in einzelnen Provinzen von Preußen von Nord-Deutschland im Gegensatze sind. Meine Aufgabe fing damit an, in Berlin den ersten Theil meiner Instruktion auszuführen; das Mitglied für Leipzig hat für gut gefunden, zu erklären, ich hätte in Berlin

gar Niemand gesprochen. Ich könnte von ihm wohl verlangen, daß er die Actenstücke, die wir doch mit aller Aufrichtigkeit veröffentlicht haben, gelesen hätte; dann würde er gefunden haben schon in meinem ersten Bericht, daß ich allerdings auf dem auswärtigen Amte in Berlin eine Zusammenkunft gehabt habe und daß ich sogar ein Urtheil fälle über diese Zusammenkunft . . .

Blum (vom Platze aus): In dem stenographischen Bericht aber steht, in Berlin . . .

Mehrere Stimmen: Ruhe!

Max von Gagern: Die Ausdrücke in meinem ersten Berichte aus Berlin sind ganz deutlich. Ich will über diese erste Zusammenkunft auf dem auswärtigen Amte in Berlin sogleich hier in einige Erläuterungen eingehen. Es war gerade, unglücklicherweise, der 12. August, nämlich der Tag, an dem sowohl der König als auch die Minister von Berlin zum Feste nach Köln abreisten, wenn ich mich nicht sehr irre, in den Nachmittagsstunden, jedenfalls der Minister des Aeußern. Das ist allerdings die Ursache, warum die Zusammenkunft kurz war und warum nicht auf alle einzelnen Fälle so eingegangen werden konnte, wie ich es wohl gewünscht hätte. Die Verhandlungen berührten nun verschiedene Punkte. In Berlin erst erfuhr ich, daß der Ort der Verhandlungen in Malmoe sein würde Meine Vollmacht ist ausgestellt in der Unterstellung, daß die Verhandlungen wieder auf der Schleswig-Jütischen Grenze stattfinden würden, etwa in Bellevue bei Kolding an der jütischen Grenze. In dieser Unterstellung sind die Worte gebraucht worden: „in der Nähe der Verhandlungen.“ Erst in Berlin, wie gesagt, erfuhr ich die Schwierigkeit der Ausführung meines Auftrages in diesem Punkte, die Thatsache nämlich, daß die Verhandlungen in Malmoe in Schweden stattfinden sollten. Dadurch ist allerdings meine Aufgabe äußerst schwierig geworden. Nach Malmoe sogleich zu gehen, von Berlin aus, war ein bedeutendes Hinderniß: denn vorerst hatte ich den Auftrag, in Rendsburg zu verhandeln, und dort aufzutreten hielt ich für die nächste Pflicht aus dem Grunde, den bereits der Minister des Aeußern angegeben hat, nämlich daß es die Absicht des Reichsministeriums war, der provisorischen Regierung von Schleswig-Holstein diese Ehre zu erweisen, daß man sie selbst hörte über den Zustand der Dinge, daß nicht eine andere Regierung eingesetzt wurde, ohne daß man die gegenwärtige provisorische Regierung von Schleswig-Holstein darüber hörte, in jeder Beziehung hörte über die Personen wie über andere Fragen. Sodann kam in Berlin auch schon die Personenfrage zur Sprache. Der Minister des Auswärtigen hatte mit den schleswig-holsteinischen Abgeordneten mit aller Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit Rücksprache genommen über die verschiedenen Personen, die man in der öffentlichen Meinung bezeichnete, oder deren Nennung man erwarten konnte, als für eine neue provisorische Regierung möglich und empfehlenswerth. Die Liste, die hier aufgestellt ward, brachte ich in Berlin zu Sprache; ich fand, daß man in Berlin auch schon solche Listen angefertigt hatte, sie wurden verglichen und in meinem ersten Berichte habe ich bereits ausgesprochen, daß eine bedeutende Verschiedenheit der Ansichten über die verschiedenen Personen nicht hervorgetreten sind, umsoweniger, als der Name des Grafen v. Moltke natürlich von keiner von beiden Seiten zur Sprache gebracht wurde. Wenn ich mit aller Offenheit, mit der ich die ganze Sendung vollzogen habe, sprechen soll, so muß ich sagen, daß ich in Berlin die Ueberzeugung gewonnen habe, daß das preußische Ministerium nicht so sicher war, als wir es hier glaubten, daß es den Entwurf von Bellevue durchsetzen könnte. Ich weiß nicht, ob unterdeß Noten eingegangen waren, die die Sache noch schlimmer stellten, aber ich fand auf dem auswärtigen Amte in Berlin einige Zweifel darüber, ob auch wirklich der Entwurf von Bellevue im Wesentlichen durchgehen würde. Von Berlin aus war meine nächste Aufgabe, in den Herzogthümern selbst zu erscheinen, wie es meine Instruction oder Vollmacht vorschrieb. Nach Rendsburg mußte ich zuerst gehen. Es war das erste Mal in meinem Leben, daß ich die Herzogthümer betrat. Mitglieder der provisorischen Regierung sind mir theils aus älterer, theils aus neuerer Zeit persönlich befreundet, aber ich werde mich nicht scheuen, auch über diesen Theil meiner Sendung ganz offen zu sein. Was die Stimmung in den Herzogthümern betrifft, so hat man von einer Seite vermißt, daß sich die Bevölkerung nicht immer in dem Zustande der Schlagfertigkeit und der Gereiztheit befunden, wie es vielleicht zu Zeiten wünschenswerth gewesen wäre; — der verehrte Abgeordnete von Gießen hat, gewiß ohne es zu wollen, sich auf den Standpunkt der dänischen Regierung begeben und gesagt, es sei die Bewegung in den Herzogthümern eine Revolution von Professoren gewesen, gerade dasselbe sagt auch Fädrelandet; er hat diesmal, ohne es zu wollen, den Standpunkt Dänemarks eingenommen; — im Ganzen aber kann ich nur mit der größten Achtung von der männlichen Ruhe und Entschlossenheit sprechen, die ich in den Herzogthümern gefunden habe, und diese männliche Ruhe und Entschlossenheit habe ich auch ganz richtig vertreten gefunden in der provisorischen Regierung von Schleswig-Holstein. Ich habe die provisorische Regierung von Schleswig-Holstein als eine deutsche aufgefaßt und habe in der Eigenschaft als Vertreter der deutschen Centralgewalt mit ihr verhandelt, nicht als Diplomat; denn wie gesagt, eine diplomatische Sendung meinerseits hatte noch gar nicht angefangen, ich hatte in Berlin und Rendsburg nicht als Diplomat zu handeln, sondern als Vertreter der Centralgewalt. Ich muß noch einige Punkte anführen von der Stimmung gegenüber Preußen, die ich in den Herzogthümern gefunden habe. Ich will nicht leugnen, daß die preußische Diplomatie, sofern sie sich mit den Herzogthümern beschäftigt hatte, wenig Anklang gefunden; allein um so anerkennenswerther war die Stimmung für die Betheiligung, die Preußen an der Organisation des

Landes in militärischer Beziehung genommen hat: es ist vielleicht denjenigen, die nicht Schleswig-Holsteiner sind, weniger bekannt, daß in der Schleswig-Holsteinischen Armee eine ganz geringe Anzahl von eingebornen Offizieren ist, bei weitem die größte Anzahl sind Preußen, die Schleswig-Holsteinschen Truppen werden von preußischen Offizieren commandirt und das gegenseitige Verhältniß ist durchaus befriedigend, ich habe von beiden Seiten die größte Befriedigung darüber gehört, wie ich nicht anders sagen kann. Es ist dieses Verhältniß ganz eigenthümlicher Natur daraus entstanden, daß früher fast alle Offiziere Dänen waren und in dänischen Diensten geblieben sind. Eine der ersten Angelegenheiten, die ich mit der provisorischen Regierung zu besprechen hatte, war natürlich ihre eigene Stellung und mein ganzer Auftrag, besonders der höchst wichtige und delicate Punkt der Personenliste. Ich habe schon in dem ersten Berichte mich dahin ausgesprochen, daß die provisorische Regierung jedes persönliche Opfer bringen würde, sofern das Interesse nicht Schleswig-Holsteins allein, sondern des gemeinsamen Vaterlandes ein Opfer dieser Art von ihr verlangte. Sie hat mit größter Unbefangenheit auf alle meine Anfragen über die Personen, deren Namen ich nannte, sich ausgesprochen. Man vermißt unter den Actenstücken — und es ist von dieser Seite bedauert worden (auf die Linke deutend) die Liste der Namen, die ich bei mir hatte, und diejenigen, die ich nachher in Folge dieser Unterredung mit der provisorischen Regierung aufgestellt habe. Bei der großen Entfernung von Malmoe und bei der Voraussetzung, daß sich mir vielleicht nur einmal Gelegenheit bieten könnte, mit Malmoe zu communiciren, mußte ich mich darauf beschränken, nicht etwa bestimmte Combinationen von Namen aufzustellen, sondern sämmtliche Namen, die zur Sprache gekommen waren, als mehr oder minder geeignet in drei Kategorien zusammenzustellen. Es ist bei den Eigenschaften, die erfordert wurden, vor allen Dingen deutsche Gesinnung von mir erwähnt worden, dann besonders auch Geschäftskundigkeit, denn deutsche Gesinnung ohne alle Geschäftskenntniß würde nicht allein berücksichtigt worden sein. Diese Liste, die die deutsche Gesinnung und Vaterlandsliebe, den Patriotismus gewissermaßen tarifirt, zu publiciren, würde, wie ich glaube, Niemand von mir verlangen, sie befindet sich in einem Exemplar in der Hand des General Below und einmal hier in meiner Brieftasche, es hat sie Niemand anders von mir erhalten. Ich würde mich nicht unterstehen, den Patriotismus so vieler ehrenwerther Männer zu tarifiren; aber ich wiederhole es, daß natürlich jeder ausgesprochene dänische Parteimann, wie auch in meinem Berichte steht, möglichst ausgeschlossen werden sollte. Das ist der Punkt der Personalliste. Ein verehrtes Mitglied für Würzburg hat gefragt, ob nicht irgendwo etwas zwischen den Zeilen zu lesen sei, in Beziehung auf den Herzog von Augustenburg. Darüber kann ich nur Folgendes erwähnen: es ist mir von geheimen Artikeln durchaus nichts bekannt, nichts von geheimen Verhandlungen hierüber. Wenn ein officielles Ansinnen dieser Art an den Herzog von Augustenburg gestellt worden wäre, sich während des Waffenstillstandes aus den Herzogthümern zu entfernen, so habe ich die Ueberzeugung, daß er ein solches Ansinnen mit Würde abgelehnt haben würde; das ist Alles, was ich darüber zu sagen habe. Ich komme aber nun auf eine Frage, die mich allerdings nur persönlich betrifft: warum ich nicht nach Malmoe gegangen sei, nachdem der General Below mich in dem Schreiben vom 19. d. ausdrücklich dazu aufgefordert habe. Die Stelle im Briefe des General Below ist die: „Ich beehre mich zu erwiedern, wie ich wohl wünschte, daß Sie mir hier zur Seite stünden, indem meine Aufgabe keine leichte ist.“ Ich will Sie zuerst daran erinnern, daß es in Berlin ausdrücklich abgesprochen war, daß ich nicht am Orte der Verhandlung selbst anwesend sein würde, daß, so lange der Waffenstillstand nicht abgeschlossen worden sei, ich eine diplomatische Aufgabe gar nicht zu erfüllen hätte. Ich weise daher jede Vergleichung, jede Schilderung von persönlichen Verlegenheiten zurück, denn ich hatte keine diplomatischen Aufgabe, bis der Waffenstillstand abgeschlossen war. In meiner Vollmacht fand ich kein Wort, daß ich mit dem preußischen Bevollmächtigten zusammen und direct verhandeln sollte; ich hatte auch keine Aufsicht über die Verhandlungen zu führen, wie sie mir, ich weiß nicht welcher Redner, hat zumuthen wollen. Alle Bedingungen liegen in der Vollmacht; Sie kennen meine Vollmacht, weiter hatte ich nichts zu bewilligen. Ich würde nach Malmoe gegangen sein, wenn General Below mir geschrieben hätte, man erwarte in Malmoe von dänischer Seite den Gesandten der Reichsgewalt. Ohne diese Einladung hatte ich da nichts zu thun. Meine Herren! Sie haben also nun diesen Waffenstillstand vor sich. Wenn die Personalfrage bei der veränderten Sachlage auch heute noch auf befriedigende Art gelöst wird, so habe ich die Ueberzeugung, daß der Waffenstillstand für die Herzogthümer ein erträglicher ist und in manchen Punkten sogar einen Fortschritt zur Ordnung der inneren Angelegenheiten der Herzogthümer in sich trägt. Es ist in dieser Frage von so vielen Seiten schon die Stellung der auswärtigen Mächte berührt und so beleuchtet worden, daß ich darüber sehr kurz sein darf. Ich bin der Ueberzeugung, daß unsere auswärtige Politik, unsere Stellung zu den auswärtigen Mächten von dem Augenblicke an eine günstigere, bessere sein wird, wenn wir diese Waffenstillstandsangelegenheit beendigt haben. Ich spreche nicht weiter von einzelnen Mächten, nicht von der weisen Mäßigung Rußlands, nicht von der Freundeshand Frankreichs, von der ich überzeugt bin, daß sie nicht ausgestreckt sei, um die Deutschen untereinander zu trennen, ich spreche nicht von der Betheiligung Englands. Nur das will ich sagen, daß ich aus allen Stücken, die mir zur Kenntniß gelangt sind, ersehen habe, daß diese Betheiligung Englands für uns eine

freundschaftliche gewesen ist (vielfacher Beifall), und erst in der letzten Zeit, als die große Schwierigkeit entstand, die Verhältnisse bald mit Preußen, bald mit der Centralgewalt zu verhandeln, richtig zu verstehen, da ist auch England ungeneigter, ungeduldiger, will ich sagen, aufgetreten. Wir haben in einer Anmerkung der Actenstücke gesagt, eine genaue Kenntniß der diplomatischen Verhandlungen könne erst dann hervortreten, wenn das preußische Gouvernement durch den Staatsmann, welchem ich hier ein ehrenvolles öffentliches Zeugniß zu geben mich verpflichtet fühle, Ritter Bunsen, alle Actenstücke mitgetheilt haben werde, vom Auftrage des Bundestages an bis zur Ertheilung der Vollmacht durch die Centralgewalt. Auch die Mächte zweiten Ranges sind außer den drei Großmächten in unserer Politik von allerhöchster Bedeutung. Ich würde im höchsten Grade beklagen, wenn wir durch diese einzelne Angelegenheit von Schleswig-Holstein ohne einen bestimmten Plan, ja mit einer Art von Planlosigkeit, vom bloßen Zufalle geleitet, in politische Mißverhältnisse verwickelt würden! Will man einen Krieg, glaubt man, daß die Nation Krieg bedürfe, so soll man nach einem Plane verfahren und sich den Feind ausersehen, mit dem man anbinden will, aber nicht so planlos sich einlassen mit Mächten zweiten Ranges, gegenüber denen uns der Sieg nicht einmal gar zu hoch angerechnet werden dürfte. Diese Besorgniß, die mich anwandelt, dieser Kummer über mögliche Verwirklichung derselben, beschäftigen mich gerade in diesem Momente um so mehr, wo unsere Verfassung unfertig daliegt. Wir hätten der äußeren Ruhe so sehr Bedürfniß, um dieses schwere Verfassungswerk zu beendigen. Die alte Verfassung des Bundes war wie eine Glocke, die einen Sprung hatte und nicht mehr tönte, sie ist zusammengeschlagen worden, die Stücke sind geschmolzen und befinden sich in flüssigem Zustande. Aber die Form, wo hinein diese geschmolzene Masse gegossen werden soll, ist noch nicht gemacht, und darum die Form der Glocke, welche schon noch ertönen wird, gerade jetzt so schwierig. Ist die Glocke gegossen, hat sie einen guten Klang, dann möge man Sturm läuten; aber im jetzigen Zustand, bei den Verwickelungen und Unklarheiten unseres Staatsrechts, die wir selbst nicht leugnen können, ist es bedenklich, zu gleicher Zeit mit drei auswärtigen Mächten und mit zwei Mächten vom zweiten Range zugleich anzubinden und zugleich den Schwierigkeiten der innern Politik entgegenzutreten. Meine Herren, ich weiß es wohl, es ist sehr angenehm, getragen von der öffentlichen Stimmung, einen Gegenstand zu vertheidigen, — ich habe das auch in meinem Leben erfahren, obgleich ich nur wenig an dem Becher der Popularität genippt habe, den ich auch heute nach Pflicht und Gewissen ablehnen muß, — ich weiß es wohl, daß es verführerisch ist, getragen von der öffentlichen Meinung, eine große Idee des Vaterlandes gegenüber den eigenen Regierungen und gegenüber dem Auslande zu vertreten; das habe ich im Monat März erfahren; allein nichts soll mich abhalten, heute in entgegengesetzter Richtung zu reden; wenn eine höhere Pflicht der Ueberzeugung gebietet; mich schreckt es nicht, im Gegentheil, mich kann es erfreuen, wenn die Wogen der öffentlichen Meinung bis zu diesen Thoren der Paulskirche schlagen, das schreckt mich nicht. Aber die wogende Menge, das behaupte ich entschlossen, hat in schwierigen Staatsangelegenheiten nicht uns zu belehren, sondern sich von uns belehren zu lassen. (Lebhaftes Bravo auf der Rechten und im Centrum.) Blicken wir auf das, was aus diesen Verhandlungen hervorgehen wird: ein Glück, die Ueberzeugung, die sich nicht allein der Nation, sondern auch allen Regierungen mittheilen muß, das ist: daß sich unsere auswärtige Politik auf die Länge nicht in so verschiedenen Händen befinden kann, daß die auswärtige Politik, die Vertretung Deutschlands gegenüber dem Auslande centralisirt werden muß und auf jede Gefahr. (Allgemeines Bravo.) Zum Schluß noch ein Wort über den Antrag, dem ich mich anschließe; es ist dieß der Antrag der schleswig-holstein'schen Abgeordneten Francke und Genossen, den dieselben keineswegs als Schleswig-Holsteiner gestellt haben, sondern, das bin ich von ihnen überzeugt, als Deutsche, im Interesse des gesammten Vaterlandes. Ich unterstütze diesen Antrag als einen vermittelnden, und als solchen empfehle ich Ihnen denselben, er enthält alle jene Bestimmungen, welche der gegenwärtigen Sachlage angemessen sind. (Bravo auf der Rechten, Ruf nach Vertagung.)

Heckscher von Hamburg: Meine Herren! Mitten in dieser Debatte ist es mir zuweilen gegangen wie Einem, dem die Augen verbunden werden, und der so in der eigenen Vaterstadt herumgeführt wird, plötzlich aber wird ihm die Binde abgenommen und er wird gefragt: Wo bist du? — So habe ich oft in dieser Debatte mich gefragt: warum handelt es sich eigentlich? Man spricht von allen möglichen Dingen, nur nicht von dem Waffenstillstande. So, meine Herren, hat es das Ministerium nicht verstanden, es hat keine Nebenabsichten gehabt, sondern die ernste Frage vorgelegt: ist unter diesen schwierigen unwillkommenen Umständen dieser Waffenstillstand anzunehmen oder zu verwerfen? Vergessen Sie nicht, und ich muß, meine Herren, es wiederholen, weil man immer geneigt ist, es wieder zu sagen, — vergessen Sie doch nicht, das Ministerium hat keinen Waffenstillstand abzuschließen gehabt, es hat Preußen beauftragt. Und ich habe noch Keinen gehört, der gesagt hätte, daß man hätte Preußen nicht beauftragen sollen. Ich habe Keinen gehört, der gesagt hätte: ich als Minister hätte den Muth gehabt, Preußen das Vertrauen abzuschlagen, das Vertrauensvotum abzuschlagen, um das das Ministerium bat, im Vertrauen auf seine Verdienste für das Vaterland. — Ich weiß es aber, meine Herren, ich kann es mir vollkommen wohl denken, warum man alles Mögliche in diese Debatte hineinmischte. Es sind diejenigen dabei, denen die Einheit Deutschlands auf die Art, wie die Majorität bisher sie verstanden hat, ein Dorn im Auge ist. (Un-

ruhe auf der Linken.) Es sind diejenigen . . . (Fortdauernde Unruhe auf der Linken.) . . . O ich werde mich nicht irre machen lassen, ich rede hier und bleibe bis ich ausgeredet habe. (Bravo auf der Rechten, Zischen auf der Linken.) . . . Es sind diejenigen, welche planmäßig darauf ausgehen, die Fackel der Zwietracht in unser Volk zu werfen. (Lärm auf der Linken und im linken Centrum, Stimmen auf der Linken: Zur Ordnung! das ist Verdächtigung! Steigende Unruhe in der Versammlung.)

Präsident: Herr Heckscher! Ich muß Sie bitten, mit Ruhe, die gewiß in Ihrer Sache die beste Stimmung ist, zu sprechen.

Heckscher: Meine Sache hat nichts zu scheuen, ich trotze allen Anklagen. Es sind diejenigen darunter, die planmäßig darauf ausgehen, die Fackel der Zwietracht in unser Vaterland zu werfen. (Heftiger anhaltender Lärm, viele Stimmen auf der Linken: Zur Ordnung!)

Präsident: Herr Heckscher, ich muß Sie bitten, sich zu mäßigen. (Stimmen auf der Linken: Weiter nichts? Er muß zur Ordnung gerufen werden!) Ich frage Herrn Heckscher, ob er eine Partei dieses Hauses unter denen gemeint hat, die beabsichtigen, Zwietracht in das Vaterland zu werfen? Wenn das wäre, so müßte ich Sie zur Ordnung rufen.

Heckscher: Ja, das muß ich sagen, das habe ich allerdings gemeint. (Großer Lärm in der Versammlung.)

Präsident: Herr Heckscher! Ich rufe Sie hiermit zur Ordnung! — Sie müssen von jeder Partei und von Jedem annehmen, daß er gewissenhaft handle, und Sie haben nicht das Recht, zu sagen: daß er beabsichtige, die Fackel der Zwietracht in das Vaterland zu werfen. Das ist mit der Ordnung nicht verträglich.

Heckscher: Es sind ferner — ich muß mir diesen Ordnungsruf gefallen lassen . . . (Stimmen auf der Linken: Allerdings! Natürlich!) Es sind ferner diejenigen darunter, welchen eine Entzweiung mit Preußen nicht unwillkommen wäre. (Wiederholter Lärm. Mehrere Stimmen: Nochmals zur Ordnung! Von der Tribüne herunter!)

Präsident: Sie werden selbst einsehen, Herr Heckscher, daß es nicht so fortgehen kann, ich muß Sie bitten, Ihre Worte auf die Wagschale zu legen.

Wigard von Dresden (vom Platz): Ich trage darauf an, ihm das Wort zu entziehen.

Präsident: Meine Herren! Ich bin überzeugt, Herr Heckscher wird nicht mehr in der früheren Stimmung fortfahren, ich ersuche Sie, ihn jetzt zu hören.

Heckscher: Es sind mannigfaltige Gründe, warum man diese Debatte von ihrem wahren und ausschließlichen Gegenstand abzulenken gesucht hat, ich könnte hier noch manche aufzählen, aber da man von einer Seite des Hauses nicht alle Anklagen, die auf mich geworfen wurden, beantwortet wissen will, so muß ich darüber weggehen. Ich wende mich also unmittelbar zu dem Gegenstande, der uns beschäftigt, aber das will ich noch hinzufügen: ich hätte nicht geglaubt, daß so wenig Gerechtigkeit und Billigkeit in diesem Hause wäre. (Abermaliger großer Lärm in der Versammlung und auf der Gallerie. Wiederholter Ruf: Herunter von der Tribüne!)

Präsident: Wenn es auf der Gallerie nicht ruhig wird, so lasse ich dieselbe räumen.

Wigard von Dresden (vom Platz): Ich verlange, daß Heckscher das Wort entzogen werde, und daß mein Antrag zur Abstimmung kommt.

Präsident: Meine Herren! Ich bitte um Ruhe. Ich habe mir Mühe gegeben, die Ordnung des Hauses aufrecht zu erhalten und zur Mäßigung gerathen. Es wird nun verlangt, daß Herrn Heckscher das Wort entzogen würde. Ich muß die Nationalversammlung darüber abstimmen lassen. Diejenigen, die der Meinung sind, daß nach den Vorgängen, die stattgehabt haben, dem Herrn Heckscher das Wort zu entziehen sei, bitte ich aufzustehen. (Die Minorität erhebt sich.) Es hat sich nur die Minderheit dafür ausgesprochen. Ich bitte Herrn Heckscher nochmals inständig, mit Mäßigung zu sprechen.

Heckscher: Ich wende mich unmittelbar zum Gegenstande, der uns beschäftigt, und bin genöthigt, meinen Gefühlen Gewalt anzuthun. Ich kann versichern, wie auch Herr Max v. Gagern gesagt hat, es existiren keine geheimen Artikel, es sind solche nie zur Kenntniß gekommen, und weil das nicht geschehen ist, muß ich mit Sicherheit und Zuversicht annehmen, daß keine existiren. Auch diejenigen Andeutungen in meiner Correspondenz, aus denen man etwas der Art hatte schließen wollen, würden sich, wenn sie sich nicht auf vertrauliche Zuschriften bezögen, vollkommen erklären lassen, und auch diese Erklärung würde ich so geben können, daß ich immer mit vollkommener Wahrung meiner Pflichten gehandelt habe. Was den Herrn Blömer betrifft, so hat er in seiner sehr fein ausgesponnenen Rede den Minister des Auswärtigen wegen der Ratification mit sich selbst in Widerspruch zu setzen und ausschließlich die Sache zu Gunsten Preußens zu leiten gesucht. Meine Herren! Das ist auch einer der Punkte, die so außerordentlich schwierig für mich zu berühren sind, und da haben Sie die Erklärung dessen, daß ich sagte, man wäre so unbillig gegen das Ministerium. Ja, meine Herren, es ist nicht ganz billig, das Absolute von einem Ministerium zu verlangen, jetzt soll ich z. B. die feinen Beziehungen des Reichsministeriums zu Preußen vertheidigen, und ich soll es thun, ohne einen Vorwurf gegen Preußen zu machen; ich habe es so viel wie möglich vermieden. Aber auf diese ganz fein ausgesponnene Rede des Herrn Blömer antworte ich einfach mit folgenden Worten, und diese Worte sind, ich möchte sagen im Lapidarstyl in den gedruckten Actenstücken niedergelegt: Das Ministerium hat die Krone Preußen beauftragt, diesen Waffenstillstand abzuschließen im Na-

men und aus Auftrag der Centralgewalt; Erster Satz: Das Reichsministerium hat die Krone Preußen beauftragt, diesen Vertrag abzuschließen, ohne daß es sich eine Ratification vorbehalten hätte; zweiter Satz. Nun kommt aber der dritte Satz, nämlich der, daß in der Vollmacht für die Krone Preußen ganz genau vorgeschrieben war, daß man sich an die Stipulationen von Bellevue, und die Zusätze, die wir machlen, zu halten habe. Was folgt nun daraus? Mich dünkt doch auf eine unwiderlegliche Weise: 1) daß unser Auftrag und unsere Vorschrift dahln ging, im Namen und aus Auftrag der Centralgewalt abzuschließen. Das ist nicht geschehen, und daß es nicht geschehen ist, dafür können wir nichts. Es sind genug Gründe für und gegen angeführt worden, allein das Minlsterium kann nimmermehr eine Schuld treffen. Was den weiteren Satz betrifft, daß wir uns keine Ratificalion vorbehalten haben, so habe ich dieß immer zugegeben, und wenn auch Herr v. Würth es nicht zugegeben hat, so kann dieß in der Sache nichts ändern. Wenn man ferner den Mitgliedern des abgetretenen Ministeriums den Vorwurf macht, daß sie nicht einstimmig verfahren seien, so beweist dies nur den vollen guten Glauben und die Selbstständigkeit der Ueberzeugung, worin sie handelten. Einer kann aber nur die Sache richtig auffassen, und ich, von dem das Meisle ausging, behaupte, daß meine Auffassung die richtige ist, und die genannte Vorschrift ist nicht wegzuleugnen. Wie kann man nun mit Gerechtigkeit und Billigkeit sich hinstellen und sagen: Du hast Preußen die gewünschte Vollmacht ohne Vorbehalt und Bedingungen gegeben. Das ist factisch nicht wahr. Man hat Preußen eine Vollmacht gegeben mit Vorbehalt und Bedingungen. Weil aber die Bedingungen nicht eingehalten wurden, mußte man sich im Ministerium fragen, ob wir uns dies gefallen lassen, und wie wir die Sache in die Nationalversammlung bringen wollten. Da wir nun aber blos die Verantwortlichkeit in dem Fall übernehmen wollten, wenn nach unsern Bedingungen abgeschlossen wäre, so konnten wir sie bei ganz veränderten Bedingungen nicht übernehmen. Da haben Sie einfach die Erklärung des ganzen Verfahrens, und ich begreife nicht, was man dagegen noch sagen könnte. Herr Jordan hat eine außerordentlich richtige Bemerkung gemacht, die tief eingreifend in das ganze Verhältniß ist. Er hat gesagt, warum die Schleswig-Holsteiner nicht eine ordenlliche, tüchtige Revolution gemacht, warum nicht ihren Landesherrn davon gejagt, und nicht alle Rechte desselben verfallen erklärt? Wenn sie dies gethan hätten, so wäre die Sanction, die später hinzu kam, oder das Manifest des Bundestags, nämlich der ausgesprochene Zweck des Kriegs möglicherweise ein anderer gewesen. Der Bundestag hat aber überallhin erklärt, man führe keinen Krieg gegen den König von Dänemark, um ihn seiner herzoglichen Krone zu berauben und gewaltsam Schleswig mit Deutschland zu vereinigen, sondern man führe den Krieg zur Wahrung der Verfassungsrechte der Herzogthümer. Es mußte also auch das Ministerium bei Beurtheilung des Waffenstillstandes dieses Ziel festhalten, und damit die erreichten Vorrechte vergleichen. Ich freue mich, daß Herr Jordan und mit ihm eine für mich sehr hochstehende Autorität, nämlich Herr v. Vincke (Gelächter auf der Linken), ich will damit nicht sagen, daß ich die Autorität des Herrn Jordan nicht auch hochstelle (wiederholtes Gelächter auf der Linken) — ich freue mich, daß diese beiden Herren mir darin beipflichteten, wenn ich gesagt habe: in Gemäßheit dieses Waffenstillstandes findet durchaus keine Verpflichtung der Centralgewalt statt, nun auf der pünktlichen Durchführung aller Stipulationen des Vertrags, selbst gegen den Willen, die Kraft und die physische Macht der Schleswig-Holsteiner, zu bestehen. Nein, dem ist nicht so. Dazu haben wir uns nie verpflichtet, und wir können auch nicht hierzu verpflichtet gehalten werden. Wenn Dänemark oder die vermittelnden Mächte einen Vertrag abgeschlossen haben, der nach der Natur der Dinge unausführbar ist, was zur Zeit des Abschlusses nicht einzusehen war, so daß jeder Vorwurf einer Hinterlist wegfällt, so mag Dänemark zusehen, wie es den Vertrag ausführt. Wir gestatten ihm aber nicht, einen Mann dänischer Truppen in die Herzogthümer zu schicken. Das ist unser Recht und dabei bleiben wir. Ich empfehle noch einmal dringend die Annahme des Waffenstillstandes und zwar, wie ich gesagt habe, ohne fernere Unterhandlungen, denn das sind Absurditäten, wenn man gleichzeitig erfüllen und unterhandeln soll. Im Hinblick auf das, was bereits an Modificalionen eingetrelen ist und noch eintreten wird, empfehle ich Ihnen die Annahme, die Nichtverwerfung, die Nichlbeanstandung des Waffenstillstandes. Die Hauptgründe, die ich anzuführen habe, sind folgende. Ich sage Ihnen nochmals: es ist nichts verloren durch den Waffenstillstand, der kein Friede ist, und namentlich ist für die Ehre Deutschlands nichts verloren, denn das Ziel des Krieges ist interimistisch weit mehr für unser Recht, als für die Gegner; gewonnen ist aber unendlich viel für den künftigen Frieden und für die definitive Gestaltung der holsteinischen staatsrechtlichen Verhältnisse, denn Sie wissen, daß Sie angebahnt sind in der Hauptsache und mit Hinzuziehung der Modificationen, die nothwendig eintreten und eintreten müssen; das hat schon Herr Bassermann gesagt. Zweitens haben Sie gewonnen ein unendlich Großes, daß die Absatzwege des Handels wiedereröffnet sind; Sie haben gewonnen, daß die Industrie sich wieder frei bewegen, sich wieder auf den Credit der Seestädte stützen kann, der wieder neu aufleben wird. Sie gewinnen, daß beim Herannahen des mit schwerer Ahnung erwarteten Winters der Credit und der Han[illegible] wieder hergestellt wird, und in eben dem Augenblicke ist, wie Kaufleute mir bestätigen können, dieses doppelt erwünscht, daß die Handelswege frei werden. Man weiß, daß eine ganze Masse deutscher Schiffe von England aus auf dem Wege ist, welche nothwendig den Dänen in die Hände fallen müssen, man weiß, daß England durch die hohen Kartoffelpreise genöthigt ist, die Kornzufuhr

aus den preußischen Ostseeprovinzen zu sichern, was einen reichen Segen in die Provinzen führt. Das Dritte ist endlich, daß Sie von dieser Seite eine blutende, eiternde Wunde verbunden haben und daß Sie dann Ruhe haben, Ihre innern Verhältnisse zu ordnen, daß wir das Verfassungswerk vollenden, daß wir uns stärken können nach Außen und jene völkerrechtliche Geltung bei den Staaten erlangen, — was unendlich schwer ist und durch die Sistirung im letzten Beschlusse noch mehr erschwert wurde; denn darüber habe ich selbst die traurigsten Erfahrungen gemacht. — Und Sie gewinnen, daß die Ansichten sich bekehren und die Freundschaftsbande sich anders gestalten, als sie bis jetzt waren. Dagegen halte ich für kein Aequivalent, was gegen diese unendlichen Vortheile in die Wage zu legen wäre. Wenn auch einige constitutionelle Rechte Schleswig-Holsteins auf einige Zeit vertagt sind, so ist ja doch für die Herzogthümer definitiv nichts verloren und sind unter guter Obhut: (hört!) ja sie kommen dahin, verlassen Sie sich darauf. Ebenso werden Sie durch die Verwerfung des Waffenstillstandes alle unsere völkerrechtlichen Beziehungen auf's Aeußerste gefährden. Ich habe nie gesagt, meine Herren: haben Sie Furcht vor einem europäischen Kriege, wiewohl ich die Aussicht auf einen europäischen Krieg, wenn man Jütland angreift, nicht gering anschlage. Aber abgesehen von der äußersten Kriegsgefahr, ist es immer ein großer Uebelstand, wenn man mit fremden Mächten gewissermaßen à coups dorés umgehen muß. Den guten Willen der Mächte muß man in vielen Beziehungen für sich haben. Ebenso finde ich die Fortführung des Krieges gegen die Neigung Preußens. Wie sehr Preußen festhielt an der Bedingung des Waffenstillstandes, haben Ihnen schon Preußen gesagt mit Anführung von Gründen, die wir nicht bezweifeln dürfen, namentlich das, was Herr Jordan und Herr v. Vincke gesagt haben, und ich glaube, Sie gefährden alle Resultate unserer Revolution dadurch, denn auch ich glaube daran, und Sie wissen nicht, was Sie verlangen, wenn ein Zwiespalt eintritt. Meine Herren, ich eile zum Ende und ich will nur noch die Bemerkung machen: ich habe nie geglaubt, daß das Raisonnement derjenigen richtig sei, welche sagen: „Nun gilt es, nun ist es das erste Mal, daß wir Krieg geführt haben, jetzt müssen wir uns zeigen." Das glaube ich nicht, im Gegentheil dadurch, daß wir Mäßigung und Besonnenheit dem schwachen besiegten Feinde gegenüber zeigen, dadurch erlangen wir Credit und Ansehen und Geltung bei den Mächten, und daß diese Anschauungsweise die richtige ist, dieses beweist die Stimme Europa's. Ich empfehle Ihnen daher die Nichtbeanstandung des Waffenstillstandes, und glaube sagen zu können, es ist dieses wichtig für mich: ich trete ab mit dem Bewußtsein, in jeder Beziehung meine Pflicht erfüllt zu haben. (Bravo auf der Rechten, Zischen auf der Linken, Ruf nach Schluß.)

Präsident: Nach dem Beschlusse der Versammlung muß ich fragen, ob noch ein Minister das Wort verlangt? (Niemand meldet sich.) Es verlangt Keiner das Wort.

Wurm von Hamburg: Meine Herren, ich gehe nicht weiter auf das Einzelne ein. Weßhalb sollten wir ratificiren? Wegen der großen Gefahren, deren Bild man vor uns aufrollte? Die eine große Gefahr, meine Herren, wie es scheint, läßt sich formuliren in dem Ausdruck, welchen der Reichsminister des Auswärtigen hier gegeben hat: „das völkerrechtliche Verhältniß Preußens sei compromittirt, es sei unhaltbar geworden, wenn wir nicht genehmigen." Meine Herren, dem setze ich die Frage entgegen: aber das völkerrechtliche Verhältniß der Centralgewalt, die wir geschaffen haben, für die wir stehen, um die wir uns schaaren müssen, soll sie mißachtet sein vom Anfang an vom Ausland und vom Inland, soll sie denn lahm sein vom Mutterleibe an; können wir das verantworten? (Beifall auf der Linken und dem linken Centrum.) Das, meine Herren, sind die Gefahren, die uns ferner stehen; erlauben Sie, daß auch ich mit meiner sehr schwachen Stimme Sie warne, vor einer Gefahr, die uns sehr nahe liegt, die in diesem Augenblick am nächsten liegt, — das ist die Gefahr, meine Herren, etwas Halbes zu beschließen. Diese Gefahr ist vor der Thüre; Andere haben besser, als ich es könnte, das Schwanken der Stimmung in Bezug auf den Waffenstillstand bezeichnet, das Schwanken und Treiben der verschiedenen Anträge, das Langen und Bangen in schwebender Pein, oder, wie es in der alten Komödie heißt: „man begehrt ihn, verwünscht ihn, und hätt' ihn im Grunde doch gar zu gern." Das, meine Herren, ist eine gefährliche Stimmung; ja oder nein, ich wiederhole, was Andere gesagt haben, ja oder nein, ein Drittes gibt es nicht! Meine Herren, annehmen unter Bedingungen, das können Sie nicht, das ist keine Ratification, eine solche Ratification wird nicht angenommen; meine Herren, ablehnen unter Bedingungen, das kann man ebensowenig; entweder ja oder nein, das ist das einzig Mögliche, das ist das einzig Richtige. Wie soll Deutschland den Ausweg finden aus der seltsamen Lage, in der es sich in der letzten Zeit befunden hat? auf andere Grundlagen hin, meine Herren, auf etwas Halbes, auf eine Art motivirter Tagesordnung, wie wir es zu machen pflegen, wenn wir in Verlegenheit sind, einen Beschluß zu fassen und auf diese Weise die Sache in Ordnung zu bringen, ich weiß nicht, ob Sie dazu Minister finden würden, aber ich glaube, Staatsmänner würden Sie dazu nicht finden. (Beifall auf der Linken und dem linken Centrum.) Nun, meine Herren, soll auch ich noch vor Ihnen aufrollen das Bild der Leiden der Seestädte? Ich werde es nicht thun; es ist geschehen, und ich kann und darf nicht sagen: man hat übertrieben. Ich wünschte, ich dürfte es sagen, ich würde es nicht verschweigen; aber es ist so, meine Herren, es ist so. Wer von uns leugnet es, die ganze Nation steht in einer Stunde der schweren und ernsten Prüfung, der schwersten und ernstesten, die bis jetzt noch an diese Versammlung herange-

treten. Jetzt muß es sich zeigen, ob die Nation das hat, was allein sie retten kann, was allein sie zu allen Opfern fähig machen wird, was allein sie zum Siege führen wird, wenn der äußere Kampf sich erneuern muß, und darauf müssen wir gerüstet sein. Denn wenn nicht unbedingt ratificirt wird, wenn auch nur über einzelne Punkte die Unterhandlungen erneuert werden sollen, so dürfen wir uns nicht verbergen, daß wir uns vor allen Dingen wieder in den Kriegszustand versetzen müssen. Ich sage, es muß sich zeigen, ob die Nation die Aufopferungsfähigkeit für ihre eigne Größe, Macht und Einheit besitzt. Es wird sich zeigen, meine Herren, ob wir glauben an eine Zukunft Deutschlands. (Stürmisches, anhaltendes Bravo von der Linken und dem linken Centrum.)

Stedtmann (Berichterstatter der Minorität): Die Interessen Preußens sind der Art, daß es den Waffenstillstand, wie er liegt, annehmen muß, kann und wird, es darf ihn nicht fallen lassen: es wird ihn aufrecht erhalten. Was ist Preußen? Preußen ist ein freies Land, ein freier Bestandtheil des deutschen Bundes! (Auf der Linken: Wie soll man das verstehen?) Es gibt sich eben jetzt eine freie Verfassung, auf Urwahlen gegründet, so frei wie in irgend einem Lande. Ich sage es Ihnen, daß der Waffenstillstand mit Beistand der preußischen Reichsversammlung aufrecht erhalten wird. (Große Unruhe.) Bei dieser Gelegenheit muß ich einen Blick auf das Benehmen Preußens gegen die Centralgewalt werfen. Es ist Preußens Interesse nicht, der Centralgewalt entgegen zu treten, sondern sie zu hegen, zu tragen, zu schützen, für sie zu kämpfen, und daß sie das thun will, hat sie bewiesen. Von dieser Stelle aus wurde ihm geboten, seine Truppen nach Schleswig zu senden, und es hat nicht bloß sein Bundescontingent, sondern sein dreifaches Contingent zur Verfügung der Centralgewalt gestellt; das hat noch keine Macht Deutschlands gethan. Preußen hat 300,000 Mann vollständig ausgerüstet angeboten; sie sind da, marschfertig. Meine Herren, es ist vom Grafen Arnim-Boytzenburg die Rede gewesen. Arnim hat gesagt, der König von Preußen habe den Ausspruch gethan, Preußen solle in Deutschland aufgehen; er habe aber es nicht redlich gemeint, sondern sich blos durch diese Erklärung zu retten gesucht und nichts anderes gemeint, als die Einverleibung von Ost- und Westpreußen in Deutschland. Wenn irgend etwas Unehrenhaftes in der Behauptung liegt, so nehme ich gerade das Gegentheil für meinen König in Anspruch: es ist nicht seine Meinung gewesen, die Graf Arnim ausgelegt hat. Ich will es beweisen. Arnim widerspricht sich glücklicherweise selbst auf der folgenden Seite: das Aufgehen Preußens in Deutschland sei vom Ministerium aufgestellt worden als Programm; dieses Programms wegen sei er aus dem Ministerium getreten! Das ist die beste Widerlegung. Und nun noch ein Wort. Man hat von dieser Tribüne aus, — es geschah dieß, wenn ich nicht irre, vom Herrn Abgeordneten von Stuttgart, — eine neue Revolution in Aussicht gestellt, und die Rede des Deputirten von Gießen hat mit dem Convente geschlossen. Ich antworte darauf nicht. Ich kenne die Geschichte des Convents und bin mit der anderer Völker, sowie unseres eigenen Volkes innig vertraut; ebenso kenne ich die Lage unseres eigenen Volkes genau, ich weiß aber auch recht wohl, daß man nicht alle Chancen der Revolution zu berechnen vermag, daß dieß menschlicher Combination nicht möglich ist; allein ich will Sie an einen, ich möchte beinahe sagen naiven Ausspruch erinnern, welcher ebenfalls von jener Seite ausgegangen ist; es war jener, worin man Sie aufforderte, die Einheit Deutschland's durch die Freiheit zu begründen. Ich aber, meine Herren, fordere Sie gerade zum Gegentheile auf: Begründen Sie die Freiheit Deutschland's durch die Einheit! (Lebhafter Beifall auf der Rechten und dem rechten Centrum.)

Vicepräsident v. Soiron: Ruhe auf der Gallerie. Die Verhandlung ist geschlossen. Ich werde die Anträge jetzt zur Unterstützung bringen, meine Herren, wenn Sie mir die Ruhe dazu gönnen wollen. Meine Herren, ich zeige vor allen Dingen an, daß der Rappard'sche Antrag zurückgenommen ist, Herr Adams nimmt den seinen auch zurück. (Viele Stimmen: Sehr gut!) Ich habe nunmehr den Antrag von Winter zu verkünden, oder nimmt ihn Herr Winter zurück? (Winter vom Platze: Ich nehme ihn zurück.) — Zurückgenommen! Der Antrag von Blömer lautet:

„Die Nationalversammlung beschließt:

1) die Rechtsgültigkeit des von dem Reichsministerium in der Sitzung vom 4. September d. J. vorgelegten Waffenstillstands-Abschlusses, d. d. Malmö den 26. August 1848, ferner nicht zu beanstanden;
2) die provisorische Centralgewalt aufzufordern, ihre — der Centralgewalt — völkerrechtliche Anerkennung dem Auslande, und insbesondere Dänemark gegenüber, zu beschleunigen und nachdrücklich durchzuführen; sowie auch die Unterhandlungen über den Abschluß eines, den Rechten der Herzogthümer entsprechenden Friedens fortan in eigene Hand zu nehmen."

Wer diesen Antrag unterstützen will, wolle sich erheben. (Die hinreichende Anzahl erhebt sich.) Er ist unterstützt. Der Antrag des Abgeordneten Jordan von Berlin lautet dahin:

1) Die Nationalversammlung wolle unter Aufhebung des Sistirungsbeschlusses vom 5. September über den Antrag auf Nichtgenehmigung des Waffenstillstands zur Tagesordnung übergehen;
2) wie im Blömer'schen Antrage.

Wer diesen Antrag unterstützen will, wolle sich erheben. (Die hinreichende Anzahl erhebt sich.) Er ist unterstützt! — Der Antrag des Abgeordneten Möring wird nicht unterstützt, ebenso der des Herrn v. Lindenau nicht. Weiter der Antrag von Francke und Genossen:

„Die Nationalversammlung beschließt:
1) Die Vollziehung des Waffenstillstandes zu Malmö vom 26. August d. J., soweit solcher nach der gegenwärtigen Sachlage noch ausführbar ist, nicht länger zu hindern.
2) Die provisorische Centralgewalt aufzufordern, die geeigneten Schritte zu thun, damit auf den Grund der, dänischer Seits amtlich erklärten Bereitwilligkeit über die nothwendigen Modificationen des Vertrags vom 26. August d. J. baldigst eine Verständigung eintrete.
3) Die provisorische Centralgewalt aufzufordern, wegen schleuniger Einleitung von Friedensverhandlungen das Erforderliche wahrzunehmen."

Wer diesen Antrag unterstützen will, der wolle sich erheben. (Die hinreichende Anzahl erhebt sich.) Er ist unterstützt. — Der Antrag von Hollandt, Wedekind, Bauer und Stolle wird nicht unterstützt. Der Antrag des Abgeordneten Jahn wird zurückgezogen. Der Antrag des Abgeordneten Edlauer und Mulley wird ebenfalls zurückgezogen. Der Antrag von Maltzahn und Consorten ist durch Unterschriften bereits unterstützt. Meine Herren, ich würde Ihnen nun verkündigen, in welcher Reihenfolge die Anträge zur Abstimmung kommen sollten. Ich theile die Anträge vor allen Dingen in zwei Theile, in solche, welche den Waffenstillstand selbst betreffen, und in solche, welche die Stellung der Centralgewalt gegen Preußen betreffen; die letzteren kommen besonders zur Abstimmung. Unter denjenigen Anträgen, welche den Waffenstillstand betreffen, befinden sich solche, welche denselben für ausdrücklich ungültig erklären; hieher gehört der Antrag der Majorität der vereinigten Ausschüsse oder von Wurm und Consorten, welcher auf ausdrückliche Verwerfung des Waffenstillstandes geht. Dieser Antrag kommt, als der am weitesten gehende, jedenfalls zuerst zur Abstimmung. Es kommen sodann Anträge, welche dahin formulirt sind, den Waffenstillstand nicht zu hindern oder nicht zu beanstanden; hieher gehört der Francke'sche, welcher sich darüber theilweise ausdrückt, indem er noch Verständigungen und Modificationen über einzelne Punkte verlangt; hierher gehört der Maltzahn'sche, welcher ebenfalls nicht beanstanden will, es gehört hierher der Antrag der Minorität des Ausschusses oder von Stedmann und Consorten, welcher Friedensverhandlungen will. Einen indirect genehmigenden Antrag hat Herr Jordan gestellt, denn der will unter Aufhebung des Sistirungsbeschlusses über den Antrag auf Nichtgenehmigung auf Tagesordnung und nebstdem zu neuen Unterhandlungen übergehen, folglich kann ich ihn nicht wie einen Antrag auf einfache Tagesordnung behandeln; die Rechtsgültigkeit des Waffenstillstandes nicht beanstanden will der Antrag des Abgeordneten Blömer. Dieß ist die Reihenfolge, nach welcher ich über die Hauptsache abstimmen lassen würde. Sodann ist noch ein Antrag gegen Preußen übrig, nämlich in dem Antrag der Minorität, über den würde ganz besonders abgestimmt.

(Es entsteht nun noch eine lebhafte Diskussion über die Form der Abstimmung, so wie darüber, ob über die zwei Theile des Wurm'schen Berichtes einzeln oder zusammen abgestimmt werden soll. Letzteres wird angenommen.)

Arndt von Bonn: Ich habe vor einigen Tagen erklärt, daß ich von meiner Meinung abgetreten bin; das ist Jedem erlaubt. (Mehrere Stimmen: O ja!) Ich habe mich berufen auf mich selbst, und das kann Jeder. Ich sage, ich stimme nicht mehr mit der Majorität.

Vicepräsident v. Soiron: Ist der Antrag auf namentliche Abstimmung hinsichtlich des Antrages der Majorität des Ausschusses oder des Wurm'schen Gutachtens unterstützt? (Eine große Anzahl erhebt sich.) Er ist unterstützt. Wir werden jetzt die Abstimmung über diesen Antrag beginnen. Er lautet:

„Die Nationalversammlung beschließt:
1) der Malmoer Waffenstillstand vom 26. August wird von der deutschen Nationalversammlung nicht genehmigt:
2) das Reichsministerium wird aufgefordert, die zur Fortsetzung des Krieges erforderlichen Maßregeln zu ergreifen, sofern die dänische Regierung sich nicht bereitwillig finden sollte, die Friedensunterhandlungen mit der Centralgewalt des deutschen Bundesstaates sogleich zu eröffnen."

Wer diese Anträge annehmen will, wird ersucht, mit Ja zu antworten, wer sie nicht annehmen will, mit Nein. (Abstimmung.) Es haben 495 Mitglieder im Ganzen gestimmt; 237 haben die Frage bejaht; 258 haben sie verneint. Der Antrag ist also verworfen.

Der Antrag von Herrn Francke, Droysen, Neergard und Michelsen kommt jetzt zur Abstimmung. Der Antrag lautet:

„Die Nationalversammlung beschließt:
1) Die Vollziehung des Waffenstillstandes zu Malmö vom 26. August d. J., so weit solcher nach der gegenwärtigen Sachlage noch ausführbar ist, nicht länger zu hindern.
2) Die provisorische Centralgewalt aufzufordern, die geeigneten Schritte zu thun, damit auf den Grund der, dänischer Seits amtlich erklärten Bereitwilligkeit über die nothwendigen Modifikationen des Vertrags vom 26. August d. J. baldigst eine Verständigung eintrete.
3) Die provisorische Centralgewalt aufzufordern, wegen schleuniger Einleitung von Friedensverhandlungen das Erforderliche wahrzunehmen."

Wer diesen Antrag annehmen will, wolle mit Ja, wer ihn nicht annehmen will, mit Nein antworten. Die Abstimmung beginnt,

meine Herren, ich bitte um Ruhe. — (Abstimmung.) Das Resultat der Abstimmung ist folgendes. Der Antrag ist mit 257 gegen 236 Stimmen angenommen worden. Wir hätten nun nur noch über einen weiteren Antrag, nämlich über den zweiten Theil des Antrags von Stedmann oder des Minoritätserachtens abzustimmen. Allein ich glaube, daß es zweckmäßiger sein wird, diese Abstimmung bis nächsten Montag zu verschieben. (Viele Stimmen: Nein! Gleich abstimmen!) Gut. Die Abstimmung geht also fort. (Große Unruhe.) Ich bitte um Ruhe! (Fortwährende Bewegung.) Meine Herren, wollen Sie Ihre Plätze einnehmen, damit wir endlich zur Abstimmung kommen. (Stimmen auf der Linken: Wir stimmen nicht!) Die Frage lautet:

„Die Nationalversammlung beschließt:

Daß sie nach Einsicht der Verhandlungen über die Verhältnisse Deutschlands zu Schleswig, vom 2. April bis zum 26. l. J., den Ausschuß für Centralgewalt beauftrage, über das von der preußischen Regierung der provisorischen Centralgewalt gegenüber eingehaltene Verfahren der Nationalversammlung zu berichten."

Wer diese Frage bejahen will, antworte mit „Ja," wer sie verneinen will, mit „Nein." Ich ersuche den Herrn Schriftführer, zu beginnen. (Abstimmung.) Der Antrag ist mit 205 gegen 165 Stimmen verworfen. (Bravo auf der Linken.) Die Sitzung ist aufgehoben.

(Schluß 8¼ Uhr Abends.)

Beilagen.

Frankfurt a. M. Sonntag, 17. Sept. Wir haben eine sehr unruhige Nacht gehabt. Sie wissen, daß gestern die Hanptabstimmung über die Waffenstillstandsfrage war, bei welcher der Francke'sche Antrag, ihn mit Modificationen anzunehmen, mit einer Mehrheit von 20 oder 21 Stimmen durchging Schon den ganzen Tag über herrschte große Aufregnng. Kenner solcher Stimmungen prophezeiten für die Nacht Schlimmes. Indessen sah ich nirgends Vorsichtsmaßregeln treffen, und wunderte mich hierüber nicht wenig. Denn gegen 6 Uhr und vollends bei einbrechender Dämmerung füllten sich die kleinen Straßen, die zur Paulskirche führten, mit lärmendem und drängendem Volk so stark, daß es kaum möglich war, in dieselbe oder aus derselben herauszugelangen. Der Lärm wuchs immer mehr, je länger die Sitzung dauerte, und als die erste Abstimmung bekannt wurde, der nachher noch eine letzte über einen preußischen Untersuchungsantrag folgte, mit der die Sitzung schloß, war des Tobens und Zischens kein Ende mehr unter den die Paulskirche umstehenden dichtgedrängten Massen. Verließ Jemand die Paulskirche und man vermuthete, es sei ein Abgeordneter, so drängte sich der Knänel noch dichter, noch drohender gegen diese Person, „Hecker hoch," nieder mit „Heckscher," ertönte es, dazwischen die bekannten Zischtöne und das einzelne grelle Pfeifen der Krawalle. Noch immer aber sah man keine Vorsichtsmaßregeln treffen, was mich, der ich unter den Massen mich befand, sehr wunderte. Die Kirche entleerte sich endlich ganz, und zwar ohne daß gegen die Abgeordneten anderes Ungebührliches erfolgte, als die angedeuteten Schreie, Pfeifen, Andrängen u. s. w. Die Abgeordneten gingen in ihre Kosthäuser, der größere Theil derselben in den „englischen Hof," wo die Rechte und was mehr oder minder zu ihr hält die Stunden von 9 bis 11 Uhr des Abends zuzubringen pflegt. Haufen Volks drängten sich auch dahin, und blieben in Gruppen und Haufen auf Straßen und Plätzen stehen. Noch immer keine Einschreitung, und ich überzeugte mich nun, daß dieß gut war, denn es hätte sonst blutigen Zusammenstoß gegeben. Auf der Allee um das Goethe-Denkmal, vor und in dem Holländischen Hofe, auf der Zeil und an anderen Orten war das Gedränge am größten. In der Nähe des Holländischen Hofes war es als halte man eine Volksversammlung; Redner sprachen zum Volk. Gegen 10 und halb 11 Uhr wurde die Steigerung der beabsichtigten Manifestationen sichtbarer. Sie bewegten sich gegen Westendhall, gegen den englischen Hof, gegen das Bethmann'sche Haus in der Buchgasse wo Heckscher wohnt, gegen das Haus Mozart auf der Zeil, in welchen Fürst Lichnowsky wohnt. Der englische Hof wurde gestürmt, man wollte Heckscher dort wissen, er sollte thätlich angegriffen werden, ein Deputirter, den man für ihn hielt, soll mißhandelt worden sein. Mit Mühe gelang es dem ganzen Personal des Hauses, die Thore vor den Andrängenden zu schließen, wobei einzelne der letzteren im Hause selbst gefangen zurückblieben. Jetzt wurden die Fenster des unteren Stockes eingeworfen. Die Allarmtöne der Hörner und Trommeln riefen nun die Bürgerwehren zu den Waffen. Indessen erfolgte ein Angriff auf Westendhall, in welchem Hause die Fenster, selbst Meubles zertrümmert sein sollen. Die hier befindlichen Hessen besetzten nun den Roßplatz, die Frankfurter Cavallerie, und das Mittags hier angekommene württembergische Reiterregiment gaben Patrouillen ab in die um die Stadt führende Straße, welche durch die Gallengasse und Bockenheimer Gasse sich hereinbewegten, um allzugroße Zusammenrottungen nicht aufkommen zu lassen. Während dieser Zeit suchten einzelne Haufen überall nach Heckscher, den sie nirgends fanden. Dafür wurden die Fenster des Bethmann'schen Hauses eingeworfen, auch gegen das Haus Mozart, vor dem Schildwachen aufgestellt wurden, ähnliches auszuführen gesucht. Um und nach Mitternacht kehrte die Ruhe allmählich wieder zurück, ohne daß es irgendwo zu wirklichem Zusammenstoß gekommen wäre. Das württembergische Reiterregiment, unter Befehl des Obristen v. Tropff, das zu Transfeld von dem Obergeneral Ordre zum Rückmarsch bekommen, und gestern Mittag hier eingetroffen war, verläßt uns heute wieder, um in die Heimath zurückzukehren.

Frankfurt a. M. Sonntag, 17. September. Die Abstimmung über den Waffenstillstand ist erfolgt, und die Würfel sind gefallen. Es war schlimm damit, sie mochten nun so oder anders fallen. Mit trüber Sorge sehen wir auf das deutsche Volk im Norden wie im Süden. Es werden hier und dort gefährliche Unruhen sich zeigen, und nicht bloß geradezu gemachte. Von dem hier gestern vorgefallenen Skandal werden Sie schon wissen. Derselbe hat den Beweis geliefert, daß auch Frankfurt kein ungünstiges Terrain für die Wühlerei ist, wenn auch Wien und Berlin, worauf man ausdrücklich zu verweisen pflegt, günstigere Plätze sind. Einzelne Männer der äußersten Linken, Zitz, Simon aus Trier und andere halten in ihren öffentlichen Reden zur Menge kein Maß. Als die Nacht über die Debatten hereinbrach und in den Räumen der ungeheuren Kirche, die gerade genug erleuchtet waren, daß man — wie der Dichter sagt — die Dunkelheit sehen konnte, die Parteien gegen einander tobten und stürmten, und das parlamentarische Wort verklang, und nur Schreien und Schimpfen gehört ward, und die Leidenschaft, welche ein Deputirter in seiner Rede gepriesen hatte, ungebunden und ungezügelt einherbrauste, und dunkle Gestalten sich hin- und herbewegten, bald in Gruppen vereinigt, bald die Rednerbühne hinaufstürmend, bald sich schreiend und gesticulirend um den Vicepräsidenten drängend, und die Galerie pfeifend, klatschend und brüllend Chorus machte, da glaubte man sich eher in Miltons Hölle,

als in dem ehrwürdigen Sitze deutscher Volksvertretung. Heinrich von Gagern hatte, um selbst, und zwar im Sinne des gefaßten Beschlusses mitstimmen zu können, den Präsidentenstuhl für den größten Theil der eilfstündigen Sitzung an Soiron abgetreten. Vergebens strengte dieser seine donnerähnliche Stimme an, des Tumultes Meister zu werden, es brauste und zischte immer wüthender fort, und nur eine augenblickliche Ruhe ward gewonnen, als der edle Raveaux auf der Rednerbühne erschien und zur Mäßigung mahnte. Es betraf dieß aber eine an sich untergeordnete Frage (ob nämlich über die beiden Punkte des Majoritätsgutachtens zugleich abgestimmt werden sollte) worüber einer jener Riesenstürme entstanden war, der Eichen, leider auch die deutsche Eiche, entwurzeln kann. Aber nur ein kurzer Waffenstillstand ward gewonnen, dessen Ratifikation nicht erfolgte. Bei der letzten Abstimmung mußte Heinrich v. Gagern selbst den namentlichen Aufruf vornehmen; die Schriftführer konnten nicht durchdringen, obgleich ein Simson unter ihnen ist. In der Kirche wurde eine Volksversammlung verabredet, die kurz nach der Parlamentssitzung in der Allee innerhalb der Stadt gehalten wurde, auf welche das Standbild Goethes herabblickt. Die Masse stürmte in das deutsche Haus, den Versammlungsort der Linken. Hier redeten Robert Blum und Simon von Trier sie, wie wir hören, begütigend und beschwichtigend an. Aber sie hatten sich einmal vorgenommen, ihre Sympathie für Schleswig-Holstein an den Tag zu legen, und da erschien ihnen als das geeignetste Mittel — in der Westendhalle, wo sich hauptsächlich die Fraction des linken Centrums versammelt, die einstimmig für die Verwerfung des Waffenstillstandes gestimmt hatte, eine vandalische Zerstörung anzurichten. In dem englischen Hofe, wo man den ehemaligen Reichsminister Heckscher vermuthete, wurden zwar nur Scheiben eingeschlagen, aber es kam dagegen auch dort zu allerlei energischen Thätlichkeiten, welche wieder einen rheinischen Deputirten trafen, der gegen den Waffenstillstand gestimmt hatte. So hat auch das souveräne Volk seine Mißverständnisse! Noch wurden mancherlei Katzenmusiken aufgeführt, wozu man sich die Häuser ziemlich willkürlich ausgesucht hatte. Endlich traten die Bürgerwehr, die Schutzwachen und die bewaffnete Macht hinzu und störten die zur Ehre der deutschen Einheit ausgeführte Harmonie. Heute Morgen in aller Frühe war, nicht nur hier, sondern auch in dem eine Stunde von hier entfernten Hausen schon an allen Straßenecken eine weitere Einladung zu einer Volksversammlung auf der Pfingstweide angeschlagen, welche diesen Nachmittag abgehalten wird. Wir aber, die wir mit Herz und Seele an der neugewonnenen deutschen Freiheit hängen, wir können nur mit tiefem Schmerze berichten, was weder Schleswig-Holsteins noch des großen Vaterlandes Sache fördern, und nur der Reaktion nützen kann!

Frankfurt a. M. Sonntag, 17. September. Die Volksversammlung auf der Pfingstweide begann um halb 4 Uhr, und ist so eben (6 Uhr) auseinander gegangen. Die demokratischen und Arbeitervereine und Turngemeinden von Frankfurt, Offenbach, Mainz, Hanau &c. mit ihren Fahnen, und eine Volksmenge von vielen tausend Köpfen waren dabei anwesend. Von der Rednerbühne herab ließen sich Simon von Trier, Wesendonck, Zitz, Schlöffel, Hentges, Dr. Reinganum von hier, Metternich von Mainz &c. vernehmen. Nachdem verschiedene, mehr oder minder energische Anträge gestellt worden, beschloß man endlich mit Acclamation: 1) die Volksversammlung erklärt die Mitglieder der Majorität, welche gestern den schmählichen Waffenstillstand von Malmö genehmigte, für Verräther an dem deutschen Volke, seiner Freiheit und Ehre; 2) dieser Beschluß soll dem deutschen Volke schleunigst bekannt gemacht werden; 3) eine Deputation wird morgen in der Paulskirche den Mitgliedern der Mehrheit diesen Beschluß eröffnen. Die Deputation sollte sofort nach der Volksversammlung durch die Vorstände der Vereine, Bürgerwehren &c. gewählt werden. Die fremden Theilnehmer an der Volksversammlung wurden aufgefordert, in Frankfurt zu bleiben, um ihren Beschlüssen Nachdruck zu geben. Heute Abend will man in Masse vor den „deutschen Hof" ziehen, um die Linke aufzufordern, sich über das Verfahren, das sie nunmehr einzuhalten gedenkt, auszusprechen. Die Volksversammlung verlief übrigens ganz ruhig, und die Besorgniß etwaniger Excesse hat sich bis jetzt in keiner Weise gerechtfertigt.

Frankfurt a. M. Sonntag, 17. September. Diesen Mittag war auf der Pfingstweide große Volksversammlung, zu welcher Abgeordnete aller demokratischen Volksvereine von nah und fern eingeladen waren. In der That erschienen diese in großer Zahl und mit starker Begleitung. Sie trafen von allen Seiten herein. Unter diejenigen, welche auf der Eisenbahn zugegen, mischte ich mich selbst, und fand Männer so ziemlich aus allen Classen der Gesellschaft, meist mit Stöcken, öfter mit Pistolen bewaffnet, häufig auch die rothe Feder auf den Hüten. Vorzugsweise waren es junge Leute. Die Zugänge zur Pfingstweide und diese selbst waren mit Menschen bedeckt, und mehrfach hörte man Schüsse. Die Zahl der Sprecher war nicht klein. Von Parlamentsmitgliedern, welche Reden hielten, bemerkte ich Zitz, Wesendonck, Blum, Hentges und Schlöffel; außer diesen habe ich vor allen des bekannten Metternich zu erwähnen. Zweck und Absicht der Versammlung und ihrer Redner war es hauptsächlich, gegen den gestern von dem Parlament (obwohl mit Modifikationen) gutgeheißenen Waffenstillstand zu protestiren, ihn als eine Schmach für Deutschland, und die, welche für ihn gestimmt, als solche zu bezeichnen, die es mit dem Vaterland nicht ehrlich meinen. Man hörte sehr heftige Aeußerungen, besonders von Zitz und Metternich. Wie gestern Abend vorzugsweise Heckscher aufgesucht ward, um Rache an ihm zu nehmen, so wurde er auch heute mit der gestrigen Mehrheit des Parlamentes als Landesverräther erklärt. Angetragen und beschlossen wurde, daß alle Anwesenden in Frankfurt bleiben sollten, indem man gegen die Paulskirche morgen eine Demonstration machen und ihr in einer Sturmpetition vortragen müsse, daß der gestrige Beschluß wieder aufzuheben sei. Geschehe dieß nicht, so sei die Mehrheit, als des Landesverrathes schuldig, nicht mehr als Vertreter der Nation anzuerkennen. Mehrere der Redner sprachen für den vorhabenden Zweck der Versammlung sehr beredt. Diesen nicht zu compromittiren und sich heute ruhig zu verhalten, mahnten einzelne derselben auf das eindringlichste. Gegen jede Erwartung sind auch die ersten Abendstunden ruhig verlaufen, und in diesem Augenblicke herrscht im Innern der Stadt zwar noch eine Bewegung, die über die gewöhnliche sonntägliche hinausgeht, doch bemerkt man keine gefahrdrohende Aufregung. Man ist sehr begierig, ob und welche Vorkehrungen für morgen werden getroffen werden. Da gestern schon die Fenster der Paulskirche bedroht waren, und man für dieselben heute Nacht fürchten zu müssen glaubte, ist der äußere Umkreis derselben durch Militär in Schutz genommen.

Frankfurt a. M. Mittwoch, 20. September. Ueber die traurigen Frankfurter Straßenkämpfe tragen wir aus den Berichten anderer Blätter zur Aufhellung und Vervollständigung noch einzelne Züge nach. Die Frankf. O. P. A. Z. vom 20. Sept. sagt: „Ueberraschend war in den Vormittagsstunden die Ruhe und

Besonnenheit der österreichischen und preußischen Truppen. Letztere stürmten auf dem Römerberge fünf Barrikaden hintereinander ohne einen Schuß zu thun; mehrere preußische Soldaten erhielten hierbei Verwundungen durch Steine. In der Mitte dieser Truppen befanden sich mehrere preußische Offiziere der Nationalversammlung in bürgerlicher Kleidung, welche beruhigend auf die Soldaten zu wirken bemüht waren und den Gebrauch der Schußwaffen zu hindern suchten; die preußischen Officiere, welche die Truppen führten, zeigten die besonnenste Haltung, und unverkennbar wollte man nur dann den Kampf ernstlicher aufnehmen, wenn dieß unvermeidlich geworden war. Dieser Zustand trat nach 1 Uhr ein, und es wurde von beiden Seiten mit einer Heftigkeit, welche man mit dem Namen „Wuth" belegen dürfte, gekämpft. Zahlreiche Opfer sind auf beiden Seiten gefallen, und viel Blut ist geflossen. Im Laufe des Nachmittags wurde der Zustand der Stadt von Minute zu Minute gefahrvoller. Mehrere Deputationen der linken Seite verlangten die Einstellung des Kampfes, doch stets unter der Bedingung, daß die Truppen aus der Stadt gezogen würden und man vollständige Amnestie bewillige. Das Ministerium forderte dagegen von den Führern der kämpfenden Volksmassen, daß diese letzteren sofort die Waffen niederlegten; dann wolle man weiter unterhandeln. Um 4 ein halb Uhr entschloß sich das Ministerium, bis 5 ein halb Uhr eine Waffenruhe zu bewilligen, welche über die Möglichkeit den Frieden herzustellen entscheiden sollte. Jeder Versuch mißlang, und um 5 ein halb Uhr begann der Kampf mit verdoppelter Wuth von Neuem. Da es den Volksmassen gelungen war, einzelne Häuser zu besetzen, so entspann sich ein hartnäckiger, äußerst gefährlicher Straßenkampf, und das Schicksal der Stadt Frankfurt war kaum zweifelhaft, wenn die Truppen besiegt worden wären. Bei diesem Kampfe leisteten die preußischen Majore v. Deetz und v. Boddien die von jeder Seite anerkanntesten Dienste, und die Mitglieder der Linken geben ihnen selbst das Zeugniß, daß sie in das dichteste Feuer muthig gegangen, als es galt, die Streitenden augenblicklich zu trennen. Etwa um diese Zeit gelangte die Nachricht in die Stadt, daß Obrist v. Auerswald und Fürst Lichnowsky von heranziehenden Schaaren vor der Stadt gefangen seien und daß nur die eiligste Hülfe sie retten könne. Major Deetz eilte mit einer Compagnie Infanterie in die Gegend, wo nach den erhaltenen Nachrichten jene Männer weilen mußten; leider langte er daselbst zu spät an. Denn bald fand er den Fürsten Lichnowsky furchtbar verstümmelt in seinem Blute schwimmend. Man hatte jenen unglücklichen Mann im eigentlichen Sinne des Wortes zerfleischt und ihm die Glieder mit Knütteln zerschlagen; wie die Augenzeugen angeben, hatte er erst nachdem er bereits niedergestreckt auf der Erde lag, den tödtlichen Schuß in den Leib empfangen. Als die zu späte Hülfe kam, erwachte Fürst Lichnowsky aus seiner Betäubung, und das Wiedersehen und der bald darauf erfolgte Abschied dieser beiden Männer von einander soll erschütternd gewesen sein. Hr. v. Bethmann hat den schwer Verwundeten mit edler Gastfreundlichkeit bei sich aufgenommen, und ihn liebevoll gepflegt, bis Nachts eilf Uhr Fürst Lichnowsky verschied. Die Leiche des Obristen v. Auerswald wurde erst gegen eilf Uhr aufgefunden und zur Stadt gebracht. Ein Sensenhieb in den Kopf war ihm tödtlich gewesen; zahllose andere Wunden bedeckten den Leib des ehrenwerthen Mannes, dessen Herz wahrhaft für das Volkswohl schlug. Der Kampf wurde in den Straßen fortgesetzt, und Major v. Boddien führte die immer zuströmenden Truppen in das Gefecht, indem er sich zu Pferd an die Spitze der einzelnen Colonnen setzte. Es gelang eine Barricade nach der andern zu nehmen, und alle ins Gefecht gezogenen Truppen zeigten die gleiche beharrliche Tapferkeit. Beklagen müssen wir die unschuldigen Opfer, die in diesem frevelhaften Bürgerkriege gefallen sind; beklagen die tapferen Soldaten, die ihr Blut für das Gesetz und die Ordnung vergossen. Aber welchen Ausdruck sollen wir finden für das schauderhafte Ende eines der ausgezeichnetsten Mitglieder der Nationalversammlung, des Fürsten Lichnowsky, der durch den Freimuth seiner Rede, durch seinen ritterlichen, keine Furcht kennenden Sinn, durch seinen schlagenden Witz sich Feinde geschaffen, die er leider zu sehr verachtete, um sie zu fürchten, und vor denen er sich daher auch nicht zu schützen vermochte. Die Oeffentlichkeit war sein Element; sie war der Born, aus dem er trank; in diesen hatten seine Gegner das Gift gelegt, das ihn verzehrte. Und nun vollends das Loos des edeln v. Auerswald! Er, der kein anderes Wort als zur Versöhnung hatte, er, der durch und durch deutsch und patriotisch gesinnt war, er, der Gerechtigkeit für alle verlangte und jedes Verhältniß schonen wollte! Auch ihn mußte der Haß einer entfesselten Menge treffen. Wir zweifeln nicht, daß die Centralgewalt der Wiederkehr solchen Unheils mit aller Kraft begegnen und dadurch das Beispiel für alle Regierungen geben werde, wie die Freiheit zu erhalten und zu schützen ist. Dadurch wird sie sich ein Verdienst um Deutschland erwerben, das unvergänglich sein wird wie die nationale Verfassung, die wir trotz aller Stürme zu begründen hoffen."



